

ENDBERICHT

Projektnummer	1991
Projekttitel	AGORA – Wie lässt sich der öffentliche Raum für risikofreudige Nutzerinnen und Nutzer gesundheitsfördernd gestalten?¹
Projektträger/in	Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung
Projektlaufzeit, Projektdauer (Monaten)	20. Mai 2012 – 19. Mai 2015 36 Projektmonate
Schwerpunktziel-gruppe/n	Polizei und (mobile) Sozialarbeit, Weitere (indirekte) Zielgruppen: Gastronomie und Handel, Medien, Studierende der Sozialarbeit, Bezirks- und Landespolitiker
Erreichte Zielgruppengröße	ca. 2.000 Personen
Zentrale Kooperations-partner/innen	FH Campus Wien FH St. Pölten
Autoren/Autorinnen	Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung: Irmgard Eisenbach-Stangl (Projektkoordinatorin), Katrin Gasior FH St. Pölten: Kurt Fellöcker, Karin Jäger FH Campus Wien: Judith Haberhauer Externe Evaluation: Sylvia Supper
Emailadresse/n Ansprechpartner/innen	eisenbach-stangl@euro.centre.org gasior@euro.centre.org
Weblink/Homepage	www.euro.centre.org/agora
Datum	15. September 2015

¹ Der ursprüngliche Titel lautete: „Wie lässt sich die Öffentlichkeit für Jugendliche und Erwachsene gesundheitsfördernd gestalten?“

Gefördert durch



Fonds Gesundes
Österreich



BERICHTSTEILE

KURZZUSAMMENFASSUNG.....	5
ENDBERICHT	7
ANHANG I.....	157
ANHANG II	190

KURZZUSAMMENFASSUNG

PROJEKTDESCHEIBUNG

AGORA ist das *Folgeprojekt* eines vom FGÖ geförderten Projektes über „Jugendliche Alkoholszenen“, aus dem ersichtlich wurde, dass die Berufsgruppen, die den öffentlichen Raum gestalten, teils widersprüchliche Handlungen setzen und wenig kooperieren. Das *generelle Ziel* von AGORA war, zur Weiterentwicklung der Kooperation von vier ausgewählten primären *Zielgruppen* im öffentlichen Raum beizutragen, schwerpunktmäßig zu jener von Polizei und Sozialer Arbeit.

Das *Projektdesign* war dem qualitativen Ansatz verpflichtet, als Methoden gelangten Beobachtung, Interviews, Inhaltsanalyse und Gruppendiskussionen zum Einsatz.

Um den großstädtischen Raum mit einem kleinstädtisch- ländlichen zu vergleichen, wurde AGORA in *Wien und Niederösterreich* durchgeführt. Für die geplanten Erhebungen und die Arbeit an einer gemeinsamen Kommunikations- und Kooperationsstruktur wurden *jeweils drei Bezirke mit heterogenen Problemlagen* ausgewählt.

Als *Trägerorganisation* des Projektes fungierte das Europäische Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung in Wien, Partnerorganisationen waren die Fachhochschulen St. Pölten und Campus Wien, Studienprogramme Sozialarbeit, deren Studenten unter Anleitung die Feldarbeit durchführten. Das Praxisprojekt hatte eine Laufzeit von 3 Jahren, es wurde im Mai 2012 begonnen und im Sommer 2015 abgeschlossen.

ERGEBNISSE, ERFABRUNGEN UND EMPFEHLUNGEN

Die *aktuelle Zusammenarbeit* von Sozialer Arbeit und Polizei unterscheidet sich erheblich in den beiden Bundesländern: Die im öffentlichen Raum tätige Soziale Arbeit ist in Wien weit ausgebauter und diversifizierter, sie arbeitet weit enger mit der Polizei zusammen, teils wird sie mit dieser durch Organisationen auf Länderebene (primär Sucht- und Drogenkoordination) vernetzt. Die Interventionen richten sich in Wien an diversifizierte Problemgruppen, während sie sich in NÖ auf jugendliche und jungen Männer konzentrieren.

Als geeignete *Schnittstelle für die Zusammenarbeit* der beiden Zielgruppen wurde die Bezirkspolitik identifiziert, die allerdings nur in NÖ in die Vernetzungsarbeit eingebunden werden konnte, die hier nachhaltig erfolgreich war. In Wien beschränkte sich der Beitrag von AGORA zur Weiterentwicklung der Vernetzung auf Interviews mit Bezirkspolitikern, die deren Interesse an Kooperationsvereinbarungen zwischen Polizei und Sozialer Arbeit erkundeten.

ENDBERICHT

WIE LÄSST SICH DER ÖFFENTLICHE RAUM FÜR RISIKOFREUDIGE NUTZERINNEN UND NUTZER GESUNDHEITSFÖRDERND GESTALTEN?

Endbericht eines praxis- und settingorientierten Projektes zur Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen Polizei und Sozialer Arbeit und anderen relevanten Berufsgruppen im öffentlichen Raum, mit den Schwerpunkten Konsum von legalen und illegalen Substanzen samt Folgeproblemen und Gewalttätigkeit

Mai 2012 bis Sommer 2015

Gefördert von: Fonds Gesundes Österreich (FGÖ)

Wiener Gesundheitsförderung (WIG)

Initiative „Tut Gut“ NÖ Gesundheits- und Sozialfonds

PROJEKTTEAM EUROPÄISCHES ZENTRUM

Univ. Prof. Dr. Irmgard EISENBACH –STANGL (Projektkoordinatorin)

MMag.a Katrin GASIOR

PROJEKTTEAM FACHHOCHSCHULE ST. PÖLTEN

Prof. (FH) Kurt FELLÖCKER, MA MSc DSA

Georg DIRNBERGER, MA und Mag.a Karin JÄGER, MSc

PROJEKTTEAM FACHHOCHSCHULE CAMPUS WIEN

Prof. (FH) Judith HABERHAUER Mag.a

EXTERNE EVALUATION

Mag. Dr. Sylvia Supper

DANKSAGUNG

Der Steuergruppe des Projektes gehörten Oberstleutnant Friedrich KOVAR, Menschenrechtsbeauftragter der Polizei Wien, und Oberstleutnant Thomas SCHNEEWEISS, Präventionspolizei NÖ an – ihnen sei für die langjährige Unterstützung und für konstruktive, wie angenehme und abwechslungsreiche Zusammenarbeit gedankt.

Wir danken des Weiteren unseren Projektbetreuern in der FGÖ Dr. Rainer CHRIST und WIG, Mag.a Liane HANIFL, die uns wiederholt mit guten Ratschlägen zur Seite standen.

Wie aus dem Projektbericht hervorgeht, wurde die Projektarbeit auch von der Sucht- und Drogenkoordination Wien (SDW) – Andrea JÄGER, Leitung Öffentlicher Raum und Sicherheit -, von der Fachstelle für Suchtprävention NÖ - Dr. Ursula HÖRHAN, Geschäftsführerin und Drogenkoordinatorin und Markus WEISSENSTEINER, MSc Leitung Abteilung für Suchtvorbeugung – und von der Polizei Wien, Assistenzdienst Kriminalprävention WALTER SCHIMPF – begleitet und gefördert.

Nicht zuletzt möchten wir Kollegen und Kolleginnen für zahlreiche und grundlegende „Rahmendienste“ danken, die – oft unsichtbar – grundlegende „Projektrahmenarbeit“ geleistet haben:

- Mag.a Judith SCHREIBER und Sandra SCHARF, MA (Finanzen), Mag. Willem STAMATIOU (Publikationen) und Stefan KEHRER (Basisversorgung) vom Europäischen Zentrum;
- Mag.a Sabine SIEGMUND (Forschungs- und Projektassistenz) von der FH Campus Wien;
- FH-Prof.DSA Mag.Dr.Monika Vyslouzil (Leitung) vom Ilse-Arlt Insitut

Nicht namentlich, aber ungeachtet dessen nicht weniger herzlich möchten wir uns bei allen Mitgliedern des LENKUNGS AUSSCHUSSES und des PROJEKTBEIRATES bedanken, wie auch bei den zahlreichen Personen, die sich uns für Beobachtungen und Interviews zur Verfügung stellten oder in anderer Weise zur Durchführung des Projektes beitrugen.

Inhaltsverzeichnis

I. PROJEKT UND PROJEKTPLAN	11
1. DIE AUSGANGSLAGE	11
2. PROJEKTZIELE, ZIELGRUPPEN UND SETTING	13
3. PROJEKTRAUM, PROJEKTORGANISATION, PROJEKTDAUER UND WISSENSCHAFTLICHER RAHMEN	15
4. PROJEKTDAUER UND PROJEKTMETHODEN	17
II. KONZEPTUELLER RAHMEN.....	21
1. KOOPERATION – ZUSAMMENARBEIT – VERNETZUNG.....	21
2. STAKEHOLDER UND INTERESSENSGRUPPEN	24
3. ÖFFENTLICHKEIT UND ÖFFENTLICHER RAUM.....	26
III. STRUKTUR DES FELDES UND ANPASSUNGEN DER PROJEKTSTRUKTUR	29
EINLEITUNG	29
1. DIE STRUKTUR DES FELDES: ORGANISATIONEN DER STAKEHOLDER.....	30
2. DIE STRUKTUR DER FELDES: VERNETZENDE ORGANISATIONEN.....	37
3. ANPASSUNGEN DER PROJEKTSTRUKTUR.....	41
IV. FELDARBEIT UND ERGEBNISSE.....	49
EINLEITUNG	49
1. DIE BEZIRKE.....	50
2. BEOBACHTUNGEN UND INTERVIEWS MIT POLIZEI UND SOZIALER ARBEIT	61
3. VERNETZUNGSARBEIT MIT POLIZEI UND SOZIALER ARBEIT.....	86
4. BEOBACHTUNGEN UND INTERVIEWS IN BETRIEBEN DER GASTRONOMIE.....	101
5. VERNETZUNGSARBEIT MIT DER GASTRONOMIE.....	127
6. VERNETZUNGSARBEIT MIT DEN MEDIEN.....	133

V. FRAGEN UND ÜBERLEGUNGEN ZUR KOOPERATIVEN GESTALTUNG

DES ÖFFENTLICHEN RAUMES..... 139

1. AUSGEWÄHLTE ERGEBNISSE 140

2. WELCHE SCHNITTSTELLE FÜR DIE KOOPERATION?
ORGANISATIONSFORMEN UND MACHTVERHÄLTNISSE..... 142

3. WELCHE STAKEHOLDER FÜR DIE KOOPERATION?
BEGEGNUNGEN ZWISCHEN UNTERSCHIEDLICHEN SYSTEMEN..... 145

4. WELCHE STRUKTUR FÜR DIE KOOPERATION?
ZUSAMMENARBEIT UND VERNETZUNG..... 149

Literatur..... 153

I. PROJEKT UND PROJEKTPLAN

1. DIE AUSGANGSLAGE

Die Öffentlichkeit in industrialisierten Ländern ist im Wandel begriffen. Handlungen, die dem privaten Bereich vorbehalten gewesen waren, sind zunehmend im öffentlichen Raum zu beobachten: man denke an das Essen, Trinken, Telefonieren und Musikhören auf der Straße, in Parks und in öffentlichen Verkehrsmitteln, wie auch an den Austausch von körperlichen Intimitäten und im krassesten Fall an die Erleichterung körperlicher Bedürfnisse. Zum anderen ist zur Zeit auch davon auszugehen, dass eine wachsende Zahl obdach- und wohnungsloser Menschen zumindest einen Teil ihres Lebens auf der Straße verbringt. Die Verlagerung von privaten Handlungen in den öffentlichen Raum wird von neuen individuellen Risiken und von gesellschaftlichen Konflikten begleitet, denn hier verringert sich die persönliche Unterstützung und es treten informelle Kontrollen außer Kraft, die im privaten Bereich das Handeln Einzelner absichern, gesellschaftlich einbetten und ihm zugleich Grenzen setzen.

Der angesprochene Wandel bringt mit sich, dass sich auch gesundheitlich riskante Handlungen in den öffentlichen Raum verlagern, wie etwa der Konsum von und die Berausung mit legalen und illegalen Substanzen – Tabak, alkoholischen Getränken, illegalen Drogen –, samt den vielfältigen, dem Substanzenkonsum zurechenbaren Folgen, Gewalttätigkeiten eingeschlossen. Neben Risiken und Konflikten entstehen jedoch auch neue Möglichkeiten, präventiv einzugreifen. Anders gewendet: Die zunehmende Öffentlichkeit von Substanzenkonsum, Berausung und ihren Folgen ermöglicht abgestimmte öffentliche Reaktionen im Dienste der Sicherheit und der Gesundheit.

Die kontroversielle Debatte, die im Jahr 2007 um das „Komatrinken“ von Jugendlichen entstand, zeigt, dass in Österreich alles andere als Einigkeit über präventive Eingriffe bei öffentlichem Substanzenkonsum, Berausung und ihren Folgeerscheinungen besteht (Sadounig 2008). Zu demselben Ergebnis kam eine Studie über „jugendliche Alkoholszenen“ (JASZ) im öffentlichen Raum, die mit Förderung des FGÖ in den Jahren

2005 – 2008 durchgeführt worden war (Eisenbach-Stangl et al 2008). Die Ergebnisse zeigen, wie machtlos Erziehungsberechtigte sind, sobald junge Menschen den privaten Raum verlassen haben; wie belastet die Polizei, der – als der im öffentlichen Raum präsentesten Berufsgruppe – auch präventive Funktionen zufallen; wie gefordert und teils unterausgestattet die Soziale Arbeit, die vorrangig in Form mobiler Jugendarbeit im öffentlichen Raum aktiv wird; und wie profitorientiert zumindest Teile der Gastronomie und des Handels, die durch konsumfördernde Maßnahmen Umsatz und öffentliche Berauschung Jugendlicher steigerten. Die Medien schließlich erhöhten die Attraktivität des öffentlichen Besäufnisses durch Skandalisieren und trugen dazu bei, dass substanzbezogene Probleme ausschließlich mit der nächsten Generation assoziiert wurden.

Die genannten Berufsgruppen sind relevante Umwelten für Personen, die im öffentlichen Raum gesundheitlich riskant handeln, doch kommunizieren sie nur in Ausnahmefällen miteinander, etwa im Rahmen zeitlich und räumlich begrenzter Präventionsprojekte. Allerdings haben Polizei und Soziale Arbeit – die beiden Berufsgruppen, zu deren Aufgaben es gehört, den öffentlichen Raum zu gestalten und bei Handlungen, die Sicherheit und Gesundheit gefährden, einzugreifen – die Zusammenarbeit in den letzten Jahren intensiviert. Dennoch ist die Kooperation anlassbezogen geblieben und sie wurde nicht strukturell verankert; nach wie vor fehlen akkordierte Ziele und Strategien und eine „gemeinsame Sprache“; und immer wieder generieren divergierende Konzepte von (präventiven) Aufgaben und Zuständigkeiten der eigenen und der anderen Berufsgruppen Konflikte.

Die wenig entwickelte und kaum nachhaltige Kooperation von Polizei und Sozialarbeit veranlassten Teile des Projektbeirates von JASZ, nach Abschluss der Studie an einem Folgeprojekt zu arbeiten, das zur Weiterentwicklung und strukturellen Verankerung der Zusammenarbeit unter den Vorzeichen der Gesundheitsförderung beitragen sollte. Der Projektplan griff das – in einigen wenigen Präventionsprojekten aufbereiteten – Vorhaben auf, weitere im öffentlichen Raum tätige Berufsgruppen in die institutionalisierte Kooperation von Polizei und Sozialer Arbeit einzubinden (Spaß mit Maß, Pilotprojekt Hollabrunn, prEVENT). Gastronomie und Handel – so die Überlegungen der Projektentwickler – könnten in Zusammenarbeit mit der Sicherheitsexekutive und der Soziale Arbeit etwa dafür gewonnen werden, Schulungen für den verantwortungsvollen Umgang mit gesundheitlich riskant handelnden Personen durchzuführen („Responsible Serving Alcohol“). Und um der

Verbreitung von Risiken und Konflikten vorzubeugen und Personengruppen nicht zu diskriminieren wären die Medien möglicherweise für eine verantwortungsvollere Berichterstattung über die interessierenden Personengruppen und Handlungsfelder zu gewinnen.

2. PROJEKTZIELE, ZIELGRUPPEN UND SETTING

Das *generelle Ziel* von AGORA war, zur Weiterentwicklung der Kooperation von vier ausgewählten primären Zielgruppen im öffentlichen Raum beizutragen und solcherart die „organisatorische Basis“ für eine „gesundheitsfördernde Infrastruktur“ zu stärken. Aber schon die Kooperation der primären Zielgruppen im öffentlichen Raum wurde – Ansätzen der Weltgesundheitsorganisation folgend – als gesundheitsfördernder Faktor verstanden (Ottawa Charta 1986, Jakarta Declaration 1997, Dietscher 2006) doch war die empirische Frage im Auge zu behalten, ob sie auch zum Wohlbefinden der Akteure, wie der Nutzer und Nutzerinnen des öffentlichen Raumes – der sekundären Zielgruppe – beiträgt. Die vier primären Zielgruppen (die Polizei, die im öffentlichen Raum tätige Soziale Arbeit, Gastronomie und Handel und Medien auf Länder- und Bezirksebene) waren bei der Projektarbeit unterschiedlich gewichtet: Die beiden Dienstleister Polizei und Soziale Arbeit standen im Mittelpunkt der Projektinteressen und -aktivitäten, Gastronomie und Medien waren nachgeordnet. Das generelle Ziel wurde in vier Subzielen detailliert operationalisiert:

Subziel 1: Die derzeitige Kooperation der vier Zielgruppen – hier auch als Stakeholder bezeichnet – sollte in Arbeitsgruppen mit MitarbeiterInnen der jeweiligen Berufsorganisationen überdacht und (neu) gestaltet werden. Um die Arbeit dieser teils *als multiprofessionell (Polizei und Soziale Arbeit)*, teils *als uniprofessionell (Gastronomie und Handel, Medien) geplanten Diskussionsgruppen* zu unterstützen, sollten die derzeitigen Interventions- und Interaktionsmuster von drei der vier Stakeholder in eigenen *Erhebungen* erfasst werden. Die Vernetzungsarbeit sollte die derzeit vorherrschende anlassbezogene Variabilität und die personenabhängige Ausgestaltung der aktuellen Kommunikation und Kooperation bei Polizei und Sozialer Arbeit reduzieren und dazu beitragen Ziele und Aufgaben besser aufeinander abzustimmen. Bei den uniprofessionell geplanten Arbeitsgruppen für Gastronomie und Medien war weniger an die Modifikation konkreter

Interventions- und Kooperationsmuster gedacht, als an die konzeptuelle Einbindung der genannten Berufsgruppen in die Kooperation von Polizei und Sozialer Arbeit.

Subziel 2: AGORA wollte auch einen Beitrag zur *strukturellen Verankerung* der weiter entwickelten Kooperation leisten, insbesondere bei Polizei und Sozialer Arbeit. Hierzu sollten abermals Arbeitsgruppen eingesetzt werden, aber nun mit höherrangigen Mitarbeitern der jeweiligen Berufsorganisationen.

Subziel 3: Da die *professionelle Praxis und deren Weiterentwicklung* im Zentrum von AGORA stand, sollte der Handlungsebene besondere Aufmerksamkeit zukommen. Die – in qualitativer Forschungstradition konzipierte – Handlungsperspektive schloss die Projektarbeit ein, die als Intervention im Feld begriffen wurde. Auf Interventionen, die – wie die Projektarbeit – Änderungen hervorrufen wollen, wird von Seiten der Adressaten „naturgemäß“ mit Ängsten und Widerstand reagiert (Obholzer 1997). Ängste und Widerstand liefern ihrerseits wertvolle Informationen über das ausgewählte Feld und seine Akteure. Die Hindernisse, die bei der Umsetzung von Projektschritten im Feld auftraten, die Anlässe für Anpassungen des Projektdesigns, die nötig wurden, um die Projektziele nicht aus den Augen zu verlieren, und nicht zuletzt Misserfolge waren als wertvolle Informanten über die „widerspenstige Realität“ in der Dokumentation des Projektablaufs zu berücksichtigen und ebenso zu hinterfragen wie rasche Erfolge.

Subziel 4: Die Ergebnisse von JASZ ließen beträchtliche Variationen des Projektablaufs und der Ergebnisse von AGORA in unterschiedlichen Settings erwarten. Von den zu berücksichtigenden Settingvariablen Problemlagen, (problemrelevante) Infrastruktur, Ausbau von Netzwerken und intersektoraler Zusammenarbeit, wurde die geographisch-politische Dimension herausgehoben und als Grundlage einer *vergleichende Perspektive* festgelegt: Da gesundheits- und sicherheitspolitische Grundsatzentscheidungen, die den öffentlichen Raum, wie das ausgewählte Problemverhalten betreffen, in die Kompetenz der Bundesländer fallen, wurde AGORA in Niederösterreich und Wien durchgeführt. Der vergleichenden Perspektive diente auch eine internationale Tagung, auf der Konzepte und Praktiken der Zusammenarbeit von Polizei und Sozialer Arbeit im öffentlichen Raum in anderen europäischen Ländern vorgestellt und diskutiert wurden.

Subziel 5: Nicht zuletzt sollte das Projekt auch *Lehrzwecke* im Bereich der Ausbildung für Soziale Arbeit an den Fachhochschulen Campus Wien und St. Pölten erfüllen: Die Feldarbeit sollte von Studenten und Studentinnen beider Fachhochschulen durchgeführt werden, angeleitet von Mitgliedern des Projektteams, die vor Ort lehrten. Treffen der Steuergruppe mit den studentischen Mitarbeitern sollten den letzteren erlauben, ihre Feldarbeit im Gesamtprojekt – sich in AGORA – zu verorten, wie sie den Mitarbeitern von AGORA erlauben sollte, sich – über die Studenten – auch im Feld zu verorten.

3. PROJEKTRAUM, PROJEKTORGANISATION, PROJEKTDAUER UND WISSENSCHAFTLICHER RAHMEN

In vielen industrialisierten Ländern sind Substanzenkonsum, Berausung und Gewalttätigkeiten in den Großstädten konzentriert (Eisenbach-Stangl, Moskalewicz, Thom 2012) – was zu speziellen Anforderungen an relevante Berufsgruppen führt und deren Kommunikation und Kooperation (mit) bestimmt. In AGORA sollte der großstädtische Raum mit einem kleinstädtisch- ländlichen Raum verglichen werden. Um die Variationen in Grenzen zu halten, wurden die *Bundesländer Wien und Niederösterreich* für AGORA ausgewählt: Sie sind einander zumindest in kultureller Hinsicht nahe, wie etwa bei der – das Problemfeld strukturierenden – Trinkkultur. Für die Erhebungen und die Arbeit an der gemeinsamen Kommunikations- und Kooperationsstruktur sollten in beiden Bundesländern jeweils drei Bezirke mit heterogenen Problemlagen ausgesucht werden. Bei der Auswahl der Bezirke sollte der Projektbeirat gehört werden.

Als *Trägerorganisation* des Projektes fungierte das Europäische Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung in Wien, Partnerorganisationen waren die Fachhochschulen St. Pölten und Campus Wien, Studienprogramme Sozialarbeit, deren Studenten unter Anleitung des jeweiligen Länderteams die Feldarbeit durchführen sollten. Die Teams der Träger – und Partnerorganisationen bildeten das *Projektteam*; in die *Steuergruppe*, die sich monatlich traf, waren zusätzlich Vertreter der Wiener und Niederösterreichischen Polizei kooptiert. Des Weiteren wurde der *Projektbeirat* eingerichtet, dem die Steuergruppe angehörte und zu dessen etwa drei mal pro Jahr geplanten Sitzungen VertreterInnen der Gesundheitsförderung, der Sucht – und Gewaltprävention, der Gastronomie und des Handels,

wie der Medien aus beiden Ländern eingeladen wurden. Die Dauer des Projektes war mit drei Jahren veranschlagt, mit der Arbeit wurde im Mai 2012 begonnen; sie wurde im Sommer 2015 abgeschlossen.

Der wissenschaftliche Rahmen sollte durch eine Literaturanalyse, durch die geplante *internationale Tagung* über Formen der Zusammenarbeit zwischen den beiden Berufsgruppen und durch eine, vom Europäischen Zentrum eigenständig organisierte Seminarreihe hergestellt werden. In den öffentlich zugänglichen Seminaren sollten Themen, die für AGORA relevant erschienen, aber im Projektplan nicht oder nur unzureichend berücksichtigt worden waren, in Vorträgen kompetenter Referenten aufbereitet und in der Folge diskutiert werden.

Eine externe Evaluation sollte das Projekt begleiten, wobei der Wunsch des Projektteams nach einer „*prozessbegleitenden Außenperspektive*“ des Projektverlaufes und der Forschungsergebnisse erfüllt wurde (siehe den Bericht in Anhang 2). Aus Projektsicht hat sich die gewählte Vorgangsweise und Umsetzung der prozessbegleitenden und sehr offen gestalteten externen Evaluation bewährt. Aufgrund der Dynamik des Projektes und der nötigen Anpassungen der Projektstruktur war auf Evaluationsseite sowohl eine permanente Begleitung und Beobachtung als auch Flexibilität in den gesetzten methodischen Schritten nötig. Durch eine explizitere Ausverhandlung einzelner Evaluationsschritte und zeitliche Fixierung von Evaluationsprodukten wäre eine sinnvolle Begleitung des Projektverlaufes nicht möglich gewesen. Durch die laufende Involvierung der Evaluation waren zwar sowohl das Projektteam als auch die Evaluatorin mit der für projektbegleitende Konzeptionen typischen Abgrenzungsproblematik konfrontiert, die aber durch Reflexionen für alle Beteiligten befriedigend und für das Projekt fruchtbringend gelöst werden konnten. Die Evaluation konnte durch laufende Gespräche mit dem Projektteam und der Präsentation von Zwischenergebnissen in der Steuergruppe sowie im Projektbeirat die Projektumsetzung unterstützen. Durch die externe Sicht auf den Projektverlauf sowie auf das untersuchte Forschungsfeld konnten weitere und alternative Sichtweisen gewonnen werden, die die Zielerreichung des Projektes förderten und eine Beurteilung der Projektergebnisse ermöglichten.

4. PROJEKTDAUER UND PROJEKTMETHODEN

Das Projektdesign ist dem qualitativen Ansatz verpflichtet, als Methoden gelangten verdeckte, teilnehmende und nicht teilnehmende Beobachtung, Interviews, die Inhaltsanalyse und Gruppendiskussionen zum Einsatz (Lueger 2000). Der Projektablauf wurde in 9 Projektschritte strukturiert:

(1) *Erfassung der Praxis von Polizei und Sozialer Arbeit in Wien und Niederösterreich*

(11) In 6 ausgewählten Bezirken werden während eines Semesters SozialarbeiterInnen und PolizistInnen durch studentische MitarbeiterInnen teilnehmend und nicht teilnehmend beobachtet. Die StudentInnen begleiten – so weit möglich – Einsätze von Polizei und Sozialer Arbeit und erfassen Interventionen bei gesundheitlich riskantem Verhalten und wie Interaktionen mit der jeweils anderen Berufsgruppe. Die Beobachtungen werden von einem von der Steuergruppe ausgearbeiteten Beobachtungsprotokoll angeleitet und nach diesem aufgezeichnet.

(12) Ergänzend werden leitfadengestützte Interviews mit Angehörigen der genannten Berufsgruppen durch die studentischen Mitarbeiterinnen geführt. Die Interviews werden auf Band aufgenommen und transkribiert.

(13) Die Beobachtungsprotokolle und Interviews werden vom Team des Europäischen Zentrums inhaltsanalytisch ausgewertet und für die Diskussionsgruppen von Polizei und Sozialer Arbeit auf Bezirksebene aufbereitet.

(2) *Erhebung in Betrieben der Gastronomie in Wien und Niederösterreich*

(21) Im darauffolgenden Semester beobachten die studentischen MitarbeiterInnen ausgewählte Gastronomie- und Handelsbetriebe verdeckt nach Anleitung durch ein weiteres Beobachtungsprotokoll.

(22) Ergänzend werden leitfadengestützte Interviews mit in Gastronomiebetrieben Tätigen durchgeführt. Die Interviews werden auf Band aufgenommen und transkribiert.

(23) Die Beobachtungsprotokolle und Interviews werden vom Team des Europäischen Zentrums inhaltsanalytisch ausgewertet und für die Diskussionsgruppen von Polizei und Sozialer Arbeit auf Bezirksebene aufbereitet.

(3) Entwicklung interprofessioneller Ziele und Handlungsleitlinien für das Problemfeld gesundheitlich riskantes Verhalten in der Öffentlichkeit bei Polizei und Sozialer Arbeit

(31) In den Erhebungsbezirken wird jeweils eine Arbeitsgruppe mit Angehörigen der Polizei und der Sozialen Arbeit zusammengestellt, die unter der Leitung eines Mitgliedes der Steuergruppe die Ergebnisse der Erhebungen in bis zu drei Sitzungen diskutiert und intra- und interprofessionelle Ziele und Leitlinien für den koordinierten Umgang mit gesundheitlich riskantem Verhalten in der Öffentlichkeit erarbeitet.

(32) Die Diskussion in den Arbeitsgruppen wird von Angehörigen der Steuergruppe beobachtet und protokolliert.

(4) Umsetzung der interprofessionellen Ziele und Handlungsleitlinien durch Polizei und Soziale Arbeit und Evaluation der Umsetzung

(41) Die in den Arbeitsgruppen von Polizei und Sozialer Arbeit formulierten Ziele und Handlungsleitlinien werden im folgenden Halbjahr umgesetzt.

(42) Die Umsetzung wird evaluiert: Studentische Mitarbeiter führen teilnehmende und nicht teilnehmende Beobachtungen von PolizistInnen und SozialarbeiterInnen durch und erfassen Veränderungen gegenüber der ersten Beobachtungsphase. Die Beobachtungen werden in einem vorgegebenen Beobachtungsprotokoll schriftlich festgehalten.

(43) Wenn erforderlich befragen die studentischen Mitarbeiterinnen Angehörige der Polizei und Sozialen Arbeit nach Problemen bei der Implementierung der interprofessionellen Ziele und Handlungsleitlinien. Die Interviews werden auf Band aufgenommen und transkribiert.

(44) Das Team des Europäischen Zentrums wertet die Beobachtungsprotokolle und die Interviews inhaltsanalytisch aus, vergleicht die Ergebnisse der 1. und 2. Feldphase und bereitet sie für die Arbeitsgruppen auf Länderebene auf.

(5) Aufbau von Strukturen für die Kommunikation und Kooperation von Polizei und Sozialer Arbeit

(41) In Wien und in Niederösterreich wird jeweils eine Arbeitsgruppe aus (leitenden) VertreterInnen von Polizei und Sozialer Arbeit gebildet. Die Arbeitsgruppen werden von Mitgliedern der Steuergruppe geleitet. Den Arbeitsgruppen werden die bisherigen

Ergebnisse vorgelegt, sie werden gebeten Vorschläge über den Aufbau von Strukturen in ihrer Organisationen zu erarbeiten, die der intra- wie extraprofessionellen Kommunikation wie der Entwicklung interprofessionell abgestimmter Interventionsmuster bei gesundheitlich riskanten Handlungen in der Öffentlichkeit fördern.

(42) Die Diskussion in den Arbeitsgruppen wird von Mitgliedern der Steuergruppe beobachtet und protokolliert.

(6) *Entwicklung von Zielen und (ethisch fundierter) Handlungsleitlinien für das Problemfeld gesundheitlich riskantes Handeln in den – halböffentlichen – Betrieben der Gastronomie und des Handels*

(61) In Wien und in Niederösterreich wird jeweils eine Arbeitsgruppe mit VertreterInnen von Gastronomie und Handel zusammengestellt, die unter der Leitung eines Mitgliedes der Steuergruppe die Ergebnisse der ersten Feldphase in maximal drei eineinhalbstündigen Sitzungen diskutiert und Ziele und (ethisch fundierte) Handlungsleitlinien für das genannte Problemfeld formuliert.

(62) Die Diskussion wird von Mitgliedern der Steuergruppe beobachtet und protokolliert,

(7) *Entwicklung von Zielen und (ethischer) Leitlinien für das Problemfeld gesundheitlich riskantes Handeln in öffentlichen Räumen mit den Medien*

(71) In Wien und Niederösterreich wird jeweils eine Arbeitsgruppe mit MitarbeiterInnen von Bezirks- und Landesmedien zusammengestellt, die unter der Leitung eines Mitgliedes der Steuergruppe Ziele und (ethische) Leitlinien für die Berichterstattung über das genannte Problemfeld erarbeitet.

(72) Die Diskussion in der Arbeitsgruppe wird von Mitgliedern der Steuergruppe beobachtet und protokolliert.

(8) Parallel zu den Erhebungen und der Arbeit an gemeinsamen Interaktionsstrukturen wird einschlägige Literatur analysiert, und werden zuerst die internationale Tagung und in deren Folge die Seminarreihe des Europäischen Zentrums organisiert.

(9) Projektverlauf und Ergebnisse werden in einem Endbericht zusammengefasst.

Im folgenden Kapitel II 1-3 werden drei das Projektkonzept konstituierende Elementen detaillierter vorgestellt: (1) Die Kooperation – ihr Kontext und ihre Geschichte; (2) der Begriff Stakeholder und sein „Gegenüber“ – die „Interessensgruppen“; (3) der öffentlichen Raum, bzw. die öffentlichen Räume“. Kapitel III 1-3 führt zur Arbeit im Feld: diskutiert werden Strukturen, mit denen die Feldarbeit unerwartet konfrontiert wurde, die sie jedoch berücksichtigen musste, sollte das Projekt seinen Verlauf nehmen und die wichtigsten „großen“ Anpassungen. Kapitel 4 – das umfangreichste von allen – enthält die Ergebnisse chronologisch wie auch nach Berufsgruppen geordnet. Kapitel V ist der Zusammenfassung gewidmet, die in die Form offener Überlegungen auf Fragen gegossen ist. Mit der Wahl dieser Form wollte AGORA darauf hinweisen, dass die in seinem Rahmen gewonnen Einsichten nicht im Sinne einer in jeden beliebigen Kontext anwendbaren „best practice“ transferiert werden können und sollen.

II. KONZEPTUELLER RAHMEN

Der Projektplan baut auf theoretischen Konzepten auf, die mit drei, im vorigen Abschnitt bereits verwendeten Begriffen verbunden sind: (1) So wurde der „*Kooperation*“ ein zentraler Stellenwert für die Gesundheitsförderung im allgemeinen und für AGORA im besonderen zugewiesen und wurde die Weiterentwicklung (interprofessioneller) Kooperation als generelles Ziel des Projektes festgelegt. (2) Vier Berufsgruppen, deren Arbeitsaufgaben und Arbeitsziele äußerst unterschiedlich sind – Polizei, Soziale Arbeit, Gastronomie und Handel und Medien – wurden im Projektplan als *primären Zielgruppen* angesprochen und gleich gestellt. Welches Konzept liegt ihrer Auswahl zugrunde, welche Gemeinsamkeiten teilen sie, außer, dass sie in einem Projekt über jugendliche Alkoholszenen, das vor geraumer Zeit durchgeführt wurde, nicht nur nicht kooperierten, sondern gegenläufige Einfluss auf das Verhalten ausübten, das im Zentrum des Forschungsinteresses stand? (3) Auch der „öffentliche Raum“ nimmt im Projektplan eine prominente Rolle ein: Er „setzt“ den Projektraum. Handlungen der primären wie nachgeordneter Zielgruppen sind nur von Interesse, sofern sie sich im öffentlichen Raum abzeichnen, nach Veränderungen von Handlungen, die nur im privaten Raum sichtbar werden, wird nicht gefragt. Im dritten der folgenden Abschnitte wird versucht das Interesse am öffentlichen Raum zu begründen, die ersten beiden sind der Kooperation und den primären Zielgruppen – den „Stakeholdern“ – gewidmet.

1. KOOPERATION – ZUSAMMENARBEIT – VERNETZUNG

Der alternierende Einsatz mehrerer Begriffe für denselben Sachverhalt signalisiert dessen Schwammigkeit: Ist der von der Politik und Wissenschaft priorisierte Begriff „Vernetzung“, so wird schon aus stilistischen Gründen auch von „Zusammenarbeit“, „Zusammenwirken“, „Koordination“, „Kooperation“ und „Partnerschaft“ gesprochen. Unbeschadet konzeptueller Schwächen avancierten „Vernetzung“ und „Netzwerke“ zum Schlüsselbegriff aktueller Gesundheitspolitik. Schon in der „Ottawa Charta zur Gesundheitsförderung aus dem Jahr 1986“ der Weltgesundheitsorganisation ist die Rede vom gesundheitsorientierten „Vermitteln

und Vernetzen“, da der „Gesundheitssektor allein nicht in der Lage (ist), die Voraussetzungen und guten Perspektiven für die Gesundheit zu garantieren“. In der „Jakarta Erklärung“ aus dem Jahr 1997 hat die Bedeutung von Vernetzung und von Netzwerke deutlich zugenommen: „Die neuen gesundheitlichen Herausforderungen“ – heißt es hier – „erfordern den Aufbau neuer Netzwerke um intersektorale Zusammenarbeit zu fördern“. Und: die Unterstützung „...(der) Zusammenarbeit und Entwicklung von Netzwerken für die Gesundheitsentwicklung“ wird unter die vorrangigen Ziele eines weltweiten Bündnisses zur Gesundheitsförderung gereiht.

Wie aus den Erklärungen der Weltgesundheitsorganisation ersichtlich wird: Vernetzung und Netzwerke gewinnen mit einer Gesundheitspolitik an Bedeutung, in der Gesundheit nicht nur als Abwesenheit von Krankheit und auch nicht als Teil des Lebens neben anderen verstanden wird, sondern als wesentlicher Bestandteil und als Grundlage des alltäglichen Lebens. Folgt man diesem umfassenden Gesundheitskonzept, liegen wesentliche Einflussfaktoren auf die Gesundheit der Bevölkerung außerhalb des traditionellen Gesundheitssektors – um Gesundheit zu fördern, muss er daher mit allen anderen Politikfelder kooperieren und alle Politiksektoren haben Gesundheit in ihre Agenden aufzunehmen. „Health in all Policies“ – der Begriff, der für diese intersektorale Zusammenarbeit steht – beruht daher wesentlich auf Kommunikation, Wissensaustausch und Zusammenarbeit (Nowak 2014).

Sind der Aufbau von Netzwerken, Vernetzung und Kooperation zweifellos wichtige Strategien der Gesundheitsförderung, und stehen darin tragende Rollen für die vier Stakeholder bereit, so geht die Bedeutung von Zusammenarbeit in AGORA doch darüber hinaus. AGORA setzt primär auf den Aufbau eines kooperativ gestalteten öffentlichen Raums anstelle eines Raums, der durch nicht abgestimmte, teils auch konfligierende Haltungen und Handlungen mit Gestaltungsmacht ausgestatteter Stakeholder bestimmt ist. Ein kooperativ gestalteter öffentlicher Raum – so die Annahmen von AGORA – fördert nicht nur das Wohlbefinden der Kooperierenden und damit ihre Gesundheit, sondern auch und vor allem das Wohlbefinden und die Gesundheit seiner Nutzer und Nutzerinnen, insbesondere jener, die sich gesundheitlich riskant verhalten. Ein kooperativ gestalteter öffentlicher Raum sollte eine Umwelt – ein Setting – bilden, in dem Probleme und Konflikte, wenn schon nicht gelöst oder vermindert, zumindest nicht (weiter) vermehrt und/oder eskaliert werden.

Wenn nachfolgend von Kooperation und Vernetzung die Rede ist so wird darunter ein vielschichtiger sozialer Vorgang (eine soziale Interaktion) verstanden, durch den Handeln von sozialen Gruppen so aufeinander abgestimmt wird, dass es gemeinsamen, zumindest aber kompatiblen Aufgaben und Zielen dient. Kooperation ist ein (post)moderner Modus der sozio-politischen Steuerung und ein Gegenmodell zu traditionellen Steuerungsmechanismen, bei denen übergeordnete Instanzen ihnen untergeordneten Anordnungen erteilen, Aufträge zu erfüllen und ihnen gleichzeitig den Weg zur Erfüllung vorschreiben. Sind Personen und/oder Organisationen durch Vernetzung verbunden, kann keine der anderen etwas anordnen, vorschreiben oder sie auch nur beauftragen (Schimank 2007)

In der Gesundheitsförderung sind also Kooperation und Vernetzung durchgängig positiv besetzte Begriffe, und mit der Hoffnung auf und Erwartung von Innovationen verbunden. Und auch in anderen Feldern intersektoraler Politik hat der „postmoderne Steuerungsmechanismus“ eine steile Karriere durchlaufen, wie etwa als „Multi Agency Approach“ in der Sicherheitspolitik (Stangl 2003). Das Konzept der Vernetzung hat aber nicht nur Zustimmung erfahren, auch kritische Stimmen wurden laut, die sich sowohl auf seine (mangelnden) Anwendbarkeit bezogen, wie sie auch seine innovativen Kräfte in Zweifel zogen.

Bei der Anwendung des Konzeptes in der Praxisforschung im Gesundheits- und Sozialbereich stellte sich heraus, dass der Aufbau von Netzwerken weder von der intersektoralen Politik unterstützt wird, noch von der traditionell hierarchischen Politik, die nach wie vor viele Politikfelder dominiert (Leichsenring 2014). Auf Behinderungen stößt der Aufbau multi-professioneller Kooperation auch in den professionellen Organisationen des Gesundheits- und Sozialbereichs, die – von ihren Strukturen besehen – eher kooperationsfeindlich – als freundlich einzuschätzen sind: Professionalismus geht mit einem hohen Maß an Autonomie einher, Professionelle verfügen über Kompetenzen, die sie gegenüber anderen abgrenzen und schützen; Professionelle haben spezielle Sprach- Denk und Handlungsmuster entwickelt, und ihre Berufsrollen sind nur für den Gebrauch in ihren Berufsorganisationen nützlich (Dür 2013).

Den postulierten innovativen Kräften des Steuerungsmechanismus Kooperation wird – beabsichtigt wie unbeabsichtigt – mit negativen Entwicklungsszenarien entgegengehalten:

Wird der „Multi Agency Approach“ im Sicherheitsbereich konsequent weitergedacht, droht durch die Kooperation staatlicher Sicherheitsakteure (Polizei, Soziale Arbeit) mit privaten Diensten der Verlust der gesetzlich bestimmten öffentlichen Sicherheit. Durch die Vernetzung mit privaten Diensten könnten sich auch private (ökonomische) Ordnungsvorstellungen und Werthaltungen in der Gestaltung der Öffentlichkeit breitmachen, was wiederum zur Folge hätte, dass dem Bürger jegliche Einspruchsmöglichkeit und Kontrolle entzogen würden (Funk 1995). Auch beim Zukunftsszenario der „integrative Dienstleistung“ wird der Bürger durch ein multiprofessionelles Netzwerk seiner Einspruchsrechte und -möglichkeiten beraubt. Die „integrative Dienstleistung“ wird als Produkt eines multiprofessionellen Teams mit unterschiedlichen Kernkompetenzen vorgestellt, das in vernetzten Organisationen arbeitet. Produktion, Kooperation und Organisationsvernetzung folgen Regeln und Zielen, die auf der Basis von Qualitätskriterien von Professionellen entwickelt wurden. (Dür 2013). Das bestmögliche Dienstleistungsangebot setzt den Markt außer Kraft und befreit von oder auch: enthebt den Bürger der Wahl.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die ausschließlich positive Betrachtung von sozialen Mechanismen wie der Kooperation und Vernetzung dazu verleitet, problematische Entwicklungen zu übersehen. Auch Kooperation und Vernetzung sind nur begrenzt – in speziellen Settings – mit sozialem Gewinn einsetzbar und es sollten ihnen Grenzen gesetzt werden, da sie andernfalls sie gerade das Demokratiedefizit erzeugen, das zu beseitigen sie angetreten sind. Grenzen zu setzen liegt allerdings nicht in den Möglichkeiten intersektoraler Politik, zur Grenzsetzung bedarf es einer konservativ hierarchische Politik, die nach präventiven Gesichtspunkten anordnen kann.

2. STAKEHOLDER UND INTERESSENSGRUPPEN

Die primären Zielgruppen von AGORA werden wie oben angekündigt, auch als Stakeholder bezeichnet. Stakeholder ist ein Begriff der in der Zwischenkriegszeit von der Betriebswirtschaft in den Vereinigten Staaten geprägt worden ist und der erst in den 1990er Jahren in den politikwissenschaftlichen Diskurs übernommen wurde. Der bis heute diffus gebliebene Begriff steht für Gruppen oder Personen, die einen „Einsatz“ getätigt haben – ursprünglich bei einem Pferderennen, in den heutigen Politikwissenschaften in eine

Organisation oder eine Politik. Wer als Stakeholder gezählt wird, hängt davon ab, welche der zahlreichen Definitionen gewählt wird. Häufig wird zwischen Stakeholdern, die eine Organisation oder eine Politik beeinflussen und Stakeholdern die beeinflusst werden unterschieden, andere Klassifikationen berücksichtigen die Legitimität der Ansprüche und/oder die Macht der Stakeholder, Organisationen oder Politiken zu beeinflussen, weitere Ansätze differenzieren zwischen primären Stakeholdern, die für das Überleben einer Organisation unabdingbar sind und sekundären, das sind jene mit denen die Organisation zwar interagiert, aber deren Bestand nicht existenzentscheidend für die Organisation ist. Stakeholdernanalysen werden bei der Planung etwa im Gesundheitsbereich eingesetzt, und dementsprechend häufig kommt der Begriff auch in WHO Dokumenten zum Einsatz (Brugha, Varvasovksy 2000, Thom et al 2015, Eisenbach-Stangl 2015).

Stakeholder werden zumeist durch empirische Erhebungen identifiziert: mit quantitativen Methoden, wie etwa durch Surveys, und durch qualitative, wie etwa Mapping. AGORA baute auf den Ergebnissen eines früheren Projektes auf, in dem vier soziale Gruppen als Stakeholder öffentlicher Berausung Jugendlicher identifiziert worden waren. Und in AGORA wurde davon ausgegangen, dass dieselben Stakeholder auf alle Nutzer und Nutzerinnen öffentlicher Räume Einfluss nehmen, die sich gesundheitlich riskant verhalten. Das Stakeholder Konzept kam in AGORA zum Einsatz weil es häufig im Zusammenhang mit Vernetzung eingesetzt wird und weil es empirisch ausgerichtet ist und die Identifikation weiterer Stakeholdergruppen ermöglicht. Es hat allerdings den Nachteil, die Aufmerksamkeit auf das Stakeholding zu konzentrieren, und von den Unterschieden der „Einsätze“, der Organisationsformen, wie der gesellschaftlichen Position der Stakeholder abzusehen.

Dem entgegengesetzt lenkt der ältere, von den europäischen Sozialwissenschaften geprägte Begriff der Interessensgruppe den Blick auf konfligierende Interessen, unterschiedliche Organisationsformen und Machtverhältnisse und (wirtschaftliche) Konkurrenz. Die gegenläufigen Interessen müssen im Rahmen nationaler Staaten „verglichen“ werden und so schlagen sich Machtverhältnissen in Gesetzgebung und Verwaltung nieder. Interessensgruppen sind in gesellschaftlichen Strukturen verortet: im wirtschaftlichen oder zivilen Sektor (wie etwa kirchliche oder humanitäre Vereine), oder – wie neuere theoretische Überlegungen zeigten – im Staat selbst, der, wie andere Organisationen auch, ein

„Eigeninteresse an der Machterhaltung“, ein „Interesse an sich selbst“ entwickelt (Weber 1972/1921, Offe 1975, Vobruba 1983).

3. ÖFFENTLICHKEIT UND ÖFFENTLICHER RAUM

In den Sozialwissenschaften wird die Öffentlichkeit als der gesellschaftliche Ort betrachtet, an dem sich der moderne Bürger als politisches Subjekt etabliert: vor allem in dem er sich auf dem Forum oder dem Marktplatz – AGORA – mit anderen Bürgern als Gleicher unter Gleichen trifft, sich über die Machtverhältnisse informiert und sie gegebenenfalls kritisiert und Veränderungen fordert (Habermas 1962, 1990). Sozialwissenschaftler sind sich auch darüber einig, dass dieses klassische Szenario der Demokratie in „reiner“ Form möglicherweise nie bestanden hat – weder in den Gesellschaften des klassischen Altertum, in denen Vorformen demokratischer Strukturen entstanden sind, noch bei Anbruch der „Moderne“ in Industriegesellschaften (Habermas verortet hier seine Theorie der politischen Öffentlichkeit), und schon gar nicht in der heutigen „Postmoderne“.

Als Faktor, der die politische Öffentlichkeit seit Beginn der Moderne zersetzt und zunehmend fragmentiert haben, wird vorzugsweise die Kommodifizierung genannt, die unter anderem die Medienorganisationen verändert hat: Waren die ursprünglichen Printmedien an Interessensgruppen gebunden, sind sie heute ausdifferenzierte kommerzielle Unternehmen, die das Prinzip „„Aufmerksamkeit““ hofieren (Dreiländerkongress 2011). Als weiterer Faktor von Tragweite von Interesse für AGORA ist der Wandel des Verhältnisses von Öffentlichkeit und Privatheit, der dazu geführt hat, dass der öffentliche Raum statt vom „gut informierten Bürger“ von Subjekten besetzt ist, die sich mit Hilfe neuer Selbsttechnologien außerhalb der politischen Sphäre konstituiert haben, sich niemanden verantwortlich fühlen und die in erster Linie sich selbst repräsentieren (Hitzler 2011).

Da gerade von öffentlichem Raum die Rede war: Er ist nicht physisch, sondern sozial konstituiert und über Wahrnehmung und Gestaltungsprozesse unmittelbar mit der Öffentlichkeit verbunden. Wie die Öffentlichkeit hat er eine demokratiepolitische Dimension: So befindet er sich prinzipiell im Besitz der Allgemeinheit und ist für alle zugänglich und doch ist seine Nutzung nicht allen gleichermaßen möglich. Depravierte soziale Gruppen, wie

Bettler oder Punks müssen ihren Aufenthalt immer wieder aushandeln, andere – wie Sprayer und Jugendgruppen verschiedener Prägung – beanspruchen ihn durch illegale Akte (z.B. Alkoholkonsum vor erlaubtem Einstiegsalter – Stoik 2014).

Der öffentliche Raum der bisher besprochen wurde, ist der im Prinzip ungeteilte öffentliche Raum der Großstadt. Im Gegensatz dazu besteht die „Öffentlichkeit im Dorf“ traditionell aus den „Sonderöffentlichkeiten“ verschiedener sozialer Gruppierungen die deren ungleiche gesellschaftliche Position und deren jeweiliges Verhältnis zu den lokalen Traditionen ausdrücken. Die „Sonderöffentlichkeiten“ dienen unter anderem dem Bewahren, der Pflege und der Weitergabe von Traditionen durch Personen in Machtpositionen. Das hierarchische Gefüge der Sonderöffentlichkeiten wird durch die „Wir-Funktion“ zusammengehalten, die die Dorfgesellschaft als Gemeinschaft und die Außenwelt als feindliches Ausland bestimmt (Strohmeier 2014).

Die mit Traditionen eng verknüpften hierarchischen Dorföffentlichkeiten sind älter als der prinzipiell ungeteilte öffentliche Raum in der (Groß)Stadt, doch werden beide gleichermaßen von den genannten Kräften der Zersetzung getroffen. Wie aber kann der Zersetzung entgegengewirkt und ein öffentlicher Raum geschaffen werden, der dazu beiträgt, dass fragmentierte „Nutzer“ sich (wieder) als eigenständige und damit auch verantwortungsfähige Subjekte konstituieren können?

Ein detaillierterer Blick auf den fragmentierten Nutzer des öffentlichen Raums ist von Nutzen: Denn im kommodifizierten vom Privaten durchsetzten Raum begegnet er unvereinbaren Bildern seiner selbst. Ist er ein jugendlicher oder junger Mann, strahlt er als Ideal aus jedem Medium und ist er im Waren- und im Wirtshaus König. Trinkt er von den beworbenen Billigangeboten zu viel, wird er von Personal und privaten Sicherheitskräften als Outcast vor die Tür gesetzt. Randalisiert er dann, wird er möglicherweise von Polizei und Rettung wie Müll entsorgt. Für andere Nutzer der Öffentlichkeit ist er niemand solange er schweigt, schreit er, ist er ein Ärgernis, das angezeigt wird. Die Geschichte lässt sich weiter ausführen, doch ist es zielführender sich den Gestaltern des öffentlichen Raums zuzuwenden und zu überlegen, ob und wie sie ein integrierteres Bild des jungen Mannes kooperativ herstellen könnten – was für ihn bekömmlicher – und gesundheitsfördernder – wäre und vermutlich auch für sie.

III. STRUKTUR DES FELDES UND ANPASSUNGEN DER PROJEKTSTRUKTUR

EINLEITUNG

Der Projektentwurf sah als ersten Schritt in das Feld die Kontaktaufnahme mit Einrichtungen der Polizei und der Sozialarbeit auf Bezirksebene durch Mitglieder der Steuergruppe vor: Das Projektteam benötigte die Erlaubnis Sicherheitsbeamte und Sozialarbeiter bei ihrer Arbeit zu beobachten und zu befragen; außerdem wollte es über thematisch relevante Ereignisse informiert werden, und Angehörige beider Berufsgruppen, falls sie sich an den Ort des Geschehens begaben, begleiten.

Die Anliegen, die ein nicht unbeträchtliches Maß an Kooperationsbereitschaft von Seiten der Polizei und Sozialer Arbeit voraussetzten und Arbeitszeit kosteten, wurden sehr unterschiedlich bearbeitet und beantwortet: Im Falle der Polizei war die Zustimmung der übergeordneten Landespolizeibehörden erforderlich, bei der Sozialarbeit wurde auf Einrichtungsebene entschieden. Die heterogenen Arbeitsorganisationen der Stakeholder prägten den ersten Kontakt, wie die weitere Zusammenarbeit, zu deren Sicherung es dann laufender Anpassungen des Projektdesigns bedurfte.

Die durch die jeweiligen Organisationsstrukturen geprägte Kommunikation mit und zwischen Einrichtungen war das erste Ergebnis des Praxisprojektes. Das Projektteam suchte der Bedeutung dieses Ergebnisses durch (im Projektplan nicht vorgesehene) Recherchen über die Organisationen der Polizei und Sozialarbeit auf Bezirks- und Landesebene gerecht zu werden – ein darüber Hinwegsehen hätte den Fortgang der Feldarbeit gestört. Die Recherchen wurden in einer späteren Phase auf die beiden verbleibenden Stakeholdergruppen, den Wirtschaftszweig Gastronomie und die Branche der Medien ausgedehnt. Die Resultate werden in gebotener Kürze im ersten Teil des vorliegenden Kapitels zusammengefasst: Allgemein zugängliche Informationsquellen – etwa Broschüren, aber auch Homepages – enthalten eine Menge an detailliertem Material.

Der zweite Teil des Kapitels beschäftigt sich mit Organisationen, die an der Verknüpfung der primären Zielgruppen arbeiten: Denn wie sich gleich zu Beginn der Feldarbeit herausstellte, hatten in der Zeit, in der der Projektantrag verfasst und vom Fördergeber bearbeitet wurde, nicht nur Polizei und Soziale Arbeit begonnen unter dem Schlagwort „Vernetzung“ zu kooperieren, sondern waren auch weitere, zumeist verwaltungsnahe Einrichtungen in Sachen „Vernetzung“ aktiv geworden. Um zur Vermeidung von „Parallelaktivitäten“ den „Vernetzungsstand“ zu erfassen, mussten die wichtigsten „vernetzenden Einrichtungen“ identifiziert und ihre Verknüpfungsaktivitäten beschrieben werden. Als vernetzende Einrichtungen waren rasch die Sucht- und Drogenkoordinationen der beiden Bundesländer auszumachen: Wie die Einrichtungen der Gewaltprävention und der Gesundheitsförderung, die auch in diesem Zusammenhang zu nennen sind, handelt es sich bei ihnen um Verwaltungseinheiten, die für Querschnittsmaterien zuständig sind, und spezielle Vernetzungsaufträge und -kompetenzen erhielten. Als vernetzende Einrichtungen waren aber auch diverse Gremien auf Bezirksebene zu untersuchen, die im Rahmen beruflicher, politischer oder geographischer Strukturen tätig sind – wie etwa die sogenannten Koordinations- oder Regionalteams der sozialen Einrichtungen in niederösterreichischen Bezirken und die Bezirks- oder Regionalforen in Wiener Bezirken.

Die vernetzenden Einrichtungen waren zahlreicher und der Umfang der Verknüpfungen war weit größer als erwartet. Vor allem in der Bundeshauptstadt hatten sie sich seit dem Ende des ersten Jahrzehnts des neuen Millenniums vermehrt, waren erste Schritte aber auch schon davor auszumachen. Auch die Aktivitäten der vernetzenden Einrichtungen erforderten Anpassungen des Projektdesigns, die im dritten Teil dieses Kapitel vorgestellt werden.

1. DIE STRUKTUR DES FELDES: ORGANISATIONEN DER STAKEHOLDER

1.1. Polizei

Die Polizei ist eine Behörde, die staatliche Aufgaben wahrnimmt, die im Sicherheitspolizeigesetz, in der Strafprozessordnung und in diversen Landesgesetzen festgelegt sind. Die Aufgaben nach dem Sicherheitsgesetz sind unter anderem die

Hilfeleistung, die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit – unter anderem durch Streitschlichtung – und die Aufrechterhaltung der Ordnung an öffentlichen Orten. Der operative Teil der Aufgaben wird von der in Polizeiinspektionen (PI) organisierten Bundespolizei wahrgenommen, die dem Innenministerium untersteht und von diesem den Landespolizeibehörden beigegeben wird. Die PI's sind ihrerseits dem Bezirkspolizeikommando unterstellt, oder dem Stadtpolizeikommando, handelt es sich um eine Statutarstadt.

Die zentralistisch-hierarchische, auch mit Berufstiteln an das Militär erinnernde Arbeitsorganisation der Polizei wird durch zunehmende Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen und Berufsgruppen langsam gelockert: An erster Stelle ist hier die im Wiener Landessicherheitsgesetz von 2014 formulierte Pflicht der Polizei zu nennen, Personen, die gegen seine Bestimmungen verstoßen, auch über soziale Einrichtungen zu informieren, und über alle diese Fälle die magistratische Verwaltung zu verständigen. Ein noch nicht realisierter Plan der Wiener Polizei sieht die Ernennung eines „Bezirkspolizisten“ vor, der mit sozialen Einrichtungen vertraut ist, und der mit seinem Wissen polizeiintern wie –extern zur Verfügung steht. Und auch auf Bundesebene sind Kooperationen vorgesehen. So bezieht das Projekt des Innenministeriums „Sichere Gemeinde“ den ganzen Wachkörper ein und beabsichtigt einen „engen Austausch zwischen Polizei und Bevölkerung“ über eine Plattform im Internet (BMI, Kriminalprävention 2013).

Am nachhaltigsten dürfte die Einführung spezialisierter Präventivbeamter die Kooperation der Polizei mit anderen, insbesondere aber sozialen Einrichtungen vorantreiben: Präventionsbeamte, die der Fachaufsicht der Abteilung Kriminalprävention und Opferhilfe des Bundeskriminalamtes, und der Dienstaufsicht der Landeskriminalämter unterstehen, sind in verschiedenen Bereichen und zwar der Eigentumsprävention, dem Opferschutz, der Sicherheitstechnik, Jugend, der Gewalt- und Suchtprävention tätig. Zwar werden sie nur selten im öffentlichen Raum aktiv, kooperieren – manchmal in individuellen Fällen, häufig bei strukturellen Anliegen – hingegen eng mit anderen Einrichtungen: Geht es etwa um Beschwerden über kontinuierliche Lärmbelästigung durch Betrunkene, kooperieren Präventivbeamte in der Regel mit der zuständigen Sucht- und Drogenkoordination; geht es um Gewaltprobleme eines Jugendlichen ist es vorgekommen, dass sich der zuständige Polizist an die zuständige Schulsozialarbeiterin wandte. Die geltenden Richtlinien des

Innenministerium sehen zwei (nebenberufliche) Präventivbeamte pro Bezirk vor; geplant ist ein hauptberuflicher Präventivbeamter pro Bezirk, noch nicht geklärt ist, ob er statt oder zusätzlich zu den zwei nebenberuflich Tätigen eingesetzt werden soll.

Zur Zeit sind präventionspolizeiliche Aktivitäten in Wien besser ausgebaut und weitergehend professionalisiert als in Niederösterreich: So sind im Assistenzbereich Kriminalprävention des Landeskriminalamt 38 hauptberufliche Präventionsbeamte tätig, die fachlich den nebenberuflichen Präventionsbeamten in den Polizeiinspektionen (zwei pro PI) vorgesetzt sind. Für die Ausbildung in Suchtprävention wurde eine eigene polizeilichen „Fachstelle für Suchtprävention“ aufgebaut, die auch für die Supervision und Unterstützung von Polizisten, die im Präventionsbereich arbeiten verantwortlich ist.

In Niederösterreich werden präventionspolizeiliche Aktivitäten derzeit fast ausschließlich nebenberuflich wahrgenommen, vorgesehen ist ein hauptberuflicher Sicherheitsbeamter pro Bezirk. Derzeit haben 226 Polizisten eine Präventivausbildung absolviert, von ihnen sind 40 in der Suchtprävention aktiv, aber nur vier hauptberuflich. Die Ausbildung für Suchtprävention für die Polizei wird von der Fachstelle für Suchtprävention durchgeführt.

1.2. Soziale Einrichtungen

Ist die Organisation der Polizei durch klare Strukturen gekennzeichnet, so fällt die Organisation der Sozialen Arbeit zu allererst durch diffuse Strukturen auf. Wie oben angesprochen, beginnt dies bei der Begrifflichkeit. Die Unschärfe setzt sich bei der Tätigkeit fort, die nicht nur von diplomierten Sozialarbeitern und Sozialarbeiterinnen verrichtet wird, sondern häufig auch durch Personen mit anderen Ausbildungen, wie durch „Ehrenamtliche“. Diffuse Strukturen finden sich auch in der staatlichen Organisation, die auf allen politischen Ebenen teils eigenständig, teils mit anderen Verwaltungsbereichen assoziiert ist. Und nicht zuletzt nimmt die Soziale Arbeit ihre Aufgaben nicht nur als Behörde wahr, sondern auch als in privaten Vereinen organisierte Auftragnehmerin. Ihre Aufgaben sind dementsprechend zum kleineren Teil in Gesetzen festgelegt (Bundes Kinder- und Jugendhilfegesetz, Bewährungshilfegesetz), zum größeren in den Leitbildern und Aufgabenbeschreibungen einzelner Einrichtungen.

In Wien ist die größte Zahl von SozialarbeiterInnen im „Amt für Jugend und Familie“ (MA 11) beschäftigt, doch sind Sozialarbeiter auch in der Magistratsabteilung für „Bildung und außerschulische Jugenderziehung“ (MA 13), der „MA 15“ für „Gesundheitswesen und Soziales“, der „MA 17“ „Integration und Diversität“, der „MA 40“ „Soziales, Sozial- und Gesundheitsrecht“, wie der „MA 57“ „Frauenförderung und Koordinierung von Frauenangelegenheiten“ zu finden. In einigen Ressorts sind auf Bezirksebene Planstellen für Sozialarbeiter vorgesehen.

Die Soziale Arbeit in Niederösterreich weist eine ähnliche Struktur auf Landes- und Bezirksebene auf, doch ist eine weit geringere Zahl von Sozialarbeitern und Sozialarbeiterinnen tätig. Auf Landesebene ist Soziale Arbeit vor allem in den Ressorts Gesundheit und Soziales angesiedelt und in deren Abteilungen Soziales, Kinder- und Jugendhilfe konzentriert, für die Erfüllung der gesetzlichen Aufträge stehen auf Bezirks- und Gemeindeebene Planstellen zur Verfügung.

Die Soziale Arbeit, die sich in öffentlichen Räumen bewegt – vor allem die mobile oder aufsuchende Soziale Arbeit – wird zumeist durch private Vereine mit unterschiedlichen Trägern durchgeführt. So finden sich unter den Trägerorganisationen in Wien die Suchthilfe Wien, der Verein Wiener Jugendzentren, auch Vereine wie „Rettet das Kind“, der „Arbeitersamariter Bund“ oder die „Kinderfreunde“. Die Vielfalt der Trägerorganisationen ist nicht mit Desinteresse der Stadt an den von ihren Vereinen angebotenen sozialen Diensten gleichzusetzen: Die privaten Vereine bzw. deren Angebote werden teils von der Stadt, teils von den Bezirken finanziert oder gefördert – nicht nur dann, wenn es sich beim Träger um einen aus der Gemeinde ausgelagerten Fonds handelt, wie beim Fonds Soziales Wien. Und wie gemeindeeigene Einrichtungen sind sie mit der Stadtverwaltung und anderen einschlägig tätigen Einrichtungen – unter anderem mit der Polizei – eng vernetzt.

Von den Einrichtungen, die in Wien Soziale Arbeit im öffentlichen Raum anbieten, sind zu nennen: Der Verein Wiener Jugendzentren mit seiner einrichtungsbezogenen und herausreichenden offenen Kinder- und Jugendarbeit und mobilen Jugendarbeit; Wiener Parkbetreuung und Fair Play, Die Suchthilfe Wien GesmbH mit Streetwork am Karlsplatz, Help U und SAM (sozial, sicher, aktiv, mobil); Wohnpartner; Gebietsbetreuungen;

Nachbarschafts- und Stadtteilzentren; Angebote der Wohnungslosenarbeit wie Nachtstreetwork der Gruft; Arbeit mit SexarbeiterInnen und Lokale Agenda 21.

Auch in Niederösterreich wird Soziale Arbeit von privaten Vereinen angeboten, die jedoch gering an Zahl und auf die lokale Ebene beschränkt sind. Sie gründen auf zivilem Engagement für ungelöste soziale Probleme. Nur wenige Vereine beschäftigen sich (auch) mit öffentlichen Räumen und bieten mobile und aufsuchende Dienste ausschließlich für Jugendliche an. Die Vereine werden wie in Wien vom Land gefördert doch sind sie wenig vernetzt. An erster Stelle zu nennen sind die „Jugendtreffs“, die in vielen Gemeinden den Jugendlichen zur Verfügung gestellt wurden. Aufsuchende Jugendarbeit wird beispielsweise vom Verein „Tender“ mit den Projekten „MOJA“ und „GOOSTAV“ angeboten, vom Verein „menschen.leben“, der in Hollabrunn aktiv ist und im Rahmen des Projektes „Nordrand“ vom Verein „Jugend und Lebenswelt“ in St. Pölten, der auch Veranstaltungen im ganzen Bundesland jugendgerecht betreut. In Wiener Neustadt betreuen Mitarbeiter von "Rumtrieb" des Vereins "Jugend und Kultur" bei jugendrelevanten Veranstaltungen auf öffentlichen Plätzen.

1.3. Gastronomie

Gastronomiebetriebe sind häufig Einzelunternehmen, die individuell in Anspruch genommene und vergütete Versorgungsleistungen – vor allem in der Freizeit – profitorientiert anbieten. Gastronomiebetriebe sind zumeist Kleinunternehmen, deren Interessen obligatorisch von den Organisationen der Wirtschaftskammer auf Bundes- und Landesebene vertreten werden. Die Betriebe der Gastronomie (zu denen u.a. auch Kaffeehäuser, Eissalons, Würstlstände und Diskotheken gezählt werden) sind in einem eigenen Fachverband organisiert, der der Sparte Tourismus und Freizeit zugeordnet ist. Auf Landesebene sind die Gastronomiebetriebe in Bezirksgruppen unterteilt.

Die Interessen der Mitgliedsbetriebe werden durch die Fachverbände auf internationaler und nationaler Ebene wahrgenommen, etwa durch Interventionen bei und Verhandlungen mit Behörden, durch Begutachtung von Gesetzen, Lobbying und Information über als wichtig erachtete Themen. Ein Blick auf die Homepages der Bundeswirtschaftskammer und der

Landeswirtschaftskammern für Wien und Niederösterreich zeigt, dass Tabak, Alkohol und Jugend zu diesen Themen zählen.

Der im Projektplan zusätzlich zur Gastronomie vorgesehene Handel wurde mehr oder weniger stillschweigend übergangen, um die Feldarbeit zu entlasten, die durch die Vielfalt des Vertriebes von intoxicierenden Substanzen (durch Supermärkte, Tabaktrafiken, Apotheken) ausgeübt wäre.

Neben der offiziellen und obligatorischen Vertretung durch die Wirtschaftskammer werden die Interessen der Gastronomen in Niederösterreich und Wien auch durch private Vereine artikuliert: Der Verein "Niederösterreichische Wirthauskultur", dem etwa 250 Wirtshäuser in 200 Orten Niederösterreichs angehören, bekennt sich zur „regionalen Küche“ und zur „typisch niederösterreichische Gastfreundlichkeit“. In Wien hat sich im Rahmen des Wirtschaftsbundes, eines freiwilligen Zusammenschlusses von Wirtschaftsbetrieben im Rahmen der Österreichischen Volkspartei, der „Gastronomie Club Wien“ gebildet: Er versteht sich als Plattform von Gastronomen, für Gastronomen, mit Gastronomen und bietet sich als „Netzwerk von Lieferanten, Kollegen und der Politik“ an.

Regional ist die St. Pöltner Wirtevereinigung "Wirte 3100" aktiv, in der rund 50 Gastronomiebetriebe der Stadt organisiert sind. Der Verein versteht sich als eine Arbeitsgemeinschaft St. Pöltner Gastwirte, er wirbt für die Gastronomie unter anderem mit einer Homepage und durch die jährliche Veranstaltung eines Balles und vertritt die Anliegen der Gastronomie gegenüber der Stadtverwaltung. Auf einer noch weniger organisierten Ebene finden sich lokale/regionale Stammtische von Wirten, wie zum Beispiel in Hollabrunn.

1.4. Medien

Die ausdifferenzierte, global verflochtene Medienbranche rückte nur langsam in das etwas diffus geratene Medienkonzept von AGORA und löste im Projektteam Irritationen und Orientierungsschwäche aus. Ursprünglich war bei „Medien auf Landes- und Bezirksebene“ ausschließlich an regionale und überregionale Printmedien gedacht gewesen – was sich auch in der Literaturrecherche und im Mapping niederschlug. Die Auswahl war durch das Selbstkontrollorgan motiviert, das diese Gruppe von Medien aufgebaut hatte und das für die

Anliegen von AGORA nutzbar erschien – den Presserat-, doch verfehlte sie die Untersuchungs- und Aktionsebene des Projektes.

So zeigten die Recherchen mehrere freiwillige und private Interessensorganisationen auf Seite der Herausgeber, an prominenter Stelle den „Verband Österreichischer Zeitungsherausgeber und Zeitungsverleger“ (VÖZ), dessen Leitbild die „Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der Medien“ proklamiert, damit sie ihre unabkömmliche Aufgabe für die Demokratie erfüllen können. Des weiteren mehrere freiwillige und private Interessensorganisationen auch auf Seite der Medienarbeiter- der Journalisten –, an prominenter Stelle der 1859 gegründeten Presseclub Concordia, eine (parteipolitisch) unabhängige Organisation, die sich als zukunftsorientierte Standesvertretung und als „Gewissen“ des Berufsstandes versteht. Und der von den genannten wie weiteren Interessenverbänden ins Leben gerufene „Österreichische Presserat“, eine „moderne Selbstregulierungseinrichtung im Pressebereich“, die der Qualitätssicherung der Berichterstattung, sowie der Pressefreiheit dienen soll.

Als informierte Gesprächspartner auf die Bedeutung internationaler, privater Rundfunk- und Fernsehsender für die Berichterstattung auf lokaler Ebene hinwiesen, wurde das unscharfe Medienkonzept um eine umfangreiche und noch weniger „vom Bezirk“ steuerbare Medienkategorie erweitert. Natürlich stellte sich bald die Frage, ob nicht auch die das Lokale durchdringende, wie in das Globale verweisenden „Social Media“ aufzunehmen wären, die Partizipation ermöglichen. Erst als der ausdifferenzierte globale Medienmarkt begann, die vorgesehene Feldarbeit zu überfordern, wurde klar, dass die Lösung im umgekehrten Weg lag und dass die Einschränkung auf „Printmedien auf Bezirksebene“ mit der für die anderen Stakeholdergruppen bevorzugten Schnittstelle Gemeinde harmonierte. Von besonderem Interesse schienen drei Bezirkszeitungen, die zu den meistgelesenen Printmedien in den beiden Bundesländern zählen.

Als weit verbreitete und viel gelesene Printmedien sind in Wien die „Bezirkszeitung“ (bz Wiener Bezirkszeitung) und das „Bezirksblatt“ zu nennen. Die Bezirkszeitung erreicht rund 30% der über 14 jährigen Wiener und Wienerinnen, sie erscheint 14-tägig, und besteht aus einem allgemeinen Wiener Teil mit einer Kolumne des Bürgermeisters und einem bezirksspezifischen zweiten Teil. Das Blatt definiert sich als „ein von allem politischen Parteien und Interessensvertretungen unabhängiges Regionalmedium mit Berichterstattung

über das gesellschaftliche, politische, wirtschaftliche, sportliche und kulturelle Leben mit regionalem Focus“, es finanziert sich über Anzeigen und wird kostenlos abgegeben. Das wöchentlich erscheinende Bezirksblatt erreicht einen leicht darüber liegenden Anteil der Wiener Bevölkerung. Unter seinen Herausgebern finden sich wirtschaftliche Interessensvereinigungen, die Berichterstattung ist auf eine „humane, soziale, umweltorientierte und demokratische Stadtpolitik“ ausgerichtet. Wie die Bezirkszeitung kann das Bezirksblatt als „wirtschaftsorientierte Werbefläche“ beschrieben werden; es kann daher auch kostenlos abgegeben werden. (Gasior 2012)

Die wichtigste niederösterreichische Wochenzeitung sind die Niederösterreichischen Nachrichten (NÖN). Die Geschichte der Zeitung reicht bis ins Jahr 1874 zurück, die NÖN in der heutigen Form – 28 Regionalausgaben – gibt es seit 1995. Mit 37,7 Prozent Reichweite ist die Printausgabe der NÖN die meistgelesene Kaufzeitung in Niederösterreich. Gemäß ihren Statuten hat sie das Ziel „aus christlichem Geiste zur Information und zur Bildung der Bevölkerung und zur Förderung des Gemeinwohles beizutragen“.

2. DIE STRUKTUR DER FELDES: VERNETZENDE ORGANISATIONEN

„Vernetzende Einrichtungen“ mit Spezialauftrag: Die Einrichtungen der Sucht- und Drogenkoordination und -prävention und der Gewaltprävention

Die Sucht- und Drogenkoordination in Wien – kurz SDW genannt – ist eine, Ende der 1990er Jahre aus der Gemeinde ausgelagerte Verwaltungseinheit, die die Form einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung angenommen hat und dem Auftrag der MA 15 „Gesundheitswesen und Soziales“ untersteht (Eisenbach-Stangl, David, Dressel 2009). Konfliktminimierung im öffentlichen Raum ist seit vielen Jahren einer ihrer zentralen Aufgaben. Für den Tätigkeitsbereich öffentlicher Raum und Sicherheit wurde eine vielfältig vernetzende Arbeitsstruktur entwickelt und viele innovative Services geschaffen.

Das höchste Gremium in der Arbeitsstruktur ist die 2007 gegründete, vom Drogenkoordinator geleitete „strategische Steuerungsgruppe“ die „soziale Problemzonen im öffentlichen Raum“ definiert. Im Gremium sind Polizei und zahlreiche Magistratsabteilungen wie ambulante psychiatrische und soziale Dienste vertreten. Im Auftrag dieser Steuerungsgruppe wurden

zwei Arbeitsgruppen eingerichtet denen Vertreter und Vertreterinnen einer größeren Zahl von operativ tätigen Einrichtungen angehören, neben der Polizei etwa der ÖBB, der Wiener Linien, der Suchthilfe und der Wohnungslosenhilfe. Eine der beiden Arbeitsgruppen ist den „Alkoholszenen im öffentlichen Raum“ – vor allem im Gelände von Bahnhöfen – gewidmet, die andere der „Sicherheitspartnerschaft“, die unter anderem die Integration Suchtkranker in das Suchthilfenetzwerk zum Ziel hat. Auf rein operativer Ebene arbeiten schließlich „Regionale Sicherheitsjour fixes“, die für ausgewählte Problemzonen – wie etwa dem Praterstern, dem Westbahnhof, Wien Mitte oder jüngst dem Hauptbahnhof – zuständig sind und Maßnahmen für sich wiederholende problematische Ereignisse im öffentlichen und halböffentlichen Raum implementieren oder optimieren – wie etwa den längerfristigen Aufenthalt marginalisierter, Alkohol trinkender Personengruppen an stark frequentierten Orten. Sie werden mehrheitlich durch Angehörige von SAM geleitet, der „Bedarfsorientierten, sozialen Arbeit im öffentlichen Raum“, die die Aufgabe hat, Konflikte in Problemzonen zu reduzieren und die in den Jour fixes Mitarbeiter unterschiedlicher Dienste und Angehörige unterschiedlicher Berufe, so auch der Exekutive zu regionalen operativen Netzwerken zusammenschließen (Kovar, Jäger 2013, Pumberger 2012, SDW – Wien o.J.).

Neben der Arbeitsstruktur ihres Tätigkeitsbereiches öffentlicher Raum und Sicherheit ist die SDW als gesamte Einrichtung mit den Bezirksverwaltungen vernetzt, in der Form mehrmals jährlich stattfindender Gespräche mit den Bezirksräten und -rätinnen für Sucht- und Drogenfragen. Hierbei werden unter anderem „spezielle Problemlagen“ erörtert, was der SDW erlaubt, in der Folge rasch und professionell zu reagieren.

Das Institut für Suchtprävention – eine Einrichtung des SDW – versuchte im Rahmen des Projektes „PrEvent“ Jugendarbeit, Exekutive und Gastgewerbe zu vernetzen, mit dem Ziel die Angehörigen der genannten Berufsgruppen für Gefährdungen von Jugendlichen zu sensibilisieren.

Die „*Fachstelle für Suchtprävention NÖ*“, die die Suchtkoordination einschließt, erfüllt ebenfalls Vernetzungsaufgaben, wenn auch in etwas bescheidenerem Maße. Suchtkoordinatorin und Suchtbeauftragter kooperieren mit der Landespolizei im Rahmen von Vernetzungstreffen auf strategischer Ebene, in denen unter anderem Suchtprobleme lokalisiert und analysiert werden. Auf strategischer Ebene ist auch der Jour Fixe der Fachstelle

angesiedelt, zu dem sie viermal pro Jahre Polizei, wie Vertreter und Vertreterinnen der Jugendarbeit, der Suchtkrankenhilfe und von Einrichtungen, die sich mit anderem Gruppen von Marginalisierten befassen, einlädt. Auf operativer Ebene beschränkt sich die Zusammenarbeit auf die Suchtprävention in Schulen und für Eltern, für die Polizei und Suchtvorbeugung gemeinsam Vorträge und Workshops organisieren. Anzumerken bleibt, dass durch die Präventionsausbildung der Fachstelle für die Polizei möglicherweise persönliche Kontakte aufgebaut werden, die in späteren informellen Kooperationen einen Niederschlag finden.

Gewaltprävention ist in Wien in keiner gesonderten Einrichtung gebündelt, sie wird von Einrichtungen mit anderen Schwerpunkten wahrgenommen, wie etwa der Männerberatung und dem Institut für Freizeitpädagogik. Gewaltpräventive Maßnahmen sind auf den privaten Raum konzentriert. In Niederösterreich wurde vor wenigen Jahren eine eigene *Fachstelle für Gewaltprävention* geschaffen, die als Plattform konzipiert ist und Einrichtungen, die Gewaltprävention anbieten, vernetzen soll. Auch sie ist auf den privaten Bereich fokussiert und kaum mit der Suchtprävention vernetzt.

Einrichtungen, die auf regionaler und professioneller Ebene Stakeholdergruppen vernetzen

„Vernetzung“ mit dem Ziel bei lokalen Problemfällen die Kommunikation wie die weitergehende Kooperation aller Beteiligten zu ermöglichen ist seit 1999 offizielles Anliegen der Stadt Wien. In diesem Jahr wurde der Aufgabenbereich des Team Focus erweitert: es wurde beauftragt bestehende „Regionalforen“ – auch „Regionalteams“ genannt – zu beraten, neue aufzubauen und die wienweite Plattform „Vernetzung findet Stadt“ zu moderieren. Team Focus war bis dahin auf das Erfassen und Aufzeigen von „Qualitäten und Defiziten von öffentlichen Räumen, Regionen und sozialen Lebenswelten aus sozialarbeiterisch/sozialpädagogischer Perspektive“ konzentriert gewesen. Bis 2002 gelang es ihm in Zusammenarbeit mit den lokalen Sozialeinrichtungen in fast allen Bezirken Regionalteams in Form offener Plattformen zu etablieren, in denen alle sozialen, sozialpsychiatrischen, sozialkulturellen Einrichtungen des Bezirks, die Bezirkspolitik und häufig, wenn auch nicht immer die Polizei vertreten waren. Die Foren sollten dem Austausch von Informationen, wie dem Anstoß neuer Entwicklungen dienen. Team Focus versuchte zu Beginn einheitliche Foren zu schaffen, für die bereits bestehende Modell standen – vergeblich: die

Bezirksvertreter beharrten auf den Besonderheiten ihres Bezirkes (Wien – Team Focus 26.2.2015).

Neben den bezirksweise ausgerichteten Initiativen der Wiener Stadtregierung die Stadt zu vernetzen – u.a. um den Ausgleich „ökonomischer und sozialer Interessen zu unterstützen“ (Mission Statement 2013) – wurden Ende der 1990er Jahre *überregionale, themenspezifische Plattformen* gegründet – wie etwa die „Jugendplattform“ – , es sind aber auch einzelne Ressorts aktiv geworden. So hat die Magistratsabteilung 13, der Fachbereich Jugend 2011 eine von vielen Interviewten erwähnte Enquete zum Thema „Kooperation von Polizei und Jugendarbeit“ organisiert, die unter anderem zur Intensivierung der Zusammenarbeit beider Berufsgruppen in der Weiterbildung führte (Enquete 2011).

In Niederösterreich sind die sogenannten „Koordinations“- oder „Regionalteams“ zu erwähnen, Gremien die auf der Ebene des Bezirks Einrichtungen der Sozialen Arbeit auf informeller und selbstorganisierter Basis vernetzen. Die teils seit Jahrzehnten bestehenden Koordinationsteams sorgen für die Zusammenarbeit sozialer Einrichtungen in der jeweiligen Region und schaffen eine Grundlage für den intraprofessionellen Dialog. Inhalte der Treffen reichen von sozialräumlichen Entwicklungen bis zu gegenseitiger Information über neue Angebote. Aus Gründen der Effizienz nehmen an den Regionaltreffen sowohl Einrichtungen teil, die im städtischen Bereich tätig sind, wie auch jene die deren Umland versorgen. Vertreter anderer Berufsgruppen, wie etwa der Polizei stehen nicht auf der Liste der Eingeladenen.

Die Regionalteams werden in St. Pölten monatlich von wechselnden Einrichtungen organisiert. In Hollabrunn und Wiener Neustadt finden die Treffen etwa alle drei Monate statt. Die jeweiligen Koordinatoren laden zu den Treffen ein und geben die Themen vor.

Abschließend sei noch auf die *Gesundheitsförderung* auf Landesebene eingegangen, die mit Projekten auf Bezirksebene arbeitet, die für Nachhaltigkeit von Kooperationsstrukturen sorgen. Konkret ist hier der „Gesunde Bezirk“ in Wien zu nennen: In ausgewählten Bezirken werden auf der politischen Ebene umfassende Gesundheitsförderungsprojekte initiiert und wird unter anderem die Vernetzung von Kooperationspartnern unterstützt. Favoriten und

Ottakring – zwei der für AGORA ausgewählten Erhebungsbezirke – sind auch „Gesunde Bezirke“.

In niederösterreichischen Gemeinden wird Gesundheitsförderung im Rahmen der Initiative "Tut gut!" seit 1995 betrieben. Gemeinden die "Gesunde Gemeinden" werden möchten, werden bei der Planung und Umsetzung ihrer speziellen Anliegen von Beratern vor Ort unterstützt. Derzeit nehmen bereits mehr als die Hälfte aller niederösterreichischen Gemeinden an der Initiative teil. Im Zusammenhang mit AGORA ist noch ein weiteres Projekt zu erwähnen: Die seit 2003 bestehende Initiative "Tut gut! Wirte" will Gastronomiebetriebe bei der Bereitstellung eines gesundheitsfördernden, regionalen Speisenangebotes unterstützen. Teilnehmer erhalten professionelle Unterstützung bei der Zusammenstellung der Speisekarte und der Zubereitung der Speisen mit hochwertigen Lebensmitteln aus der lokalen Landwirtschaft. Ab Herbst 2015 wird die "Tut gut Wirt"-Plakette für die Dauer von 2 Jahren verliehen werden. Voraussetzung ist dass ein Wirt das Beratungsangebot annimmt und Fortbildungen zum Thema "gesunde Ernährung" absolviert.

Die Einrichtungen der Gesundheitsförderung ist in Wien nicht in das , von der SDW aufgebaute Netzwerk von Polizei und Sozialarbeit eingebunden, doch bieten sich Gelegenheiten für Begegnungen etwa im Rahmen der Bezirksforen, die die Gesundheitsförderung nutzt. In Niederösterreich hingegen sind Gesundheitsförderung und die suchtpreventive Arbeit scharf getrennt – sowohl auf Definitions- wie auf organisatorischer Ebene – und ist die Zusammenarbeit auf das Notwendigste beschränkt.

3. ANPASSUNGEN DER PROJEKTSTRUKTUR

Die skizzierten Organisationen der Stakeholdergruppen, und ihre – für die Fragestellung von AGORA – relevanten Vernetzungen sorgten für Überraschungen bei der Feldarbeit: Erhebungen und Vernetzungsarbeit stießen immer wieder auf unerwartete Aspekte und Zusammenhänge, für die die vorgesehenen Projektschritte und Methoden nicht optimal, nicht adäquat und in manchen Fällen sogar kontraproduktiv erschienen. Um die Projektziele nicht zu verfehlen, waren laufend Modifikationen der Projektstruktur und des Projektdesigns erforderlich. Abänderungen waren vorzunehmen, wenn vorgesehene Projektschritte auf Konzepten über die Stakeholderorganisationen aufbauten, die nicht ihrer derzeitigen

Verfassung entsprachen; und/oder wenn davon auszugehen war, dass der nächste Projektschritt die derzeitigen Beziehungen der Stakeholderorganisationen untereinander nicht ausreichend berücksichtigt hatte; und/oder das Projektteam war auf eine weitere Organisation gestoßen, die das Beziehungsgefüge zwischen den Stakeholderorganisationen bestimmte und wollte/musste diese in das Projektgeschehen einbeziehen. Änderungen der Projektstruktur und des Projektdesigns wurden auch vorgenommen, um Kontakte und Kommunikation des Projektteams mit Stakeholdergruppen und zwischen den Zielorganisationen zu erleichtern: Gegebenenfalls hieß dies, auf vorgesehene gemeinsame Aktivitäten von Zielorganisationen zu verzichten.

Abänderungen des Projektdesigns werden im vorliegenden Projekt weder als unerwünschte und vermeidbare Abweichung vom Projektplan, noch als dessen bedauernde Schwäche verstanden: Die qualitative Orientierung der Studie erlaubt, die Abänderungen als erwartbare alltägliche Anpassungen an eine höchst komplexe wie auch „widerspenstige Realität“ zu begreifen, die ihrerseits nur unvollständig durch systematische (Feld) Forschung und Interventionspraxis erfasst werden kann. Die qualitative Orientierung erlaubt darüber hinaus, Widerstände der Untersuchungsobjekte gegen Forschung und Intervention als wichtige Informationsquelle über deren „Natur“ zu nutzen. Anpassungen des Projektdesigns (wie im übrigen auch der Methoden) beinhalten in diesem Verständnis immer auch wichtige Informationen über Forschungsobjekt und Forschungsfeld – im vorliegenden Fall über die Stakeholderorganisationen und über ihr zu verändern beabsichtigtes Kontakt-Kommunikations- und Kooperationsgefüge.

Im Folgenden wird über grundlegende Anpassungen und deren Ursachen aus der Sicht des Projektteams chronologisch berichtet, kleinere Anpassungen wurden vernachlässigt, um den Leser wie das Forschungskonzept nicht überzustrapazieren.

3.1. Eine bewegliche Projektorganisation

Wie eingangs dargestellt, waren für AGORA drei Projektgremien vorgesehen: Das *Projektteam*, das aus den Teams der Fördernehmer Europäisches Zentrum, FH Campus Wien und FH St. Pölten bestand; durch je einen Vertreter der Polizei Wien und der Präventivpolizei Niederösterreich erweitert, wurde das Projektteam zur *Steuergruppe*; in den *Projektbeirat* lud

die Steuergruppe Vertreter der Fördergeber, der Stakeholdergruppen, der relevantesten verknüpfenden Organisationen (etwa die Drogenkoordinationen der Länder) und Mitarbeiter verwandter Forschungseinrichtungen und Projekte. Damit waren für das Projektteam im Projektbeirat recht heterogene Beziehungsmodalitäten repräsentiert: Beziehungen zu „Forschungsobjekten“, zu „Kollegen aus Wissenschaft und Praxis“ und zu den „Auftraggebern“, Einrichtungen, von denen das Projektteam nicht nur inhaltlich, sondern auch finanziell abhängig war.

Auf Wunsch der Fördergeber wurde zu Beginn von AGORA ein viertes Gremium eingerichtet, der „Lenkungsausschuss“, in dem Fördernehmer – das Projektteam – auf Vertreter der Fördergeber traf. Im Lenkungsausschuss sollten die „grundlegenden Entscheidungen“ getroffen werden. Das Projektteam begrüßte die Einrichtung, da sie das Beziehungsdickicht des Projektteams zum Projektbeirat ein Stück zu bereinigen versprach.

Die Trennung von Lenkungsausschuss und Projektbeirat erleichterte die Einladungspolitik für den Projektbeirat, die kurz nach Projektbeginn von der Steuergruppe beschlossen worden war: Angesichts der unübersichtlichen Vielfalt sozialer Einrichtungen vor allem in Wien, und angesichts der vielfältigen praxis- und wissenschaftsbezogenen Fragen, die die Projektarbeit aufwarf, sollte der Projektbeirat offen bleiben und sollten bis zuletzt neue Personen oder Einrichtungen zur Teilnahme eingeladen werden, auf die man im Laufe der Projektarbeit stieß und die für das Projekt von Interesse erschienen. Die Einladungspolitik erwies sich als fruchtbar für die Qualität und Nützlichkeit der Arbeit im Projektbeirat.

Mit der Einführung des Lenkungsausschusses waren jedoch nicht alle Widersprüchlichkeiten bereinigt: Zwar war nun die Projektstruktur auf der Ebene der grundlegenden Entscheidungen und finanziellen Abhängigkeiten geordnet, doch spiegelte sie nun Widersprüchlichkeiten der „realen“ Feldstruktur. Die Gesundheitsförderung, die bei der kooperativen Gestaltung öffentlicher Räume in Hinsicht auf Substanzenkonsum, Intoxikation und Gewalttätigkeiten eine weit geringere Rolle spielt als die Prävention, agierte wie im realen Feld getrennt von ihr. Wie im realen Feld wurden die Aufgaben zwischen Gesundheitsförderung und Drogenprävention geteilt, was –wie oben ausgeführt – auf vereinfachenden Prämissen beruht und innovative Entwicklungen behindert. Auch bei der Projektarbeit war es lange kaum möglich gesundheitsfördernde und präventive Maßnahmen „zusammenzudenken“.

Dies änderte sich, als etwa ab der Halbzeit des Projektes der Lenkungsausschuss nicht mehr einberufen wurde: Aus Anlässen – bei zwei Fördergebern wechselte die Leitung – die im vorliegenden Kontext weniger interessieren als die Folgen. Die Gesundheitsförderung kehrte in Projektbeirat und Projektarbeit zurück, was die Diskussionen belebte und dem Projektteam – zumindest ansatzweise – erlaubte bei der Vernetzungsarbeit Prävention und Gesundheitsförderung zusammen zu denken und einzusetzen – wie noch zu zeigen sein wird.

3.2. Die Kooperation von Polizei und Sozialarbeit in der Öffentlichkeit benötigt einen politischen Rahmen

Die ersten Schritte ins Feld hatten gezeigt wie unterschiedlich die beiden wichtigsten Stakeholdergruppen organisiert waren und welchen Stellenwert die Organisationsformen für ihre Interaktionen hatten. Um Unterschiede und Bedeutung der Stakeholderorganisationen für das Projektziel besser erfassen zu können, wurde ein zusätzlicher – kurz „Mapping“ genannter – Erhebungsschritt vorgesehen: Es handelte sich um Informationsgespräche mit informierten Vertretern und Vertreterinnen der beiden Organisationen, und um Sammlung und Bearbeitung offizieller und informeller schriftlicher Unterlagen, wie von weiterem einschlägigen Material in diversen Medien.

Das „Mapping“ zeigte den hierarchisch-zentralistischen Aufbau der Polizei auf Bundes- wie Landesebene, die – auch wenn sie sich bei der Erfüllung ihrer Aufgaben in der Öffentlichkeit bewegt – viele wiederkehrende, routinemäßige Aktivitäten verrichtet und daher als „statisch“ bezeichnet werden kann. Aus dem „Mapping“ wurde auch der flache Aufbau der in der Öffentlichkeit tätigen (aufsuchenden) Sozialen Arbeit ersichtlich, die sich im Gegensatz zur Polizei teils in geographisch nicht klar begrenzten Gebieten bewegt, weil sie „ihren“ Problemen und Klienten folgt, zu denen sie bei Bedarf neue Zugänge entwickelt. Die (aufsuchende) Soziale Arbeit ist im weitesten Sinne als „mobil“ zu bezeichnen. Die umrissenen Unterschiede erklärten den fragmentierten Charakter der vorgefundenen Kontakt- und Kooperationsmuster zwischen den beiden Organisationen befriedigend, sie lassen gut nachvollziehen, dass Polizei und Soziale Arbeit in den Erhebungsbezirken zumeist nur persönlich und anlassbezogen – wie etwa anlässlich eines Fußballspieles – interagierten. Die beschränkende Wirkung unterschiedlich organisierter Einrichtungen auf ihre Kontaktnahme,

Kommunikation und Kooperation ist im übrigen bekannt und wird in der Literatur in der Rubrik der wichtigsten Interaktionshemmnisse genannt.

Das „Mapping“ ergänzte und bestätigte auch die Ergebnisse vorgesehener Erhebungsschritte – der Beobachtung polizeilicher und sozialarbeiterischer Aktivitäten in der Öffentlichkeit, wie der Interviews mit Angehörigen beider Berufsgruppen – indem es vielfältige Interessenslagen im öffentlichen Raumes beschrieb, die die Aktivitäten von Polizei und Sozialer Arbeit beeinflussen.

Angesichts der genannten Faktoren – Unterschiedlichkeit der Organisationsformen, wie Vielfalt der Interessenslagen in öffentlichen Räumen – war der im Projektplan vorgesehene Aufbau von gemeinsamen Arbeitsgruppen von Polizei und Sozialer Arbeit zum „Erfahrungsaustausch“ und für die *„Entwicklung gemeinsamer, interprofessioneller Ziele und Handlungsleitlinien für das Problemfeld gesundheitlich riskante Handlungen von Jugendlichen und Erwachsenen in der Öffentlichkeit“* weder durchführbar, noch der Zielerfüllung förderlich. Unklar war der Rahmen, in dem Arbeitsgruppen aufgebaut und aktiv werden konnten und sollten: Er konnte weder einseitig durch eine organisatorische Einheit der hierarchisch gestalteten Polizei bestimmt sein – wie etwa eine Polizeiinspektion – , noch durch eine Einheit der unstrukturierten, quasi quer zur Polizei organisierten Sozialen Arbeit. Und es konnte nicht Anliegen des Projektes sein – noch lag es in der Kompetenz des Projektteams – anlass – oder personbezogene Einheiten für Kontakte zwischen Polizei und Sozialer Arbeit zu definieren.

Diskussionen im Projektbeirat und auf der im Rahmen des Projektes durchgeführten internationalen Arbeitstagung ermöglichten der Steuergruppe eine Anpassung des Projektdesigns, die „den Prozess“ in Bewegung hielt: In die Vernetzungsarbeit des Projektes wurde eine zusätzliche Stakeholdergruppe eingebunden, die die Kompetenz und die (finanziellen) Ressourcen besitzt, auf den öffentlichen Raum auf Bezirks- bzw. Stadtebene, wie auf die Aktivitäten der hier interessierenden Interessensgruppen in eben diesem Raum Einfluss zu nehmen: Repräsentanten der Bezirks- bzw. Stadtpolitik. Anders ausgedrückt wurde mit dieser Anpassung der (lokal)politische Charakter des öffentlichen Raums anerkannt. In Niederösterreich wurde das Projekt den Bürgermeister*innen der drei Städte vorgestellt, in Wien, wo auf Bezirksebene eine erste Struktur der Kooperation zwischen

Polizei und Sozialer Arbeit identifiziert worden war, wandte sich das Projektteam an die vernetzende Einrichtung – die Bezirksforen.

Die Entscheidung für die Einbeziehung der offiziellen (Niederösterreich) und (halb-offiziellen) bezirkspolitischen Ebene – mündete auch im Verzicht auf die vorgesehenen Arbeitsgruppen von Polizei und Sozialer Arbeit auf strategischer Ebene: Der Verzicht war teils durch den zeitlichen Mehraufwand motiviert, der durch die Einbeziehung der Lokalpolitik entstanden war. Von Bedeutung war jedoch auch, dass die Politik auf strategischer (Länder)Ebene konsequenterweise einzubinden gewesen wäre, was den Rahmen des Projektes in jeder Hinsicht gesprengt hätte.

3.3. Vernetzung fand Stadt – Evaluation statt Arbeitsgruppen in Wien

Wie oben beschrieben, waren in den 1990er Jahren in den meisten Bezirken Regionalforen gegründet worden, in denen viele soziale Einrichtungen, manchmal auch die Polizei vertreten waren. Vernetzungsaktivitäten der beiden Berufsgruppen im Rahmen der Foren waren von grundsätzlichem Interesse für AGORA – schon um Doppelgleisigkeiten zu vermeiden -, doch waren sie auch für mögliche Weiterentwicklungen wichtig. Dem Vorhaben an bereits angebaute Kontaktstrukturen auf Bezirksebene anzuknüpfen, war jedoch wenig Erfolg beschieden: Zum einen sind nicht alle Bezirke mit Regionalforen ausgestattet – im ersten Bezirk fehlt ein solches Vernetzungsgremium. Zum anderen sind Regionalforen durch bezirksspezifische Vorlieben geprägt – Polizei und Soziale Arbeit arbeiten nur im Forum eines Bezirks zusammen. Und nicht zuletzt sind die Verbindungen zwischen Bezirksforen und Bezirksverwaltung/ Bezirkspolitik lose und können ihre (einschlägigen) Aktivitäten in gegensätzliche Richtungen laufen. Das Projektteam suchte daher nach weiteren Anknüpfungsmöglichkeiten an die „vernetzte Stadt“ und fand sie bei der Sucht- und Drogenkoordination (SDW).

Die Zusammenarbeit mit der SDW war eine weitergehende Anpassung des Projektdesigns an die „widerspenstige Realität“ als es die Zusammenarbeit mit Bezirksforen gewesen wäre: Handelt es sich bei der SDW doch um eine Einrichtung, die auf der Ebene des Landes agiert und die über ausgedehnte strategische, aber auch über große operative Kompetenzen verfügt. Angesichts der ausgebauten Vernetzung der Aktivitäten von Polizei und Sozialarbeit in

„öffentlichen Problemzonen“, erschienen die in AGORA geplanten Vernetzungsaktivitäten als bescheidene „Parallelaktion“. In Gesprächen mit den Verantwortlichen im SDW und mit einem Vertreter der Präventivpolizei im Suchtbereich, die eng mit der SDW zusammenarbeitet, wurden daher Anpassungen des Projektdesigns diskutiert, die einen konstruktiven Beitrag zur Arbeit der SDW zu liefern versprochen. Man einigte sich auf Interviews mit Bezirkspolitiker und -politikerinnen in den drei Erhebungsbezirken über Probleme und über Problemlösungsstrategien im Bezirk. Nicht zuletzt war von Interesse, wie die Aktivitäten der SDW wahrgenommen werden, mit der die Bezirkspolitik nicht direkt kooperiert: Die Drogenbeauftragten der Bezirke werden zwar von der zuständigen Stadträtin regelmäßig zu Jour Fixes zusammen mit Angehörigen der SDW eingeladen, Bezirksvertreter sind jedoch nicht in das Gremium einbezogen, in dem „öffentliche Problemzonen“ bestimmt werden. Für die Interviews wurde in Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des SDW ein Leitfaden entwickelt. Das niederösterreichische Projektteam beschloss den Leitfaden zu nutzen und ebenfalls Interviews mit Angehörigen der neuen Stakeholdergruppe durchzuführen.

3.4. Gastronomie und Medien: Staatlich erzwungene Organisation von Einzelunternehmern und globales Flechtwerk

Die Organisation der Gastronomiebetriebe unter den Vorzeichen staatlich und gesellschaftlich anerkannten Profitstrebens steht in krassem Gegensatz zur jenen der Polizei und der Sozialen Arbeit, die – vorwiegend durch die öffentliche Hand finanziert – dem Gemeinwohl dienen. Die unterschiedlichen Positionen gegenüber dem Gemeinwohl bestimmen wohl auch die Haltung gegenüber den anderen Berufsgruppen und gegenüber einer akkordierten Gestaltung des öffentlichen Raumes: So ist die Distanz, die die interviewten „Gastronomiearbeiter“ zu Polizei und Sozialer Arbeit zeigten und ihr Desinteresse an den Anliegen von AGORA ohne Zweifel mit ihrer Profitorientierung verbunden: Gemeinwohlorientiertes Interesse und gemeinwohlorientierte Aktivitäten „rechnen sich nicht“ für sie.

Auch diverse kleinere und größere Anpassungen des Projektdesigns vermochten nicht, Interesse zu generieren: So war angesichts der ersten Ergebnisse aus Beobachtungen und Interviews der vorgesehene „Erfahrungsaustausch von Polizei, Sozialer Arbeit und Gastronomie und die Entwicklung gemeinsamer Ziele und Handlungsleitlinien“ in eine

intraprofessionelle Diskussion umgewandelt worden. Als es dennoch nicht gelang, Diskussionsgruppen zusammenzustellen, entschied die Steuergruppe, sie nicht durch Einzelinterviews zu ersetzen: Es waren schon viele Gespräche zur Ergänzung der Beobachtungen durchgeführt worden, und daher wenig neue Informationen zu erwarten.

Die Anpassungen, die im Bereich Medien vorgenommen wurden, sind von der Suche nach einer passenden und handhabbaren Begrenzung der ausdifferenzierten, global verflochtenen Informationsbranche für die Feldarbeit gekennzeichnet. Rasch nach Feldantritt wurde klar, dass nicht Gruppendiskussionen sondern Einzelgespräche mit den höchst unterschiedlichen Medien und Interessen dienenden „Einzelkämpfern“ die Methode der Wahl waren. Die kontinuierlich revidierten Wunschlisten von Gesprächspartnern versuchten vergeblich den wichtigsten Aspekten der ausdifferenzierten Branche gerecht zu werden: dem „Qualitätsmedium“, wie dem „Boulevard“; der ethischen Orientierung einzelner Medien bzw. Medienverbände wie öffentlich-rechtlicher Anstalten und der vorherrschenden und zunehmenden kommerziellen Orientierung der Mehrheit; dem Trend zur Steuerung der Informationen über sich selbst – von einer Organisation, wie von einem Einzelnen u.a. mehr. Nach etwa der Hälfte der vorgesehenen Gespräche, bei deren Anbahnung viele Absagen erfolgten, kehrten die Überlegungen auf die Bezirksebene zurück: Denn nur von den Journalisten, die auf der Bezirksebene tätig sind, ist zu erwarten sich an einem lokalen Netzwerk zur Akkordierung des öffentlichen Raums zu beteiligen – wenn nötig gegen die eigene Branche und wenn nötig unter dem Vorzeichen einer „Gegenöffentlichkeit“.

IV. FELDARBEIT UND ERGEBNISSE

EINLEITUNG

Der Projektentwurf sah Feld- und Vernetzungsarbeit in jeweils drei Bezirken pro Bundesland vor, in also insgesamt sechs Bezirken. Die Auswahl wurde in der Steuergruppe diskutiert und im Lenkungsausschuss vorgenommen. Kriterium für die Auswahl war die Heterogenität der Bezirke in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht, wie auch bei den Problemlagen, die mit dem Risikoverhalten in den ausgewählten Kategorien verbunden waren. Im folgenden Abschnitt werden die ausgewählten Bezirke kurz beschrieben und es wird über die Organisationen der Stakeholdergruppen und anderer relevanter Einrichtungen auf Bezirksebene und – so dokumentiert – über ihre Kooperationen zu Beginn der Feldarbeit informiert. Da sich die Bezirkszeitungen auf Bezirksebene nur marginal unterscheiden, wurden sie von der Darstellung auf dieser Ebene ausgenommen.

Die verwendeten Materialien für diesen ersten Abschnitt bestehen – so nicht gesondert ausgewiesen – aus Homepages der jeweiligen Stadt/ des jeweiligen Bezirks, aus Homepages, Beschreibungen und Folder genannter sozialer Einrichtungen und aus Tagungsberichten.

Dem Abschnitt über die Bezirke folgt die Darstellung der Ergebnisse der Beobachtungen von und Interviews mit Angehörigen der Polizei und der Sozialarbeit, und die Berichte über die Arbeitsgruppen mit Repräsentanten der beiden Berufsgruppen. Zwei weitere Abschnitte enthalten die Ergebnisse der Beobachtungen in Gastronomiebetrieben und der Interviews mit in der Gastronomie Tätigen, so wie die Berichte über die Arbeitsgruppen mit Angehörigen der Gastronomie. Der letzte Abschnitt dieses Kapitels befasst sich mit Meinungen zur Vernetzung aus dem Bereich der Medien.

Die Abschnitte folgen dem zeitlichen Ablauf des Projektes, bauen jedoch auf unterschiedlichen Einheiten auf. Bei den Ergebnissen der Beobachtungen und Interviews liegt der Schwerpunkt auf dem Vergleich der Bezirke und der beiden Bundesländer. Bei den Berichten über die Arbeitsgruppen liegt der Akzent auf dem Verlauf der Ereignisse im

jeweiligen Bezirk, also auf der Darstellung des Veränderungsprozesses – oder seines Scheiterns.

1. DIE BEZIRKE

1.1. Niederösterreich

In zwei der ausgewählten niederösterreichischen Bezirke liegen die beiden größten Städte des Bundeslandes Niederösterreich St. Pölten und Wiener Neustadt. Beide Städte haben ein eigenes Statut, das ihnen die Aufgaben der Bezirksverwaltungsbehörde im Stadtgebiet überträgt und sind so autonomer Teil des Bezirks. Für die restlichen Bezirksbereiche, die „Umgebung“ der Städte, ist eine eigene Bezirksverwaltungsbehörde zuständig. St. Pölten liegt etwa in der Mitte des Bundeslandes, Wiener Neustadt in der südlichen Ebene am Rande hoher Berge, der dritte ausgewählte Bezirk findet sich im westlichen Weinviertel: Hollabrunn ist durch ländlichere Strukturen gekennzeichnet, die auch das Leben in der kleinen gleichnamigen Stadt prägen. Die drei genannten Städte sind die jeweiligen Hauptstädte ihres Bezirks, dessen politisches, gesellschaftliches und wirtschaftliches Leben sie trotz ihrer unterschiedlichen Größe bestimmen und bündeln. Es war daher naheliegend die geplanten Erhebungen und Vernetzungsaktivitäten von AGORA auf die drei Städte zu beschränken.

Für die Beschränkung auf die Städte spricht auch ein Argument forschungspraktischer Natur: Ansprechpartner, relevante Einrichtungen, interessierendes Risikoverhalten, geographisch bestimmbare „Problemorte“ („Hot Spots“) und „Problemzonen“ und anderes mehr – also kurz ein öffentlicher Raum, öffentlich sichtbar werdende Probleme und öffentlich aktive Berufsgruppen, die sich um ihre Befriedung bemühen waren wenn nicht ausschließlich nur in den Städten, so doch nur hier in einer Dichte zu finden, die Feld –und Vernetzungsarbeit möglich machte. Bekannte, im Umland gelegene „Problemorte“ und „Problemzonen“ wurden allerdings berücksichtigt.

Bevor auf die Erhebungsregionen etwas detaillierter eingegangen wird, ist zusammenfassend festzuhalten, dass zu Beginn der Feldarbeit in keiner Region mehr als sporadische, persönliche Kontakte zwischen Polizei und sozialen Einrichtungen bestanden. Soziale

Einrichtungen, deren Tätigkeitsprofil Arbeit im öffentlichen Raum einschließt, hatten in der Öffentlichkeit bestenfalls eine marginale Rolle oder hatten sich aus ihr zurückgezogen. Die Gesundheitsförderung war schließlich nur in einem der drei untersuchten Bezirke aktiv: Hollabrunn ist eine „Gesunde Gemeinde“ und wird von einer regionalen Mitarbeiterin von „Tut gut“ betreut.

ST. PÖLTEN ist mit 52.048 Einwohnern die größte Stadt Niederösterreichs und die Landeshauptstadt. Die Statutarstadt im Mostviertel besteht aus 11 Stadtteilen und wird vom Bezirk St. Pölten Land umschlossen. Von den 108,5 km² der Gesamtfläche des Stadtgebietes St. Pölten wird mehr als die Hälfte landwirtschaftlich genutzt, weitere 15 Prozent sind Waldgebiet. Die Einwohnerdichte der Stadt- 486 Einwohnern pro km² – liegt unter jener von Wiener Neustadt. Die Fläche des gesamten Bezirks St. Pölten beträgt 1121,6 km².

St. Pöltner liegen in der Altersstruktur im niederösterreichischen Durchschnitt, sie verdienen etwas besser und haben eine unterdurchschnittliche Bildung. Im Gegensatz zur Mehrzahl der LandesbewohnerInnen, die traditionell die Volkspartei bevorzugen, favorisieren sie die sozialdemokratische Partei (Koderhold 2014, Statistik Austria 2014 a, b und c).

St. Pölten ist als Landeshauptstadt ein Verwaltungszentrum und versteht sich als Kulturstadt: das Angebot an Kulturveranstaltungen ist breit gefächert. Unter den Sehenswürdigkeiten ist die Altstadt hervorzuheben und das von renommierten, zeitgenössischen Architekten errichtete Landhausviertel, wie der Kulturbezirk.

In der Stadt St. Pölten finden sich etwa 150 Gaststätten, unter ihnen 35 Abendlokale sowie 2 Diskotheken. Obwohl nur wenig Weinbau betrieben wird, gibt es einige Heurige und seit wenigen Jahren ein Kellergassenfest. Unter den zahlreichen anderen Festen findet sich das bekannte Schulschlussfest, mit dem mehr als 1000 Schüler jährlich in einem St. Pöltner Park den Ferienbeginn feiern.

St. Pölten hat einige wenige Problemzonen, die durch starken Alkoholkonsum und Schlägereien in seinem Gefolge gekennzeichnet sind: Als Problemzone gilt der Bahnhof, ein Veranstaltungszentrum in der Stadt und eine Diskothek in ihrem Umland. Außerdem wird auf einigen Parkplätzen stark getrunken.

Dem Stadtpolizeikommando unterstehen 5 Polizeiinspektionen mit 168 Bediensteten, unter ihnen 7 Präventionsbeamte. Trotz laufender Kürzungen der finanziellen Mittel ist eine erhebliche Zahl von sozialen Einrichtungen aktiv. Lässt man Angebote für bestimmte Einrichtungen – wie etwa Schulen – und für bestimmte Probleme – wie etwa Suchterkrankungen – unberücksichtigt, so erscheint ihre Arbeit vor allem auf die Zielgruppe Jugendliche gerichtet: Es finden sich zumindest zwei Beratungsstellen für Jugendliche, die über den Arbeitsbereich informieren und gegebenenfalls Beratung und Therapie anbieten (Jugendinfo NÖ, NÖ Hilfswerk); drei Einrichtungen, die sich auf den Freizeitbereich konzentrieren, Freizeitangebote machen und bei Bedarf auch individuelle Hilfe leisten (H2 SchülerInnenzentrum, Jugendzentrum Steppenwolf, Verein Jugend und Lebenswelt) und vier Einrichtungen für Jugendliche mit schweren Problemen, deren Angebotspalette auch stationäre Versorgung umfasst (BeVe – Begleitende Verselbstständigung, Jump – Jugendliche und Perspektive, Die Möwe, Die Brücke). Nur zwei Soziale Einrichtungen sind auch im öffentlichen Raum aktiv: die Kulturbühne frei-raum, die kulturelle Freizeitgestaltung für Jugendliche anbietet und Jugend und Lebenswelt, die aufsuchend tätig ist. Die auf den öffentlichen Raum gerichtete Soziale Arbeit ist also vergleichsweise wenig entwickelt, im Besonderen in ihrer aufsuchenden Form.

WIENER NEUSTADT ist mit 41.537 Einwohnern die zweitgrößte Stadt Niederösterreichs. Das mit 60,96 km² kleine Stadtgebiet ist umgeben vom Bezirk Wiener Neustadt Land mit 969,7 km². Die Bevölkerungsdichte der Stadt ist im Vergleich zum Bezirk hoch, sie beträgt 706 Einwohner pro km².

Die BewohnerInnen der Stadt sind etwas jünger und weniger gebildeter als die durchschnittliche Bevölkerung des Bundeslandes, und vergleichsweise niedrig sind auch die Einkommen. Die Arbeitslosenrate übersteigt nicht nur die von Niederösterreich, sondern die von Österreich und der Anteil von MigrantInnen ist der höchste im Bundesland (Koderhold 2014, Statistik Austria 2014 a, b und c, Statistik Austria et al 2015, Arbeitsmarktservice 2014, Österreichischer Integrationsfonds 2015)

Wie St. Pölten ist Wiener Neustadt ein Verwaltungszentrum – wenn auch in etwas kleinerem Maßstab und es ist ein Schulzentrum, in das viele Jugendliche aus dem Umland täglich aus-

und ein pendeln. Wiener Neustadt ist auch eine Handelsstadt: Am Messegelände finden alljährlich Messen für bis zu 30.000 Besucher statt und in der Innenstadt finden sich zahlreiche Märkte.

In Wiener Neustadt sind ca. 150 Gastronomiebetriebe angesiedelt, unter ihnen etwa zur Hälfte Cafes und Bars und eine große Clubdisco. Die Lokale konzentrieren sich in der Innenstadt – der „Herrengasse“ – die am Wochenende von zahlreichen Jugendlichen und jungen Erwachsenen frequentiert wird. Ab Juli wird die Herrengasse während des ganzen Sommers jeden Mittwoch zur Partymeile "Garten Eden": sie wird hierzu an zwei Stellen gesperrt, die von den privaten Sicherheitsdiensten der Lokalbesitzer gesichert werden und es wird Eintritt verlangt. In den Lokalen gibt es Sonderangebote an alkoholischen Getränken und Musik. Auch Lokale außerhalb der Partymeile haben mittwochs geöffnet und versuchen durch besondere Angebote auch vom Garten Eden zu profitieren (s.u.). Weitere Jugend-Großveranstaltungen sind „School's out“ im Stadtpark am letzten Schultag vor den Sommerferien und der alljährlich im Winter stattfindende HTL-Ball.

Die Herrengasse ist das Problemzentrum der Stadt: In – besser vor – den Lokalen der Herrengasse kommt es im Zusammenhang mit starkem Alkoholkonsum fast wöchentlich zu Vandalismus und Schlägereien, was von Regionalmedien mit großer Regelmäßigkeit aufgegriffen und skandalisiert wird. Dabei wird nicht gerne angesprochen, dass feindliche „Banden“, die hier immer wieder aneinandergeraten, aus Gruppen von Migranten verschiedener Herkunft bestehen.

Zu Projektbeginn war die Stadt von einer sozialdemokratischen Regierung geführt worden, seit den Wahlen vom Jänner 2015 wird sie durch eine Koalition von ÖVP und FPÖ regiert.

In Wiener Neustadt sind 142 Polizisten in 3 Polizeiinspektionen tätig, acht von ihnen sind Präventionsbeamte. Die Polizei ist für Gemeindeverordnungen, die nicht dem Landessicherheitsgesetz unterliegen, nicht zuständig, wie etwa für das Alkoholverbot, das die Stadtverwaltung nach unliebsamen Ereignissen für die Innenstadt und öffentliche Plätze beschlossen hat. Für die Durchsetzung von Gemeindeordnungen wurde die sogenannte FASS-Security von der Stadt eingestellt, die allerdings nicht wie die Polizei über Zwangsmittel

verfügt. Ihr wird von ihrer Zielgruppe – den jungen Männern- auch entsprechend weniger Respekt entgegengebracht als der letzteren.

Durch die Berufung eines „städtischen Jugendbeauftragten“ – der als Anlaufstelle für jugendspezifische Themen und als „Sprachrohr“ für die Jugend konzipiert ist – und die Einrichtung der Jugendplattform „megafon“ scheint dem Schwerpunkt Jugend in Wiener Neustadt eine vergleichbar große Bedeutung zugemessen zu werden wie in St. Pölten. Doch wiewohl keine ständige Kulturbühne zur Verfügung steht, ist er weniger sozialpolitisch und stärker kulturpolitisch akzentuiert. Die sozialpolitischen Angebote sind in kulturpolitische eingebettet: Der Verein „Jugend und Kultur“, der Wiener Neustadt und die gesamte Region NÖ-Süd versorgt, besteht aus dem Jugendkulturhaus „Triebwerk“, der ambulanten Betreuungsstelle „Auftrieb“ und der mobilen Jugendarbeit- Streetwork „Rumtrieb“. Rumtrieb, die einzige mobile Einrichtung in dieser Region hatte sich zu Projektbeginn aus der Öffentlichkeit zurückgezogen. Im Zusammenhang mit dem öffentlichen Raum ist auch noch das „Stadtviertelsservice“ zu nennen, zu dessen Aufgaben es zählt, die Kommunikation zwischen verschiedenen Gruppen von Einwohnern zu fördern und sie dabei zu unterstützen ihre Konflikte zu lösen. Obwohl dabei durchaus an Beziehungen von Generationen gedacht worden war, dürfte sich die Arbeit des Services zur Zeit auf ethnisch unterschiedliche Gruppen konzentrieren. Weitere soziale Einrichtungen für spezielle Institutionen und Probleme sollen hier nicht im Detail angeführt werden.

Die Kleinstadt HOLLABRUNN liegt im Weinviertel und ist die Bezirkshauptstadt des gleichnamigen Bezirks Hollabrunn. Die Stadt ist relativ dünn besiedelt, in ihr leben 11.534 Personen. Die ländlichen Gebieten des Bezirks haben rund 40.000 Einwohner. Der viele Jahre anhaltende Bevölkerungsrückgang in der Stadt scheint zur Zeit ein Ende gefunden zu haben.

Die Hollabrunner sind etwas älter als durchschnittliche Niederösterreicher, die Einkommen sind vergleichsweise gering; Arbeitslosenrate und Ausländeranteil liegen unter dem niederösterreichischem Durchschnittwert. In Hollabrunn wird traditionell die Volkspartei gewählt (Gaugg, Kuri 2011, Koderhold 2014, Statistik Austria 2014 a, b und c, Statistik Austria et al 2015, Arbeitsmarktservice 2014, Österreichischer Integrationsfonds 2015)

Das Selbstverständnis der Stadt Hollabrunn ist jenes einer Schulstadt mit Tradition: Bereits 1865 wurde ein Gymnasium gegründet und 1881 das erzbischöfliche Seminar in dem bis zu 313 Zöglinge untergebracht waren, die das öffentliche Gymnasium besuchten. Aufgrund sinkender Zöglingszahlen wurde das Seminar 1992 aufgelöst, doch beherbergt es weiterhin Schulen. In den letzten Jahrzehnten haben sich auch mehrere Universitäts- und Fachhochschul- Studiengänge angesiedelt. Die zahlreichen Freizeitvereine für Jugendliche und junge Erwachsene in der Stadt wurden im Zusammenhang mit Schulen gegründet: Es handelt sich fast ausschließlich um Sportvereine, kulturelle Schwerpunkte sind die Ausnahme. Das intensive Vereinsleben hält die Jugendlichen von der Öffentlichkeit fern, doch wird der Rückzug der Jugendlichen auch mit unliebsamen Ereignissen in der Vergangenheit in Verbindung gebracht, bei denen Jugendliche zu Schaden kamen und harte Strafen verhängt wurden. Zur Zeit der Projektarbeit war Hollabrunn unter der Woche wie an Wochenenden eine auffallend stille Stadt.

Stadt und Bezirk Hollabrunn verstehen sich auch als Wander- und Erholungsgebiet- es verfügt über zahlreiche Freizeiteinrichtungen für Sommer und Winter. In der Stadt finden sich etwa 45 Gastronomiebetriebe, vor allem Cafés, Restaurants und Gaststätten. An für eine „Ausgehzone“ geeigneten Lokalen herrscht Mangel: Seit die einzige Diskothek in Hollabrunn 2007 abgebrannt ist, werden größere Jugend(musik)events nur noch im "Alten Schlachthof" angeboten, darunter die „Schools Out Party“. Die größte Veranstaltung in Hollabrunn ist der in der Adventszeit stattfindende "Teufellauf" am Hauptplatz und durch die Fußgängerzone, zu dem jedes Jahr tausende Zuschauer erscheinen.

Dem Bezirkspolizeikommandanten von Hollabrunn (Bezirk) unterstehen 8 Polizeiinspektionen mit 132 Bediensteten, unter ihnen 11 Präventionsbeamte. Die Soziale Arbeit ist wenig etabliert: die Betreuungsangebote richten sich vor allem an alte Menschen, Familien, Frauen, Schüler und Suchtkranke. Mobile Dienste sind geplant, aber noch nicht im Einsatz: in Mai 2012 wurde mit Unterstützung der Gemeinde die „jugendarbeit hollabrunn“ eröffnet, die neben einem Jugendtreff mobile Jugendarbeit aufbauen will. Die derzeitige Besetzung durch zwei MitarbeiterInnen erlaubt zur Zeit allerdings nur das Betreiben des Treffpunkts.

1.2. Wien

Die Unterschiedlichkeit der Wiener Bezirke die für die Erhebung ausgewählt worden waren – nämlich des ersten, zehnten und sechzehnten Bezirks –, steht jener der Niederösterreichischen Bezirke, in denen die Feldarbeit stattfand, nicht nach. Ist die Innere Stadt als „Ausgehbezirk“ einzuordnen, weist Favoriten noch immer viele Charakteristika und Probleme eines traditionellen „Arbeiterbezirkes“ auf, während Ottakring von spätmodernen und multikulturellen Lebensstilen und Lebensproblemen gezeichnet ist.

Die soziale Arbeit, die – wie bereits erwähnt in Wien stärker ausgebaut ist –, als in allen anderen Bundesländern, ist mit der Polizei vielfach vernetzt. Die Zusammenarbeit der beiden Berufsgruppen ist in die Kooperation von Polizei und Gemeinde Wien eingebettet, die 2003 begann und sich in den folgenden Jahren intensivierte und diversifizierte. Seit 2011 treffen die Spitzen der Polizei und der städtischen Verwaltung regelmäßig zusammen um „strategische Entscheidungen“ zu fällen und um Gesetzänderungen zu initiieren. Auf einer darunter liegenden Ebene kooperieren Landespolizeidirektion und Drogenkoordination in Drogenangelegenheiten, wie in Angelegenheiten des öffentlichen Raumes. Und auch im operativen Bereich ist die Zusammenarbeit durch regelmäßige Treffen strukturiert. Wie ein Gesprächspartner aus der Polizei anmerkt, habe die Zusammenarbeit nicht zur Entwicklung gemeinsamer Ziele geführt. Man versuche vorurteilslos zu kommunizieren, gegenseitiges Verständnis auszubilden, die Arbeit des anderen nicht zu stören und sich auf die eigenen Aufgaben zu konzentrieren: dies sei im Drogenbereich bei der Polizei die Verfolgung der Handelsszene, bei der Sozialen Arbeit die Versorgung von Suchtkranken (IW07, 2.5.2013).

Die INNERE STADT ist mit 2,9 Quadratkilometern flächenmäßig der kleinste der untersuchten Bezirke, mit der geringsten Zahl an Einwohnern (2014 waren es 16.131 nach Berechnungen der MA 23), aber mit den größten Wohnungen (im Schnitt 104m² pro Wohnung und 65m² pro Bewohner). Doch halten sich hier mehr Menschen auf als in anderen Stadtteilen, denn in der Innenstadt konzentrieren sich bedeutende Kulturdenkmäler, hier finden sich auch die Verwaltungszentren der Stadt und des Landes, und nicht zuletzt haben sich hier eine große Zahl von Handels- und Tourismusbetrieben niedergelassen und hat sich ein dichtes Netz von Gastronomiestätten gebildet. Der im Bezirksvergleich größten Zahl von Beschäftigten und Gästen steht die größte Zahl von Lokalen – 766 – zur Verfügung, aber auch

die am weitesten ausgebauten Fußgängerzonen, wie zahlreiche Grünflächen. Und auch die Preise sind hoch.

Überdurchschnittlich sind in der Innenstadt des weiteren Bildung und Einkommen der Wohnbevölkerung, die relativ alt ist (der Bezirk hat den höchsten Anteil an über 60-Jährigen) und quantitativ zurückgeht. Auch parteipolitisch betrachtet unterscheiden sich die Bewohner des Ersten Bezirkes von jenen anderer Stadteile: sie neigen traditionell dem konservativen Lager zu, das seit vielen Jahren die Bezirksvorsteherin stellt. Absolute Zahl und Anteil von Migranten sind sehr gering.

Die Innere Stadt ist mit Sicherheitskräften gut ausgestattet: Das Stadtpolizeikommando steht 12 Polizeiinspektionen mit insgesamt 244 Polizisten und Polizistinnen vor. Die Soziale Arbeit ist im Bezirk hingegen wenig etabliert, vor allem jene Zweige, die sich mit Jugendarbeit oder nachbarschaftlichen Konflikten befassen, bzw. im öffentlichen Raum tätig sind: So etwa sind weder die Parkbetreuung noch Fair Play aktiv. Nicht zuletzt ist die Innenstadt auch in der Arbeit der Wiener Gesundheitsförderung (WIG) wenig repräsentiert, sie ist kein „Gesunder Bezirk“.

Die geringe Präsenz Sozialer Arbeit – vor allem der mobilen Dienste, und der auf Jugendliche und junge Menschen gerichteten Arbeit –, wie auch von Gesundheitsförderung mag angesichts der geringen Wohnbevölkerung und angesichts ihrer relativen „Überalterung“ plausibel erscheinen, Fragen wirft sie auf berücksichtigt man auch Besucher und Besucherinnen: Die große Zahl von Menschen, die sich zu fast allen Tages- und Nachtzeiten im Ersten Bezirk aufhalten und die nicht zuletzt durch die besondere Dichte von Gaststätten angezogen werden, belastet die Öffentlichkeit erfahrungsgemäß zumindest durch Lärm und Müll.

Fragen wirft nicht nur der geringe Ausbau von Sozialer Arbeit und Gesundheitsförderung auf, sondern auch die, auf Bezirksebene strukturell nicht verankerte Zusammenarbeit der Sozialarbeit mit der Polizei. Das 2002 gegründete Bezirksforum, die „Regionalplattform für Soziale Angelegenheiten“ war die letzte Vernetzungsaktivität von Team Focus auf Bezirksebene, es war „breiter“ aufgestellt als andere Foren (durch die Vertretung der Wirtschaft etwa), bestand allerdings nur kurze Zeit und setzte keine nennenswerten

Aktivitäten. Und da die Innenstadt trotz ihrer belasteten Öffentlichkeit von der SDW nicht als „Problemzone“ eingestuft ist, ist sie nicht in die, durch dieselbe Institution organisierte Kooperation von Polizei, Sozialarbeit und anderen Stakeholdern der Öffentlichkeit eingebunden.

In FAVORITEN, dem mit 31,82 Quadratkilometern sechstgrößten Wiener Gemeindebezirk, lebt fast eine Zehntel aller Wiener und Wienerinnen, es ist der bevölkerungsreichste Bezirk von Wien, und die Zahl seiner Einwohner ist weiterhin im Steigen begriffen: 2014 waren es 186.450. Die Zuziehenden setzten sich gleichermaßen aus in Österreich, wie im Ausland Geborenen zusammen, der Migrantanteil bewegt sich im Wien-weiten Durchschnitt. Zur Zeit sind die Bewohner des Zehnten Bezirks vergleichsweise jung, sie verfügen über durchschnittliche Einkommen, sind aber, was den Wohnraum pro Person betrifft, im Vergleich zu den Bewohnern anderer Bezirke, mit 31m² am schlechtesten gestellt.

Der Bezirk besteht zur Hälfte aus Grünflächen, die wiederum zu mehr als der Hälfte für Freizeitaktivitäten zur Verfügung stehen. Auch ausgedehnte Fußgängerzonen und Radfahrwege erhöhen die Lebensqualität, der – gemessen an diesen Indikatoren – eine Spitzenposition unter jener der Wiener Bezirke zukommt. Es gibt 704 Lokale – absolut etwas weniger als im 1. Bezirk, in dem weniger als ein Zehntel der Einwohner Favoritens leben. Zu erwähnen bleibt, dass sich in Favoriten die Generali Arena, eines der drei größten Fußballstadien Wiens befindet und dass es bei Fußballspielen trotz des intensiven Einsatzes polizeilicher, sicherheitsdienstlicher und sozialarbeiterischer Kräfte immer wieder einmal zu Ausschreitungen kommt. Parteipolitisch besehen gehört der 10. Bezirk zu den Kerngebieten von Wählern und Wählerinnen der Sozialdemokratischen Partei.

Das Stadtpolizeikommando 10 steht 6 Polizeiinspektionen mit insgesamt 198 MitarbeiterInnen vor. Was die Sozialarbeit betrifft, so ist vor allem die (mobile) Jugendarbeit gut ausgebaut: Der Verein Jugendzentren betreibt drei Jugendzentren und bietet neben der mobilen Jugendarbeit durch BOS 10 zahlreiche weitere freizeitpädagogische Aktivitäten an. Die Verlängerung der Arbeitszeiten der Parkbetreuung und von Fair Play vor wenigen Jahren erlaubt den Teams ganzjährige Betreuung von Parks und öffentlichen Plätzen. Die Fußballfans des Bezirks werden von „Rettet das Kind“ betreut.

Die Zusammenarbeit von Polizei und Sozialarbeit hat in Favoriten eine längere Geschichte als in anderen Bezirken: Favoriten ist ein Vorreiter der Vernetzung. Bereits 1982 wurde auf Initiative Sozialer Einrichtungen das erste Bezirksforum gegründet, das heute – aufgrund der Größe des Bezirkes und der beeindruckenden Zahl an Sozialen Einrichtungen – in vier Regionalforen geteilt ist. In den Regionalforen sind Exekutive und Gesundheitsförderung ständige Partner der Sozialen Arbeit. Parallel hierzu wurden themenzentrierte Kooperationsstrukturen aufgebaut, etwa die Jugendplattform und der SeniorInnenarbeitskreis. Im übrigen ist der 10. Bezirk auch ein „gesunder Bezirk“, in dem zahlreiche „gesunde Projekte“ durchgeführt werden.

OTTAKRING ist mit 8,64 km² ein kleiner Bezirk am Rande des Wienerwaldes. Hier wird noch immer, wenn auch weit weniger als vor 100 Jahren Wein angebaut und Bier hergestellt. Die Bewohner und Bewohnerinnen sind vergleichsweise jung, sie verfügen über ein vergleichsweise geringes Einkommen und leben auf kleinem Wohnraum. Die Wohnungen haben im Schnitt 62m² doch dienen sie außerordentlich häufig einem „Single Haushalt“ (ein Viertel). Der große Anteil von Single Haushalten ist ein Indikator für den vor einigen Jahren erfolgten Zuzug der „alternativ-kreativ“ Szene deren Lebensstil nun neben jenem von Migranten (fast ein Drittel der Wohnbevölkerung) den Bezirk prägt. Die Wohnbevölkerung wächst seit der Millenniumswende kontinuierlich: 2014 waren es 99.094 Personen.

Zu erwähnen ist, dass sich neben Resten der ehemals bedeutenden Wein- und Bierproduktion in Ottakring ein ausgedehnter ständiger Straßendetailmarkt mit multikultureller Atmosphäre befindet, wie auch die älteste Müllverbrennungsanlage des Landes Österreich. Der Vielfalt der Wirtschaft, entspricht die Vielfalt der Einwohner und der Kultur.

Das Problemprofil des Bezirks spiegelt die Vielfalt des sozialen Hintergrund seiner Bewohner: Im Umfeld einer U-Bahnstation hat sich die Sucht- und Drogenszene festgesetzt, bei ausgewählten Anlässen (etwa Fußballspielen) kommt es zu Gewalttätigkeiten zwischen Gruppen von Migranten; und gelegentlich führen sich die Bewohner durch das bizarre Verhalten einzelner psychisch Kranke bedroht, die im Bezirk leben.

Dem Stadtpolizeikommando 16 sind vier Polizeiinspektionen unterstellt mit insgesamt 114 Polizistinnen und Polizisten. Das Angebot an sozialen Einrichtungen ist groß, im öffentlichen

Raum sind insbesondere die Gebietsbetreuung, BOS 16/17, die Kinderfreunde, das Nachbarschaftszentrum und das Gesundheitszentrum 16 zu nennen. Die Kontakte zwischen Polizei und Sozialarbeit werden durch die im Bezirk tätigen Foren und durch die Aktivitäten der derzeitigen Bezirksverwaltung gefördert, darüber wurden insbesondere im Bereich der Jugendarbeit persönliche Kontakte zwischen Angehörigen beider Berufsgruppen geknüpft, die in Problemsituationen rasch genutzt werden können.

In Ottakring ist ein Bezirksforum aktiv, das 1995 von Team Focus initiiert und unter Mitarbeit bezirksansässiger sozialer Einrichtungen – etwa der „Jugendzone Ottakring“ und der Mobilien Jugendarbeit Back on Stage – gegründet worden ist. Sein Schwerpunkt ist die Kooperation sozialer Einrichtungen, die Polizei nimmt „nur im Anlassfall und auf ausdrückliche Einladung“ teil. Daneben sind das von der Bezirksvorstehung getragene „Forum 16“ (in dem die Polizei vertreten ist) und das „Jugendforum 16“ tätig.

Systematischer als durch die im Bezirk tätigen Foren wird die Kooperation zwischen Sozialarbeit und Polizei durch die Aktivitäten der derzeitigen Bezirksverwaltung gefördert: Sie lädt zu „runden Tischen“ ein, unter deren Gästen verschiedene Magistratsabteilungen, die SDW, Lokalbesitzer und die Wiener Linien zu finden sind. Ist das Thema bezirksübergreifend, wie etwa die Situation um den Josefstädter Stadtbahnbogen, wird auch gemeinsam mit der Verwaltung des angrenzenden Bezirks eingeladen. Im konkreten Fall ging es um Suchtkranke und BenutzerInnen des Tageszentrums für Wohnungslose, und die sich durch die im U-Bahnbereich aufhaltenden Personen irritierte Bevölkerung. Ob die zumindest ansatzweise strukturell verankerten Kontakte zwischen den beiden Stakeholdern auch zur regelmäßigen Zusammenarbeit führen, bleibt allerdings eine offene Frage.

Und auch Ottakring ist ein „gesunder Bezirk“. Das im Bezirk verankerte Projekt bestimmt den Gemeindebau als wichtiges Setting, in dem es zu zahlreichen Konflikten zwischen den Generationen und zwischen Bewohnern aus unterschiedlichen Herkunftsländern kommt, deren Diversität aber auch großes innovatives Potential birgt.

2. BEOBACHTUNGEN UND INTERVIEWS MIT POLIZEI UND SOZIALER ARBEIT

Die Beobachtungen und Interviews geben Einblick in die Tätigkeit von Polizei und Sozialer Arbeit in öffentlichen Räumen in den ausgewählten Bezirken von Wien und Niederösterreich: Schwerpunktmäßig war der – gegebenenfalls akkordierte – Umgang mit intoxikierten Personen, mit Tabakgenuss und mit Gewalttätigkeiten in der Öffentlichkeit erfasst worden.

Nach Auswahl der Bezirke mit dem Lenkungsausschuss hatte das Projektteam im Herbst 2012 Kontakt mit den Polizeiinspektionen (PI) in den sechs Bezirken und mit den im Bezirk aktiven Sozialen Einrichtungen aufgenommen und das Projekt vorgestellt. Die Wiener Polizei hatte positiv reagiert, AGORA mit Interesse aufgenommen und der polizeilichen Unterstützung in einem „Kooperationsvertrag“ eine offizielle Form verliehen.

Die Kontaktnahme mit Einrichtungen der Sozialen Arbeit war schwieriger: Ihr Einsatzgebiet deckt sich nicht mit Bezirksgrenzen, worauf schon Namen – wie etwa „Nachtstreetwork der Gruft“ und „Streetwork überregional“ – verweisen. Arbeits- und Einsatzfelder der Einrichtungen waren also zu erkunden, bevor Kontakt aufgenommen wurde, der dann telefonisch erfolgte. Beobachtungen wurde mehrmals abgelehnt, da eine Störung oder der Verlust des Vertrauens von KlientInnen befürchtet wurde, aber auch, weil die Einrichtung in der kalten Jahreszeit nicht im öffentlichen Raum tätig war.

In Niederösterreich wurde der Kontakt zu den Sozialen Einrichtungen über ein Gespräch gesucht, in dem das Projekt und die aktuellen Anliegen des Projektteams vorgestellt wurden. Die Ergebnisse unterschieden sich nach den Bezirken: In Hollabrunn hatte der Verein Menschen. Leben gerade erst seine Arbeit aufgenommen (Jugendzentrum und aufsuchende Dienste), es gab daher nichts zu beobachten und das Projektteam ging gleich zu Interviews über. In St. Pölten einigte sich das Projektteam mit der Leitung der „Mobilen Jugendarbeit“ und von „Check-Point“ (sozialarbeiterische Eventbetreuung) des Vereins Jugend und Lebenswelt auf Beobachtungen „aus der Entfernung“, um Störungen der Klientenarbeit zu vermeiden. In Wiener Neustadt befürchteten die Mitarbeiter der mobilen Jugendarbeit „Rumtrieb“ aversive Reaktionen der Klienten auf Beobachtungen. Bei einer Diskussion des Projektteams mit dem Team von Rumtrieb wurde entschieden nur ausgewählte Aktivitäten

(Eventbetreuung) zu beobachten und die Erhebung im übrigen auf Interviews mit Teammitgliedern zu beschränken.

Der Leitfaden zur Anleitung der Beobachtung und ihrer schriftlichen Dokumentation wurde in Wien mehrfach erprobt und überarbeitet und es wurden jeweils eine Fassung für Polizei und Soziale Arbeit hergestellt, die sich vor allem durch die, an den „Berufssprachen“ orientierte Terminologie unterschieden. Das „Beobachtungsprotokoll“ sah Informationen über den Rahmen der Beobachtung vor, die detaillierte Beschreibung der beobachteten Situation inklusive eventueller Interventionen und Kooperationen von Polizei und Sozialer Arbeit. Abschließend waren die Beobachter gebeten, ihre subjektiven Eindrücke und etwaiger Gespräche und Nachgespräche mit Beobachteten zusammenzufassen.

Die ersten Ergebnisse der Beobachtungen waren enttäuschend: Das gesuchte Beobachtungsobjekt – das interessierende Risikoverhalten und darauf reagierende polizeiliche und sozialarbeiterische Maßnahmen und Interventionen – wurde kaum gesichtet: Intoxikation und Gewalttätigkeiten in öffentlichen Räumen treten zu selten auf, um bei kurzfristigen und niederfrequenten Beobachtungen erfasst werden zu können – insbesondere in der kalten Jahreszeit. Negativ wirkte sich auch aus, dass Kontaktpersonen verabsäumt hatten, alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Einrichtung über die Beobachtungen zu informieren. Da der Unmut der studentischen Beobachter über die kärglichen Ergebnisse stieg und ihre Motivation sank, wurde – wie auch von Polizei und Sozialer Arbeit empfohlen – die Beobachtungsphase bis in den Sommer verlängert und rasch zu Interviews übergegangen.

Auch für die Interviews wurde ein Leitfaden erstellt, erprobt und mehrfach überarbeitet. Abgesehen davon, dass Interviews in geringerem Maße von der Häufigkeit interessierender Ereignisse abhängig sind, konnten sie die Lücken füllen, die sich in den Bezirken aufgetan hatten, in denen Beobachtungen nicht oder nur beschränkt möglich waren – weil die Soziale Arbeit nicht etabliert war oder weil sie sich zu der gegebenen Zeit nicht im öffentlichen Raum engagierte. Nicht zuletzt konnten in den Interviews auch Personen zu Wort kommen, die keiner Stakeholdergruppe angehören, aber einer Einrichtung, die Stakeholder vernetzt. Der folgende quantitative Überblick zeigt, dass Interviews und Beobachtungen einige Monate parallel durchgeführt wurden. Die weiteren Abschnitte des Kapitels enthalten die Ergebnisse der qualitativen Analyse der Beobachtungen und Interviews, die ineinandergreifend und

bezirksspezifisch dargestellt sind und immer wieder aus der Perspektive eines Bundesländervergleichs betrachtet werden.

2.1. Quantitativer Überblick

Tabelle 1 zeigt die Zahl der Beobachtungen von Einsätzen von Polizisten und Sozialarbeiten und die Zahl der Interviews mit Angehörigen der beiden Berufsgruppen. Die unterschiedliche Verteilung von Beobachtungen und Interviews bei der Polizei und der Sozialen Arbeit ist auf Unterschiede der Arbeitsaufträge beider Berufsgruppen und auf Feldstrategien, die diese Differenzen zu kompensieren versuchen, zurückzuführen: Weit mehr als die soziale Arbeit hält sich die Polizei im öffentlichen Raum auf, sie kann daher leichter beobachtet werden. Um Tätigkeitsfelder und Positionen der Sozialen Arbeit zu erfassen, musste hingegen weit häufiger auf Interviews zurückgegriffen werden.

Tabelle 1: Zahl der Beobachtungen und Interviews mit Polizei und Sozialarbeit und Zahl der studentischen Mitarbeiter, Niederösterreich und Wien

	Niederösterreich	Wien
Beobachtungen	22	22
Polizei	17	19
Sozialarbeit	5	3
Interviews	20	13
Sicherheitsdienste	4	2
Sozialarbeit (inkl. Sozialverwaltung)	16	11
Gesamtes Material	42	35
Studentische MitarbeiterInnen	11	48
Frauen	8	44
Männer	3	4

Die weniger sichtbare Soziale Arbeit wurde daher häufiger interviewt. Die auffälligen Unterschiede bei der Zahl der studentischen Mitarbeiter sind auf die unterschiedliche Organisation der Masterstudiengänge in den beiden Fachhochschulen zurückzuführen.

Tabelle 2 zeigt die recht unterschiedliche Zahl von Pretests, Beobachtungen und Interviews pro Bezirk in Wien und Niederösterreich, die mit misslungenen Kontaktversuchen und/ oder der geringen Zahl Sozialer Einrichtungen auf Stadt- bzw. Bezirksebene zu erklären ist. Wie noch zu zeigen sein wird, ist es dennoch gelungen, die Situation in allen 6 Bezirken anschaulich darzustellen.

Aus Tabelle 3 wird ersichtlich, dass die Beobachtungen im Herbst 2012 begannen und im Winter desselben Jahres anstiegen. Sie wurden bis Sommer 2013 fortgesetzt und ab dem Frühjahr von Interviews begleitet.

Tabelle 2: Zahl der durchgeführten und analysierten Pretests, Beobachtungen und Interviews nach Bezirk, Niederösterreich und Wien

	Niederösterreich		Wien		
	Durch- geführt	Ausge- wertet	Durch- geführt	Ausge- wertet	
Pre-Beobachtungen	0	0	Pre-Beobachtungen	22	5
Hollabrunn	0	0	1010	5	5
St. Pölten	0	0	1100	0	0
Wr. Neustadt	0	0	1160	3	0
Andere Bezirke	0	0	Andere Bezirke	14	0
Beobachtungen	22	22	Beobachtungen	17	17
Hollabrunn	0	0	1010	12	12
St. Pölten	15	15	1100	4	4
Wr. Neustadt	7	7	1160	1	1
Interviews	20	20	Interviews	13	13
Gesamtes Material	42	42	Gesamtes Material	52	35

Tabelle 3: Monate der Beobachtungen, Niederösterreich und Wien

		Niederösterreich	Wien
2012	Oktober	0	5
	November	4	1
	Dezember	7	12
2013	Jänner	1	0
	Februar	0	0
	März	0	0
	April	2	0
	Mai	2	0
	Juni	3	3
	Juli	3	1
Gesamt		22	22

Die Beobachtungen fanden an allen Wochentagen, bevorzugt aber am Freitag statt, dem ersten „Ausgehtag“ des Wochenendes (Tabelle 4). Der Trend zum Freitag ist in Niederösterreich ausgeprägter – was auch darauf zurückzuführen ist dass die Beobachtungszeiten an das Ausgehverhalten angepasst wurden. Beobachtet wurde zu allen Tageszeiten, in Niederösterreich aber bevorzugt am Abend und in der Nacht (Tabelle 5). Die Beobachtungen dauerten zwischen dreißig Minuten und mehr als 5 Stunden, im Durchschnitt wurde in Niederösterreich zweieinhalb Stunden in Wien zwei Stunden beobachtet.

Tabelle 4: Wochentage der Beobachtungen, Niederösterreich und Wien

	Niederösterreich	Wien
Montag	0	1
Dienstag	0	1
Mittwoch	4	2
Donnerstag	1	3
Freitag	12	9
Samstag	5	4
Sonntag	0	2
Gesamt	22	22

Tabelle 5: Tageszeiten (Beginn) der Beobachtungen, Niederösterreich und Wien

	Niederösterreich	Wien
Vormittag (vor 13:00)	3	0
Nachmittag (13 bis vor 18:00)	4	10
Abend (18 bis vor 22:00)	7	6
Nacht (ab 22:00)	8	6
Gesamt	22	22

Tabelle 6: Dauer der Beobachtungen in Minuten, Niederösterreich und Wien

	Niederösterreich	Wien
Minimum	60	30
Maximum	315	325
Durchschnitt	160	119

Mit den Interviews wurde im Herbst 2012 begonnen, sie wurden verstärkt im Frühjahr 2013 fortgeführt (Tabelle 7).

Tabelle 7: Monate der Interviews, Niederösterreich und Wien

		Niederösterreich	Wien
2012	Dezember	1	0
2013	Jänner	0	0
	Februar	0	1
	März	1	2
	April	4	2
	Mai	3	2
	Juni	7	5
	Juli	3	0
	November	1	0
	Gesamt	20	13

2.2. Beobachtungen und Interviews in Niederösterreich

Alle Beobachtungen und auch fast alle Interviews konnten einem der drei Bezirke zugewiesen und in die Analyse der Daten auf Ebene der Bezirks einbezogen werden. Vier Gespräche (3

mit Mitarbeitern der Polizei) bewegten sich inhaltlich fast ausschließlich auf der strategischen Ebene und wurden daher in einem eigenen Abschnitt zusammengefasst.

Mit den „restlichen“ Interviews kamen zwar ausschließlich operativ tätige Mitarbeiter der Sicherheitsdienste und vor allem der Sozialen Arbeit zu Sprache, doch waren nicht alle im öffentlichen Raum tätig. Neben SozialarbeiterInnen, die mobile Jugendarbeit leisteten, wurden auch Mitarbeiter Sozialer Einrichtungen befragt, die Jugendzentren oder Notschlafstellen betrieben, oder psychosoziale Randgruppen betreuten und versorgten. Die Einrichtungen unterschieden sich auch hinsichtlich der Organisation: einige waren „Vereinsbüros“ oder Dienststellen einer Behörde, andere waren untergliedert in „Referate“ für verschiedene Bedarfslagen, oder hatten „Beratungsstellen“ bzw. eigene Einrichtungen für spezielle Probleme, Ereignisse, Zielgruppen oder geographische Gebiete ausdifferenziert. Die Vielfalt der Einrichtungen setzte sich bei den Fördergebern fort und illustrierte die Unübersichtlichkeit des Angebots auf Stadt- und Bezirksebene.

Beobachtungen und Interviews in St. Pölten

Die Beobachtungen erfassten 10 *Einsätze der Polizei*, vor allem „Streifen“ – Kontrollgänge entlang vorgegebener Routen – und anlassbezogenen Präsenzdienste: Präsent hatte die Polizei sowohl bei zeitlich begrenzten Ereignissen (Weihnachtsmarkt der Gemeinde, letzter Schultag einer speziellen Schule), wie bei Großveranstaltungen mit Festcharakter (Ball, Volksfest und der jährlichen Schulschlussparty im Park) zu sein. Die Einsätze wurden zumeist von zwei bis drei, in Einzelfällen bis zu 6 Personen getragen. Die Beobachtungen waren überwiegend mit der Polizei abgesprochen oder sogar koordiniert. Die Beobachtungen von Sozialarbeitern waren auf Großveranstaltungen (Weihnachtsmarkt, Tanzveranstaltungen) konzentriert.

Die teils explizit genannte teils implizit aus den Charakteristika der Anwesenden erschließbare Zielgruppe der polizeilichen wie sozialarbeiterischen Einsätze waren *männliche Jugendliche und junge Erwachsene*; bei einem Volksfest galt die polizeiliche Aufmerksamkeit ausnahmsweise den erwachsenen Besuchern; bei einer weiteren Beobachtung waren auffällig viele Migranten anwesend. Bei fast allen Einsätzen war *intensiver und problematischer Alkoholkonsum* erwartet und auch tatsächlich beobachtet worden, bei vielen zusätzlich Drogenkonsum, und bei einigen wenigen auch problematischer Tabakkonsum und/oder Gewalttätigkeiten.

Die Polizei trug vor allem durch bloße Anwesenheit zur Befriedung der Situation und zur Beruhigung von Spannungen bei, weitergehende Interventionen waren Gespräche mit Anwesenden und Kontrollen von Ausweisen. Nur selten wurde zu härteren Maßnahmen wie Verwaltungsstrafen gegriffen. Die Polizei kooperierte selten und wenn doch, ausschließlich mit Rettung und privaten Sicherheitsdiensten.

Die beobachteten *Sozialarbeiter* kooperierten ihrerseits auch nicht mit der Polizei. Sie waren überwiegend von den Veranstaltern eingeladen worden, einen Informationstand zu betreiben. Ihre Angebote waren auf Jugendliche abgestimmt: Mit Hilfe von kleinen Geschenken wie etwa „Give aways“ (Knicklichtern, Kondomen, Schleckern, Glitzerspray) versuchten sie den Kontakt herzustellen, mit dem Ziel „Rauschkompetenz“ zu fördern und Beratung anzubieten. Daneben wollen sie ihre eigene Organisation bekanntmachen und sich mit anwesenden Organisationen vernetzen.

Die Informationsstände der Sozialarbeiter werden in den Beobachtungsprotokollen als durchgängig schlecht positioniert beschrieben: sie waren „unscheinbar“, und lagen „abseits“ oder „vor Durchgang zu WC“; die Sozialarbeiter waren nicht als solche identifizierbar und ihre Angebote wurden wenig angenommen; Kontakte zu Veranstaltungsbesuchern wurde nur selten beobachtet, und waren von kurzer Dauer („weniger als 1 Minute“ – Prot. 102).

Vor allem bei längerfristigen Veranstaltungen waren auch *andere Berufsgruppen* zum Schutz der Gesundheit und Sicherheit anwesend: private Sicherheitsdienste, Rettungsdienste, Gastronomiepersonal, Reinigungsdienste. Sie waren für Besucher sichtbar und stimmten sich gelegentlich untereinander, wie mit Polizei und Sozialer Arbeit ab: Die Polizei kooperierte ausschließlich mit Rettungs- und privaten Sicherheitsdiensten, die Soziale Arbeit ausschließlich mit der Rettung.

Aus den Interviews lässt sich ersehen, dass die *Vernetzung zwischen Polizei und Sozialarbeit* fortgeschrittener ist, als die Beobachtungen vermuten ließen. Die Kooperationserfahrungen von Mitarbeitern Sozialer Einrichtungen mit der Polizei liegen einige Jahre zurück und sie sind positiv wie negativ gefärbt: So wurde berichtet dass die Informationen der Polizei über den Aufenthalt von Jugendgruppen die Tätigkeit der mobilen Jugendarbeit erleichterten, dass

die Kooperation mit dem Weggang des Informanten ein Ende gefunden habe; andere blickten auf den schwierigen Beginn der Kooperation zurück und freuten sich über ihr heutiges Gelingen; es wird auch die Meinung geäußert, dass die Strategien der Polizei akzeptabler geworden wären (sie „drangsalieren“ Jugendliche nicht mehr) und dass sich ihre Feindbilder von der Sozialen Arbeit abgeschwächt hätten.

Die derzeitige Zusammenarbeit der mobilen Sozialarbeit mit der Polizei wurde als befriedigend eingestuft: Die Polizei informiere über Personen, die vermutlich der Hilfe bedürften (etwa weil sie die Wohnung seit Wochen nicht verlassen haben) und unterstütze „Events“, die man in der Öffentlichkeit veranstalte. In die Arbeit stationärer Einrichtungen mische sie sich nicht ein und käme nur wenn man sie rufe, etwa in Notfällen, bei fremd- und/oder selbstgefährdenden Handlungen, die man nicht mehr selbst regeln könne. Sie respektiere und anerkenne die Arbeit, die man mache und den Schutzraum den man seinen Klienten böte. Sei die Polizei auf der Suche nach einem verdächtigen Klienten, rufe sie an. Dies erlaube es den Betreuern, Klienten zu motivieren – mit oder ohne Betreuer – zur Polizei zu gehen. Auch sei die Polizei immer bereit bei Informationsveranstaltungen etwa für Klienten mitzuwirken und umgekehrt sei man in Weiterbildungsveranstaltungen für Polizisten eingebunden.

Folgt man den Interviewten käme es mehr oder minder ausschließlich *anlassbezogen zu Absprachen zwischen Polizei und Sozialarbeit* und würden diese informell und auf persönlicher Ebene getroffen – was zumeist gutgeheißen wird. Hin und wieder träfe man einander auch bei Sitzungen anderer Einrichtungen: dies sei meist fruchtbar, da man die eigene Arbeitsweise darlegen könne. Den Höhepunkt der Kooperation bilde das jährlich vom Jugendkoordinator der Stadt organisatorisch begleitete Schulschlussfest in St. Pölten im Sparkassenpark: hier einigten sich alle beteiligten Professionen – Polizei, Rettung, Soziale Arbeit, Stadtgartenamt, private Sicherheitsdienste u.a. – im Rahmen eines eigenen Forums über die Verteilung der Rollen bei der Kontrolle.

Dennoch scheint das *Interesse am Ausbau der Kooperation* bei der Sozialen Arbeit beschränkt – man teile zwar die Klientel, doch gäbe es außer „dem gewaltfreien Umgang miteinander“ und dem „Verhindern von Drogenkonsum“ keine gemeinsamen Anliegen und schon gar keine gemeinsame Strategie. Möglicherweise schrecke man sogar die Klientel

durch enge Zusammenarbeit ab. Die Polizei habe kein Verständnis für die Methoden der Sozialarbeit: Sie könne nicht nachvollziehen, dass man etwa einem rauchenden Jugendlichen nicht einfach den Zigarettenkonsum untersage, um die beidseitige Beziehung nicht zu (zer)stören. Das mangelnde Verständnis drücke sich auch in der Erwartung aus, dass der Sozialarbeiter als „Sozialpolizist“ oder als „Magier“ tätig werde, in dem er etwa öffentliche Räume beruhige und Probleme auflöse. Schließlich sei das Verständnis auch durch unterschiedliche Pflichten beider Berufsgruppen erschwert: Die anzeigepflichtige Polizei verstehe nicht, dass man keine Informationen weitergeben könne: „Das heißt dann irgendwie so, dass wir nicht ihre Freunde sind und sie nicht unterstützen“.

Zur Verbesserung der Kooperation zwischen Polizei und Sozialarbeit wollen die Befragten vorrangig die angesprochenen Missstände bereinigen: An erster Stelle steht die Aufklärung über die Methoden und die Zuständigkeiten der Sozialarbeit und die Förderung von Einsicht auf Seiten der Polizei. Dies ließe sich im Rahmen von gemeinsamen Plattformen durchführen, doch spricht man sich auch von Seiten der Sozialarbeit gegen gemeinsame „Arbeitsgruppen“ und „periodische Treffen“ aus.

Die Zusammenarbeit mit anderen Berufsgruppen scheint von größerem Interesse: Favorisiert werden Politiker, deren Erwartungen an die Soziale Arbeit allerdings der Revision bedürften. Soziale Arbeit hätte andere Aufgaben, als Jugendliche daran zu hindern ihre Bierkisten vor dem Rathaus abzustellen. Auch mit den Sozialbehörden (Jugendamt, Jugendkoordinationsteam etwa) möchte man enger kooperieren.

Beobachtungen und Interviews in Wiener Neustadt

Absprachen zwischen dem Projektteam und der Polizei für Beobachtungen gelangen in Wiener Neustadt nur in einem Fall, mit den Einrichtungen der Sozialen Arbeit misslangen sie zur Gänze. Die Polizei konnte nur bei zwei Einsätzen längerfristig beobachtet werden – bei einer Streife durch die Innenstadt und bei ihrem Einsatz anlässlich des jährlichen Schulschlussfestes im Stadtpark – bei weiteren Beobachtungen wurde sie nur einmal in weiterer Entfernung kurz gesichtet.

Wenige, breit gestreute Interviews ergänzen die Beobachtungen, unter ihnen ein Gespräch mit dem Leiter der Fass-Security, ein Gruppen- und ein Einzelgespräch mit Mitarbeitern der mobilen Jugendarbeit und ein Gespräch mit dem Jugendbeauftragten der Stadt.

Auch in Wiener Neustadt waren *männliche Jugendliche und junge Männer* die Zielgruppe der polizeilichen Einsätze, bei einer Beobachtung waren auffallend viele Migranten anwesend. Und wie in St. Pölten war der *Alkoholkonsum durchgängig stark, und es kam häufig zu Schlägereien*. Zusätzlich wurde Ruhestörung („Lärmen“) registriert, in einzelnen Fällen Vandalismus, starker Tabakkonsum und illegaler Drogengebrauch. Soweit sichtbar, bestanden die seltenen Interventionen der Polizei aus Ausweiskontrollen, Alkoholkontrollen, Mahnungen, Anzeigen und Verhaftungen. Die Fass-Security, die für die Durchsetzung des Konsumverbotes von alkoholischen Getränken in der Innenstadt und auf öffentlichen Plätzen zuständig und etwas präsenter ist, wird weit weniger respektiert („Die verarsch i jetzt im Vorbeigehen und dann schau i was passiert“).

Kooperationen zwischen Ordnungs- und Sozialdiensten waren die Ausnahme: So halfen Mitarbeiter der „Fass-Security“ den Türstehern Schanigärten nach einem „Garten Eden“ abzubauen. Beim Schulschlussfest waren außer der Polizei und Mitarbeitern zweier sozialer Einrichtungen, die Informationsstände aufgebaut hatte, Securities, Rettung und Müllabfuhr anwesend. Die Sozialarbeiter versorgten Jugendliche auch mit Wasser und Traubenzucker und sie betreuten in Zusammenarbeit mit der Rettung Berauschte, deren Zustand nicht die Einlieferung in das Krankenhaus erforderte.

Aus den Interviews wird wie in St. Pölten weit mehr Kooperation ersichtlich: Mobile Jugendarbeit, städtischer Sicherheitsdienst und der Jugendbeauftragte teilen gemäß eigener Darstellung Zielgruppe und Arbeit- bzw. Geldgeber: Fass-Security und Streetworker sind für auffällige Jugendliche zuständig, der Jugendbeauftragte ist „Anlaufstelle und Ansprechpartner für alle jugendrelevanten Themen der Stadt“, sucht „Jugendlichen im öffentlichen Bereich Plätze zur Verfügung zu stellen“, und vernetzt einschlägig tätige Einrichtungen. Jugendbeauftragter, Sicherheitsdienst und mobile Jugendarbeit sind Teil des Magistrates bzw. werden von Stadt finanziert und kooperieren miteinander und mit anderen Sicher- und Gesundheitsdiensten im Rahmen der Stadtverwaltung.

So hat sich ein *Informationsaustausch* zwischen Jugendbeauftragten und mobiler Jugendarbeit über Hot Spots etabliert. Beide haben Ansprechpartner in der Polizei, doch bleibt das Ausmaß der bestehenden Kooperation hinter Bedarf vor allem des Jugendbeauftragten zurück: Im Falle des Missbrauchs eines von der Stadt geschaffenen „Jugendplatzes“ – wie etwa dem dezentral gelegenen „Skaterspot“ – würde er sofort die Polizei rufen.

Obwohl sie gelegentlich mit Erfolg öffentliche Konflikte deeskaliert, sieht sich die *mobile Jugendarbeit* nur bedingt für den öffentlichen Raum zuständig: Man hätte nicht den Auftrag, die „Herrengasse zu befrieden“ und verstünde sich „nicht als Sozialpolizei der Gewerbebetriebe“. Die derzeit praktizierte anlassbezogene Kooperation mit der Polizei beim „Schlussfest“ genüge, bei Bedarf im Einzelfall nehme man schon Kontakt mit bekannten Polizisten auf. Die Zusammenarbeit mit der Jugendwohlfahrt und der Rettung sei jedoch von zentralerer Bedeutung.

Der Leiter des *privaten Sicherheitsdienstes* schildert, dass seine Einrichtung zwar mit abnehmendem Drogenkonsum, aber auch mit zunehmenden Alkoholexzessen konfrontiert sei, und darüber hinaus mit Vandalismus, Sachbeschädigung und Gewalttätigkeiten bis zu schwerer Körperverletzung und Tod unter jungen Burschen und Männern. Man sei auf die Zusammenarbeit mit Polizei und Sozialer Arbeit angewiesen, da man weder über die Gewaltmittel der ersteren verfüge, noch den Auftrag habe, individuell zu betreuen. Man rufe die Polizei an, wenn Ermahnen, Festhalten, Androhung von Anzeigen und Anzeigen keine Effekte zeigten, die allerdings – aufgrund Personalmangels – eine halbe Stunde brauche, bis sie vor Ort sei. Und man halte Kontakt zu Sozialen Einrichtungen, wie den Streetworkern. Polizei und Sozialarbeit träfe man auch in Gremien der Stadt, in denen über kommende Schwerpunkte entschieden werde und besonders gut arbeite man mit Angehörigen beider Organisationen im Rahmen des jährlichen Schlußfestes zusammen. Mit weiteren Berufsgruppen arbeite man nicht zusammen: „Die Türsteher“ ignorierten die Jugendschutzgesetze; die Gastronomie fülle alle „bis zum Anschlag an“, und werfe sie, werden sie lästig, auf die Straße; die Medien seien nur an Skandalen interessiert. Der Gesprächspartner sprach sich für die Intensivierung der Kommunikation und Kooperation mit Polizei und Sozialer Arbeit aus, und hielt die Einbindung von Gastronomie und Medien für wünschenswert.

Interviews in Hollabrunn

Die beiden Gesprächspartnerinnen – die Mitarbeiterin in einem Jugendheimes und eine Mitarbeiterin der mobilen Jugendarbeit – meinen, die *Jugendlichen nutzten den öffentlichen Raum* wenig. Vor einigen Jahren sei es im Zusammenhang mit Alkohol und Gewalt zu Exzessen gekommen, bei der ein junger Mann bleibenden Schaden erlitten habe und die mit einer Gerichtsverhandlung endeten. Seither trafen sich die Jugendlichen nur mehr in wenigen Lokalen und an wenigen anderen öffentlichen Orten, wie dem Bahnhof und dem Bad. Jugendeinrichtungen der Stadt und des Bezirks – Jugendtreffs und Jugendclubs – würden kaum angenommen. Die Jugendlichen hielten sich vorwiegend in einem der zahlreichen Vereine auf – unter ihnen viele Musikkapellen und Bands -, beschäftigten sich mit dem Computer zu Hause, oder besuchten Freunde in Wien.

Die vergleichsweise junge *Jugendarbeit*, die ihre Aufgabe in der Beratung sieht und die gegen den Auftrag der Gemeinde kämpft, für Freizeitgestaltung und „Action“ („tut ihr Disco, tut ihr Party“) zuständig zu sein, hat folgerichtig Schwierigkeiten mit ihrer Zielgruppe in Kontakt zu treten, die überdies aus vielen pendelnden Schülern besteht. Sie versucht eine Kooperationsbasis mit den Schulen aufzubauen, und bemüht sich, zu Veranstaltungen eingeladen zu werden, denen der Ruf vorausging, es käme zu Besäufnissen und Schlägereien.

Mit der Polizei hat die Jugendarbeit Kontakt aufgenommen, man überlege, in welchen Bereichen Kooperation aufgebaut und wie sie gestaltet werden könne. So denke man die Polizei zu Vorträgen über die Themen Gewalt, Gesundheit, Alkohol, Tabak, Drogen und Geschlecht einzuladen. Auch an regelmäßige Kontakte sei gedacht. Bei ihrer Gestaltung sei darauf zu achten den Schutzraum für Jugendliche nicht zu verletzen: die Polizei dürfe etwa nicht unabgesprochen zum Jugendtreff kommen.

Auf der strategischen Ebene

Zwei der interviewten Mitarbeiter des staatlichen Sicherheitsdienstes nehmen eine leitende Position ein, zwei gehören der Präventionspolizei an. Der vierte Interviewte ist in leitender Position in der Fachstelle für Suchtprävention tätig. Alle Interviewten berichteten, dass es schon vor etwa fünf bis zehn Jahren erste *Kontakte mit der Sozialarbeit* gegeben hätte: sie seien anfangs durch „Extremstandpunkte“ geprägt gewesen und wären später eingeschlafen.

Zur Zeit gäbe es anlassbezogene Kontakte – etwa bei Schulschlussfesten und gemeinsamen Workshops in Schulen – aber auch Vernetzung auf strategischer Ebene. Genannt wurden in diesem Zusammenhang die Fachstelle für Suchtprävention und die Sucht- und Drogenkoordination, die im Rahmen ihres Aufgabenbereiches regelmäßige Treffen auf Bezirksebene initiierten.

Den Kooperationsbemühungen sei bisher beschränkter Erfolg beschieden gewesen: Die Schulprojekte seien zu wenig bekannt geworden; viele Polizisten seien lieber „vor Ort als in einer Sitzung“ und fingen „mit dem Sozialen wenig“ an; das gegenseitige Interesse und Verständnis sei noch immer gering und die Zusammenarbeit durch äußere Zwänge wie rechtlich vorgeschriebene Aufträge und Kooperationen erschwert. Auch organisatorische Differenzen werden geltend gemacht: der Sozialarbeiter wisse sehr wohl, wer der polizeiliche Ansprechpartner im Bezirk sei, der Polizist nicht.

Beschrieben die Interviewten die Zusammenarbeit der Polizei mit der mobilen Sozialarbeit als wenig entwickelt (und kaum entwickelbar?), schilderten sie die *Kooperation mit anderen Berufsgruppen* in bunteren Farben: So kooperiere man mit Magistraten (in Sachen Hot Spots) und Sozialämtern, mit der Gastronomie (in Sachen Jugendschutzgesetz) und den Medien (in Sachen Prävention), mit Bewährungshilfe und Wiedereingliederungsprojekten (für drogenabhängige Jugendliche); mit Lehrern, Schulpsychologen und Schuldirektoren (bei Schulprojekten). Bei allen Schilderungen von Kooperation wird die helfende, unterstützende, allgemein „soziale“ Rolle der Polizei betont.

An Ideen zur *Verbesserung der Kooperation* mangelt es aber nicht: Die Vorschläge lassen sich als Teile eines komplexeren Konzeptes über die Ideal- Beziehung beider Professionen begreifen, das in etwa folgendermaßen aussieht: Sozialarbeiter sollten ihre Angebote übersichtlicher darstellen und sich ansprechbarer positionieren; die Polizei könnte geeignete Kooperationspartner der Sozialen Arbeit auswählen, aber Sozialarbeiter könnten auch einfach anrufen; auf jeden Fall sollten nach der Kontaktaufnahme Vernetzungstreffen stattfinden, um einander besser kennen zu lernen, um Ängste abzubauen, um kontinuierlich am gegenseitigen Verständnis zu arbeiten; eventuell auch unter Einbeziehung von Politikern; ließe sich die Eignung der Sozialen Arbeit für ein gegebenes Problem feststellen, könnte man Arbeit teilen

oder abgeben; der optimale Zustand sei jedenfalls erreicht, wenn Schulungen nicht mehr nötig wären und geklärt sei, wer wofür zuständig ist. Letztlich auch – so der Vertreter der Suchtprävention – seien die jeweiligen Aufgaben sehr unterschiedlich und ein „hundertprozentig harmonisches Zusammenwirken“ Illusion.

2.3. Zusammenarbeit von Polizei und Sozialer Arbeit in Niederösterreich

Öffentliche Räume der kleinstädtischen und ländlichen Bezirke Niederösterreichs werden *bei Bedarf durch die Polizei* gesichert: Bedarf entsteht, wenn eine mehr als alltägliche Ansammlung von Menschen zu erwarten ist, und mit ihr – schon qua Menge – auffälliges, risikoreiches und deviantes Verhalten. Zu denken ist etwa an das – von allen Bewohnern eines Ortes, wie zusätzlich von Gästen besuchte – jährlich stattfindende Volksfest und an den jährlichen Ball, wie an kirchliche Feste; zu denken ist aber auch an wiederkehrende Wochenendveranstaltungen in Diskotheken und anderen Lokalen. Die Polizei setzt bei der Sicherung der intensiv genutzten Räume repressive Mittel ein, doch scheint sie weder sehr präsent zu sein, noch scharf auf jede Normverletzung zu reagieren: Vor Verhaftungen und Strafen wird gemahnt und kontrolliert, vor Mahnungen und Kontrollen gibt es ein Gespräch. Die Polizei legt auch auf die Erfüllung ihrer „sozialen Aufgaben“ Wert, möglicherweise, weil sie selbst Teil der Gemeinschaft ist, zu deren Sicherung sie angetreten ist.

Die Polizei spielt die *führende Rolle bei der Kontrolle öffentlicher Räume* und sie teilt sie nur ansatzweise mit anderen Einrichtungen die Ordnung und Sicherheit herstellen und Leib und Leben schützen. Am häufigsten bezieht sie die Rettung ein, die aus dem öffentlichen Raum entfernt, wer physisch und psychisch nicht mehr in der Lage ist, teilzunehmen – zumeist aufgrund einer Alkoholintoxikation.

Gelegentlich kooperiert die Polizei aber auch mit einer aufsteigenden Sicherungsmacht, den *privaten Sicherheitsdiensten*, die die Aufgabe haben private Interessen in Lokalen (vor allem Diskotheken) und bei Veranstaltungen durchzusetzen. Die Kontrollen der privaten Sicherheitsdienste in ihrem halböffentlichen Arbeitsbereich bleiben nicht ohne Folgen für den öffentlichen Raum (Besucher werden nicht eingelassen, und agieren ihren Ärger auf der Straße aus, Gäste werden „abgefüllt“ und dann auf die Straße gesetzt), doch scheint dies nicht

der Anlass für die Kooperation sein: Die Polizei dürfte die Arbeit der Securities eher als Entlastung von eigenen Verantwortungen wahrzunehmen.

Polizeilichen Aktivitäten in öffentlichen Räumen zielen bevorzugt auf die *folgende Generation – männlichen Geschlechts* ist hinzuzufügen, möglicherweise besonders auf jene mit Migrationshintergrund. Ob die jungen Männer tatsächlich auffälliger und devianter agieren als andere Anwesende, oder ob sich die Ordnungskräfte a priori auf sie konzentrieren, ist im vorliegenden Kontext nicht zu entscheiden.

Die Soziale Arbeit, die auf den öffentlichen Raum spezialisiert ist – konkret: die mobile *Jugendarbeit* – stand der Polizei als Kooperationspartner nicht zur Verfügung: Sie hatte sich aus den öffentlichen Räumen zurückgezogen und schien ihrerseits an der Mitgestaltung wenig interessiert. Ihr Interesse an Kooperation und ihr Informationsstand über die Aufgaben und Methoden des potentiellen Kooperationspartners waren ebenso gering wie bei der Polizei und ihr Misstrauen und ihre Feindbilder ebenso stark. Die Jugendarbeit befürchtete bei Vernetzung von Politik, Polizei und Klientel die Rolle einer „Sozialpolizei“ zugewiesen zu bekommen und suchte ihre berufliche Bestimmung in der Beratung und Betreuung von Problemfällen. In allen nicht- öffentlichen Bereichen scheint die Vernetzung aller relevanten Akteure inklusive der Polizei in befriedigendem Maße ausgebaut zu sein.

2.4. Beobachtungen und Interviews in Wien

Die Beobachtungen konzentrierten sich auf die *Polizei*, die in Wien dem Projekt viel Interesse entgegenbrachte, an der gewählten Methode zumeist nichts auszusetzen fand und die studentischen MitarbeiterInnen vielfach bei der Feldarbeit unterstützte. Die Beobachtungen folgten den Vorschlägen der Polizei, doch trotz großer Kooperationsbereitschaft von beiden Seiten, kam es zu Komplikationen: So war man nicht in allen Polizeiinspektionen ausreichend über das Projekt informiert und auf die Beobachtungen durch die studentischen Mitarbeiter vorbereitet. Die betroffenen Sicherheitsbeamten reagierten dementsprechend irritiert und es kam zu Absprachen, die nicht eingehalten wurden: Beamte befanden sich nicht am vereinbarten Ort zur vereinbarten Zeit oder wurden von den ihnen folgenden Beobachtern verloren. Unbeschadet von allen Komplikationen war die Bereitschaft der Beobachteten groß, die eigene Arbeit während oder nach der Beobachtung zu erläutern.

Die Feldarbeit bei den Einrichtungen der *Sozialen Arbeit* gestaltete sich weit schwieriger, da diese bezirksübergreifend arbeiten. Mit wenigen Ausnahmen wurde daher bei der Sozialen Arbeit auf Beobachtungen verzichtet und wurden Interviews durchgeführt. Ziel der Interviews war es, die wichtigsten Einrichtungen der mobilen Sozialen Arbeit zu „Wort kommen zu lassen“. Die Auswahl scheint gelungen, wirft man einen Blick auf die Tätigkeitsprofile, die in offiziellen (Selbst)Darstellungen zu finden sind: Sie reichen von aufsuchender Sozialarbeit und Streetwork, Sozialer Arbeit, mobiler Jugendarbeit, gemeinwesen- oder sozialraumorientierter Arbeit über Vermittlung zwischen „allen die sich streiten“ zu Aufklärung, „Informationsweitergabe“, chemische Analyse von Substanzen, Unterstützung, (face to face und online), Beratung, Hilfestellung, Vermittlung an Hilfseinrichtungen und Monitoring. Die Vielfalt der Arbeitsräume ist kaum geringer: sie reicht von ausgewählten U-Bahnstationen, über die wechselnden Aufenthaltsorte einer ausgewählten Klientel (etwa definiert durch bestimmte Drogenkonsumformen oder durch Altersgruppen) über die mobilen oder festen Veranstaltungsorte von ausgewählten Ereignissen (etwa Fußballspielen oder Tanzevents) zu festen Orten (etwa Bahnhöfen) und dem ganzen Stadtgebiet.

Die Darstellung der Ergebnisse folgt dem Verlauf der Erhebungen: Am Beginn werden die Beobachtungen der Polizei bezirksspezifisch dargestellt, und im Abschnitt über die Innenstadt durch drei Beobachtungen der Sozialen Arbeit ergänzt. Es folgt ein Abschnitt über die Ergebnisse der Interviews mit Mitarbeitern Sozialer Einrichtungen, der auf die Bezirksebene keinen Bezug nimmt.

Beobachtungen in der Inneren Stadt

Polizeiliche Routinetätigkeiten standen im Mittelpunkt des Interesses: Streifen, entlang vorgegebener Routen oder zu zeitlich begrenzten „hot spots“, etwa Advent- und Christkindlmärkten. Bei drei Beobachtungen gab es einen akuten Anlass für den polizeilichen Einsatz: in einem Fall war das Reinigungspersonal einer Toilette auf einen Toten gestoßen, in einem zweiten meldete die Aufsicht einer U-Bahnstation Bedrohung mit einer Stichwaffe, in einem dritten Fall hatte es in einer U-Bahnstation Raufhändel und einen Verletzten gegeben.

Das „*Publikum*“, auf das die Polizei bei den Einsätzen stieß, war heterogen: Menschen aller Altersstufen und mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund; „Reiche“ wie Angehörige

von Randgruppen; Einzelne, Familien und Gruppen; aber deutlich häufiger Männer als Frauen. Das heterogene Publikum zeigte homogene Verhaltensauffälligkeiten: Fast immer wurde intensiver Alkoholkonsum und Alkoholisierung beobachtet, zumeist begleitet von intensivem Tabakkonsum, häufig verbunden mit Lärmerzeugung, in einzelnen Fällen auch mit Gewalttätigkeiten. Der Verdacht auf den Konsum illegaler Substanzen bestand selten.

Bei den Einsätzen stieß die Polizei immer wieder auch auf *Mitarbeiter anderer Berufsgruppen*, die im öffentlichen Raum aktiv sind und mit ihnen gemeinsam gestalten: Mitarbeiter privater Sicherheitsdienste, der Rettung, der Feuerwehr und anderer traditioneller kommunaler Dienste, daneben die spezialisierten Mitarbeiter der U-Bahnaufsicht, von Help-U und der mobilen Sozialarbeit, u.a. mehr. Interprofessionelle Kontakte und Absprachen mit den Genannten scheinen unabdingbarer Teil des von der Polizei eingesetzten Interventionsspektrum zu sein. Da die Anlässe für beobachtbare Kooperationen selten sind, waren Kontakte und Absprachen vor allem aus „Erzählungen“ von Polizisten während und nach den Beobachtungen zu erschließen. Beim Einsatz anlässlich der Gewalttätigkeiten im U-Bahnbereich allerdings konnte die routinierte Zusammenarbeit der Polizei mit U-Bahnaufsicht, Help U, Streetworkern und Rettung unmittelbar beobachtet werden.

Die enge Zusammenarbeit wurde durch eine Episode bestätigt, die bei einem anderen „Einsatz im Forschungsfeld“ beobachtet werden konnte: Die Insassen eines vorbeifahrenden Rettungsautos boten Mitarbeitern der Polizei Unterstützung an, da sie sie in Bedrängnis durch jugendliche Aggressoren männlichen Geschlechtes vermutete. Auf enge Zusammenarbeit wiesen auch die freundschaftlich anmutenden Kontakte zu Angehörigen privater Sicherheitsdienste hin.

Die *Beobachtungen der Routinetätigkeit von Help-U am Karlsplatz und der täglichen Suppen- und Gebäckabgabe durch den „Luisebus“* der Caritas am Karlsplatz ergänzen die der Polizei. Zielgruppe waren in beiden Fällen die vorwiegend männlichen Angehörigen von Randgruppen: jugendliche und erwachsene Suchtkranke bei Help U, obdachlose Migranten, teils mit Familienangehörigen beim Luisebus, die Alkoholisches konsumierten, rauchten und einander in Schlägereien verwickelten. In keiner der drei Beobachtungen kam es zu nennenswerten Stör- und Zwischenfällen – nicht zuletzt, weil sich die Polizei in Rufweite

aufhielt. Doch war die Kooperation mit der Polizei nur aus den Erzählungen der Beobachteten erschließbar.

Beobachtungen in Favoriten

Die Beobachter begleiteten die Polizei bei zwei Einsätzen im Fußballstadion und bei zwei routinemäßigen Streifen in der Fußgängerzone. Zielgruppe des polizeilichen Einsatzes war im Fall der *Fußballspiele* die Fußballfans, eine Untergruppe der 8000 – 11000 vor allem männlichen Zuseher. Nach einem Spiel folgte die Polizei samt Beobachtern einer Subgruppe von Fans – den „Hardcore Fans“ – zu einer Tankstelle, bei der erfahrungsgemäß ein „Nachtreffen“ stattfindet. Aufgrund von Ereignissen in der jüngeren Vergangenheit war die Polizei zum anderen Spiel mit einer größeren Zahl und Diversität von Sicherheitskräften erschienen. Während beider Spiele wurden im Stadion alkoholische Getränke ausgeschenkt, die Fans konnten die durch „Vorglühen“ eingeleitete Alkoholisierung fortsetzen, was offensichtlich ihre verbale wie körperliche Gewaltbereitschaft, wie ihr Lärmen förderte.

Die Beobachter unterschieden bei beiden Spielen mehrere Arten Polizeieinheiten, eine „zenekundige“ Einheit stellte den Kontakt zu den Fußballfans her. Außerdem waren Rettungsorganisationen und private Sicherheitsdienste anwesend, letztere kontrollierten am Eingang Taschen und kooperierten sichtbar mit der Polizei. Die Sozialarbeit war nur auf Plakaten anwesend, die „Vollfan“ statt „Vollfett“ proklamierten. Die polizeilichen Interventionen folgten einer Gesamtstrategie aller Ordnungskräfte, die auf Deeskalation bei Aufkommen von Gewalttätigkeiten zielte und suchte, diese nicht durch sofortiges Eingreifen weiter zu stimulieren.

Die *Streifen in der Fußgängerzone* hatten unter anderem die Aufgabe Ladendiebstahl zu unterbinden. Bei einer der Streifen – sie fand in der Vorweihnachtszeit statt – wurden bevorzugt Juweliere aufgesucht und angesprochen und auch private Sicherheitsdienste von Geschäften kontaktiert. Weitere Ziele der Streifen waren Verkehrskontrollen und Kontrollen von Angehörigen von Randgruppen, wie etwa jugendliche Migranten, Straßenmusiker und auffällig Intoxikierte (eine betrunkene Frau, die auf eine Plakatwand einschlug). Die eingesetzten polizeilichen Mittel bestanden aus bloßer Präsenz und aus Ausweiskontrollen, aber auch aus Schlichtung von Streitigkeiten und der Unterbindung von Rauchentwicklung in einem öffentlichen Abfallkübel.

Beobachtungen in Ottakring

Die Beobachter begleiteten einen Polizisten auf einer *abendlichen Streife in zwei Parks* des Bezirks, bei der er auch ein Internetcafe besuchte. Dabei traf der Polizist auf zwei ihm gut bekannte MitarbeiterInnen des nahe gelegenen Jugendzentrums, die sich in ihrer Freizeit im Park aufhielten und tauschte mit ihnen Informationen über gemeinsam bekannte Jugendliche und die Wirkung von ihm gesetzter Interventionen aus. Das Gespräch verlief in entspannter kollegialer Atmosphäre. Entspannt verliefen auch Gespräche des Polizisten mit ihm bekannten Jugendlichen, die er auf deren Fragen, über Ausgehzeiten und polizeiliche Kompetenzen informierte.

Mit dem Beobachteten wurde auch ein langes Gespräch geführt. Er ist im Bezirk für die *Präventionsarbeit bei Jugendlichen zuständig* und er wird, trotz seiner leitenden Position, häufig auf der operativen Ebene aktiv. Im Rahmen der schulischen Prävention hält er Vorträge für Kinder und Eltern zu den Themen Jugendschutz und Strafmündigkeit ebenso wie zu Gewalt, Gefahren im Facebook, Cyber Mobbing, sexueller Belästigung und zu illegalen Drogen, Alkohol und Tabak. Er ist außerdem „Verbindungsmann“ zu vielen Organisationen, die mit Jugendlichen zu tun haben. Besonders eng arbeitet er mit der Schulsozialarbeit zusammen, die ihn bei Raufereien oder Verdacht auf Diebstahl ruft, und für die er ohne Aufschub „Gespräche“ mit Jugendlichen und deren Angehörigen führt. Nicht zuletzt trifft er als Mitglied des Bezirksforums zweimal jährlich Vertreter von sozialen Einrichtungen auf strategischer Ebene.

Präventionsgespräche werden mit allen Beteiligten geführt „weil von den meisten Jugendlichen (etwa 500 – Anm.) hab ich eine Telefonnummer“. „Alle“ umfasst auch Angehörige – „bei unter 16 jährigen vorzugsweise Eltern“, im Fall von Migranten Väter: „... bei Migrationskindern ist es am besten, wenn der Vater dabei ist. Er kann die Sprache“. Die Gespräche verlaufen „einmal freundlich, einmal nicht freundlich,...wenn man nur freundlich spricht, verliert man, da lachens dich aus“. Er begibt sich in eine Rolle, die sich weder mit der eines Sozialarbeiters wie mit der eines Polizisten deckt: „Es bringt nichts, wenn die Polizei nur reinhaut, aber wie soll man denn, wenn Sozialarbeit alles verherrlicht“. Bei ihm reiche zumeist die Drohung und die Ankündigung „das Problem“ das nächste oder übernächste Mal anzuzeigen. Manchmal ginge es aber auch nur darum, ausreichend große Mistkübel im Park

an der richtigen Stelle aufzustellen: „Warum gebt ihr nicht die Mistkübel neben den Tisch, schöne große, dann haun sie (die Jugendlichen – Anm.) alles rein.Ein Jahr hab ich gebraucht, dann sind sie aufgestellt worden“.

Das Engagement lohne, meint er: Er habe eine Aufklärungsquote von 90%, da er immer „ungefähr“ wisse, wer es war „wenn da irgendein Diebstahl ist im Park ... oder wenn eine Rauferei ist und zwei sind flüchtig“. Darüber hinaus sei er präventiv wirksam: „Auf das bin ich stolz, dass wir schon lange keine Körperverletzung gehabt haben im Park“ und: „Keine Müllprobleme mehr“. Der Erfolg beruhe jedoch auch maßgeblich auf dem „System“ der Zusammenarbeit von Sozialarbeit und Polizei, das ausgebaut gehöre. Es scheitere allerdings „wenn man mit einer nicht kann und sie mit mir nicht...“.

Interviews mit Sozialarbeitern

Die Interviewten berichteten ausführlich über ihre *Vernetzung mit der Polizei*, die mit der Jahrtausendwende eingesetzt habe, aber erst in den letzten Jahren wirksam geworden sei. Als Zäsur wird die von der MA 11 organisierte Enquete im Jahr 2011 genannt, bei der mobile Jugendarbeiter und Präventivpolizei unter dem Motto „Von der Kooperation zum Netzwerk“ zusammentrafen. In der Folge hätten sich Vertreter beider Stakeholdergruppen auch mit Vertretern anderer in der Öffentlichkeit tätiger Organisationen, wie diverser Magistratsabteilungen, der Wiener Linien und der Österreichischen Bundesbahn getroffen – informell beim Kaffee, aber auch offiziell in Workshops. Impulse für die Vernetzung habe auch die Gründung von Bezirksforen gebracht, in denen Polizei und Sozialarbeit vertreten seien und die auch die Bezirksverwaltung in die Kooperation einbezöge.

Bei den ersten Kontakten mit der Polizei habe sich herausgestellt, wie wenig man von deren Tätigkeit wusste. Die Verständigung habe gegenseitigen Respekt gebracht, aus ihr hätten sich regelmäßige Kontakte und regelmäßiger Informationsaustausch, „ein Haufen von Vereinbarungen“ und gemeinsame Projekte ergeben. Die Zusammenarbeit zeige sich auch bei gemeinsamen Schulungen und Workshops, sie werde in der Öffentlichkeit, vor den Klienten allerdings verborgen.

Folgt man den Interviews wird vor allem *auf strategischer Ebene kooperiert*. Auf der strategischen Ebene fiele Zusammenarbeit leichter, da „gemeinsame Problemstellungen“

sichtbar würden. Auch schienen die Positionen beider Berufsgruppen gleichwertiger, was Kommunikation und Kooperation erleichtere. Auf der operativen Ebene würde eher ein Machtgefälle wahrgenommen: Sozialarbeiter nähmen sich als abhängiger „Juniorpartner“ wahr, der vom Informationsaustausch mit der Polizei profitierte und deren Schutz genieße; die Polizisten hingegen „brauchen von uns nicht unbedingt was“. Um der erlebten Schwäche gegenzusteuern, verwiesen Sozialarbeiter gerne auf ihre Präventions- und Vermittlungskompetenzen, doch meinten auch sie, dass die „intervenierenden“ Methoden der Sozialarbeit des polizeilichen Schutzes bedürften. Einig war man sich, dass es des regelmäßigen Austausches bedürfe, alte Vorurteile weiter abzubauen, die mit jedem ungeschulten „Frischen“ wieder belebt würden.

Aber auch auf strategischer Ebene müsse die Kooperation erarbeitet werden. Selbst wenn „gemeinsame Problemstellungen“ gefunden werden könnten – etwa „Verhinderung von Straftaten“ und „Schutz der Gesundheit“ – blieben noch immer die unterschiedlichen Zugänge: Die Polizei habe „ordnungspolitische“ Aufgaben zu erfüllen, wende „andersartige Methoden“ an und folge anderen Definitionen von „Erfolg“. Der minimale gemeinsame Nenner sei die „Nichteinmischung...in Interventionen, auch wenn ich nicht einverstanden bin“.

Die einzelnen Einrichtungen der mobilen Sozialen Arbeit haben sich mit Polizei und vielen *anderen, in ihrem Arbeitsgebiet aktiven Einrichtungen* vernetzt: Mit Rettung, Feuerwehr, Gastronomie, mit privaten Sicherheitsdiensten, mit dem öffentlichen Verkehr und seinen Reinigungsdiensten und nicht zuletzt mit den Medien. Man habe zumindest „Telefonnummern“ ausgetauscht, doch seien Sozialarbeiter auch bei entsprechenden Schulungen engagiert, und gelegentlich würden bei strategischen Treffen Absprachen getroffen und Aktivitäten abgestimmt.

Aus der Sicht zweier karitativer Einrichtungen – des Luise- und des Canisibusses – sieht der Bedarf nach Kooperation etwas anders aus. Bei beiden Projekten werden Wohnungslose an immer gleichen Stationen täglich mit Suppe und Gebäck und mit medizinischer Erstbehandlung versorgt. Die Standplätze müssen mit Verwaltungsbehörden und Polizei abgestimmt werden. Die Klientel besteht zu einem erheblichen Anteil aus „Illegalen“, deren „Aggressionspotential“ sprunghaft steigen kann – etwa weil es heiß ist und bereits 100

Personen warten. Die Nähe der Polizei beruhigt die ehrenamtlichen Mitarbeiter. Kommt die Polizei in „die Nähe“ wenn es laut wird, beruhigt dies die Mitarbeiter. Die polizeiliche Nähe beunruhigt jedoch die Klientel, die immer wieder einmal zum Ziel polizeilicher Razzien wird. Angesichts der Devianz ihrer Klientel können oder wollen sich die beiden Gesprächspartner eine strukturierte Kooperation mit der Polizei nicht vorstellen.

Unter den Gesprächspartnern fanden sich auch Vertreterinnen des *Fachbereichs für außerschulische Jugendbetreuung*, einer Schnittstelle zwischen Politik und den Vereinen der Wiener Jugendarbeit mit etwa 1000 JugendarbeiterInnen. Die erwähnte Enquete 2011 war vom Fachbereich organisiert worden, seither fanden anlassbezogene, in einzelnen Fällen sogar regelmäßige Kontakte zwischen den Teilnehmern statt. Im übrigen sei auch der Fachbereich selbst durch Schulungsangebote für Jugendarbeiter mit der Polizei vernetzt, die im Programm ihren festen Platz hätte wie umgekehrt die Jugendarbeit in die Schulung der Präventivpolizei eingebunden worden sei. Für die Interviewten seien neuerliche Vernetzungsinitiativen denkbar, vorausgesetzt neue Themen würden gefunden, eventuell in Zusammenarbeit mit anderen Verwaltungsbereichen.

Zusammenarbeit von Polizei und Sozialer Arbeit in Wien

Wie andere Varianten auffälligen und devianten Verhaltens so sind auch Konsum von und Intoxikation mit legalen und illegalen Substanzen und Gewalttätigkeiten im öffentlichen Raum der Großstadt häufig zu beobachten. Vielfalt und Alltäglichkeit des auffälligen und devianten Verhaltens fördern seine Normalisierung, auf die in Wien mit der Entwicklung diversifizierter Kontrollen des öffentlichen Raumes reagiert wurde. Zur Diversion der Kontrollen trug maßgeblich die Spezialisierung der Sozialen Arbeit bei.

Die Soziale Arbeit, die in Wien traditionell stärker ausgebaut und besser positioniert ist als in den anderen Bundesländern, hat in der Bundeshauptstadt *nicht nur im politischen Programm (Mission Statement 2013) sondern auch de facto eine tragende Rolle* bei der Gestaltung des öffentlichen Raumes übernommen. Zur Erfüllung der Aufgaben, die mit dieser Rolle verbunden sind, wurden neue Methoden eingesetzt und neue Tätigkeitsprofile entwickelt, teils von bestehenden Sozialen Einrichtungen, mehr noch von neu gegründeten spezialisierten Diensten wie etwa SAM und Help-U. Und es wurden neue Arbeitsziele formuliert, die auf den öffentlichen Raum zugeschnitten sind und die, wie etwa Leidensminderung und

Deeskalation von Konflikten, auf die Steigerung der sozialen Verträglichkeit auffälligen und devianten Verhaltens oder sogar auf seine Einbettung gerichtet sind.

Die Soziale Arbeit hat sich in Wien nicht nur diversifiziert und für den öffentlichen Raum spezialisiert, sie hat sich auch *vielfältig vernetzt*, nicht zuletzt mit der Polizei. Die Polizei wurde dadurch entlastet und konnte sich in einigen Bereichen zurücknehmen – wie etwa bei der Arbeit mit (männlichen) Jugendlichen, in der Normverdeutlichung tendenziell an die Stelle von Normdurchsetzung getreten ist –, in anderen konnte sie sich auf schwerwiegendere Devianzen konzentrieren, wie im Drogenbereich auf den Drogenhandel. Die sich in den in Wien durchgeführten Beobachtungen und Interviews abbildende Kooperation von Sozialer Arbeit und Polizei hat sich in den letzten 10 Jahren nicht nur entfaltet, sie hat auch zu kompatiblen und komplementären Orientierungen der beiden Berufsgruppen geführt. Ob diese Voraussetzung oder Ergebnis einer gelungenen Kooperation darstellen, lässt sich im vorliegenden Rahmen nicht entscheiden. Festzuhalten bleibt, dass beide Berufsgruppen nicht nur miteinander sondern auch mit anderen in der Öffentlichkeit aktiven Berufsgruppen kooperieren, wie etwa mit der Rettung und mit den privaten Sicherheitsdiensten.

Bei der Arbeit im öffentlichen Raum sind auch in Wien *jugendliche und junge Männer* eine Zielgruppe von Sozialarbeit und Polizei doch finden sich neben ihr weitere, wie etwa Suchtmittelhändler, (illegale) Migranten und Obdachlose. Anders ausgedrückt: polizeiliche und (mobile) Soziale Arbeit im öffentlichen Raum in der Großstadt erschöpft sich nicht in Jugendarbeit und damit an der Arbeit am Generationenkonflikt, es werden auch andere soziale Probleme bearbeitet.

Soziale Arbeit und Polizei *arbeiten auf mehreren Ebenen zusammen* – der „politischen“, der „strategischen“ und der „operativen“ – doch dürfte die Kooperation nur auf der mittleren Ebene – der „strategischen“ – zumindest ansatzweise strukturell verankert sein: Die strukturelle Verankerung beruht auf informellen Vereinbarungen sich in regelmäßigen Abständen auszutauschen. Auf der operativen Ebene ist man mit dem Arrangement teils zufrieden – man ist vom strukturierten Austausch „befreit“-, teils unzufrieden – die Ziele der Zusammenarbeit und die eigene Position bleiben ungeklärt, was alte Vorurteile neu belebt. Die vorherrschende Meinung unterstützt zwar den weiteren Ausbau von Austausch und Kooperation und auch deren strukturelle Verankerung, doch scheut man vor mehr als

informellen Vereinbarungen zurück: Man fürchtet an die professionellen Maximen des Kooperationspartners gebunden zu werden.

2.5. Polizei und Sozialarbeit in Niederösterreich und Wien. Ein Vergleich

So unterschiedlich in den beiden Bundesländern Aufgaben, Rollen und Beziehungen von Polizei und Sozialarbeit im öffentlichen Raum sind, so lassen sich doch auch Gemeinsamkeiten ausmachen, die auf grundlegendere gesellschaftliche Bedingungen und Entwicklungen verweisen.

In beiden Bundesländern haben beide Berufsgruppen *zu etwa gleichen Zeit – vor 5-10 Jahren – Kontakt aufgenommen*, Kooperation erwogen und Vertreter der jeweils anderen in Ausbildungseinheiten eingesetzt: Mit unterschiedlichem Ausgang wie die vorliegenden Erhebungen zeigen. Unterschiedlich sind die ersten „Kontaktgespräche“ nicht nur auf Länderebene sondern auch auf Bezirksebene verlaufen: War zur Zeit der Erhebungen die Kooperation zwischen Sozialarbeit und Polizei im ländlichen Bezirk Hollabrunn noch im Planungsstadium, war sie in der Landeshauptstadt St. Pölten vergleichsweise gut entwickelt. In der Bundeshauptstadt dürfte die Kooperation in den Außenbezirken besser verankert sein als in der Innenstadt. Kooperation scheint also besser zu gelingen, wenn die Soziale Arbeit ausgebaut und etabliert ist, und wenn die Kooperationspartner vergleichbare gesellschaftliche Positionen einnehmen.

Trotz oder aufgrund zunehmender Kooperation kommen *Außen- und Innensicht der Aufgaben der Sozialen Arbeit* nicht zur Deckung. Von Seiten der Polizei und auch von Seiten der Gemeinden werden Erwartungen an die Soziale Arbeit gestellt, die diese nicht erfüllen kann oder will: Die Soziale Arbeit sieht sich mit Aufgaben konfrontiert, die ihre Kompetenzen überschreiten, oder ihren Arbeitszielen zuwiderläuft. Als Beispiel mag die Erwartung dienen, dass Sozialarbeiter Deviante „auf den richtigen Weg“ bringen oder dass sie betrunkene Partybesucher betreuen.

Unabhängig von Ausbau und Position der Partner, wird die Kooperation von Sozialer Arbeit und Polizei durch *unterschiedliche Organisationsformen* erschwert. Der hierarchisch gegliederten Polizei, deren gleichförmige Zuständigkeiten geographisch-politisch strukturiert

sind, stehen die vorwiegend wenig gegliederten, flachen und spezialisierten Einrichtungen der Sozialarbeit gegenüber, die von geographisch-politischen Strukturen in den Grenzen der Bundesländer weitgehend abgehoben sind und die bei Bedarf „ihren“ Klienten und Problemen folgen. Der Partikularismus – die „Individualität“ – der Sozialen Einrichtungen – im Gegensatz zur Universalität der Polizei – wird schon an den variierenden Bezeichnungen ihrer Tätigkeit in Wien wie in Niederösterreich ersichtlich. Er wird auch nicht durch Dachorganisationen auf geographisch-politischer Ebene oder Zusammenschlüsse anderer Art aufgefangen. In diesem Zusammenhang wird die Desorientierung der Polizei und ihr Wunsch nach einem geographisch-politisch verankerten professionellen Gegenüber und nach weitergehenden Informationen mehr als verständlich.

Die unterschiedlichen Organisationsformen sind vermutlich auch für die teils *unabgestimmten, teils widersprüchlichen Kommunikations- und Kooperationsmuster* zwischen Polizei und Sozialer Arbeit verantwortlich, die zu beobachten sind: In beiden Bundesländern kommt es auf der operativen Ebene vielfach zu kurzlebiger informeller, persönlicher und anlassbezogener Kommunikation und Kooperation, die den partikularistischen Orientierungen der individuellen Partner folgt. Im positiven Extremfall dienen die Abmachungen allen beteiligten Einrichtungen und erfüllen darüber hinaus Anliegen der (Bezirks) Politik, wie jene des Jugendbeauftragten der Polizei in Ottakring. Im negativen Extremfall werden beim Kaffee Abmachungen getroffen, die den rechtlichen Rahmen sprengen und die Einrichtung, wie die soziale Existenz aller Betroffenen gefährden. Die vermutlich selteneren strukturierten formellen Übereinkünfte auf strategischer Ebene wirken den zentripetalen Kräften des informellen, persönlichen Austausches entgegen, doch verabsäumen sie zumeist strukturierten Austausch auf operativer Ebene zu etablieren, so dass jene, die die gemeinsame Arbeit leisten sollen, einander bestenfalls aus der Ferne kennen.

3. VERNETZUNGSARBEIT MIT POLIZEI UND SOZIALER ARBEIT

3.1. Einleitung

Die im Projektantrag vorgesehene Vernetzungsarbeit wurde – wie in III 3 beschrieben – an die vorgefundenen Feldstrukturen angepasst. Die Anpassung bestand zum einen in der

Einbeziehung einer im Projektplan nicht vorgesehenen vernetzenden Organisation – der lokalen Politik, die die Kompetenz hat, den öffentlichen Raum des Bezirks maßgeblich zu bestimmen. Zum anderen trug sie der unterschiedlichen Ausgangslage in den beiden Bundesländern für die Vernetzung Rechnung: dem vielfältigen Beziehungsgefüge, das sich in Wien in den letzten Jahren zwischen Polizei und Sozialer Arbeit entwickelt hat und dem beschränkten Kontakt beider Berufsgruppen in Niederösterreich. Die Berücksichtigung der bestehenden Vernetzung hatte zur Folge dass die Vernetzungsarbeit flexibler gestaltet und dass in den beiden Bundesländern unterschiedliche Wege beschritten wurden.

Die unterschiedlichen Ausgangslagen wurde noch vor Beginn der Vernetzungsaktivitäten durch AGORA im Sinne der Projektziele beeinflusst: Die Steuergruppe hatte entschieden, die im Projekt vorgesehene internationale Arbeitstagung über die Kooperation von Sozialarbeit und Polizei im öffentlichen Raum im Landhaus von St. Pölten abzuhalten. Obwohl die Veranstaltung zu einem für Tagungen ungünstigen Zeitpunkt angesetzt war – Ende August 2012 – war sie sehr erfolgreich, gemessen an der Zahl der Besucher und Besucherinnen, an der Ausgewogenheit ihres professionellen Hintergrundes und an der Intensität des Austausches. Durch die Tagung konnten Projekt und Thema in Niederösterreich etabliert und in den Erhebungsbezirken erste Kontakte zwischen den Berufsgruppen geknüpft werden. Und durch die Tagung entwickelten sich auch intraprofessionelle Kontakte zwischen Sozialarbeitern beider Bundesländer.

Die allgemein flexiblere Gestaltung der Vernetzungsarbeit konnte auch bezirksspezifischen Gegebenheiten besser berücksichtigen und sich den Prozessen anpassen, die sich in den einzelnen Bezirken entwickelten: Um der Unterschiedlichkeit der Prozesse gerecht zu werden wurde eine bezirksspezifische Darstellung gewählt. In einem zusammenfassenden Abschnitt werden die Ergebnisse zusammengeführt.

Die Materialien, auf denen Darstellung der Vernetzungsaktivitäten in den sechs Bezirken beruht, sind Feldprotokolle und Gedächtnisprotokolle – von intra- und interpersonellen Sitzungen und Interviews, wie von Gesprächen. Feld- wie Gedächtnisprotokolle wurden von den Angehörigen des Projektteams angefertigt, die auch die Interviews und Gespräche geführt hatten.

3.2. *In Niederösterreich*

Die im Laufe der Beobachtungen und Interviews mit Polizei und Sozialer Arbeit festgestellte Distanz zwischen den beiden Berufsgruppen und die mehr oder weniger offen geäußerten Vorurteile über die jeweils andere, veranlassten das Projektteam, die Vernetzungsarbeit in allen Erhebungsbezirken mit einer intraprofessionellen Diskussion im Bereich der Sozialen Arbeit zu beginnen. Die regelmäßigen Treffen der Regionalteams boten sich als geeignete Plattform an, die Anliegen von AGORA vorzustellen.

Zu den Vernetzungstreffen von Polizei und Sozialer Arbeit wurde die Leitung der Fachstelle für Suchtprävention eingeladen: sie nahm an allen Treffen teil. Bei den letzten Treffen wurde auch Kontakt zu den Regionalbetreuern von "Tut gut!" gesucht, mit der Hoffnung, deren Engagement werde zur Nachhaltigkeit der bisher aufgebauten Vernetzung beitragen. Da St. Pölten und Wiener Neustadt keine „Gesunden Gemeinden“ sind, konnte „Tut gut“ nur in Hollabrunn eingeladen werden: Hier nahm die Regionalbetreuerin am letzten Vernetzungstreffen teil, auch mit der Absicht, andere Anliegen von „Tut gut“ im Bezirk zu realisieren.

St. Pölten

Die Vernetzungsarbeit begann mit einem intraprofessionellen Treffen des Regionalteam von St. Pölten: Das „Koordinationsteam St. Pölten“, das monatliche, etwa zweistündige Treffen aller sozialen Einrichtungen des Bezirks veranstaltet, die in der Regel von 20 bis 30 Personen besucht werden, hatte beschlossen seine nächste Sitzung AGORA zu widmen. Bei dieser Sitzung beklagten Sozialarbeiter aus allen Einrichtungen die schlechte Kommunikation und Zusammenarbeit mit der Polizei, wie auch mit privaten Sicherheitsdiensten anhand vieler Beispiele – positive Erfahrungen waren die Ausnahme. Mitarbeiter niederschwelliger und mobiler Dienste sahen sich auf die Kooperation mit der Polizei besonders angewiesen und besonders wenig ernst genommen. Der schlechte Kontakt zur Polizei wurde unter anderem mit deren hierarchischem Aufbau erklärt. Die Teilnehmer zeigten sich überwiegend an einer, von der Stadt organisierten Arbeitsgruppe mit der Polizei interessiert. Unsicherheit wurde darüber geäußert, ob man in Vertretung einer Einrichtung oder „der“ Sozialarbeit teilnehmen sollte.

Der vom Projektteam angesprochene Bürgermeister entschied rasch, zu einer Vernetzungssitzung einzuladen und nahm hierzu Polizeikommando und Verteiler des Koordinationsteams zur Hilfe. In einem Gespräch äußerte er die Meinung, dass die Kontakte der Gemeinde sowohl zur Polizei, wie auch zu sozialen Einrichtungen gut seien. Die Kontakte zum „Land“ würden in Hinsicht auf das angesprochene Risikoverhalten allerdings zu wünschen übrig lassen: dort ignoriere man drogenbezogene Probleme und blockiere Interventionen – etwa die Einführung eines Spritzentauschprogramms. Das Projektteam sprach in der Folge auch den Jugendkoordinator an und lud ihn zum ersten Vernetzungstreffen ein.

Das erste Vernetzungstreffen war außerordentlich gut und besser als erwartet besucht: Vertreter und Vertreterinnen von zumindest 16 Einrichtungen der Sozialarbeit berichteten über Kontakte zur Polizei und sprachen sich für (mehr, strukturierten) Austausch über gemeinsame Klienten und die eigene Arbeit aus. Die Vertreter der Polizei beklagten den Mangel an Informationen über soziale Einrichtungen, wie das Fehlen einer Ansprechperson, und verwiesen auf ihre erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Fachstelle für Suchtprävention. Nachhaltige Vernetzung – eventuell nach Tätigkeitsfeldern strukturiert – wurde von vielen befürwortet. Der Stadtpolizeikommandant erklärte sich bereit ein Folgetreffen in der „Großgruppe“ zu organisieren.

Das Folgetreffen im Stadtpolizeikommando stand unter dem Vorzeichen des Wunsches der Polizei, soziale Einrichtungen besser kennen zu lernen: Es wurde in themenspezifischen Arbeitsgruppen (Gewalt und Jugendliche) diskutiert. Als weiterführende Kooperationsstruktur wurden jährliche Vernetzungstreffen und Informationsveranstaltungen besprochen. Nach dem Treffen ernannte die Polizei eine Präventionsbeamtin als Kontaktperson für soziale Einrichtungen und als polizeiinterne Informantin über soziale Einrichtungen. Einige Monate später entschied der Bürgermeister halbtags eine „Sozialbeauftragte“ einzustellen, die neben der Aufgabe der finanziellen Koordination sozialer Einrichtungen für ihre Vernetzung zuständig ist und ihnen als Ansprechperson dient.

Abschließende Interviews mit dem Bürgermeister und dem Stadtrat für Soziales kreisten um weitere Vernetzungstreffen, mit einer geringeren Zahl von Teilnehmern und der Aufgabe, die Zusammenarbeit zwischen den beiden Berufsgruppen im Detail zu gestalten. Die Gemeinde

erklärte sich bereit, die Organisation dieser Treffen zu übernehmen, wies aber darauf hin, dass es nicht leicht sei, die Motivation der Beteiligten aufrecht zu erhalten.

Kurz nach offiziellem Projektende fand das erste Treffen in der geplanten Struktur statt: Die Gemeinde hatte eingeladen, vertreten waren die neue „Sozialbeauftragte“ – die sich und ihr Aufgabengebiet vorstellte -, die Polizei, die Soziale Arbeit/Streetwork mit Jugendlichen und das niederösterreichische AGORA Team. Zur Sprache kamen die bessere Kooperation von Polizei und Sozialer Arbeit, die auf die Beteiligung der Polizei an Teamsitzungen von Streetwork zurückgeführt wurde. Man äußerte den Wunsch, auch die ÖBB in die Kooperation einzubeziehen und vereinbarte ein Treffen für September 2015.

Aus einer noch späteren schriftlichen Nachricht geht hervor, dass im Bereich der Arbeit mit Jugendlichen und Randgruppen Kooperationen zwischen Polizei und Sozialer Arbeit aufgebaut werden konnten, die sich unmittelbar positiv für die sekundäre Zielgruppe auswirkten: Alkoholisierte Jugendliche, deren Alter den Bestimmungen des Jugendschutzgesetzes nicht entspricht, werden von der Polizei der Sozialen Arbeit „überlassen“ oder an diese „weitergegeben“ und nur bei „Beratungsresistenz“ polizeilichen Maßnahmen unterworfen. Und die Arbeit des Streetworker-Busses am Bahnhofplatz wird von der Polizei respektiert, die ihre „Runden dreht“, sich aber nicht um die Besucher der Busses kümmert.

Wiener Neustadt

Zum „Bezirksvernetzungstreffen“ des Dachverbandes der sozialen Einrichtungen von Wiener Neustadt, bei dem das Projekt AGORA vorgestellt werden sollte, hatten die Veranstalter auch drei Angehörige der Sicherheitsexekutive eingeladen. Bei der Diskussion wurde die gute Zusammenarbeit von Polizei und Sozialer Arbeit bei der Suchtprävention in Schulen hervorgehoben. Der Leiter von Streetwork Rumtrieb berichtete, dass im Zuge der Auseinandersetzung mit AGORA (Gruppendiskussion in der Einrichtung, internationale Tagung) die Zusammenarbeit seiner Einrichtung mit der Polizei verstärkt worden sei und nun regelmäßig Treffen in den Räumlichkeiten der sozialen Einrichtung stattfänden. Die Polizei beklagte den fehlenden Überblick über die sozialen Einrichtungen – auch vorhandene Informationen wären durch jährliche Aktualisierung zu pflegen. An einem Vernetzungstreffen mit der Polizei zeigte man sich interessiert.

Das erste Vernetzungstreffen wurde von der Stadträtin für Soziales und Gesundheit eröffnet, in deren Verantwortung der Bürgermeister die Agenden von AGORA gelegt hatte. Etwa 30 Personen nahmen teil: Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von psycho- sozialen Einrichtungen und des Magistrats und Sicherheitsbeamte. Man war aneinander interessiert. Als das Gespräch auch auf Medien und Gastronomie kam rückten Polizei und Sozialarbeit einander näher: Am Beispiel „Herrengasse“ ließ sich zeigen, dass diese vor allem kommerzielle Interessen verfolgten und daher die drei mal im Jahr von der Gemeinde organisierten Treffen zum Thema Sicherheit der Gemeinde wenig Erfolg hatten. Die Diskussion kreiste länger um die „brennende Frage der Kompetenzen“ von Polizei und Sozialer Arbeit am Beispiel des Alkoholverbotes für die Innenstadt. Dabei kamen die Grenzen des sozialen Auftrags der Polizei zur Sprache, die ein Präventionsbeamten durch Jugendliche gesetzt sah, „die sich nicht retten lassen wollen“ – was wiederum ein Sozialarbeiter korrigierte durch: „nicht retten, sondern Eskalation verhindern“. In der Folge wünschte sich die Polizei einem Überblick über soziale Einrichtungen und einigte man sich auf ein weiteres Treffen im Rahmen der Großgruppe. Die Stadträtin erklärte sich bereit, die Organisation zu übernehmen.

Beim zweiten Vernetzungstreffen stellten die – weniger zahlreich erschienenen – Vertreter und Vertreterinnen sozialer Einrichtungen „ihre“ Organisation ausführlich vor. In der Diskussion wurde eine gemeinsame Website der sozialen Einrichtungen vorgeschlagen, aber offen gelassen, wer dafür verantwortlich sein sollte. Die Stadträtin informierte über die aktuellen Netzwerke der Gemeinde und Vernetzung fand allgemein breite Zustimmung, doch war es nicht möglich, einen Implementierungsplan auszuarbeiten und wollte niemand die Vernetzungsaktivitäten nach dem Ende von AGORA zu übernehmen.

Das abschließende Gespräch mit der Stadträtin für Soziales, Gesundheit und Frauen verlief optimistischer. Die Stadträtin, die sich insgesamt überlastet und auch nur teilweise zuständig fühlte, wollte den Bürgermeister und den Stadtrat für Verkehr, Sicherheit und Jugend informieren und schlug vor, die Vernetzungsanliegen beim nächsten Sicherheitsbeirat der Gemeinde vorzustellen. Grundsätzlich wurde von ein bis zwei Treffen pro Jahr in kleinerem Rahmen ausgegangen. Der Polizeikommandant, der die Vernetzungsanliegen rückhaltlos teilte, war skeptischer hinsichtlich ihrer nachhaltigen Realisierung: als Hindernis nannte er die unterschiedlichen Tätigkeitsprofile der beiden Berufsgruppen (u.a. sind Sozialarbeiter in der

Nacht nicht erreichbar) und den rechtlichen Rahmen, der personbezogenen Datenaustausch untersagt.

Die Vernetzungsaktivitäten von AGORA fanden ein abruptes Ende, als sich die parteipolitische Zusammensetzung des Stadtrates nach den Gemeinderatswahlen im Jänner 2015 änderte: Der neue Stadtrat für Sicherheit, Jugend, Sport und Markt lud Polizei, Soziale Arbeit und auch das niederösterreichische Projektteam anlässlich einiger Spritzenfunde im städtischen Park zum Gespräch. Der Bürgermeister lud AGORA kurz darauf wieder aus, und beendete das Projekt für Wiener Neustadt, da er für die Umsetzung der „notwendigen“ Anliegen „keine externe Begleitung“ benötige.

Der zuständige Stadtrat bot dem Leiter des AGORA Teams an, in dem er kurz über das Vernetzungstreffen berichtete: Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung sei durch die Aufstockung der Polizei und die erhöhte Präsenz der mobilen Jugendarbeit in der Problemzone der Innenstadt gehoben worden. Zum Treffen seien die Gastronomen, die AGORA nicht hatte erreichen können, vollzählig erschienen, als nächstes werde er die Medien einbinden. An die Einbindung der Fachstelle für Suchtprävention NÖ sei nicht gedacht.

Hollabrunn

Auch in Hollabrunn bekundeten die Vertreter und Vertreterinnen sozialer Einrichtungen bei einem AGORA gewidmetem Treffen der Regionalorganisation Interesse an einem Vernetzungstreffen mit der Polizei. Das erste Treffen wurde vom Vizebürgermeister organisiert, der vom Bürgermeister als Kontaktperson bestimmt worden war. Er berichtete, dass die Gemeinde gut mit der Polizei vernetzt sei, dass er nichts über Kontakte zwischen Polizei und sozialen Einrichtungen wisse und dass die Gemeinde und letztere kaum kooperierten.

Am ersten Vernetzungstreffen nahmen etwa 30 Personen teil: die psychosozialen Einrichtungen stellten sich vor. Soziale Arbeit und Polizei äußerten Interesse an Informationsaustausch und Kooperation, doch verwies die Polizei wiederholt auch auf Probleme des Datenaustausches und die Verpflichtung zur Amtsverschwiegenheit. In der Folge beschäftigte man sich mit Jugendfragen – einem jugendgerechten öffentlichen Raum –

und mit Generationenkonflikten – der Angst vor „Jugendhorden“, der (Lärm)Belästigung durch Jugendliche, einem Platz für Senioren.

An einem zweiten Vernetzungstreffen, das vom Vizebürgermeister einberufen wurde, nahmen weit weniger Personen teil. Der einzige Vertreter der Polizei berichtete sehr offen über die zahlreichen Alkoholvergiftungen am HTL Ball den etwa 5000 Menschen besucht hatten. Die Soziale Arbeit sei nicht vor Ort und die Polizei überfordert gewesen. Die Leiterin der Fachstelle für Suchtvorbeugung, und andere Teilnehmer begannen über geeignete präventive Konzepte nachzudenken.

Zum letzten von AGORA organisierten Vernetzungstreffen wurden auch ein Vertreter der Gastronomie und die zuständige regionale Mitarbeiterin von „Tut gut“ eingeladen. Der Vertreter der Gastronomie musste sich kurzfristig entschuldigen. Außer der Mitarbeiterin von „Tut gut“ und dem AGORA Projektteam nahmen der Vizebürgermeister und jeweils eine offizielle Vertretung von Polizei und psycho-sozialen Einrichtungen am Treffen teil. Die Teilnehmer bedankten sich für die Arbeit des Projektteams: auch wenn Hollabrunn eine ruhige Gemeinde sei und man die wenigen Probleme, die es gäbe, gut „im Griff“ hätte, wäre es nützlich die Treffen unter Einbeziehung der Gastronomie fortzusetzen. Am Ende der Sitzung vereinbarte man das nächste Treffen und lud das AGORA Team ein welches die Einladung gerne annahm.

Bei einem abschließendem Gespräch bestätigte der Vizebürgermeister, dass er sich für gute Kontakte zwischen Bezirkspolitik, sozialen Einrichtungen und Polizei verantwortlich fühle und an zwei bis drei Treffen pro Jahr mit jeweils einem Vertreter der Gemeinde, der Sozialarbeit und der Polizei denke. In zwei weiteren Gesprächen wurde die Vertretung der sozialen Einrichtungen und der Polizei bei den geplanten Vernetzungstreffen festgelegt.

Kurz nach Projektende berief der Vizebürgermeister ein Treffen in der neuen Struktur ein, bei dem die Soziale Arbeit, die Polizei, „Tut gut“ und AGORA vertreten waren. Der Gastronomievertreter, der in der Zwischenzeit zum Stadtrat gewählt worden war, musste sich auch dieses Mal entschuldigen. Zur Sprache kam dass sich die Kooperation zwischen Polizei und Sozialer Arbeit verbessert habe, nicht zuletzt durch die Einbindung der Ersteren in die

Sitzungen des Regionalteams. Die Regionalvertreterin der Gesundheitsförderung zeigte sich daran interessiert den entschuldigten Stadtrat zum „Tut gut Wirt“ zu küren (III1).

3.3. In Wien

Die Vernetzungsarbeit in Wien wurde mehrmals mit dem Projektbeirat, den für den öffentlichen Raum zuständigen Mitarbeitern der Sucht- und Drogenkoordination Wien, Vertretern der Präventionspolizei und den für die Erhebungsbezirke zuständigen Mitarbeitern der WIG diskutiert. So fiel eingangs die Entscheidung statt der offiziellen Bezirkspolitik die informell tätigen Bezirksforen als Partner für Vernetzungsaktivitäten anzusprechen, und damit an ihre einschlägige Geschichte anzuknüpfen: Im Regionalforum von Favoriten kooperieren Polizei und Sozialarbeit seit vielen Jahren, ihre gelungene Zusammenarbeit wurde in Gründung befindlichen Foren wiederholt als nachahmenswertes Modell nahegelegt. Die Innere Stadt, in der zur Zeit kein Regionalforum tätig ist, sollte quasi als Kontrollfall dienen. Sollte dienen – es gelang dem Projektteam nicht, an die im Rahmen der Foren bestehenden Kooperationen von Polizei und sozialen Einrichtungen anzuknüpfen.

Durch die Vermittlung der zuständigen Mitarbeiterin der WIG wurde das Wiener Projektteam in Favoriten und in Ottakring zur Sitzung des jeweils nächsten Regionalforums eingeladen und konnte AGORA und seine Anliegen vorstellen. Das Projekt stieß prinzipiell auf Interesse, das sich jedoch nicht in der Bereitschaft niederschlug, an einer Arbeitsgruppe teilzunehmen. Nach mehrmaligen ergebnislosen Anläufen kam es nur in Ottakring zu einem Treffen.

An dieser ersten Arbeitsgruppe nahmen drei Vertreter der Polizei und fünf Vertreter der Sozialen Arbeit teil, sie dauerte etwa zweieinhalb Stunden. Zur Sprache kamen die formellen Vernetzungstreffen zwischen SDW und Polizei im Drogenbereich, und die informellen persönlichen Kontakte zwischen Polizei und Sozialarbeit im Jugendbereich. Auf Bezirksebene gäbe es außer einem zwei mal pro Jahr stattfindenden Treffen mit der Polizei keine Kooperation – „was schon ein Problem sei“. Die Polizei fühlte sich bei ihrer präventiven Arbeit abhängig von Informationen durch die Soziale Arbeit, und wünschte Kooperation bei Problemen mit Obdachlosen und bei Konflikten zwischen ethnischen Gruppen (etwa bei Sportereignissen). Es mangle jedoch an persönlichen Kontakten – diese müssten immer von neuem „erkämpft“ werden-, wie an Informationen über soziale

Einrichtungen („wer was macht, wer wo und wann zuständig ist“). Sozialarbeiter entgegneten, dass ob der Fülle der Angebote auch sie keinen vollständigen Überblick über soziale Einrichtungen hätten. Dennoch sprachen sich alle Anwesenden gegen einen formalisierten Austausch auf Bezirksebene („regelmäßige Vernetzungstreffen“, eine „Koordinationsstelle“) aus und sie waren auch an einem weiteren Treffen im Rahmen von AGORA nicht interessiert.

Als sich abzuzeichnen begann, dass Regionalforen keine geeignete Ausgangsbasis waren, um an bestehende Kooperationen von Polizei und Sozialarbeit anzuknüpfen, erarbeitete das Projektteam mit Unterstützung von Mitarbeitern der SDW ein alternatives Konzept: Schon in einer früheren Projektphase war die Frage aufgeworfen worden, ob es nicht angemessener sei, die fortgeschrittene Vernetzung im Wiener Raum zu evaluieren, statt zu versuchen, einen Beitrag zu ihrer Weiterentwicklung zu leisten. Da die Ressourcen des Projektes eine Evaluierung jedoch ausschlossen, einigte man sich die Erhebung der Meinung von Bezirkspolitikern. Bezirksvorsteher und/oder Bezirksräte für Sucht- und/oder für Jugendfragen sollten anhand eines offenen Leitfadens als Experten über bestehende Vernetzungen und deren möglichem Ausbau interviewt werden. Für die Interviews wurde in Kooperation mit Mitarbeitern der SDW ein Leitfaden ausgearbeitet. Die ersten drei Gespräche wurden in Ottakring geführt und da sich die eingeholten Meinungen weitestgehend deckten, wurde in Favoriten nur die Bezirksvorsteherin interviewt und – auf ihre Empfehlung und Vermittlung – der Bezirksrat für Jugendfragen. In der Inneren Stadt, wo die Aufgabenbereiche der Bezirksräte sind nicht im Sinne des Projektes differenziert sind, wurden nur die Bezirksvorsteherin und ihre Mitarbeiterin interviewt. Die Bezirksvorsteherin hatte einmal ein Alkoholverbot für den ersten Bezirk gefordert, mit der Hoffnung dessen vorrangigstes alkoholbezogenes Problem – die Lärmbelästigung – zu verringern (Wien, bz 10/6/ 2015).

Innere Stadt

Die Leiterin des Büros der Bezirksvorsteherin, die das Interview vermittelt hatte und die während des gesamten Gesprächs anwesend war, kritisierte eingangs die Auswahl der Erhebungsbezirke, die Bezirksvorsteherin schien wenig am Projekt interessiert, und verwies mehrmals während des Gesprächs auf ihre knappen Ressourcen.

Öffentliche Probleme – so die Bezirksvorsteherin – würden geregelt, indem „die Bezirksvertretung zu Koordinationsgesprächen einlade – „das funktioniert“. Nach Kontakten und Kooperationen des Bezirks mit Polizei, Sozialer Arbeit und SDW befragt, antwortete sie abermals, dass die Bezirksvertretung im Bedarfsfall zu Koordinationsgesprächen einlade, und dass dies funktioniere.

Tabak sei, meinte sie, kaum ein Thema, aber im öffentlichen Raum mit Lärm- und Geruchsbelästigung und Vermüllung assoziiert – bei letzterem bewährten sich die „waste watchers“. Alkohol- und Drogenprobleme wanderten, gelegentlich komme es auch zu Gewalttätigkeiten. Dies stelle die Polizei vor Probleme, denn sie sei schwach, doch gebe es Streetworker und Help –Teams und auch die Zusammenarbeit zwischen der Polizei und der Drogenkoordination funktioniere. Die Gastronomie ginge gegen die Gewaltbereitschaft der Besucher gegebenenfalls mit eigenen Sicherheitsdiensten vor. Zu einem späteren Zeitpunkt kam sie auf die Lärmbelästigung in einem Viertel mit besonderer Lokaldichte zu sprechen, die durch „entsprechende Behörden“ unter Kontrolle sei. Bestens bewährt habe sich der Polizei Ombudsmann, den unzufriedene Anrainer kontaktieren könnten. Der angesprochenen Liste von Problemen fügte sie Wohnungslose hinzu – wenn nötig interveniere sie beim Fonds Soziales Wien – und sie erwähnte in diesem Zusammenhang die Suppenausspeisung der Franziskaner.

Favoriten

Der zehnte Bezirk hat eines der ältesten, wenn nicht das älteste Regionalforum Wiens, das sich aufgrund der Größe des Bezirks und der zahlreichen Angeboten der Sozialen Arbeit zur Zeit in vier Unterforen trifft. In den Foren pflegen alle sozialen Einrichtungen, einschließlich Polizei und Spitäler Kontakt und Austausch, Soziale Arbeit und Polizei hätten sogar persönliche Kontakte. Der Austausch der Einrichtungen werde zusätzlich durch Einladungen der (interviewten) Bezirksvorsteherin gefördert, die auch Lehrer und Gewerbe einbeziehe. Tabak sei ein Problem für die Gastronomie aufgrund der unklaren Regelungen, Drogen würden wenn, im privaten Bereich konsumiert, Alkohol werde öffentlich getrunken, sei aber nicht mit Gewalttätigkeiten verbunden und durch die Präsenz der Polizei unter Kontrolle – entsprechende Beschwerden liefen bei der Bezirksverwaltung nicht ein. Zur Verhinderung von Konflikten und Störungen trügen auch Parkbetreuung, aufsuchende Jugendarbeit, streetwork und fair play bei, die sich der Bezirk seit kurzem ganzjährig und auch in den

Abend- und Nachtstunden leiste, da man auf Prävention setze. Schwerwiegendere Probleme sei die zunehmende Asylwerber – und Ausländerfeindlichkeit und die Arbeitslosigkeit, Armut und Angst, die ebenfalls im Steigen begriffen seien., diese Probleme könnten allerdings nicht alleine im Bezirk gelöst werden.

Die Positionen des Stadtrates für Kinder und Jugend, mit dem ein weiteres Gespräch geführt wurde, deckten sich mit jenen der Bezirksvorsteherin: Er betonte die enge Kooperation zwischen Bezirk, Polizei und Sozialer Arbeit, die vor allem um die unterschiedlichen Nutzungsbedürfnisse des öffentlichen Raumes kreise. Er selbst habe den Arbeitskreis „Chancen im Freiraum“ ins Leben gerufen, der sich monatlich treffe.

Ottakring

Aus den Gesprächen mit der stellvertretenden Bezirksvorsteherin und zwei Stadträten ging hervor, dass die Bezirkspolitik mit Polizei, Sozialer Arbeit und anderen Einrichtungen im Rahmen „runder Tische“ kommuniziert. Auch SAM lädt zunehmend zu solchen Gesprächen ein, und dieses Engagement – so die Interviewten – habe die Zusammenarbeit von Polizei und Sozialarbeit verbessert. SAM wurde vor wenigen Jahren über die SDW zur Arbeit im Bezirk eingeladen, die SDW lädt den Drogenbeauftragten zu Vorträgen ein.

In den drei Gesprächen wurden dieselben Problemlagen und Maßnahmen thematisiert, doch geschah dies aus unterschiedlichen Blickwinkeln. So sprachen alle Gesprächspartner die Ereignisse rund um die U-Bahnstation Josefstädterstraße an der Grenze zum Nachbarbezirk an, in deren Nähe sich das Tageszentrum Josi für wohnungslose Alkoholranke befindet. Deren Klienten und Klientinnen hielten sich gerne in der U- Bahnstation auf und vermengten sich dort mit Drogenabhängigen, in der Meinung eines Gesprächspartners auch mit ausländischen Besuchern „ohne Tagesstruktur“, in der Meinung eines anderem mit Kleinkriminellen und Drogendealern. Auch einige wenige Personen mit psychischer Auffälligkeit erregten immer wieder Irritationen in diesem Bereich des Bezirks. Folgen der Problemballung seien Verunreinigung und Vermüllung, wie auch Unsicherheit und Angst von Anrainern, Lokalbesitzern, Passanten und Passantinnen – in einem Gespräch werden auch Vorurteile gegenüber dunkelhäutigen Personen genannt. Auch die Maßnahmen, die an einem „runden Tisch“ von Vertretern beider Bezirke, Polizei, SDW u.a. beschlossen worden waren, wurden unterschiedlich eingeschätzt: Wurden die erhöhte Präsenz der Polizei und die

Arbeit von SAM einmal als erfolgreiche Kontrollmittel angesprochen, wurde ein anderes Mal die Überforderung beider Berufsgruppen konstatiert und wurden Polizei und Soziale Arbeit generell als Antipoden dargestellt.

Alkoholbezogene Probleme wurden vor allem als Lärmbelästigung thematisiert und ähnlich unentschieden gerahmt: Als Verursacher wurden – vor allem an Sommerwochenenden umherziehende Gruppen genannt und/oder Bewohner großer Gemeindebauten und/oder „extrem“ trinkende Besucher und Besucherinnen bestimmter Lokale. Und unklar blieb, ob es sich bei den Trinkenden vorwiegend um Jugendliche oder Erwachsene handelt, um Bezirksbewohner oder um Bewohner des „Umlandes“, um Migranten oder „Einheimische“. Als Maßnahmen kamen sowohl ein Alkoholverbot für öffentliche Bereiche, Gespräche mit Lokalbesitzern, private Sicherheitsdienste, Umgestaltung öffentlicher Räume inklusive Parkanlagen und der Wunsch nach Schleifung der Würstelstände zur Sprache. Nur beim Tabak herrschte eindeutige Einigkeit: er sei für die Politik kein Thema, und der Verschmutzung sei leicht zu begegnen.

3.4. Vernetzungsarbeit in Wien und Niederösterreich

Die Vernetzungsarbeit zwischen Polizei und Sozialer Arbeit verlief in den beiden Bundesländern so unterschiedlich, wie aufgrund der jeweiligen Ausgangslage zu erwarten gewesen war: Der Prozess, den sie in allen kleinstädtisch- ländlichen Bezirken in Gang setzte, kann als langsame Annäherung und Kontaktaufnahme zwischen den beiden Berufsgruppen beschrieben werden, denen die geo-politische Einheit der jeweiligen Gemeinde als orientierender Rahmen diene.

In das teils informell gewachsene, teils offiziell organisierte Beziehungsgeflecht, das sich zwischen Polizei, Sozialer Arbeit, diversen anderen Einrichtungen und Interessensgruppen, selten unter Einbeziehung der Bezirksverwaltung seit ein bis zwei Jahrzehnten gebildet hat, konnte die Vernetzungsarbeit von AGORA nicht eindringen. Wie sich rasch zeigte, waren die – auf einer Ebene unter der Bezirkspolitik angesiedelten – Regionalforen nicht die adäquate Ausgangsbasis für die Anliegen des Projektes: Unter anderem sind sie nicht in allen Bezirken zu finden; sie haben im öffentlichen Raum keine relevante Entscheidungsbefugnisse; ihre Zusammensetzung, Arbeitsweise und Stoßrichtung variiert je nach Zusammensetzung und

Repräsentation der Interessensgruppen im Bezirk; und nicht zuletzt sind sie durch persönliche („private“) Kontakte und Beziehungen zwischen einzelnen Personen und Einrichtungen geprägt. Das durch die Vernetzungsarbeit in Wien an sie herangetragenen Anliegen, an der strukturellen Verankerung von Polizei und Sozialer Arbeit in tragender Rolle mitzuwirken, musste ihre Möglichkeiten übersteigen: Die bestenfalls partikularistisch ausgeprägte Struktur der Regionalforen ist als Träger einer nachhaltigen, universalistischen Struktur nicht geeignet.

In den kleinstädtisch- ländlichen Gebieten wurde durch die Vernetzungsarbeit einmal mehr ersichtlich, dass die Verantwortung für die alltägliche Gestaltung des öffentlichen Raumes in die Hände der Polizei gelegt ist, die zwar eine „soziale Aufgabe“ wahrzunehmen hat, aber in erster Linie „Ordnung“ aufrechterhalten und „Sicherheit“ herstellen soll. Der wenig ausgebauten Sozialen Arbeit ist der private Bereich zugewiesen, und ihr wird auch dann, wenn sie Aufgaben in der Öffentlichkeit bekam, in derselben ein marginaler Platz zugeteilt. Fallen für die Polizei „soziale Aufgaben“ in der Öffentlichkeit und in den öffentlichen Rand-Bereichen der Gastronomie und der Veranstaltungen an, kooperiert sie vorzugsweise mit privaten Sicherheits- und Rettungsdiensten: Mit diesen eint sie das Verständnis sozialer Aufgaben als „Rettung“ (Einzelner) und nicht als Eingriff in gesellschaftliche Strukturen. Das Verständnis der eigenen (sozialen) Aufgaben, die Kooperationsmuster und die Arbeitsteilung führen bei der Polizei notgedrungen zu einem Mangel an Informationen über die im Bezirk aktiven sozialen Einrichtungen und an Einblicken in ihre Aktivitäten. Dass auch Bezirks- bzw. Stadtverwaltungen von diesem Informationsmangel betroffen sind, mag darauf hinweisen, dass die private Sphäre, der die Soziale Arbeit zugerechnet wird, in kleinstädtisch- ländlichen Bereichen in geringerem Maße als politischer Bereich wahrgenommen wird, als in der Großstadt. Die Bestellung einer Kontaktpersonen bei der Polizei, wie bei der Stadtverwaltung für die Soziale Arbeit ist daher als Erfolg der Vernetzungsarbeit und als gelungener erster Schritt der Annäherung und Kontaktnahme zwischen allen von AGORA eingebundenen Stakeholdergruppen zu sehen.

In Wien steht bei der Gestaltung des öffentlichen Raums die Sicherheit neben „gleichberechtigten Nutzungschancen“ und die ausgebaute und ausdifferenzierte Sozialarbeit neben der Polizei: Dies geht u.a. aus dem „Mission Statement“ „Soziale Arbeit im öffentlichen Raum“ hervor, das 2013 ressortübergreifend erarbeitet wurde. Darin heißt es: „Die Stadt Wien versteht den öffentlichen Raum als einen sozialen Raum mit politischer

Bedeutung. ...Der öffentliche Raum unterliegt vielen Nutzungsansprüchen. Er steht allen gleichermaßen zur Mitgestaltung offen. ...Der öffentliche Raum ist charakterisiert durch die ‚unabgestimmte‘ Vielfalt der Gesellschaft und daher auch Austragungsort von Differenzen und Reibungen. Diese Nutzungskonflikte sind auch eine Chance, einem gleichberechtigten ‚Nebeneinander‘ der unterschiedlichen Ansprüche gerecht zu werden. Die Stadt Wien tritt gegen jede Form von Diskriminierung in und Verdrängung aus dem öffentlichen Raum auf. ...Die Verwirklichung der Grundsätze der Stadt Wien in Bezug auf den öffentlichen Raum wird nur in einer interdisziplinären, ressort- und institutionenübergreifenden Kooperation und Vernetzung erreicht... Basierend auf diesen Grundsätzen setzt die Stadt Wien vielfältige Angebote der Sozialen Arbeit. ...Für die Stadt Wien bedeutet der Einsatz Sozialer Arbeit im öffentlichen Raum auch, den Ausgleich zwischen ökonomischen und sozialen Interessen zu stützen“. Das Manifest unterstreicht die führende Rolle der Sozialen Arbeit bei der Herstellung des gewünschten öffentlichen Raumes, die sie nur in enger Kooperation mit der Polizei wahrnehmen kann, aber es geht nicht darauf ein, wie und auf welcher Ebene die Kooperation organisiert und nachhaltig strukturiert werden soll. Es werden weder die offizielle Bezirkspolitik noch die informellen Bezirksforen als orientierende oder gar entscheidungsbefugte Organisationen für den öffentlicher Raum erwähnt.

In den Interviews mit den Bezirkspolitikern der drei Erhebungsbezirke zeichnen sich drei Wege für die Bezirkspolitik ab, die ihr zugewiesenen beschränkten Kompetenzen für den öffentlichen Raum einzusetzen: (1) Riskantes und Dritte behelligendes Risikoverhalten im öffentlichen Raum wird als Import aus dem (fremden und feindlichen ?) Umland gesehen und dessen Kontrolle bei städtischen Behörden und Einrichtungen gewohnheitsmäßig eingemahnt. Die Sichtweise hat ein plausibles Fundament: De facto werden Lärmbelästigung und Vermüllung nicht durch die vergleichsweise geringe Zahl betagter, gebildeter und wohlhabender Einwohner des „Ausgehbezirkes“ Innere Stadt verursacht, sondern durch die zahlreichen (jungen und jüngeren) Lokalbesucher und Touristen. (2) Trotz beschränkter Ausstattung mit (sachlichen, rechtlichen und finanziellen) Kompetenzen und Ressourcen kann der öffentliche Raum wie in Favoriten auch auf Bezirksebene eigenständig und innovativ bestimmt und hergestellt werden: Vorausgesetzt die Bezirkspolitik beruht auf konzeptueller Einigkeit und zeigt politisches, wie sachliches Engagement beim Aufbau und Einsatz lokaler Netze relevanter Berufsgruppen. (3) Als dritter Weg zeichnet sich Orientierungslosigkeit als Folge der mangelnden Einbindung der Bezirkspolitik in die Politik des öffentlichen Raumes

ab: In Ottakring scheint man sich zwar auf die Benennung von Störfaktoren einigen zu können, aber man divergiert bei der „Feinanalyse“, bei der Entscheidung für Maßnahmen und bei der Einschätzung der Effekte von Maßnahmen. Bestenfalls ruft man städtische Einrichtungen zur Hilfe.

Die Autonomie der niederösterreichischen Bezirk- bzw. Stadtverwaltungen ihre öffentlichen Räume zu gestalten und relevante Berufsgruppen zu vernetzen ist vermutlich größer – in der Wahrnehmung der Bezirkspolitik, wie auch de facto. Dafür spricht die geographische Ausdehnung des Landes, die Distanzen zwischen der Landeshauptstadt und den Bezirken, wie zwischen den Bezirken. Dafür spricht aber auch die weniger ambitionierte Politik der Landesregierung, einen gemeinsamen öffentlichen Raum herzustellen. Ausgenommen sind freilich einzelne Bereiche der Öffentlichkeit, die quasi zur „Landessache“ erklärt werden: In Drogenfragen werden der Bezirkspolitik Grenzen gesetzt, und wird der Bezirksleitung von St. Pölten untersagt, ein Spriztentauschprogramm einzuführen.

4. BEOBACHTUNGEN UND INTERVIEWS IN BETRIEBEN DER GASTRONOMIE

4.1. Einleitung

Sind Aktivitäten der Polizei und der Sozialarbeit unter anderem darauf gerichtet, problematischen Substanzenkonsum zu kontrollieren und gegebenenfalls zu verringern, werden in der Gastronomie auch konsumfördernde Maßnahmen eingesetzt, um den Profit zu steigern. Gastronomiebetriebe sind am Rand der Öffentlichkeit – oder auch in der Halböffentlichkeit – angesiedelt und nehmen eine prominente Mittlerposition zwischen Produzenten und Konsumenten alkoholischer Getränke ein. Sie sind daher auch Bestandteil der Umwelt vieler Personen, die sich Öffentlichkeit substanzbezogen risikoreich verhalten und damit eine Zielgruppe von AGORA. Um ihren Umgang mit intoxikierten Personen, wie auch mit Tabakgenuss und mit Gewalttätigkeiten zu erfassen, waren im zweiten Projektjahr Beobachtungen in Gastronomiebetrieben in den Erhebungsbezirken vorgesehen. Die Beobachtungen, die bei Bedarf durch Interviews zu ergänzen waren, sollten auch die Beziehungen der Gastronomiebetriebe zu Polizei, Sozialer Arbeit und Medien erkunden. Die

Ergebnisse sollten als Grundlage für Arbeitsgruppen zur Vernetzung der Gastronomie mit anderen Interessensgruppen dienen.

Die Auswahl von Gastronomiebetrieben für die Beobachtung erfolgte auf Basis der Erhebungen bei Polizei und Sozialer Arbeit und der Vernetzungsgespräche zwischen Vertretern beider Berufsgruppen und Bezirkspolitikerinnen. Zusätzlich recherchierten die studentischen MitarbeiterInnen im Bezirk – zu Fuß wie per Internet. Die Auswahl versuchte der Vielfalt der Gaststätten gerecht zu werden, und gleichzeitig „Hotspots“ – Lokale, Lokalviertel und Veranstaltungen – zu berücksichtigen. Die Beobachtungen wurden in Diskotheken und Tanzlokalen, Cafes und Bars, Bierlokalen und Imbissstätten, Restaurants und Gasthäusern sowie bei Veranstaltungen durchgeführt.

Die Beobachtungen waren teilnehmend und verdeckt, die BeobachterInnen traten – häufig zu zweit – als Gäste auf. Für die Beobachtung und die (nachträgliche) Dokumentation war ein Leitfaden ausgearbeitet worden. Er wurde in Wien und Niederösterreich getestet und enthielt Fragen zum „Setting“ – dem Lokal, den Gästen und dem Umgang mit Substanzen wie mit den Konsumfolgen. Zu protokollieren waren ferner besondere Ereignisse und Auftritte von Stakeholdergruppen. Abschließend wurden die BeobachterInnen gebeten, ihre subjektiven Eindrücke zusammenzufassen.

Die Beobachtungen informierten über den Umgang mit dem Nichtraucherschutz, den Konsum von alkoholischen und nicht- alkoholischen Getränken, Lockangeboten und der Bewerbung von Alkoholprodukten, jedoch nicht über risikoreiches Verhalten und Reaktionen darauf – sie treten zu selten auf. Ende des Jahres 2013 wurde daher zu Interviews mit Mitarbeitern von Gastronomiebetrieben übergegangen, deren Auswahl orientierte sich an den Beobachtungen. Befragt wurden Personen in unterschiedlichen Funktionen – Inhaber, GeschäftsführerInnen, Servicepersonal und Sicherheitspersonal –, der Interviewleitfaden war ähnlich dem Beobachtungsleitfaden gestaltet. Mit Blick auf den nächsten Projektschritt wurden auch Fragen zum Kontakt zu und die Kooperation mit Medien formuliert.

Viele der angefragten Interviews kamen nicht zu Stande: Zumeist war Personal in Gaststätten direkt angesprochen worden, daneben wurde der Kontakt aber auch per Telefon und per mail aufgenommen. Je nach Art der Kontaktsuche lehnten die potentiellen Gesprächspartner das

Interview entweder ab, oder sie reagierten gar nicht. Absagen wurden zumeist mit Zeitmangel begründet. Aber es kam auch vor, dass InterviewpartnerInnen, die schon zugesagt hatten und über das Projekt informiert wurden, vor dem Thema Zusammenarbeit mit Sozialarbeit und Polizei zurückschreckten. Der schwierige Feldzugang wurde protokolliert und als wichtige Informationsquelle für die Vernetzungsarbeit mit der Gastronomie genutzt.

Beobachtungen und Interviews wurden von Studierenden der FH St. Pölten und der FH Campus Wien durchgeführt. Aufgrund der unterschiedlichen Studienprogramme waren in St. Pölten nur wenige Masterstudierende am Projekt beteiligt (11 Studierende), in Wien hingegen eine große Gruppe von Bachelorstudenten (48 Studierende) deren Kapazitäten die der Ersteren weit überstiegen. Da sie erst im Herbstsemester 2014/2015 zur Verfügung standen, wurde die Interviewphase bis Ende Dezember verlängert.

Die Darstellung der Ergebnisse von Beobachtungen und Interviews in den 6 Erhebungsbezirken beginnt mit einem quantitativen Überblick, in dem Anzahl, Jahreszeit und Dauer von Beobachtungen und Interviews, Zahl der Mitarbeiter und anderes mehr in Tabellenform zusammengefasst sind. In der qualitativen Analyse wurden Beobachtungen und Interviews zusammengefasst und pro Bezirk gesondert ausgewertet und dargestellt.

Das letzte, der Gastronomie gewidmeten Kapitel ist dem Verlauf der Arbeitsgruppen mit Mitarbeitern der Gastronomie gewidmet, um es vorwegzunehmen heißt dies, es enthält die Beschreibung des Scheiterns dieses Projektvorhabens und die Diskussion der Gründe für das Scheitern.

4.2. Quantitativer Überblick

Tabelle 1 informiert über die Zahl der durchgeführten Beobachtungen und Interviews in Gastronomiebetrieben: Insgesamt wurden in Niederösterreich 15 Beobachtungen und 9 Interviews und in Wien 42 Beobachtungen und 28 Interviews durchgeführt.

Tabelle 1: Zahl der Beobachtungen nach Lokaltyp, Zahl der Interviews nach Stellung des Befragten im Betrieb, Niederösterreich und Wien

	Niederösterreich	Wien
Beobachtungen	15	42
Bar	3	6
Bierlokal/Heurigen	2	8
Cafe	2	5
Diskotheek/Club/Tanzlokal	1	7
Restaurant/Gaststätte	2	4
Veranstaltung	5	0
Sonstiges*	0	12
Interviews	9	28
Mit GeschäftsführerIn	6	9
Mit Bedienungspersonal	1	19
Mit Sicherheitspersonal	2	0
Gesamtes Material	24	70

* Sonstiges = Imbissstand, Wettlokal, Bahnhof, Handel, Trafik, Verein

Tabelle 2 zeigt die Zahl der Beobachtungen und Interviews nach Bezirken. Die schwankende Zahl der Erhebungen in den niederösterreichischen Bezirken ist vor allem durch Unterschiede der Infrastruktur zu erklären.

Tabelle 2: Zahl der durchgeführten und analysierten Beobachtungen und Interviews nach Bezirk, Niederösterreich und Wien

	Niederösterreich	Wien	
Beobachtungen	15	Beobachtungen	42
Hollabrunn	3	1010	16
St. Pölten	2	1100	13
Wr. Neustadt	10	1160	13
Interviews	9	Interviews	28
Hollabrunn	0	1010	11
St. Pölten	2	1100	8
Wr. Neustadt	7	1160	9
Gesamtes Material	24	Gesamtes Material	70

Die Beobachtungen fanden zwischen Mai und Dezember 2013 statt. Aufgrund der unterschiedlichen Lehrpläne der beiden Fachhochschulen erstreckte sich die Haupterhebungsphase in Wien von Oktober bis November 2013, in Niederösterreich vom Juli bis September 2013. Die Interviews folgten 2014, wobei die Haupterhebungsphase in Wien in das Wintersemester 2014/15 fiel.

Tabelle 3: Monate der Gastronomiebeobachtungen und -interviews, Niederösterreich und Wien

		Niederösterreich		Wien	
		Beobachtungen	Interviews	Beobachtungen	Interviews
2013	1. Quartal				
	2. Quartal	1		2	
	3. Quartal	9		17	
	4. Quartal	5	1	23	1
2014	1. Quartal		6		1
	2. Quartal				
	3. Quartal				1
	4. Quartal		2		25
Gesamtes		15	9		28
Material				42	

Es wurde bevorzugt an Freitagen und Samstagen beobachtet, da Gaststätten vor allem an diesen Tagen besucht werden. Da dies nicht für alle Lokaltypen zutrifft, wurde auch an anderen Wochentagen beobachtet.

Tabelle 4: Wochentage der Beobachtungen, Niederösterreich und Wien

	Niederösterreich	Wien
Montag		2
Dienstag	2	3
Mittwoch	1	2
Donnerstag		6
Freitag	5	17
Samstag	7	11
Sonntag		1
Gesamt	15	42

Die Tageszeiten der Beobachtungen korrespondieren mit den Wochentagen, sie fanden an den „Ausgehtagen“ zu „typischen Ausgehzeiten“ statt. In beiden Bundesländern dauerte eine Beobachtung im Schnitt etwa eineinhalb Stunden.

Tabelle 5: Tageszeiten und Dauer der Beobachtungen, Niederösterreich und Wien

		Niederösterreich	Wien
Tageszeit (Beginn)	Nachmittag (13 bis vor 18:00)	1	3
	Abend (18 bis vor 22:00)	8	23
	Nacht (ab 22:00)	6	16
Gesamt		15	42
Dauer	Minimum	25	30
	Maximum	240	240
	Durchschnitt	94	105

Wie eingangs erwähnt, kamen viele der angefragten Interviews nicht zustande: Tabelle 6 zeigt angefragte und durchgeführte Interviews pro Bundesland und Bezirk.

Tabelle 6: Zahl der angefragten und durchgeführten Interviews nach Bezirk, Niederösterreich und Wien

	Niederösterreich		Wien		
	Angefragt	Durchgeführt	Angefragt	Durchgeführt	
Hollabrunn	4	0	1010	13	11
St. Pölten	3	2	1100	15	8
Wr. Neustadt	9	7	1160	16	9
Gesamt	16	9	Gesamt	45	28

Die Interviews wurden fast ausschließlich in der Gaststätte selbst durchgeführt und sie fanden – laut Aussagen der Interviewenden – zumeist in einer angenehmen und entspannten Atmosphäre statt.

4.3. *Beobachtungen und Interviews in Wien*

Innere Stadt

Die Beschreibung beruht auf 16 Beobachtungen, vorwiegend in Bars und Tanzlokalen: Sechs der Lokale befinden sich im sogenannten „Bermudadreieck“, einem bekannten Szeneviertel, das von der Polizei als „hot spot“ eingestuft wird. Des Weiteren wurden 11 Interviews mit in Gastronomiebetrieben Beschäftigten verwendet – der größere Anteil der Gesprächspartner war Bedienungspersonal, der kleinere Anteil hatte eine leitende Stellung inne. Etwa Hälfte der Interviewten war in Lokalen des Bermudadreiecks tätig.

Die *Lokale* wurden überwiegend als „schummrig“, das heißt schlecht ausgeleuchtet und dunkel, beschrieben. In einer Gaststätte mussten die BeobachterInnen das Licht ihrer Mobilfunkgeräte benutzen um die Getränkekarte lesen zu können. Zumeist gab es laute Musik, die im Laufe des Abends immer lauter wurde.

Das *Personal* wurde als distanziert- freundlich wahrgenommen, dem es in einigen Lokalen gestattet war zu rauchen. Es setzte nur selten gesetzliche Bestimmungen durch und kontrollierte etwa Ausweise und es intervenierte zur selten bei Regelbrüchen und geleitete etwa Gäste, die im Nichtraucherbereich rauchten, hinaus.

Tabakkonsum war in fast allen Lokalen möglich, häufig war er stark und nahm mit steigendem Alkoholkonsum weiter zu. Einige der Lokale waren Raucher-, einige Nichtraucherlokale, in den übrigen waren Raucher- und Nichtraucherbereich durch Schilder oder Sticker deutlich gekennzeichnet. Auf räumliche Trennung in Raucher- und Nichtraucherbereich wurde wenig geachtet: So blieb in einem Lokal die Tür zwischen den beiden Bereichen geöffnet, in anderen mussten Gäste den Raucherbereich queren um in den Nichtraucherbereich zu gelangen. Der Nichtraucherbereich war zumeist wenig attraktiv: so z.B. ungeheizt und ohne Dekor, Bar und Tanzfläche waren im Raucherbereich angesiedelt. Die Nichtraucherbereiche wurden selten in Anspruch genommen. In den Interviews wurde die Meinung vertreten, Gäste oder Lokalbesitzer sollten über den Konsum von Tabak entscheiden.

Die Vielfalt der angebotenen *alkoholischen Getränke* war groß, in einer Bar konnten Getränke auch zum Mitnehmen bestellt werden. Alkoholische Getränke wurden gerne im Kontext der Bar präsentiert: diese war beleuchtet und mit alkoholischen Getränken dekoriert, in einem Lokal erstreckte sie sich über den ganzen Raum, in einem weiteren gab es drei Bars. Die alkoholischen Getränke waren preiswert – vor allem in den Lokalen des Bermudadreiecks. Es gab Mengenrabatt und Sonderangebote, die mit Plakaten im Außen- und Innenbereich der Lokale, mit Flyer, über Social Media Plattformen und auch durch das Personal beworben wurden. Das Angebot an nicht-alkoholischen Getränken war bescheiden, deren Preise vergleichsweise hoch.

Informationen über die Jugendschutzbestimmungen fanden sich in wenigen Lokalen, Übertretungen wurden allerdings nur im Ausnahmefall beobachtet. Nach Meinung der Gesprächspartner sei das Personal durch strengere Ausweiskontrollen entlastet worden, die aufgrund vermehrter polizeilicher Kontrollen eingeführt worden seien.

Die überwiegend *männlichen Gäste* waren zwischen 18 und 25 Jahre alt, das Durchschnittsalter sank mit fortschreitendem Abend. Die Stimmung wurde vorwiegend als ausgelassen beschrieben, sie wurde auch zunehmend ausgelassener, gleichzeitig wurde es aber auch lauter, stickiger und hektischer.

Häufig wurde *Berauschung*, in einigen Fällen bis zur körperlichen Beeinträchtigung beobachtet. Grölen, Zuprosten und Wetttrinken waren keine Seltenheit. Vor dem Lokal wurden in Einzelfällen mitgebrachte Alkoholika und Cannabis konsumiert. In den Interviews wurden Probleme mit Alkohol, Drogen und Gewalt als Seltenheit dargestellt, die bei neuen Besuchern aber nicht bei Stammgästen zu beobachten seien.

Auf manifeste *Probleme* reagieren die in Lokalen Beschäftigten ähnlich: Identifizierten Drogenkonsumenten werden die Substanzen weggenommen, oder sie werden aus dem Lokal gewiesen; Stammgästen werden alkoholische Getränke selten verweigert, „schlecht gelaunte Gäste werden in einem Lokal durch den Wirt zur Seite genommen; greift die Beruhigung bei angetrunkenen und gewaltbereiten Gästen nicht, werden auch sie aus dem Lokal gewiesen. Gelingt auch dies nicht, ruft man die *Polizei*. In einem Lokal wird die Polizei etwa dreimal pro Monat zur Konfliktschlichtung gebeten. Die Zusammenarbeit mit der Polizei bewerteten

einige gut, andere sahen sie „spärlich“ (sie fühlten sich im Stich gelassen und betrachteten die Arbeit der Polizei als bürokratisches „Regelwerk“), dritte negativ (die Interviewten hatten Razzien erlebt und in ihren Augen ineffektive Reaktionen auf Anzeigen). Nur ein Befragter äußerte den Wunsch nach Zusammenarbeit mit der Sozialen Arbeit.

Bei den Beobachtungen wurde die Polizei nur vor den Lokalen gesichtet. Bei ihrem Kommen zog sich ein Lokalbesitzer zurück, der Alkoholisches an Passanten verkauft hatte. Etwa in der Hälfte der Lokale waren Securities tätig, zumindest an Wochenenden. Sie hatten die Aufgabe unerwünschte Besucher vom Eintritt abzuhalten (Bettler, Drogierete, unpassend Gekleidete), im Eingangsbereich Ausweise und Taschen zu kontrollieren, Konflikte aufzulösen und Personen gegebenenfalls aus dem Lokal zu weisen. Waren, vom Personal bevorzugte Stammgäste die Auslöser von Problemen und Konflikten, griffen Securities nicht ein.

Favoriten

Die zur Beobachtung ausgewählten Gaststätten spiegeln die Heterogenität der Lokale in Favoriten: Beobachtet wurde in der Lokalszene Favoritenstraße, Reumannplatz und Keplerplatz wo häufig Glücksspiele angeboten werden und die als Hotspot gilt; bei den Punschständen in der Fußgängerzone; und in jeweils einem Lokal bei einer Tankstelle, in einer Großsiedlung, im Stadion und dem seit 1990 besetzten Ernst-Kirchweg-Haus, in dem fast täglich Veranstaltungen stattfinden. 15 Personen wurden um ein Interview gebeten, aber nur 8 Interviews kamen zustande. Unter den GesprächspartnerInnen überwogen Angehörige des Bedienungspersonals, zwei hatten die Position eines Geschäftsführers.

Auch in Favoriten waren die *Lokale* zumeist „schummrig“, doch waren nur wenige laut: In der entspannten „Wohnzimmeratmosphäre“ war Unterhaltung möglich. In einem lauten Lokal fand ein Konzert statt und Besucher schützten sich mit Lärmschutzutensilien.

Zwischen *Personal* und Gästen bestanden zumeist freundschaftliche Beziehungen, die sich in Freundlichkeit und in der Bereitschaft miteinander zu sprechen, zu trinken und zu rauchen ausdrückte und auch in der Gelassenheit gegenüber Berauschten.

Das Personal rauchte in zwei Dritteln der Gaststätten, in einigen musste der *Tabakkonsum* allerdings vor Gästen verborgen werden, in anderen war er auf Rauchpausen vor dem Lokal

beschränkt. Der Alkoholkonsum des Personals schien weniger geregelt, in einem Lokal konnten die Angestellten selbst entscheiden, ob sie sich von Gästen einladen ließen. Kostenlose alkoholfreie Getränke für das Personal wurden nur in einem Betrieb zur Verfügung gestellt.

Die Gäste rauchten in allen Lokalen und auch an der Zapfsäule, *Raucher – und Nichtraucherbereiche* waren durchgängig nicht klar getrennt: So blieben etwa die Türen zwischen beiden Bereichen offen, und so standen im Nichtraucheranteil Aschenbecher auf dem Tisch und es wurde auch dort geraucht. Nur in 3 Lokalen waren Raucher- und Nichtraucherbereich nachvollziehbar gekennzeichnet.

In Gastronomiebetrieben mit getrenntem Raucher- und Nichtraucherbereich wurde der Nichtraucherschutz durchgesetzt: Gäste, die sich nicht an die Trennung hielten und uneinsichtig waren, mussten das Lokal verlassen. Rauchten Jugendliche, wurde ihr Ausweis kontrolliert, versuchten sie versteckt zu rauchen, wurden sie aus dem Lokal gewiesen.

Die Interviewten berichteten, dass das Nichtraucherschutzgesetz kulant gehandhabt und eine Verwarnung erst nach zwei Kontrollen ausgesprochen werde, eine Geldstrafe werde frühestens bei der vierten Kontrolle verhängt. Das Gesetz wurde mehrheitlich abgelehnt („Nichtraucher-Faschismus“, „Größtem Schwachsinn der Welt“) und Rauchen als Teil der österreichischen Kultur und als Wirtschaftsfaktor gesehen. Wie im ersten Bezirk votierte man für Entscheidungsfreiheit, der LokalbesitzerInnen wie der Gäste.

Alkoholische Getränke wurden in großer Vielfalt angeboten, und sie waren auch in Form von Flaschen und Produktlogos als Raumdekor präsent: Sie waren hinter der Bar aufgereiht oder wurden in beleuchteten Kühlschränken präsentiert. Die Präsentation stand im Kontext von Tradition („Einen nach alten Rezepten gemachten Punsch“), Gemütlichkeit und Lebensgefühl. Sie wurde nur ausnahmsweise durch Hinweise auf das Ausschankverbot für Jugendliche konterkariert.

Häufig wurden alkoholische Getränke verbilligt abgegeben: es gab Vergünstigungen im Zusammenhang mit Events und Happy Hour und auch mit der Abgabe größerer Mengen. Trotz allem schien der Konsum insgesamt nicht unmäßig zu sein.

Auch die Interviewpartner meinten *Problemen in Zusammenhang mit Alkohol* seien selten: es gäbe abstinente Stammgäste und Gäste die vor allem gemütlich essen wollten. Probleme seien mit Problemgruppen verbunden, die jedoch nicht näher spezifiziert wurden. Träten Probleme auf, löse man sie selbst, durch Verwarnungen, das Beruhigen von Gästen, oder durch Lokalverweise. Dabei setze man auf Stammgäste, wenn möglich auch auf *Securities*, und erst in dritter Linie auf die Polizei. Zumeist wirke bereits die Drohung, die Polizei zu verständigen. Handelt es sich um unbekannte Gäste und um gravierende Probleme, wie etwa rassistisches Verhalten, wird auch ein Hausverbot ausgesprochen.

Jung aussehende Gäste würden zumeist nach dem Ausweis gefragt, was manche zu langen Diskussionen veranlasse, andere zu Aggressionen, vor allem wenn sie getrunken haben. Gewaltbereite Betrunkene wird der Eintritt verweigert, jedenfalls wird kein Alkohol an sie ausgeschenkt. Konsumenten weicher Drogen werden aus dem Lokal gewiesen („wir waren alle mal jung und deppert“), handelt es sich um harte Drogen, wird die Polizei eingeschaltet.

Die *Gäste* gehörten allen Altersgruppen an. Männer überwogen, einige wenige Lokale wurden von Migranten besucht. War das Aussehen der Gäste zumeist unauffällig, häuften sich in den Szenelokalen kahlgeschorene Köpfe und die Kleidung der Punk- und Hardcorezene. Zumeist überwogen die Stammgäste, Personen die einander kannten und miteinander vertraut waren. Unterscheiden ließen sich ferner „Durchzugsgäste“ und „längerfristige Besucher“ – letztere konsumierten mehr Alkoholika und wirkten betrunken. Die Stimmung war zumeist gut und wurde zu späterer Stunde lauter und ausgelassener, in manchen Lokalen wurde auch gesungen und getanzt.

Polizei, Soziale Arbeit und Securities wurden nur im Fußballstadion gesichtet, wo mit Plakaten gegen überhöhten Alkoholkonsum geworben wurde („Laufduell statt Saufduell“, „Viererkette statt Sechsertragerl“, „Torrausch? Ja, bitte! Vollrausch? Nein, danke!“). *Securities* wurden auch in Diskotheken beobachtet, wo sie Betrunkene von anderen Personen fernhielten, und auffällige Personen hinausgeleiteten.

Die Kooperation mit der Polizei wurde teils positiv, teils negativ bewertet, je nachdem man erfolgreiche oder erfolglose Interventionen erfahren hatte. Und man stimmte überein, dass es

besser sei, den Kontakt zur Polizei so gering wie möglich zu halten („Wir lassen die Polizei in Ruhe, die Polizei lässt uns in Ruhe“).

Ist ein privater Sicherheitsdienst beschäftigt, kontrollierte er die Ausweise im Eingangsbereich, hinderte Betrunkene am Eintritt und befriedete Probleme mit und zwischen Gästen. Ist der Sicherheitsdienst nur an Wochenenden anwesend, muss unter der Woche das Servicepersonal für Sicherheit sorgen, das über mangelnde Schulung im Umgang mit alkoholisierten und gewalttätigen Gästen klagt. In einzelnen Lokalen wird die Sicherheit durch technische Geräte überwacht, die Videokamera wird in einem Fall jedoch zur Kontrolle des Personals eingesetzt.

Ottakring

Mehr als die Hälfte der beobachteten 13 Gaststätten sind Szenelokale in den Stadtbahnbögen entlang des Wiener Gürtels. Ergänzend wurden zwei Lokale am Brunnenmarkt und in Gaststätten in abgelegenen Teilen des Bezirks durchgeführt. Unter den Lokalen befanden sich ein Imbissstand und zwei Heurigen. Auf Anraten der Polizei war davon Abstand genommen worden, in sogenannten „Balkandiscos“ zu beobachten, Lokalen, die vorwiegend von Migranten besucht werden. Mit 9 von 16 Personen, die um ein Interview gebeten worden waren, wurde ein Gespräch geführt. Ein Drittel der Gesprächspartner waren Geschäftsinhaber, zwei Drittel Angestellte.

Viele *Lokale* präsentieren sich in gedämpftem Licht und mit Hintergrundmusik, viele hatten Räumlichkeiten für Tanz- und Musikveranstaltungen. In mehr als einem Drittel der Lokale wurde beobachtet, dass das Servicepersonal am Tisch von Gästen saß und mit ihnen trank. Ein Kellner bezeichnete seine Arbeit als „Sozialarbeiterjob“ und sprach vom „betreutem Saufen“: weibliche Gäste unterhielten sich gerne mit ihm, wenn die männlichen Gäste betrunken waren. In etwa einem Drittel der Lokale wurde auch ein Sicherheitsdienst beschäftigt. Dies habe positive Effekte: So etwa würden Taschendiebe durch Türsteher abgeschreckt und das Sicherheitsgefühl des Servicepersonals gehoben.

Wenige Gaststätten hatten einen *Nichtraucherbereich* eingerichtet; stand einer zur Verfügung, wurde die räumliche Trennung nicht respektiert. In vielen Lokalen wurde intensiver Zigarettenkonsum beobachtet und schlechte Luft – in einigen konnten Zigaretten gekauft

werden – wie auch RaucherInnen, die im Nichtraucherbereich saßen und vor dem Lokal rauchten. Das Personal, das fallweise rauchte, war um die Trennung zwischen Raucher- und Nichtraucherbereich bemüht, reagierte aber sehr milde auf Verstöße: so wurde ein rauchender Gast gebeten, den Nichtraucherbereich zu verlassen. In Lokalen mit (älterem) Stammpublikum schienen Alterskontrollen nicht angebracht. Behördliche Kontrollen – so die Interviewten – seien selten. Das Nichtraucherschutzgesetz wurde von einer Hälfte der Gesprächspartner begrüßt – Gäste von Speiselokalen hatten positiv auf die Trennung von Raucher- und Nichtraucherbereichen reagiert –, von der anderen als „Unfug“ verworfen.

In einem Drittel der Lokale schmückten Flaschen für *Alkoholika* die Bar. Informationen über die Angebote von alkoholischen Getränken fanden sich zumeist auf der Karte und zusätzlich auf Tafeln und Tischaufstellern. Aktionen und Angebote waren selten, Happy Hours und Lockpreise gab es nur in drei Lokalen. Noch seltener wurde über die geltenden Jugendschutzbestimmungen informiert. Man legt die Jugendschutzbestimmungen auch großzügig aus: Sie seien nicht im Interesse der Lokale, die Geld verdienen müssten. Ein Gesprächspartner schlug vor, die Altersgrenzen hinaufzusetzen.

Die vorwiegend *männlichen Gäste* gehörten allen Altersklassen an, nur in einem Drittel der Lokale überwogen junge Gäste und nur in zwei Lokalen wurde ein nennenswerter Anteil von Migrant*innen gesichtet. Kleidung und Aussehen der Gäste waren unauffällig. Die Stimmung wurde als entspannt und locker beschrieben, in einigen Lokalen herrschte „ausgelassene Partyatmosphäre“.

Gelegentlich wurde *Folgen übermäßigen Alkoholkonsums* beobachtet: Ein Jugendlicher stürzte, stand auf und bestellte weitere Getränke; eine Frau ließ ihr Glas zu Boden fallen, Freundinnen hoben die Scherben auf und besorgten ein neues Getränk. Auch auffällig Betrunkene wurde der weitere Konsum nicht verwehrt. In den Interviews wird davon ausgegangen, dass in manchen Lokalen das Ausschankverbot für Betrunkene eingehalten wird.

Alkohol und Gewalt seien kein Problem: Man habe vorwiegend Stammgäste, die einen gemütlichen Abend verbringen wollten. Unter den Problemtrinkern fänden sich vor allem Jugendliche und um sie fernzuhalten, verzichte man auf Billigangebote. Des Weiteren

verwehrt den potentiell problematischen Gästen den Eintritt in das Lokal und schritten – käme es dennoch zu Gewalttätigkeiten – ein („sonst müssten wir ständig die Polizei rufen“). Können sie die Gewalttäter nicht einschüchtern und aus dem Lokal weisen, rufe man die Polizei.

In einigen Lokalen wurden Erwerb und/oder Konsum von *illegalen Substanzen* beobachtet, in den Interviews wird nur über den Konsum vor dem Lokal berichtet, und dass man versuche Drogenkonsumenten vom Lokal fernzuhalten. (Ein Lokalbesitzer visitierte auffällige Minderjährige – auch deren Mundhöhle – und wies sie bei positivem Befund aus dem Lokal, ein anderer verweigerte Personen mit Drogenproblemen den Eintritt – „Wir sind ein Lokal, keine soziale Einrichtung“.)

Über die *Kooperation mit der Polizei* war man geteilter Meinung: meinten die einen, sie unternehme nur das Notwendigste, lobten die anderen die gestiegene Sichtbarkeit und Erreichbarkeit. Vereinzelt wurde auch über die Unterstützung durch Mitarbeiter Sozialer Einrichtungen berichtet, die regelmäßig vorbeikämen und mit denen Probleme besprochen werden könnten. Die überwiegende Mehrheit der Gesprächspartner lehnte Kontakte zu Sozialen Einrichtungen jedoch ab.

Verlängertes Wohnzimmer und Partymeile am Wochenende

In den Beobachtungen und Interviews zeichnet sich unterschiedliches Bezirkskolorit ab: Der erste Bezirk ist ein „Ausgehbezirk“, der vornehmlich an Wochenendabenden von Jugendlichen und jungen Erwachsenen besucht wird. Die Bars und Tanzlokale haben gedämpftes Licht und die Musik wird im Laufe des Abends immer lauter. Alkoholika werden zu günstigen Preisen (Billigangebote) angeboten, es wird viel getrunken und geraucht.

Obwohl Trunkenheit und Gewalttätigkeiten selten sind, sind in vielen Lokalen private Sicherheitsdienste beschäftigt, die das Kommen und Gehen der Besucher gemäß den Wünschen des Eigentümers regulieren.

In Favoriten, das die Atmosphäre einer sozialistischen Arbeiterstadt bewahrt hat, sind die verschiedenen Lokaltypen einer *Lokalkultur* zu subsumieren, in deren Mittelpunkt das vielbesprochene „*verlängerte Wohnzimmer*“ steht. Das verlängerte, oder auch: zusätzliche,

alternative Wohnzimmer ist klein und ebenfalls gedämpft beleuchtet, aber die Musik –sofern es sie gibt – hält sich im Hintergrund und lässt Gespräche zu. Unter den Besuchern überwiegen die Stammgäste, die allen Altersklassen angehören und mit dem Servicepersonal vertraut sind. Alkohol- und Tabakkonsum halten sich in Grenzen, bei Problemen und Konflikten kooperieren Personal und Stammgäste, Securities stehen nur in Ausnahmefällen zur Verfügung.

Wie der Bezirk, so scheinen auch die Lokale in Ottakring in „Mischkolorit“ getaucht, das durch die Präsenz diverser Migrantengruppen, sozialer Außenseiter und „Singles“ entsteht. Auch hier dominiert die Lokalkultur „verlängertes Wohnzimmer“ und das Stammpublikum bewältigt zusammen mit dem Servicepersonal die meisten Probleme, die in dieser „privatisierten Halböffentlichkeit“ auftreten. An Wochenenden sind jedoch weit mehr Securities im Einsatz und Ottakring ist auch der einzige Bezirk, in dem Gastronomie und Soziale Arbeit kooperieren.

Die Beobachtungen und Interviews beschreiben nicht nur unterschiedliche lokale Kulturen von Gaststätten, sie verweisen auch auf deren Gemeinsamkeiten und erlauben sie als Varianten einer „Wiener Lokalkultur“ zu erkennen, deren Grundzüge sich folgendermaßen umreißen lassen:

Das „Beisl“ ist ein verlängertes (zusätzliches, alternatives) Wohnzimmer, in dem der Gast Freunde und Bekannte trifft und einen wichtigen Teil seines Lebens verbringt – vor allem wenn er männlichen Geschlechts ist. Der Stammgast ist auch dem Personal freundschaftlich verbunden. Obwohl das Beisl objektiv ein halböffentlicher Raum ist, wird es subjektiv als Teil des privaten Raums erlebt und gehandhabt.

Alkoholische Getränke spielen eine zentrale Rolle für das soziale Beziehungsgefüge im Beisl, ihr Konsum drückt soziale Beziehungen aus und egalisiert die Beteiligten („Trink, trink Brüderchen trink, lasse die Sorgen zu Haus...“). Alkoholika sind preisgünstig, sie werden großzügig abgegeben (auch an Betrunkene und Jugendliche), und Betrunkene – die nur in Ausnahmefällen aggressiv werden – werden nur selten des Lokals verwiesen.

Der *Konsum von Tabakwaren* spielt die zweite Rolle im sozialen Leben im Beisl, doch ist auch er schlecht aus dem „Lokalleben“ wegzudenken. Gesetzliche Regelungen und Verbote fassen schwer Fuß – bei Lokalbetreibern, wie bei den Gästen. Sie schaffen zwei Klassen von Gästen – Raucher und Nichtraucher – was der egalitären Lokalgesellschaft zuwiderläuft und daher häufig unterlaufen wird: Man lässt daher „alle Türen offen“.

Die *Polizei* sehen sowohl Beislbesucher als auch – betreiber lieber vor der Tür, und noch lieber wenn sie bei Konflikten rasch zu Stelle ist. Probleme löst man am liebsten unter sich – „privat“. Für Beislbetreiber annehmbarer ist, so scheint es privates Sicherheitspersonal einzustellen: die Ordnung wie ihre Verletzung bleiben auf diese Weise privat.

Jugendliche und junge Erwachsene, die sich gesellschaftlich noch nicht etabliert haben, bevorzugen Lokale, die einer anderen, vermutlich jüngeren (spätmodernen) und *internationalen „Party-Kultur“* angehören: Im Gegensatz zu den „halbprivaten“ Wiener Beisl, in denen (lokale) Gemeinschaft durch verbale Kommunikation und gemeinsamen Substanzenkonsum „herbeigeredet“ wie auch bestätigt werden, sind Bars und Tanzlokale halböffentliche Orte, an denen einzelne Männer und Frauen sich einander physisch unter Musikbegleitung präsentieren, die das Gespräch unterbindet. Der Substanzenkonsum hat hier wohl mehr die Funktion eines individuellen, persönliche Grenzen bestätigenden Stimmungsmodulators, denn die eines Rauschmittels, das individuelle Grenzen auflöst.

4.4. Beobachtungen und Interviews in Niederösterreich

Der öffentliche Raum in Niederösterreich konstituiert sich zu einem wesentlichen Teil durch saisonale Großveranstaltungen, die zahlreiche Besucher aus der jeweiligen Ortschaft anziehen, aber zunehmend auch Besucher aus dem Um – und Ausland und denen der Ruf voraussetzt, dass „viel passiert“. Da saisonale Großveranstaltungen charakteristische Ereignisse für das Bundesland sind, und als „Festkultur“ zum identitätsstiftendes Ingredienz für Niederösterreich aufstiegen, wurden sie von Stakeholdern als optimale Gelegenheiten für Beobachtungen empfohlen.

St. Pölten

Beobachtet wurde bei einer großen *Veranstaltung*, die in Zelten und im Freien stattfand und in einem beliebten *Bierlokal*. Interviews wurden mit einer Sicherheitskraft am Bahnhof und einem Barkeeper geführt.

Der Eintritt in die Veranstaltung war frei, die Stimmung gedämpft, vermutlich weil es recht kühl war. In den Zelten wurden verschiedene Musikrichtungen angeboten – mit unterschiedlicher Lautstärke. Vor dem „Diskozelt“ sorgten 2 Securities für die Einhaltung der auf einem Schild angegebenen Altersgrenzen „Einlass ab 18 Jahren“.

Die Stimmung im Bierlokal war gut. Die Gäste kannten einander und wurden vom *Servicepersonal* mit Namen angesprochen. Sie sprachen laut, im Hintergrund tönte leise Musik. Die BeobachterInnen hatten das Gefühl, sich einem gemütlichen Wohnzimmer oder einem „Jugendzentrum für ältere Herren“ aufzuhalten. Das freundliche, türkische Ehepaar, das bediente, rauchte. Die Frau reagierte überrascht, als eine der Beobachterinnen ein alkoholfreies Getränk bestellte und ermahnte einen betrunkenen *Gast*, nicht mit dem Auto zu fahren.

Die Veranstaltung wurde von Familien mit Kindern, Paaren, Senioren und Jugendlichen in größeren Gruppen besucht. Das Alter der Gäste stieg im Lauf des Abends. Die Gäste des Bierlokals waren durchschnittlich 40 Jahre und ausschließlich männlichen Geschlechts, etwa die Hälfte MigrantInnen.

Im Bierlokal rauchte fast jeder Gast und auch der *Tabakkonsum* auf der Veranstaltung war hoch: für Raucher war durch einen Aschenbecher auf einer Damentoilette und eine Trafik auf dem Veranstaltungsgelände gesorgt. Auf dem Bahnhofsgelände war Rauchen hingegen verboten und der befragte Barkeeper berichtete, dass Gäste auf das Rauchverbot hingewiesen würden und dass nur in Ausnahmefällen gegen das Rauchverbot im Nichtraucherbereich verstoßen werde. Finanzielle Einbußen im Falle eines Rauchverbotes erwarte er nicht – er werde den Gästen einen Aschenbecher vor dem Lokal zur Verfügung stellen.

Das *Alkoholangebot* variierte von Zelt zu Zelt, ein Zelt hatte 10 Bars. Der Alkoholkonsum hielt sich jedoch in Grenzen. Dennoch wurde beobachtet: (1) Ein betrunkenener Gast tanzte an

der Bar und verlor seine Zigarette. Ein Passant hob sie auf und gab sie dem Betrunkenen zurück. Dieser warf die Zigarette über die Bar. Die Kellnerin hob sie auf, drückte sie in einem Aschenbecher aus und ermahnte den Betrunkenen. (2) Jugendliche tranken aus 2 Liter Flaschen alkoholische Getränke, niemand reagierte. Das Getränkeangebot im Bierlokal war überschaubarer, die Gäste tranken Bier aus Flaschen und rauchten. Viele wirkten angeheitert, zwei Gäste rempelten sich spaßhalber gegenseitig an, sie wurden von amüsierten Zusehern angefeuert. Ein Schild erinnerte an das Ausschankverbot für Jugendliche und Betrunkene.

In der Bar waren *substanzbezogene Probleme und Gewalttätigkeiten* selten. Der Barkeeper erklärte dies mit den Öffnungszeiten und damit, dass das Lokal keine problematischen Gäste anzoге, „Vollalkoholiker“ nicht eingelassen und nicht bedient würden. Angetrunkenen Gästen verweigere man alkoholische Getränke und versuche die Probleme im Gespräch zu klären. Letztlich werde die Polizei verständigt, zumeist reiche die Drohung.

Die *Aktivitäten der Polizei* und die Kooperation mit ihr werden positiv beschrieben. Ein Interviewter berichtet über Patrouillen der Polizei, um die Einhaltung der Sperrstunde zu überwachen. In Einzelfällen gäbe es allerdings Schwierigkeiten: So musste man mehrmals anrufen und über eine Stunde warten, als man die Polizei wegen einer Gruppe von Zechprellern gerufen hatte. Da es sich um Obdachlose der Notschlafstelle handelte, habe die Polizei nichts unternommen.

Der Sicherheitsdienst des Bahnhofes hat die Aufgabe, die Einhaltung der Hausordnung zu überwachen und Fahrgästen zu helfen, die belästigt werden. Bei Konflikten verständige er die Polizei. Mit Sozialarbeitern habe er Aktionen zum Thema Rauchen und Alkohol auf den Bahnsteigen organisiert.

Wiener Neustadt

Im Herbst 2013 wurde in 2 Tanzlokalen beobachtet. Weitere 12 Lokale (Eissalon, Cafe, Bar, Pub, Pizzeria, „Saufbude“) ,wie mehrere Parks und Plätze wurden im Rahmen von vier Rundgängen durch den inneren Stadtbereich – der längste dauerte fünf 5 Stunden – im Juli 2014 besucht: Gäste wie Beobachter bevorzugten – sofern vorhanden – den „Schanigarten“ Die Rundgänge fanden in der ersten Hälfte des Juli statt, eine am Mittwoch Abend, während

der Veranstaltung „Garten Eden“ in der Herrengasse (s.o.). Polizei, FASS Security und Jugendkoordinator berieten das Projektteam bei der Auswahl der beobachteten Gaststätten.

Zwei Türsteher von Lokalen in der Herrengasse verweigerten das Interview, ohne Angabe von Gründen. Unter den 7 Interviewten befanden sich überwiegend Personen in leitenden Funktionen (Geschäftsführer, Inhaber von Lokalen) und ein Vertreter der FASS-Security.

Im Herbst 2013 wurde in 2 Tanzlokalen beobachtet: im Eingang des einen wurde mehrmals auf die hohe Lärmbelastung hingewiesen: durch kostenlose Ohropax, und durch schriftliche Hinweise im Treppenhaus. Im anderen, das sich im Internet als Nichtraucherlokal deklarierte, wurde nicht nur im Nichtraucherbereich, sondern auch auf der Tanzfläche geraucht. Hin und wieder schaute man nach einem nahe der Tanzfläche schlafenden Jugendlichen.

Im Juli 2014 konnten Gäste in den Schanigärten im Freien sitzen. An Tagen vor Mittwoch waren viele Lokale geschlossen oder leer, nach dem Mittwoch sind sie bis zum Wochenende belebt. Am Mittwoch „ist die Hölle los“, wie ein Einheimischer die BeobachterInnen informierte: aus der Herrengasse tönte laute Musik und vor Ort herrschte *Partystimmung*. Die Veranstaltung zog die jüngsten *Besucher* an, die Gäste der übrigen Lokale gehörten allen Altersstufen und verschiedenen Milieus an. Die Männer überwogen überall, häufig trafen die Beobachterinnen auf Migranten.

In den Lokalen wurden immer wieder Stammgäste erkennbar, die vom Personal persönlich begrüßt wurden. Hin und wieder traf man auch auf Personal das rauchte und fernsah. In einem Lokal lud der nach Alkohol riechende, wenn auch nicht betrunken wirkende Wirt die Gäste auf ein Gläschen Schnaps ein.

Auch die Beobachtungen im Juli zeigten dass *Raucher- und Nichtraucherbereich* selten getrennt waren und dass Trennungen wenig galten. Die interviewten Geschäftsinhaber brachten vor, dass die Gäste die Trennung akzeptierten, doch dass es immer wieder Schwierigkeiten mit betrunkenen Gästen gäbe. Die Nachlässigkeit im Umgang mit dem Nichtraucherschutz werde auch befördert da nur eine Verwarnung zu erwarten sei. Die Interviewten griffen das Nichtraucherschutzgesetz generell an und beklagten damit verbundene wirtschaftliche Einbußen.

In zwei Lokalen wurden *Alkoholika* intensiv beworben: unter anderem auf beleuchteten Werbetafeln und durch beleuchtete, mit Bierbehältnissen gefüllte Kühlschränke. Alkoholische Getränke waren auch häufig verbilligt: So war der Eintritt in eine Diskothek mit einem Gutschein gekoppelt, der jenen, die nach dem ausgegebenen Motto gekleidet waren, ein kostenloses Getränk versprach. Für die Aktion wurde vor und in den Sanitäranlagen geworben.

Wie der Tabakkonsum war der Alkoholkonsum allgegenwärtig: Immer wieder stießen die Beobachter auf Personen, vor allem jugendlichen Alters, die *Alkoholika* konsumierten, trugen oder im Rucksack versteckten, da Alkoholkonsum im Stadtgebiet verboten ist. Am Hauptplatz lagen zusammengedrückte leere Bierdosen. Es wurden keine Ausweiskontrollen beobachtet und es entstand der Eindruck, dass an alle Gäste Alkoholisches ausgeschenkt wird, insbesondere bei der Veranstaltung „Garten Eden“.

Insbesondere aber nicht nur während der Veranstaltung Garten Eden trafen die BeobachterInnen in Parks, auf Plätzen wie in Lokalen auf *angetrunkene und vom Alkoholkonsum beeinträchtigte Jugendlichen und Erwachsene*. In und außerhalb der Lokale wurden sie einige Male von Betrunkenen angesprochen. Stark Betrunkene fanden sich fast nur in Lokalen. So wurden sie in einem Lokal von einem schwer betrunkenen Stammgast, der unter Selbstgesprächen gerade eingetreten war auf ein Getränk eingeladen, worauf ihm von einem weiteren Stammgast Einhalt geboten wurde. In einem weiteren Lokal waren Jugendliche im Sitzen eingeschlafen, sie wurden vom Personal ignoriert.

Die Interviewten erkannten den *Problemen der Lokale der Herrengasse* Sonderstatus zu. Generell seien substanz- und gewaltbezogene Probleme Einzelfälle, wie etwa Gäste, die zu viel tranken und sich übergaben, oder Partygruppen die lärmten und aggressiv wurden. Auch Stammgäste bereiteten an schlechten Tagen Probleme. In den Lokalen der Herrengasse aber spiele Alkohol eine weit größere Rolle und es käme immer wieder zu gewaltförmigen Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen sozialen Gruppen. In Relation zur Besucherichte träten die Probleme allerdings selten auf.

Zur Sprache kamen auch die Aggressionen, die durch Mahnungen und Einschränkungen hervorgerufen wurden. So würden zurechtgewiesene Gäste mit dem Rechtsanwalt drohen. Jugendliche reagierten aggressiv, wenn kein Alkohol an sie verkauft werde. Auch Alkohol- und Drogenabhängige neigten zu Gewalttätigkeiten, und es komme immer wieder zu Diebstahl und Belästigungen.

Einige wenige Male wurde *Drogenkonsum* gerochen und beobachtet. Zumeist wurde Marihuana geraucht, in einem Fall erhielt eine Person von einer anderen eine kleine Plastiktüte.

Die BeobachterInnen trafen weder auf Mitarbeiter der FASS-Security, noch auf Ausweiskontrollen der Securities der Herrengassenlokale. Die *Polizei* war nur bei der Veranstaltung „Garten Eden“ präsent: Fünf Sicherheitsbeamte standen vor einem der Eingänge. Bei einem Eingang war auch ein Rettungsauto mit zwei SanitäterInnen positioniert. Keine der anwesenden Berufsgruppen interagierte mit den anderen.

Die Lokalbesitzer suchten durch diverse Maßnahmen alkoholbezogenen Störungen fernzuhalten: In einem Lokal war eine Hausordnung erlassen worden, mit der Jugendliche ausgeschlossen und die Atmosphäre durch ältere Gäste verbessert werden sollte. Andere befolgten eine strenge „*Türpolitik*“: Alkoholisierte, größere und auffällige Gruppen, Drogenabhängige, zu junge, aber auch nachlässig Gekleidete wurden nicht eingelassen. Wieder andere berieten ihre alkoholisierten Gäste, wiesen sie gegebenenfalls aus dem Lokal oder verhängten sogar ein Lokalverbot.

Durch die strikte „*Türpolitik*“ der Lokale, verlagerten sich die Gewalttätigkeiten allerdings in den öffentlichen Raum davor. Sollte man versuchen Gruppen, die jedes Wochenende aneinandergerieten zu trennen? Es handle sich vor allem um Migranten. Lokalbetreiber, Polizei und Stadtverwaltung hätten beschlossen einander regelmäßig zu treffen und enger zu kooperieren. Seither sei die Polizei in der Herrengasse präsenter. Nicht alle Lokalbetreiber fänden die polizeiliche Präsenz ausreichend und zufriedenstellend, außerdem fände man, dass sie dem Ruf der Herrengasse schade.

Viele Lokale beschäftigen einen *Sicherheitsdienst*, der für Ausweiskontrollen, Einlass und Wegweisung von Gästen und Deeskalation von Konflikten zuständig ist. Das Sicherheitspersonal der Herrengasse sei über Funk verbunden, so könne man einander bei Schlägereien zu Hilfe kommen. Werde das Sicherheitspersonal beschuldigt, Gäste geschlagen zu haben, verständige man die Polizei. Die Eingriffsmöglichkeiten der Securities enden allerdings vor dem Lokal, da sie in der Öffentlichkeit nur Anhalterrecht besäßen.

Auch die *FASS-Security* kann nur mit Anzeigen drohen, die über die Rechtsabteilung der Gemeinde laufen. Das Werkzeug der Sicherheitsdienste sei das sogenannte 3-D-Modell, in dem auf das Sprechen Beruhigen und Deeskalieren folge und danach das Durchsetzen. 80% der Konflikte ließen sich durch Sprechen lösen, nur in 5% der an sie herangetragenen Konflikte seien die Sicherheitsdienste machtlos.

Beim Schulschlussfest kooperieren FASS-Security, Stadtverwaltung, Polizei und Sozialarbeit seit einigen Jahren mit Erfolg. Die FASS-Security kooperiert mit Polizei und Stadtregierung auch im Rahmen einer internen Sicherheitsrunde, die „Problemorte“ identifiziert und Aktivitäten koordiniert. Von der Sozialarbeit wünschte sich der befragte Mitarbeiter der FASS-Security ein Notruftelefon, mit dem er auch in der Nacht soziale Dienste erreichen könne: Durch den Einsatz der FASS-Security haben sich Probleme – vor allem Drogenprobleme – vom öffentlichen in den privaten Raum verlagert.

Das Angebot der FASS-Security in der Herrengasse aktiv zu werden, hätten die Lokalbetreiber abgelehnt, da sie den Großteil der Kosten hätten tragen müssen. Zur Diskussion stünde derzeit der Plan, die Herrengasse in ein „Lustbarkeitsgebiet“ umzuwidmen, was erlaube sie an beiden Enden abzusperren und Einlass Begehrende zu kontrollieren.

Hollabrunn

Die wenigen Gastronomiebetriebe in der Kleinstadt Hollabrunn sind ruhig und bieten nichts Beobachtungswertes – nach Meinung ortansässiger Auskunftspersonen aus der Sozialarbeit und Polizei. Da es keine Jugendlokale gibt, pendeln die Jugendlichen aus oder ziehen sich in Vereinsräumlichkeiten zurück. Die Beobachtungen beschränkten sich daher auf *jährlich stattfindende Großveranstaltungen*: ein Feuerwehrfest („Feuerweht Clubbing“) um den sogenannten „Teufellauf“ des Krampusvereins Hollabrunn, und um die ihn am Abend

beschließenden „Afterparty“. Vorwegnehmend lässt sich festhalten, dass die drei Veranstaltungen zahlreiche Besucher anzogen doch durchwegs ereignislos verliefen.

Es konnten auch nur vier potentielle Gesprächspartner (Diskobetreiber und Barbesitzer) für die Interviews identifiziert werden: Doch alle Versuche mit ihnen Interviewtermine zu vereinbaren scheiterten – sie antworteten nicht auf die schriftlichen und telefonischen Anfragen, oder lehnten aus Zeitmangel ab.

Die Feuerwehrparty war gut besucht, doch „kommt kein Schwung rein“ wie die BeobachterInnen anmerkten. Eintritt war ab 16 Jahren, das Durchschnittsalter lag zwischen 16 und 20 Jahren, doch waren auch jüngere anwesend. Mit fortschreitendem Abend sank das Durchschnittsalter weiter. *Männliche Jugendliche überwogen deutlich.*

Die Besucher tranken vorwiegend *alkoholische Getränke*, die Jugendlichen konsumierten auch am Parkplatz mitgebrachte Alkoholika. Durchgängig anwesend war die *Polizei* – sie war gut sichtbar positioniert – und die Rettung. Die Polizei machte einen Rundgang durch das Festgelände und unterhielt sich freundschaftlich mit einem Feuerwehrmann.

Am Teufellauf, der am Samstag Abend am Hauptplatz und in der Fußgängerzone von Hollabrunn stattfand, nahmen 5000 bis 10 000 Besucher teil, etwa ein Zehntel davon kam aus der Tschechischen Republik. Unter ihnen fanden sich Kinder, wie Senioren, halb waren die Teilnehmer männlichen, halb weiblichen Geschlechts. Die Afterparty, zu der nur über 16 Jährige zugelassen waren, fand in einem Zelt statt und zog etwa 1000 Jugendliche und junge Erwachsene an. Die Ausweiskontrollen dürften nicht sehr streng gewesen sein, da auch jünger aussehende TeilnehmerInnen gesichtet wurden, die rauchten und Alkohol konsumierten.

Beim Teufellauf, wie bei der Afterparty, wurden alkoholische Getränke zu günstigen Preisen angeboten, es wurde *stark getrunken und geraucht*. Auf Trunkenheit wurde nicht reagiert: so etwa als nach dem Teufellauf 2 Betrunkene in einer Seitengasse urinierten, und auf der Zufahrtsstraße zum Zelt der Afterparty ein Jugendlicher torkelte.

Polizei (6 Sicherheitsbeamte) war nur beim Teufellauf anwesend: Die Sicherheitsbeamten standen während der Veranstaltung in einer ruhigen Ecke am Hauptplatz und unterhielten sich

mit zahlreichen Bekannten. Die Afterparty wurde von *privaten Sicherheitsdiensten* überwacht, die für den Veranstalter billiger kamen als die Polizei, für deren Dienste er hätte aufkommen müssen. Die Securities griffen bei Konflikten ein, und trugen wesentlich zum reibungslosen Ablauf der Veranstaltung bei. Außer den Securities waren Feuerwehr und Rettung vor Ort, doch kam es zu keinen Einsätzen.

Niederösterreichische Festkultur und Partymeile

Die auf (Groß)Veranstaltungen konzentrierten Beobachtungen in Niederösterreich lassen sich nicht mit jenen in Wien vergleichen, die bekannte und gut besuchte Lokale bevorzugten. Das in St. Pölten beobachtete Bierlokal gibt jedoch Grund zu der Vermutung, dass die Lokalkultur „verlängertes Wohnzimmer“ auch in Niederösterreich zu finden ist – zumindest in den größeren Städten. Die beobachteten Veranstaltungen repräsentieren hingegen die „Festkultur“ des Bundeslandes, die einerseits in lokalen Traditionen wurzelt, sich andererseits aber auch als lokale Variante eines international verbreiteten Eventgeschehens entwickelt hat (Eisenbach-Stangl, Thom 2009, Beccharia 2008).

Vorwiegend handelt es sich um Wochenendveranstaltungen, die einmal im alljährlichen Festkalender verzeichnet sind und eine wichtige Öffentlichkeit für alle Bewohner der Region bilden. Sie ziehen darüber hinaus zahlreiche Gäste aus anderen Regionen, manchmal auch aus dem Ausland an und stellen vermutlich auch einen nennenswerten wirtschaftlicher Faktor dar. Die Veranstaltungen sind dazu gedacht Abstand vom alltäglichen Leben zu schaffen, sie bieten den Besuchern „Auszeit“ an, die von starkem Alkohol- und Tabakkonsum begleitet und gefördert wird. Regeln die im Alltag gelten sind gelockert, wenn nicht aufgehoben. Dazu zählt, dass Altersgrenzen immer wieder nicht ganz ernst genommen werden, und dass Trunkenheit stark verbreitet ist und (zu) unbeachtet bleibt – man könnte auch sagen „normalisiert“ ist, wenn sie nicht „heroisiert“ wird. Die Akzeptanz von Gewalttätigkeiten dürfte in den letzten Jahren allerdings abgenommen haben, wie der Vergleich mit der Vorgängerstudie nahelegt (Eisenbach-Stangl et. al. 2008). Private Sicherheitsdienste werden von Veranstaltern wie von Besuchern bevorzugt, wohl auch, weil es sich bei ihnen im Gegensatz zur lokalen Polizei nicht um Bekannte handelt denen man am Ende der Auszeit wieder begegnet.

Der Wiener Neustädter Garten Eden fällt aus dem skizzierten Bild der niederösterreichischen Festkultur. Er ist kein „Jahresereignis“ für alle Bewohner einer Region, sondern eine wöchentliche Veranstaltung von Lokalbesitzern während der „Sommerflaute“, ein Versuch die jugendlichen Wochenendbesucher der übrigen Monate auch in der Ferienzeit anzuziehen (Sommerparty statt Wochenendparty). Kein eigens aufgebautes Zelt hebt ihn vom Alltag ab, die „Sonderwelt“ wird durch von Securities gesicherten Absperrungen des vertrauten „Bermuda Dreiecks“ der Region hergestellt und durch die Teilnahme der Lokale außerhalb der Partyzone, die aus Gästen Zuseher zu machen scheint. Der Garten Eden also als Freilichtbühne, auf der die Fäuste der jugendlichen männlichen Besucher in den Sommermonaten sichtbar fliegen können? Der Garten Eden als sommerlich *-ländliche Variante der internationalen, kommerzialisierten Partykultur*, der auch die Lokale des Wiener Bermuda Dreieck angehören ?

4.5. Wien und Niederösterreich

Über alle Unterschiede von Lokalen und Lokalkulturen, Veranstaltungen, Party- und Festkulturen in Wien und Niederösterreich hinweg, sind wichtige Gemeinsamkeiten der Niederösterreichischen und Wiener Gastronomie auszumachen. Sie wurzeln im Konsum von alkoholischen Getränken und Tabakwaren in den Gaststätten, in den Konsumangeboten, der Preisgestaltung der Getränke, der Art der angebotenen „Konsumräume“ und im Umgang mit den Folgen intensiven Konsums. Der Ausschank alkoholischer Getränke stellt für die profitorientierte Gastronomie eine wichtige Einnahmequelle dar, für einen großen Teil der Branche sogar die Haupteinnahmequelle. Die Gemeinsamkeiten wurzeln auch im verbreiteten Tabakkonsum der nahezu überall möglich ist, an dem das Gastgewerbe aber nur ausnahmsweise direkt verdient.

Zum „Raucher- Nichtraucherstatus“ der Lokale einige Zahlen: In Wien waren fast die Hälfte der beobachteten Lokale „Raucherlokale“, rechnet man Lokale mit Raucher-Nichtraucherbereichen hinzu, war Rauchen in 88% der Gaststätten möglich. In Niederösterreich war der „Raucher- Nichtraucherstatus“ nur selten erhoben worden, doch weisen die vorliegenden Zahlen darauf hin, dass Rauchen noch tolerierter war: Es wurde lediglich ein Nichtraucherlokal beobachtet.

Alkoholische Getränke werden häufig bis zur Trunkenheit konsumiert, die nur in Ausnahmefällen (in bestimmten Settings?) mit Gewalttätigkeiten verbunden ist. Konsumbeschränkungen wie das Einstiegsalter bei alkoholischen Getränken und Tabakkonsum, das Ausschankverbot an Trunkene und die Abtrennung und Kennzeichnung eines Nichtraucherbereiches werden höchst halbherzig durchgesetzt. Probleme und Konflikte werden vom Personal geregelt, gegebenenfalls mit Unterstützung von Stammgästen. Private Sicherheitsdienste werden von Lokalbesitzern wie Gästen der Polizei vorgezogen, und letztere wird erst gerufen, wenn die eigenen Kapazitäten nicht zur Bewältigung der Probleme und Konflikte ausreichen.

Die Gastronomie, die im Projektentwurf von AGORA als halb-öffentlicher Raum bestimmt wurde, scheint sich selbst im halb-privaten Bereich – nahe ihren Stammgästen – anzusiedeln. In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, dass Stammgäste wie Gäste generell vorwiegend männlichen Geschlechts sind, wie im Übrigen auch die Besucher von Veranstaltungen. Die männlichen Gäste und Stammgäste sind idealtypisch betrachtet, zudem Inländer, was den erwünschten halb-privaten Charakter von „verlängerten Wohnzimmer“ wie Festveranstaltung zu bezeugen wie herzustellen scheint: Von Beobachtungen in „Balkandiscos“ wurde studentischen MitarbeiterInnen in Wien dringend abgeraten und es dauerte geraume Zeit bis dem Projektteam verständlich wurde, dass die Gruppenkonflikte in der Wiener Neustädter Herrengasse in beträchtlichem Maße von Migranten getragen werden. Wie illegale Substanzen signalisieren Migranten profitgefährdende Probleme, Konflikte wie Diskriminierung. Aus demselben Grund will man Kontakte mit der Polizei auf Notfälle begrenzen, die in Zusammenarbeit mit der Rettung „entsorgt“, und mit der Sozialen Arbeit nichts zu tun haben, da deren Anwesenheit soziale Probleme signalisiert, und man sich vor der damit verbundenen Diskriminierung fürchtet. Private Sicherheitskräfte unterstreichen nicht nur den privaten Charakter des Betriebes, sie bearbeiten Probleme und Konflikte im privaten Bereich und überdies „rechnen sie sich“ offensichtlich auch.

Kontakte mit den Medien beschränken sich zumeist auf die Erstellung einer Website, eventuell wirbt man in den Social Media, im übrigen hält man sich am liebsten auf Distanz. Und Gesundheitsförderung wird vor allem als feindliches Unternehmen wahrgenommen, das die Wirtschaftlichkeit der Betriebe bedroht. Denn: Gastronomiebetriebe sind „keine Wellnessoasen oder Thermen“.

Obwohl die, durch Beobachtungen und Interviews erfassten Haltungen und Meinungen von in Gastronomiebetrieben Tätigen recht homogen sind, dürfte es sich um einen Wirtschaftszweig handeln, der vorrangig aus isolierten Einzelbetrieben besteht, die zwar nicht um ihr Überleben kämpfen, aber für ihr Leben zu sorgen haben. Neben dem primären Interesse am Profit verblissen alle anderen: Gesetzliche Neuerungen, die in den Alltag der Gastronomiebetriebe eingreifen – wie etwa das Nichtraucherschutzgesetz – werden (fast ausschließlich) als wirtschaftliche Belastung wahrgenommen, Kooperationsangebote mit Polizei, Sozialer Arbeit und Gesundheitsförderung als mögliche Bedrohung des Profites zurück gewiesen. Unter diesen Umständen war die Zusammenstellung von Diskussionsgruppen von Gastronomen zum Thema „kooperative Gestaltung des öffentlichen Raumes mit Sozialer Arbeit und Polizei“ ein riskantes Unternehmen, dem nicht viel Erfolg vorherzusagen war.

5. VERNETZUNGSARBEIT MIT DER GASTRONOMIE

5.1. Einleitung

Zur Erinnerung: im Projektplan waren Arbeitsgruppen mit VertreterInnen der Gastronomie und des Handels auf Länderebene vorgesehen. Sie sollten dem „Erfahrungsaustausch“ über das ausgewählte Problemfeld dienen, wie auch der Diskussion über – mit Polizei und Sozialer Arbeit abgestimmte – Reaktionen darauf. Angesichts der Unterschiede der „Gastronomieszenen“ in den sechs Erhebungsbezirken und der, mit ihnen verbundenen Problemlegungen, entschied sich das Projektteam jedoch zum Versuch eine Arbeitsgruppe pro Bezirk/ Stadt aufzubauen, und – je nach bezirksspezifischer Ausgangslage – Vertreter und Vertreterinnen anderer Berufsgruppen dazu einzuladen.

Die Auswahl von VertreterInnen der Gastronomie, die mit dem Projektbeirat diskutiert wurde, wurde letztlich zugunsten von „Vorzeigewirten“ entschieden. Das Projektteam setzte dabei auf Empfehlungen von Bezirkspolitikern, die im Zuge von Interviews eingeholt werden sollten. Des Weiteren wurden bezirksspezifische Themen erarbeitet, die das Gespräch in den Arbeitsgruppen fokussieren, wie auch attraktiv gestalten und die Auswahl von VertreterInnen weiterer Berufsgruppen anleiten sollten.

Die Ziele des Projektschrittes wurden trotz aller Modifikationen des Projektplanes verfehlt: Der Versuch die Gastronomie in präventive und gesundheitsfördernde Kooperationen einzubinden, scheiterte, wie Versuche davor. Aber da auch Misserfolge wertvolle Informationen über Vorhaben enthalten, und neue Versuche anzuleiten vermögen, wird der Prozess des Scheiterns im Folgenden bezirksweise skizziert.

5.2. Vernetzungsarbeit mit der Gastronomie in Niederösterreich

Der *St. Pöltener* Bürgermeister hatte beobachtet, dass „Wirtshausraufereien“ zurückgegangen seien und er empfahl den Obmann der „Wirtegemeinschaft 3100“ als Kontaktperson zur Gastronomie in der Stadt (NÖ-SP 30/10/2014). Der Obmann allerdings brachte im Namen der lokalen Gastronomie sein unumwundenes Desinteresse an Gesundheitsförderung zum Ausdruck, und er vertrat den Standpunkt, das ausgewählte Problemfeld sei bis auf wenige Ausnahmen kein Thema für die Branche. Möglicherweise gäbe es „schwarze Schafe“ unter den Gastronomen, aber „Hot Spots“ seien ihm nicht bekannt. Sicher gäbe es „bekannte Gäste“, doch seien dies einzelne Problemfälle, mit denen die Wirte gut zurechtkämen. Kontakte zwischen Gastronomie und Polizei seien anlassbezogen, die Zusammenarbeit mit der Sozialen Arbeit sei nicht nötig (NÖ- SP 15/12/2014). Da die Mehrheit der Gastronomiebetriebe in St. Pölten der Wirtegemeinschaft angehört, musste sich das Projektteam von der geplanten Arbeitsgruppe im Bezirk verabschieden.

Als es in *Wiener Neustadt* zur Zusammenstellung einer Arbeitsgruppe im Gastronomiebereich kam, gab die für AGORA zuständige Stadträtin die Agenden des Projektes an die Geschäftsführerin der Stadtmarketing und Tourismus GmbH weiter. Die Stadträtin beklagte sich, dass die Gastronomie vom Alkoholkonsum profitiere, die Stadt und die Polizei jedoch die Folgen zu tragen hätten. Die Folgen ließen sich kanalisieren, wenn die Gastronomie auf Billigaktionen verzichte. Auch der Polizeikommandant sprach das Spannungsverhältnis zwischen Politik und Gastronomie an und dass die Polizei zu büßen habe, was die Politik versäume..... Die Polizei versuche festzustellen, wo ein Alkoholisierter, der gewalttätig geworden war, „abgefüllt“ worden sei: Die Öffnungszeiten von Betrieben, die nur auf Gewinnmaximierung ausgerichtet sind, sollten eingeschränkt werden. Die Geldstrafen für Urinieren in der Öffentlichkeit seien eine wenig wirksame „Sisyphusarbeit“. Auch er meinte,

die Geschäftsführerin des Stadtmarketing sei die geeignete Person um in diese Angelegenheit Bewegung zu bringen.

Die Geschäftsführerin die auch vom Stadtkommandanten empfohlen worden war (NÖ- WN 14/1/2015) äußerte sich skeptisch über die Wirksamkeit von Maßnahmen erwartete bei einem von ihr organisierten Treffen für Gastwirte in der Herrengasse maximal 5 der 31 Besitzer eines Lokals. Das Projektteam versorgte sie mit Adressen von interessierten Wirten (bei Interviews geäußert) und die Geschäftsführerin lud ein. Zum Treffen erschien keiner der Gastwirte und auch das niederösterreichische Projektteam nicht, das den falschen Termin erhalten hatte und um zwei Stunden zu spät aus St. Pölten angereist war.

Der Bezirkspolizeikommandant von *Hollabrunn* und der Vertreter der Sozialen Einrichtungen nahmen ein entspanntes Verhältnis zwischen Gastronomie und Politik wie Polizei wahr, da vor allem die Vielzahl der Veranstaltungen beschäftige. Man war sich auch über den Bedarf an kostenlosen Räumen ohne Konsumzwang für die Jugendlichen einig (NÖ-H13/10/2015 I und II). Der Vizebürgermeister, der die Kontaktperson der Gemeinde für AGORA war, empfahl einen Gastwirt, der einen „Vorzeigebetrieb“ führt und Bezirksvertrauensmann der Wirtschaftskammer ist (NÖ- H 29/9/2014). Der Gastwirt erzählte (NÖ-WN 18/12/2014), dass er sich bereits am FGÖ Projekt „Spaß mit Maß“ beteiligt habe. Er schlug vor, entweder den „Wirstammtisch“ für ein Gespräch zu nutzen (etwa 40 Wirte besuchen ihn), oder ein eigenes Treffen im Namen der Wirtschaftskammer einzuberufen, zu dem er auch Vertreter der Bezirkshauptmannschaft und der Sozialen Arbeit mit Jugendlichen einladen wollte. Hinsichtlich der Ziele von AGORA zeigte er sich skeptisch: Prävention und Gesundheitsförderung seien mit der Umsatzorientierung der Gastronomie nicht verträglich.

Zum Treffen erschien keiner der 300 eingeladenen Gastronomiebetreiber und außer dem Bezirksvertrauensmann – der bei den kurz vorhergegangenen Wahlen auch Gemeinderat wurde – nur der Bezirksstellenleiter der Wirtschaftskammer und die eingeladene Regionalbetreuerin von „Tut gut“. Das Gespräch konzentrierte sich auf „Jugend und Alkohol“: so etwa bejahten die Anwesenden präventive Maßnahmen wie Preiserhöhungen bei alkoholischen Getränken und Eintritten bei Veranstaltungen und befanden Kontrollen durch in der Gastronomie Beschäftigte weit effektiver als jene der Polizei und Sozialer Arbeit. Ein zweites, länger behandeltes Thema war das seit 2008/2009 bestehende Projekt „Tut gut

Wirte“, bei dem es um die Hebung der Qualität von Speisen und Getränken geht. In der Wirtschaftskammer habe man allerdings mit Ablehnung reagiert: „Nicht schon wieder ein neues Logo...“. Das Treffen endete mit der Vereinbarung im Rahmen der von der Gemeinde organisierten Sitzungen zusammenzuarbeiten.

5.3. Vernetzungsarbeit mit der Gastronomie in Wien

In Wien hatte man sowohl Erkundungen bei Bezirkspolitikern über „Vorzeigebetriebe“ eingeholt, als auch die Bereitschaft der Interviewpartner und -partnerinnen aus der Branche während oder nach dem Interview ausgelotet, an einer Gruppendiskussion über die Kooperation mit Polizei und Sozialer Arbeit teilzunehmen.

Die Bezirksvorsteherin der *Inneren Stadt* verwies auf die Zahl von Betrieben, die so groß sei, dass sich weder Vorzeigebetriebe noch schwarze Schafe nennen ließen (W- 1, 30/1/2015). Die Interviewten lehnten entweder sofort oder bei telefonischer Nachfrage oder einem neuerlichen Besuch im Lokal statt. Bei den neuerlichen Besuchen verfehlten die studentischen MitarbeiterInnen auch die Interviewten oder sie trafen auf Mitarbeiter die des Deutschen nicht mächtig waren und die Einladung nicht weitergeben konnten.

Auch die befragten Bezirkspolitiker von *Favoriten* konnten keine geeigneten Gastronomiebetriebe nennen, und die VertreterInnen der Gastronomie, die beim Gespräch Interesse an einer Arbeitsgruppe gezeigt hatten, lehnten die Teilnahme bei der neuerlichen Kontaktnahme ab.

In *Ottakring* zeigte ein Interviewter nachhaltiges Interesse an der Teilnahme in einer Arbeitsgruppe, er war in dem Lokal beschäftigt, das auch die befragten Bezirkspolitiker empfahlen. Dasselbe Lokal fand sich nochmals unter den Empfehlungen von SAM, die das Projekt „Urbane Kompetenz“ durchgeführt hatten, und die per Mail kontaktiert wurden. Der bereits interviewte Mitarbeiter dieses Betriebes war schlussendlich auch der einzige Vertreter der Branche, der an der einzigen Arbeitsgruppe teilnahm, die in Wien zustande kam.

An der Arbeitsgruppe nahm des weiteren einer der interviewten Bezirkspolitiker teil, der in der Branche gearbeitet hatte, der Bereichsleiter für mobile Arbeit der Suchthilfe Wien, und

die Ansprechperson der WIG für den „gesunden Bezirk Ottakring“, die gleichzeitig die Ansprechperson für AGORA war.

Die Zusammensetzung der Gruppe hatte zur Folge, dass das als Austausch von Gastronomievertretern gedachte Gespräch neben anderen Themen zu einem Austausch über die Gastronomie wurde: So kam kurz die Angst der Gastronomie vor dem Rauchverbot zur Sprache und ihre Schwierigkeiten, zu einer gemeinsamen Haltung zu finden; ebenso kurz wurde darauf eingegangen, dass Polizei wie auch Soziale Arbeit willkommen seien, wenn sich Gäste durch Angehörige von Problemgruppen, wie etwa durch Suchtkranke, belästigt fühlten; und abschließend wurden Möglichkeiten erörtert, die Haltung der Gastronomie zum Ausschank von alkoholischen Getränken zu modifizieren, der die wichtigste Einnahmequelle eines Teils der Branche sei: Vor allem „kleinere Betriebe“, die nicht vom Speisenverkauf lebten, wehrten sich gegen Einschränkungen beim Alkohol- und Tabakkonsum und seien „eher Einzelkämpfer“.

5.4. „Wirte sind eher Einzelkämpfer...“

Das Misslingen des Vorhabens, Gruppendiskussionen mit Vertretern und Vertreterinnen der Gastronomiebranche zur Kooperation mit Polizei und Sozialarbeit zu organisieren, zeigt augenfällig, dass „Wirte Einzelkämpfer“ sind: Gegen „die Politik“ auf allen Ebenen und möglicherweise nicht nur in Verteidigung ihres Profits, sondern auch zur Verteidigung der halb – privaten Sphäre, in der sie sich und ihre (Stamm)Gäste angesiedelt sieht und der darin wurzelnden Lebensweise. War es doch der „Begegnungsort“ den man gegen das neue Tabakgesetz verteidigen zu müssen glaubte. („Es geht auch um die Erhaltung, de dieser Begegnungspunkte, die unsere Gesellschaft dringender denn je braucht“ – Standard 18.2. 2015.). Die Auseinandersetzung um das „Wohnzimmer“ war auch parteipolitisch gefärbt: Die Gastronomie wird traditionell durch die konservative Volkspartei vertreten – wie im übrigen auch die Hersteller alkoholischer Getränke –, die Reduktion tabak- wie alkoholbezogener Probleme hingegen ist ebenso traditionell ein Anliegen des parteipolitischen Feindes, der Sozialdemokratische Partei.

Die Erfahrungen, die im Rahmen von AGORA mit der Gastronomie gesammelt wurden, sind weder einmalig noch neu: An erster Stelle ist das vom Landesjugendreferat NÖ im Jahr 2007

durchgeführte Präventionsprojekt „Spaß mit Maß“ zu nennen, mit dem über die Bestimmungen des Jugendschutzgesetzes durch eine Broschüre und zahlreiche Vorträge informiert werden sollten. Das in seinem Rahmen ausgearbeitete und bereits erwähnte Pilotprojekt Hollabrunn wollte zur Bewusstseinsbildung im Jugendschutz beitragen und versuchte die „Zusammenarbeit in der Alkoholprävention zwischen Behörden, Schulen, Organisationen und Wirtschaft“ zu etablieren: Der Fachverband für Gastronomie und Handel organisierte eine Veranstaltung und eine Aussendung an die Innungen (Eisenbach-Stangl et al 2008). Das Projekt wurde zwar offiziell evaluiert, doch sollen hier die Stimmen von 2 Personen gehört werden, die am Pilotprojekt und nun bei AGORA mitgearbeitet haben: „ja, da hat's einmal was gegeben, aber ich weiß nicht mehr, was das war...“ und „das habn wir schon einmal g'habt bei Spaß mit Mass.....“ . Über den Spaß mit Maß hinaus, den eine solch persönliche Evaluation bietet, indiziert sie auch das geringe Ausmaß des Interesses der Gastronomie an gesundheitsbezogenen Projekten: Nur wenige Betriebe und immer dieselben beteiligen sich.

Dem Weiterbildungsangebot für Multiplikatorinnen, das unter dem Namen „prEVENT“ im Zeitraum von 2008 – 2010 vom Institut für Suchtprävention der SDW in Zusammenarbeit mit dem Büro für Suchtprävention der Polizeidirektion Wien, der Sparte Tourismus und Freizeitwirtschaft der Wirtschaftskammer Wien und dem Fachreich Jugend/ Pädagogik der MA 13 angeboten wurden war in der Gastronomiebranche äußerst geringer Erfolg beschieden: Die angesprochenen Personen und „Schlüsselkräfte“ aus diversen Berufsgruppen – an erster Stelle GastwirtInnen und Servierpersonal – waren an der „Prävention von Alkoholproblematiken bei Großveranstaltungen“ wenig interessiert, nur ein Gastronomiebetrieb nahm teil und das Projekt wurde nach kurzem wieder eingestellt (Schroers 2013). Das Institut für Suchtprävention hat im übrigen 2015 einen neuen Versuch, im Gastronomiebereich Fuß zu fassen gestartet, es beabsichtigt Workshops zu „responsible Serving Alcohol“ (RSA) anzubieten. Der „verantwortungsvolle Alkoholausschank“ ist ein seit wenigen Jahrzehnten häufig im angelsächsischen Raum eingesetztes Konzept (Edwards et al. 1994) und man darf gespannt darauf sein, wie er bei der Gastronomie ankommt.

Gemessen an der Zustimmung scheinen die von SAM unter dem Überbegriff „urbane Kompetenz“ organisierten Workshops erfolgreicher zu sein, deren wechselnder Teilnehmerkreis auf die konkrete lokale Problemlage zugeschnitten wird, und die im Falle

„Yppenplatz“ (siehe Kapitel IV 4, Ottakring) erstmals und bisher einmalig Gastronomiebetreiber einbezog. Genau genommen ist dies kein Ansatz für die Gastronomie, sondern für unterschiedlichste Berufsgruppen, aber vielleicht liegt die Möglichkeit zum Erfolg darin, dass hier nicht großflächige Ziele angestrebt werden, die Berufs- und Standesinteressen tangieren, sondern kleinräumige, wie eben der Platz vor der Haustüre der Betriebe: wer will den nicht wohnlich für alle Nutzer gestaltet sehen?

6. VERNETZUNGSARBEIT MIT DEN MEDIEN

6.1 Suche nach geeigneten Medien

Im Projektplan war die Diskussion über die gesundheitsorientierte kooperative Gestaltung des öffentlichen Raums in Arbeitsgruppen von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen von Printmedien und dem Projektteam vorgesehen. Da sich die Kontaktnahme mit MedienvertreterInnen als zumindest ebenso schwierig erwies wie die von GastronomievertreterInnen, wurde auch bei diesem Projektschritt rasch zu Einzelinterviews übergegangen. Im Gespräch wollte das Projektteam die Selbstbeschränkung österreichischer Printmedien bei Suizid als Modell für das in AGORA interessierende Risikoverhalten thematisieren. Des weiteren lag eine Medienanalyse vor, die im weiteren Rahmen des Projektes durchgeführt worden war, durch die die Auswahl der Gesprächspartner und mit ihnen der Medien informiert werden sollte. Um die Ausgangspunkte zu verdeutlichen, werden im folgenden Ehrenkodex und Medienanalyse kurz vorgestellt.

Das Zentrum für Krisenintervention hat in vielfältigen Analysen alltäglicher Berichterstattung über Suizide gezeigt, dass sie Nachahmungen – den sogenannten Werther- Effekt – fördert, wenn nicht auslöst und dass sie Hinterbliebene erheblich belastet. Es hat Empfehlungen für eine Gestaltung der Berichterstattung ausgearbeitet, die Nachahmung hintanhaltend soll. So könnte „ein Beitrag der Presse zur Suizidverhütung so aussehen dass neben dem Suizid auch andere Konfliktlösungsstrategien erwähnt und dadurch erlernbar werden... Eine sensationelle und bewertende Suizidberichterstattung, in der die Wahrung der Anonymität in keiner Weise berücksichtigt wird, verschärft jedoch wesentlich die Krisensituation Hinterbliebener...“ (Sonneck, Kapusta, Tomandl, Voracek 2012).

Die Medienanalyse konzentrierte sich auf einschlägige Berichterstattung in vielgelesenen Printmedien: in der „Kronen Zeitung“ – der österreichischen Tageszeitung mit der größten Reichweite- und im „Standard“ – der österreichischen Qualitätszeitung mit der größten Reichweite. Analysiert wurden Artikel, die anhand eines Schlagwortkatalogs zu den Themen Alkohol, Tabak und Drogen ausgewählt worden waren. Die Analyse zeigt überdeutlich, dass die psychotrope Substanzen Thema des „Boulevardmediums“ nicht aber des „Qualitätsmediums“ sind: 97% der 10.551 ausgewählten Artikel waren in der Kronenzeitung veröffentlicht worden. Die Analyse konzentrierte sich in einem weiteren Schritt auf Berichte über Ereignisse im öffentlichen Raum die nur rund ein Fünftel aller ausgewählten Artikel ausmachten. In den zumeist kurzen Berichten war Alkohol der unumstrittene Favorit unter den Substanzen, und er erschien vor allem in Gestalt von Straßenverkehrsunfällen, die durch die Häufigkeit der einschlägigen Berichterstattung Normalität erhalten. Wird über illegale Drogen berichtet, dann zumeist im Kontext von Kriminalität und Fremde; geht es um Tabak, wird überwiegend Zigarettenschmuggel thematisiert. Insgesamt steht die Berichterstattung über die genannten Substanzen also im Zeichen von Delikten und sie ist zumeist polizeilichen Ursprungs. Sie beruht fast ausschließlich auf den Auskünften der Pressestellen der Polizei, die mühelos zu erhalten sind und ohne weitere Recherche übernommen werden können (Gasiar 2012). Die Medienanalyse legte die Auswahl von Gesprächspartnern nahe, die für die Boulevardpresse arbeiteten, wie auch für Pressestellen von relevanten Einrichtungen.

Zu einem weiteren Orientierungspunkt wurden Informationen von Gastronomiebetreibern und Bezirks-/Stadtpolitikern über Medien, die im Rahmen der Interviews gesammelt worden waren. So berichtete etwa der St. Pöltner Bürgermeister über die von der Stadtregierung zum Schutz Betroffener entwickelten Strategien wenn nach spektakulären Ereignissen alle „großen Medien“ inklusive Fernsehen die Stadt stürmten. Bei Themen wie etwa „Migranten“ und bei überregionalen Medien sei Steuerung nicht mehr möglich. Lokale Ereignisse – so war aus dem Bericht zu lernen – werden zu Themen internationaler Medien, deren Berichte von Vertretern der lokalen Ebene nicht beeinspruchbar sind, die aber ihrerseits auf die lokale Ebene rückwirken. Die Macht überregionaler Medien kam auch in anderen Interviews zur Sprache.

In AGORA hatten die Gespräche mit den Bezirkspolitikern Wirkungen auf die Auswahl von Gesprächspartnern/ Medien: Nun fühlte sich das Projektteam genötigt, neben der

sensationsorientierten Boulevardpresse, die skrupellose überregionale Presse und das Fernsehen in die kritische Diskussion einzubeziehen. Damit war die Ausweitung des Kreises potentieller Gesprächspartner noch nicht abgeschlossen, denn es tat sich die Frage auf, warum nicht auch die Stimme der Sozialen Medien gehört werde, die als Medien der Jungen ebenfalls auf regionaler Ebene wirke. Hier war das Ziel, das AGORA mit den Mediengesprächen verband aus den Augen geraten. Genau besehen, verhielt sich das Projektteam wie ein guter Leser der Boulevardpresse, der von einer (negativen) Sensation zur anderen eilt und über dem Lesen den Alltag und sein konkretes Umland vergisst. Anders ausgedrückt verlor das Projektteam die Distanz zum Gegenstand seines Interesses und spiegelte ihn (Wolffersdorf-Ehlert 1991). Die Vereinbarung von Interviews mit Medienvertretern erwies sich als schwierig und langwierig, es kam zu vielen Weiterverweisungen und Absagen, in einem Fall auch zu einem so erheiternden, wie erhellenden Missverständnis, da der Angefragte sich nicht als Interviewpartner verstehen konnte. Die Gespräche, die zustande kamen trugen allerdings zur Rückbesinnung auf die Projektziele und zur Rückkehr auf die lokale Ebene bei, wie sie sich auch zur Entwicklung von Vorschlägen für die Einbindung von Medien in die Kooperation mit Sozialer Arbeit und Polizei nützlich erwiesen.

6.2 Für die freie Meinungsäußerung

Interviewpartner waren 7 MitarbeiterInnen österreichischer Qualitäts- und Regionalmedien, je ein Mitarbeiter einer polizeilichen Pressestelle und eines Amtsblattes und eine Medienwissenschaftlerin. 8 der Gespräche wurden face to face durchgeführt, eines telefonisch und eines schriftlich, sie dauerten bis zu einer Stunde. Die Interviewer waren Mitglieder der Steuergruppe.

Substanzenkonsum, Intoxikation und Gewalttätigkeiten wurden als Themen eingestuft, die für die Medien per se nicht von Interesse sind. Sie seien aber als Sujets von „Negativmeldungen“ von Interesse, die Menschen aus „Schadenfreude“ lesen und um sich „daran begeistern, dass den Anderen etwas passiert ist“. Von Interesse seien sie auch in Verbindung mit anderen Themen, so zum Beispiel Alkoholkonsum mit „Lärmbelästigung“ und „Raufereien“. Es wurde aber zugestanden, dass „über Alkohol- und Drogenthemen sehr wohl sensibler berichtet werden könnte, indem z.B. „eine Reportage verfasst wird, in der die Hintergründe

erfragt werden, warum sich Jugendliche im Stadtpark zusammenrotten und ins Koma saufen“. Doch war man nicht allzu optimistisch was die Durchsetzung einer sensibleren, qualitativ hochwertigeren Berichterstattung betraf: „Ich kann mir schwer vorstellen, das Ihr „Krone“, „Österreich“ oder „heute“ dazu bringen könntets, plötzlich wie die Frankfurter Allgemeine oder der Standard über tragische Ereignisse zu berichten“ (NÖ M 21/05/2015). Nur von einem Mitarbeiter einer Bezirkszeitung kam ein klares Bekenntnis zur „sachlichen und objektiven Information“: weil das ja für die Menschen, die dort leben und das lesen in Wirklichkeit nichts bringt, wenn man Angst schürt oder skandalisiert oder aufbläst, verbessert ja die Situation auch nicht... ,was sich da tut...hat ja auch Ursachen, ein komplexeres Feld...und man diskreditiert sich langfristig als Medium selber, wenn man aus einer Mücke einen Elefanten macht“.

Der Vorschlag die Berichterstattung über Substanzenkonsum, Intoxikation und Gewalttätigkeiten in der Öffentlichkeit auf *selbstbeschränkende Regeln* nach dem Vorbild des Umgangs mit dem Suizid zu verpflichten, stieß bei keinem Gesprächspartner auf Gegenliebe: Regelungen wurden abgelehnt, da sie „nichts brächten“, Widerstand erzeugten und in die Freiheit der Berichterstattung einzugreifen suchten („wir sind keine moralische Instanz“, „einem Medium kann keine Zielrichtung vorgegeben werden“). Ihre „Aufweichung“ im Falle des Suizid zeige, dass entsprechende Regelungen auch nicht durchsetzbar sind, denn: „Medien sind Wirtschaftsunternehmen“, „da geht es um Auflagenhöhen“, und „die Zeiten haben sich geändert, da die (Billig) Konkurrenz heftig Druck macht.“

Zum Thema *Gesundheitsförderung* wurden recht kontroversielle Meinungen geäußert, die die Befragten nicht so sehr in zwei feindliche Lager teilte, als sie Personen spalteten: Wehrte sich etwa eine Gesprächspartnerin gegen äußere Zwänge bei der Verfassung von Berichten zu diesem Thema („ich will nicht jede Woche schreiben, dass wir uns alle mehr bewegen müssen um dem Herzinfarkt vorzubeugen“), fand sie es etwas später angemessen regelmäßig über Lauftermine zu berichten. Eine zweite Gesprächspartnerin wollte in einer „erzählerischen“ und „nicht kritischen Art und Weise“ über neue Regeln und Vorschriften im Gesundheitsbereich berichten, wollte sich aber kurz darauf „keine Vorschriften zum Thema Gesundheit machen lassen“. Man sprach sich gegen „Gesundheitsfaschismus“ aus, setzte aber gleichzeitig Gesundheitsförderung mit Gesundheit, Gesundheitsvorsorge und Gesundheitspolitik gleich, die man positiv besetzte.

Zur Gastronomie hatten die interviewten MedienvertreterInnen keine, zu Polizei und Sozialarbeit gelegentliche Kontakte, die Politik war zumeist ihr „Hauptinformationspartner“. Wiewohl für Wien auch „Bezirksvorstellungen“ erwähnt werden, ist der Hauptinformationspartner im Rathaus zu finden, in Niederösterreich aber im Bezirk/ der Stadt. Die Politiker stellten ihrerseits die Beziehungen zu den Medien kritischer dar – als Beziehung zwischen zwei Systemen, die nach unterschiedlichen Prinzipien funktionieren: Prinzipiell – so meinten die Bezirkspolitiker in Wien – könnten Medien präventiv tätig sein, wie sie auch über Erreichtes objektiv berichten könnten, aber sie seien an Sensationen und Emotionen interessiert und ließen sich von Politikern „bedienen“. In Niederösterreich war man etwas positiver gestimmt: Verspreche man exklusive Informationen, ließen die lokalen Journalisten mit sich reden und „hielten sich raus“. Aber auch hier findet man die Berichterstattung der Bezirksmedien zu wenig objektiv und zu negativ.

6.3 Gegenöffentlichkeit ?

Medien folgen eigenen Prinzipien, und sie sind – zumindest in ihren kommerzialisierten, globalisierten Versionen – durch lokale Politik nicht steuerbar. Allerdings interessieren sie sich – ihren Prinzipien folgend – auch nur im Ausnahmefall für lokale Ereignisse. Der lokalen Ereignisse nehmen sich auf kontinuierliche Weise nur die Bezirksmedien an, die in ihren gedruckten wie online Versionen beste Reichweiten erzielen. Aus diesen und aus weiteren unten genannten Gründen dürften *Bezirksmedien* die besten Voraussetzungen mitbringen, mit Polizei und Sozialer Arbeit unter bezirkspolitischer Koordination zu kooperieren. Zwar folgen auch Bezirksmedien kommerziellen Interessen – wie ja schon aus der Beschreibung der wichtigsten Bezirkszeitungen in Wien und Niederösterreich in Kapitel III 1 hervorging – doch zeigen die Interviews mit Medienvertretern auf lokaler Ebene ihr Interesse an und ihr Potential zur Kooperation.

Die Bezirksmedien sind vom Austausch mit der Bezirkspolitik abhängiger als andere Medien, da sie auf das überschaubare, von dieser verwaltete und gestaltete Bezirksleben fokussiert sind und über Ereignisse und Personen berichten, die den zahlreichen Lesern und LeserInnen vielfach persönlich bekannt sind: Dies könnte ein wirksameres ethisches Korrektiv der

Berichterstattung sein, als der Ehrenkodex des österreichischen Presserates, dessen Ausweitung von allen Interviewten klar und deutlich abgelehnt wurde.

Die Bezirksmedien haben teils Kontakte zu Polizei und Sozialarbeit ausgebildet, und sie sind auch mit anderen Einrichtungen vernetzt, was ihre Einbindung in eine lokale Kooperation noch interessanter macht. Die lokale Kooperation mit den Bezirksmedien kann aufgrund ihrer Eigenschaft als Informationsträger freilich auch die Ausbildung einer lokalen Sonderwelt erleichtern, in der die integrativen Effekte der Zusammenarbeit von der Entwicklung feindseliger Haltungen gegenüber bezirksfremden oder bezirksfernen Strukturen überschattet sind. Anders ausgedrückt: Die Gegenöffentlichkeiten, deren Aufbau durch Einbindung der Medien in die lokale Kooperation möglich wird, können durch lokalen Zusammenhalt bestimmt sein, sie können andererseits aber auch selbstkritische Kräfte binden und die Entwicklung feindselige Haltungen gegenüber den Umwelten des Bezirks fördern.

Auf Bezirksebene sind Medien präsent, die sich – wie Kapitel III zeigte – in vielerlei und nicht zuletzt in ideologischer Hinsicht unterscheiden. Nicht beschrieben wurden Medien von Organisationen, die immer auch deren Interessen vertreten, wie etwa das durch die Interviews vertretene Amtsblatt “St. Pölten konkret“, das als „Sprachrohr des Bürgermeisters“ fungiert, aber die „Wirtschaftlichkeit im Auge behalten muss“. Berücksichtigt man also, dass Medien nicht nur kommerzielle Anliegen haben, sondern auch die Anliegen ihrer Besitzer transportieren wollen, scheint es für lokale Kooperationen am günstigsten, möglichst alle Medien einzubinden, die auf Bezirksebene aktiv sind.

V. FRAGEN UND ÜBERLEGUNGEN ZUR KOOPERATIVEN GESTALTUNG DES ÖFFENTLICHEN RAUMES

Zwei Anmerkungen sind der Darstellung und Diskussion der Ergebnisse von AGORA voranzustellen. (1) Die in AGORA gesammelten Erfahrungen und gewonnen Einsichten sind *nicht Erkenntnisse, die im Sinne einer „best practise“* direkt durch andere Projekten übernommen werden können. Die Einsichten, die sich aus Erhebungen, Analysen, Vernetzungsarbeit, Feldwiderständen und Anpassungen des Projektdesigns ergaben, werden adäquater Fragen formuliert, die die eingangs skizzierten Konzepte von Vernetzung, Stakeholder und öffentlichem Raum nochmals aufgreifen. In den Abschnitten zwei, drei und vier dieses Kapitels werden Überlegungen zu drei solcher Fragen angestellt. Im letzten Abschnitt wird ein Thema aufgegriffen das am Beginn des Projektes im Projektbeirat zu heftigen Kontroversen führte: AGORA eröffnete auch hierzu ungeplante und überraschende Einblicke.

(2) Die vier *primären Zielgruppen konnten*- wenn auch in unterschiedlichem Maße – *durch AGORA erreicht werden* – die Polizei, die im öffentlichen Raum tätige Soziale Arbeit, Gastronomie und die Medien. Die beiden Dienstleister Polizei und Sozialarbeit wurden in allen sechs Untersuchungsgebieten durch das Projekt weit besser erreicht als die Wirtschaftszweige Gastronomie und Medien. Das ist zweifellos in dem Umstand begründet, dass Polizei und Sozialarbeit durch AGORA intensiver angesprochen wurden, das hat aber auch weitere Gründe, auf die noch einzugehen sein wird. Auch ist zu berichten, dass alle Zielgruppen in der Großstadt etwas besser zu erreichen waren als in den ausgewählten ländlich- kleinstädtischen Regionen – nicht zuletzt deshalb weil sie hier quantitativ zahlreicher vertreten sind.

In diesem Zusammenhang ist als erstes Ergebnis zu berichten, dass Polizei und Soziale Arbeit nicht nur in den Bezirken erreicht wurden, in denen Erhebungen stattfanden und Vernetzungsarbeit geleistet wurde, sondern auch in benachbarten Bezirken und auf

Länderebene. Die internationale Tagung und die vom Europäischen Zentrum organisierte begleitende Seminarreihe zu AGORA leisteten wichtige Beiträge zur Kontaktnahme mit wie auch zwischen den beiden Zielgruppen – auf interprofessioneller, wie auf intraprofessionell – länderübergreifender Ebene.

1. AUSGEWÄHLTE ERGEBNISSE

Die Erhebungen über die aktuelle Zusammenarbeit von Sozialer Arbeit und Polizei (Beobachtungen und Interviews) zeigen große Unterschiede für die beiden Bundesländer auf: Zum einen war die, im öffentlichen Raum tätige Soziale Arbeit in Wien weit ausgebauter und diversifizierter als in Niederösterreich, zum anderen arbeitete sie weit enger mit der Polizei zusammen.

Die unterschiedliche Vernetzung von Polizei und Sozialer Arbeit in Wien und Niederösterreich ist im Zusammenhang mit Unterschieden des öffentlichen Raums in großstädtischen und kleinstädtisch-ländlichen Regionen zu sehen wie mit den unterschiedlichen Problemträgern und Problemfeldern, die ihm zugerechnet werden. Primäre Zielgruppe der Polizei und der Sozialen Arbeit in den ländlich- kleinstädtischen Bezirken sind offensichtlich die jugendlichen und jungen Männer. Der Generationenkonflikt, der sich in der Konzentration auf diese Zielgruppe abbildet, wird im öffentlichen Raum von der Polizei – mehr oder minder im Alleingang – bearbeitet, im privaten Bereich – das heißt im Kontext familiärer Strukturen – ist die Soziale Arbeit für die entsprechenden Probleme zuständig. Treten weitere Konflikte auf – wie zum Beispiel mit Migranten – werden sie mit dem Generationenkonflikt zur Deckung gebracht. Die öffentlichen Räume werden solcherart nachvollziehbar gestaltet und mit einfachen (polizeilichen) Mitteln einer Ordnung unterworfen.

Der öffentliche Raum in Wien beherbergt komplexere Probleme und Konflikte und wird von multi-professionellen Einrichtungen unterschiedlicher Ausrichtung auf strategischen, wie operativen Politikebenen bearbeitet. Entscheidungen über „Problemzonen“ werden zentral auf Länderebene – maßgeblich im Rahmen der Sucht- und Drogenkoordination – getroffen, wie auch die Vernetzung von Polizei, Sozialer Arbeit und anderen Berufsgruppen im Dienst der

Befriedung dieser Problemzonen auf Länderebene erfolgt. Die SDW ist nicht die einzige vernetzende Einrichtung, die Kooperation der beiden Dienstleister wird auch in anderen intersektoralen Politikfeldern – wie zum Beispiel der Jugendarbeit – organisiert. In Favoriten, so zeigen die Erhebungen, kooperieren Polizei und Soziale Arbeit auch auf informeller Ebene im Regionalforum.

Im Projektverlauf wurde bald ersichtlich, dass die Zusammenarbeit zweier so unterschiedlicher Organisationen, wie der Polizei und der Sozialen Arbeit, einer Vermittlung (einer „Schnittstelle“) bedurfte. Und es konnte ein Stakeholder des öffentlichen Raumes identifiziert werden, der im Projektplan nicht berücksichtigt gewesen, für die nachhaltige, strukturelle Verankerung der Kooperation zwischen Polizei und Sozialer Arbeit jedoch bestens geeignet war: die Bezirkspolitik.

Die Bezirkspolitik konnte allerdings nur in Niederösterreich in die Vernetzungsarbeit mit Polizei und Sozialer Arbeit eingebunden werden, der hier nachhaltiger Erfolg beschieden war: Polizei und Soziale Arbeit – die vordem nicht miteinander kommuniziert hatten – begannen sich bei von der Bezirkspolitik einberufenen Treffen auszutauschen, und es wurden erste Schritte zu einer offiziell akkordierten und strukturell verankerten Zusammenarbeit gesetzt. Schon die ersten Kooperationsschritte brachten Änderungen für die Situation der sekundären Zielgruppe: Jugendliche, die die Jugendschutzgesetzte verletzt hatten (etwa unter der erlaubten Altersgrenze öffentlich getrunken hatten) wurden von der Polizei nicht wie bisher angezeigt und/oder mit Hilfe der Rettung „entsorgt“, sondern der Sozialen Arbeiter zugeführt.

In Wien versuchte AGORA bei der Vernetzungsarbeit von Polizei und Sozialer Arbeit an die informelle Kooperation bezirksspezifischer Einrichtungen und Berufsgruppen im Rahmen von Bezirksforen anzuknüpfen, scheiterte jedoch an deren Desinteresse. Der Beitrag, den AGORA zur Vernetzung leisten konnte, beschränkte sich in Absprache mit der SDW auf Interviews mit Bezirkspolitikern, die deren Interesse an Kooperationsvereinbarungen zwischen Polizei und Sozialer Arbeit erkunden sollten. Die Bezirkspolitiker berichteten über vielfältige eigene Vernetzungsaktivitäten auf informeller Ebene, zeigten sich an einer offiziellen Vernetzung auf Bezirksebene jedoch wenig interessiert.

Das generelle Projektziel „Weiterentwicklung der Kooperation“ wurde bei der Zielgruppe Gastronomie verfehlt, die die Vernetzung mit Polizei, sozialer Arbeit und Medien als gegen ihre Geschäftsinteressen gerichtet wahrnahm. An ihren Kontakten zu den anderen Zielgruppen konnte unter diesen Umständen nicht gearbeitet werden. Die angesprochenen Medien zeigten sich dem generellen Projektziel gegenüber ambivalent, doch ließen die Gespräche mit MedienvertreterInnen erkennen, dass die auf Bezirksebene aktiven Medien für eine gesundheitspolitisch orientierte Kooperation mit Polizei und Sozialer Arbeit zu gewinnen sein könnten.

2. WELCHE SCHNITTSTELLE FÜR DIE KOOPERATION? ORGANISATIONSFORMEN UND MACHTVERHÄLTNISSE

Die erste Frage gilt der Verknüpfung von Stakeholdern im öffentlichen Raum und welcher „Passtücke“ (Franz West) es bedarf, um Kooperationen aufzubauen. Welcher Institution kommt die strategische Entscheidung über Aufbau und Gestaltung von Kooperationen zu, welche Rolle haben dabei die betroffenen Stakeholderorganisationen? Wo kann und soll Kooperationen nachhaltig verankert werden? Welche Regeln gelten für Kooperationen, wer formuliert sie, wird die Einhaltung Kontrollen unterworfen werden und wenn ja, welchen?

Schon am Beginn der Projektarbeit wurde rasch sichtbar, dass Organisationsformen als kommunikations- und kontaktbestimmende Faktoren mitzudenken waren: Auf der einen Seite etwa die streng hierarchisch und nach militärischen Grundsätzen organisierte Polizei, auf der anderen Seite die hierarchisch „flach“ organisierten Einrichtungen der regional aktiven mobilen Sozialen Arbeit, deren unterschiedliche Trägerorganisationen, Auftrag- und Geldgeber auf unterschiedlichen regionalen Ebenen angesiedelt sind. Die gegensätzlichen Organisationsformen schlossen interprofessionelle Kontakte und Kooperationen nicht aus, doch konzentrierten sich diese – einige strategische Vernetzungen ausgenommen – auf die persönliche Ebene: So berichteten Mitarbeiter von Polizei und Sozialer Arbeit, die operativ in der Öffentlichkeit tätig waren und einander bei der täglichen Arbeit, möglicherweise mit denselben KlientInnen begegneten, über mehr oder minder regelmäßige Begegnungen und gelegentliche Zusammenarbeit. Die Faktoren, die in ihren Erzählungen die alltägliche Kooperation stifteten, waren überwiegend persönlicher Natur – vor allem „Sympathie“ – und

gemäß den Wünschen der Erzähler – in Wien, wie in Niederösterreich – sollte es auch bei dieser Art von Kontakten bleiben. Andere Formen der Vernetzung wurden abgelehnt – immer wieder auch im Namen der Anzeige –und Schweigepflicht – was sich anfänglich hemmend auf die konzeptive Arbeit der Steuergruppe niederschlug.

Mit fortschreitender Projektarbeit gelang es Vernetzung differenzierter zu betrachten und speziell die von der WHO hervorgehobene politische Dimension in ihrer Verästelungen zu lesen. Verständlich wurde, dass die Wiener und die Niederösterreichische Polizei zwar mit AGORA kooperierten – die Landespolizeibehörden hatten die Zusammenarbeit mit AGORA gutgeheißen und die Polizei von Wien und Niederösterreich waren in der Steuergruppe vertreten – doch dass die Kooperation nicht als (berufspolitischer) Auftrag der staatlichen Sicherheitsbehörde zur Vernetzung mit der Sozialen Arbeit zu lesen war. Auch waren die langfristigen Bemühungen, das Innenministerium als Fördergeber von AGORA zu gewinnen, erfolglos geblieben, was möglicherweise mit einem Vernetzungsauftrag von innenpolitischer Seite verbunden gewesen wäre. Ohne offiziellen polizeilichen Auftrag aber konnten und wollten die Projektgremien weder versuchen Polizei und andere Stakeholder zu verknüpfen, noch vorübergehend als Vermittler ihrer Vernetzung dienen.

Ein wichtiger Schritt im Projekt war die Aufnahme von Kontakten mit Bezirks- bzw. Stadtverwaltungen, die Interesse an der Kooperation von Polizei und Sozialarbeit im öffentlichen Raum zeigten, einem (Problem-)Feld, das ihrem Verwaltungshandeln zugeordnet ist. In der Wahrnehmung ihres Aufgabenbereiches förderten sie nicht nur die Zusammenarbeit der beiden staatlichen Dienstleister sondern waren auch willens den Wirtschaftszweig Gastronomie und die Kommunikationsbranche der Medien mit einzubinden, deren Interessensvertretungen wiederum die Bezirks- bzw. Stadtebene berücksichtigen. Damit sind bei weitem noch nicht alle Vorteile angesprochen, die den Bezirks- bzw. Stadtverwaltungen als Schnittstelle für die Vernetzungen der Stakeholder eignen.

Der „Nürnberger Sicherheitspakt“ (Frommer 2002), der zwischen der Polizeidirektion plus vier Großrauminnspektionen und dem von der Stadt gegründetem Direktorium Recht und Sicherheit abgeschlossen wurde, beabsichtigt die „Probleme der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Stadt (durch eine enge Verbindung von Sicherheitsbehörden und Polizei mit der Bürgerschaft und ihren Einrichtungen) gemeinsam erarbeiten, erkennen und sachgerecht

lösen zu können“. Der breit angelegte Vernetzung auf Stadtebene wurde auf der Grundlage eines differenzierten objektiven und subjektiven „Lagebilds“ eine „auf Dauer angelegte Struktur“ gegeben, die in zahlreichen Gremien, Arbeitskreisen, Partnerschaften, Sonderfunktionen und Einsatzkonzepten und durch eine in Schwerpunkte gegliederte allgemeine Strategie wie durch „eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen“ – Projekten – in Aktion tritt. Der Pakt zeigt eindrucksvoll, wie differenziert und gezielt die Zusammenarbeit auf Stadtebene in einzelne Kooperationen recht unterschiedlicher Natur umgesetzt werden kann.

Der Nürnberger Pakt eröffnet auch den Blick auf die geographisch- historische Einheit der Stadt, auf ihre Identität, die neben anderem durch speziellen Devianz- und Kontrolltraditionen geprägt ist. Die Überschaubarkeit der öffentlichen Räume macht Städte zu Arenen, auf denen sich lokale soziale Probleme und Konflikte vor Publikum entfalten, und vor Publikum bearbeitet werden. Beobachtbar sind hier auch akkordierte Aktivitäten von Polizei, Sozialer Arbeit und/oder privaten Einrichtungen, die im Modus des „Multi-Agency-Approach“ im Namen der Gesundheit, Sicherheit und/oder Ordnung im öffentlichen Raum des Bezirks tätig werden – und sich etwa in verändertem Anzeigeverhalten von Behörden und/oder im veränderten Austausch von Informationen zeigen (Funk 1995) . Dies eröffnet dem Bürger die Chance adäquate(re) Bearbeitung einzufordern und verschobene Machtverhältnisse zu thematisieren – wurde die Zusammenarbeit noch dazu nachvollziehbaren Regelungen unterworfen und wird die Bezirksöffentlichkeit (laufend) über den Stand der Vernetzung informiert, wie in Nürnberg,, ist der öffentliche Raum in seinen demokratiepolitischen Funktionen intakt und im Sinne der Ottawa Charter ein Nährboden und Forum „für Selbstbestimmung, soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit“ .

Wie AGORA zeigt, sind der Vernetzung von Polizei und Sozialer Arbeit durch Bezirks- bzw. Stadtverwaltungen noch weitere Grenzen gesetzt: Die Kooperation ist von (partei)politischen Konzepten und Taktiken abhängig, die auf übergeordneten Ebenen entschieden und verändert werden, und vom Interesse von Bezirkspolitikern, die – wie die Entwicklung in Wiener Neustadt zeigt – abwählbar sind.

In der Großstadt – konkret in Wien – ist die Bezirkspolitik fragiler als „am Land“ und möglicherweise als eigenständige Schnittstelle für die Vernetzung ungeeignet: Ihre

Möglichkeiten zu einer eigenständigen Identität sind eingeschränkter, insbesondere im Falle des öffentlichen Raumes, dessen Einheit in der Großstadt nicht nur ein verständliches (politisches) Anliegen, sondern auch de facto in höherem Maße gegeben ist. Wird – wie in Wien – die Vernetzung aber ausschließlich in den Aufgabenbereich einer oder mehrerer spezialisierter und eventuell halb privatisierter Steuerungseinrichtungen auf Länderebene gelegt, ist ein Informations- und Orientierungsdefizit gegeben.

Fazit: Die Kooperation so unterschiedlicher Organisationen, wie der Sozialarbeit und der Polizei in einem vielschichtigen Setting, wie dem öffentlichen Raum, bedarf der Vermittlung, bedarf einer Schnittstelle, die im ländlich –kleinstädtischen Bereich in der Bezirkspolitik, im großstädtischen Bereich in Einrichtungen mit länderpolitischen Aufgaben gut angesiedelt werden kann. Die Schnittstellenarbeit im Rahmen der Bezirks-, Stadt und Länderpolitik, bedarf ihrerseits jedoch übergeordneter Regelungen um Vielfalt nicht in Beliebigkeit umschlagen zu lassen, und um Information, und Orientierung für alle Betroffenen sicher zu stellen. Letztlich sind wohl auch nachhaltige Strukturen der Kooperation vor allem auf nationaler Ebene unter Einbeziehung aller Stakeholderorganisationen zu etablieren.

3. WELCHE STAKEHOLDER FÜR DIE KOOPERATION? BEGEGNUNGEN ZWISCHEN UNTERSCHIEDLICHEN SYSTEMEN

Im Laufe der Projektarbeit differenzierte sich das Profil aller Stakeholder, wurde ihre objektive gesellschaftliche Position, wie ihre subjektive Positionierungen erkennbarer und klärten sich die unterschiedlichen Voraussetzungen für und Möglichkeiten zu Kooperationen. In eingangs eingeführten sozialwissenschaftliche Begriffen ausgedrückt wurden aus gesellschaftlich nicht positionierten Stakeholdern mit offenen und multiplen Beziehungsmöglichkeiten Interessensgruppen mit Beziehungspräferenzen, die in ihrem jeweiligen Aufgabenbereich strukturell verankert sind.

Unter dem Aspekt des Interesses gewinnen Polizei und Soziale Arbeit an Nähe: So unterschiedlich ihre Organisationsformen und die berufsspezifischen Methoden auch sein mögen, so zeigen doch Inhalt und Kontext ihrer Arbeit in öffentlichen Räumen viele Gemeinsamkeiten: Polizei und Soziale Arbeit reagieren auf auffälliges Verhalten sich partiell

überlappender Klientengruppen. Auffälligkeiten, die sich im öffentlichen Raum abspielen, sind teils temporär Natur, teils aber auch in sozialer Deprivation und Isolation, in devianten Lebensstilen und gesundheitlichen Problemen wurzelnd. Mit ihrer Arbeit nehmen sie auch Interessen des Staates wahr, die in letzter Konsequenz auf die Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Strukturen gerichtet sind (siehe II 2). Objektiv betrachtet, können beide Berufsgruppen aus der Kooperation gewinnen, und die eigene Arbeit entlasten, doch wird – wie auch AGORA zeigte – der mehr als persönlichen Vernetzung von der Polizei und in geringerem Maße von der Sozialen Arbeit Widerstand entgegengesetzt, der vielfach mit „alten Vorurteilen“ erklärt wird.

Die „alten Vorurteilen“ der Sozialarbeiter wurzeln in der ungleichen gesellschaftlichen Position der beiden Berufsgruppen: Sozialarbeiter suchen – wie die Interviews zeigten – der Kooperation auszuweichen, um sich nicht der eigene Schutzbedürftigkeit auszusetzen, die gegenüber der mit staatlicher Zwangsgewalt ausgestatteten machtvollen und ungleich größeren Polizei zu Tage tritt. Die „alten Vorurteile“ der Polizei wurzeln in der Nähe der Sozialen Arbeit zu Klienten und drücken den Argwohn aus, die Ersten könnten ihr die Zweiten entziehen. Die nicht komplementären „alten Vorurteile“ der beiden Berufsgruppen verweisen auf unterschiedliche „Systemlogiken“, die bei allen Vernetzungsaktivitäten zu berücksichtigen sind: „Systemkooperation“ erfordert „Systemtransparenz“ – Einsicht in die Logik der jeweils anderen Organisation – und die Bereitschaft sich beeinflussen zu lassen und zu „lernen“ (Stangl, Neumann 2013).

Die Interessen des Wirtschaftszweiges Gastronomie folgen einer gänzlich anderen „Systemlogik“: Im Mittelpunkt steht das Geschäftsinteresse, das durch die obligatorische Mitgliedschaft der Gastronomen in der staatlichen Interessensorganisation der Wirtschaft – der Wirtschaftskammer – gesellschaftlich anerkannt ist. Das Geschäftsinteresse ist – wie AGORA zeigt – der primäre Bezugspunkt für berufsbezogene Aktivitäten und daher werden Kooperationen mit anderen „Gestaltern“ des öffentlichen Raumes abgelehnt. Als geschäftsschädigend werden auch Konsumeinschränkungen bei Tabak und Alkohol gesehen, wobei sich die Gastronomen immer wieder auch in der (moralischen) Rolle eines (selbsternannten) Verteidigers der „Konsumfreiheit“ gefallen.

Das subjektive Gefühl zu den Verlierern rezenter gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse im Gesundheitsbereich, aber möglicherweise auch in anderen Politikfeldern zu zählen, mag dazu geführt haben, dass sich im Gastronomiebereich Desinteresse am öffentlichen Raum und am Gemeinwohl breitgemacht hat und die Gaststätte subjektiv als Variante eines privaten Raumes wahrgenommen wird. Dafür spricht die Position die Stammgästen eingeräumt wird, die sich privilegierter Bedienung, wie besonderer Verhaltensfreiheiten erfreuen und die zumindest implizit die informelle „Hausordnung“ mitbestimmen und an ihrer Durchsetzung mitarbeiten. Dafür spricht aber auch die in den letzten Jahren erfolgte Gründung von privaten Vereinen und Stammtischen neben der öffentlich-staatlichen Interessensvereinigung, bei denen die Wirte sich ihrerseits in die Position von Stammgästen begeben.

Die Gastronomie folgt einer Systemlogik, die sich so sehr von jener der Polizei und der Sozialen Arbeit unterscheidet, dass an eine freiwillige Systemkooperation mit den staatlichen Dienstleistern derzeit nicht zu denken ist. Die Systemlogik schließt das gesamte Personal von Gaststätten ein, also auch die privaten Sicherheitsdienste, deren Tätigkeitsprofil oberflächlich betrachtet jenem der Polizei ähnelt, die jedoch ihren privaten Arbeitgebern verpflichtet bleiben: Sie sichern und ordnen private Räume, entlang privater Regeln und privater Auslegungen öffentlicher Normen durch deren Besitzer. Kooperationen scheinen derzeit nur unter (politischem) Druck möglich, der den Gastronomiebereich noch weiter in die Position des Verlierers triebe. Gesundheitsfördernde, die Geschäftsinteressen anerkennende und ausschließlich auf die Gastronomie zugeschnittene Kooperationsangebote durch die Gesundheitsförderung und Suchtprävention versprechen größere Akzeptanz : Man darf auf den Erfolg der Initiative „Tut gut Wirte“ bei niederösterreichischen Gastronomen gespannt sein, die auf die Verbesserung der Qualität des Angebotes setzt und auf den, mit einem gegensätzlichen Konzept arbeitenden Schulungsangebot „Responsible Serving Alcohol“, das die Kompetenzen des Personals im Umgang mit alkoholisierten Gästen steigern will. Aber möglicherweise sind Gastronomen am einfachsten in kleinräumige und zeitliche begrenzte Projekte einzubinden, die sich auf den öffentlichen Raum vor ihrer Eingangstüre beschränken und die der Bearbeitung konkreter Alltagsprobleme gewidmet sind, wie bei dem Projekt von SAM.

Die wiederum anders geartete Systemlogik der Medien enthält mehr Berührungspunkte zu Polizei und Sozialer Arbeit, und objektiv gesehen verspricht sie Gewinn aus möglichen

Kooperationen – Systemkooperationen dürften dennoch in weiter Ferne liegen. Die Medien haben sich in den letzten Jahrzehnten weiter kommerzialisiert und sind wie die Gastronomie durch Geschäftsinteressen geprägt. Aber anders als die letzteren sind sie abhängig von Polizei und Politik, die wertvolle Informationsquellen vor allem für die Bezirksmedien darstellen. Die Kooperation mit Polizei und Sozialarbeit könnte den letzteren sogar zu einer Vorzugsposition verhelfen, für die sich mit dem Aufbau einer gesundheitsfördernden „Gegenöffentlichkeit“ auf Bezirksebene danken ließe.

Gesundheitsfördernd und „gegen“ den Boulevard gerichtet ist- wie sicher nicht nur die interviewten Journalisten wissen – über konkrete Menschen, über Sorgen, Konflikte und Probleme, wie über erfolglose und erfolgreiche Bewältigungsversuche differenziert zu berichten, statt Ereignisse in Skandalschablonen zu präsentieren. Aber solche Art von Berichterstattung wird – wie die Interviews zeigen – auf subjektiver Ebene mit gewisser Geringschätzung belegt: Der durch den Boulevard und die Social Media geprägte Werteskala kann „Journalist“ sich schwer entziehen.

Auf der Ebene der vernetzenden Organisationen schließlich mangelt es an Strukturen, in denen für Klärung und Veröffentlichung bestehender Netzwerke Sorge getragen wird, und weitergehender Vernetzungsbedarf erörtert werden kann. Nicht zuletzt käme diesen Strukturen auch die Aufgabe zu, die Rahmenbedingungen kooperativen Handelns zu regeln – Stichworte Anzeigepflicht und Schweigepflicht –, Belastungen zu erfassen, die aus Kooperationen für alle Beteiligten entstehen und Maßnahmen zu treffen, sie so gering wie möglich zu halten. Mit anderen Worten: Bedarf die Kooperation der Stakeholder einer Vernetzungs- Schnittstelle, bedürfen die Schnittstellen ihrerseits eines Rahmens der aus traditionellen (regelnden) Politikelementen besteht, die von hierarchisch übergeordneten Ebenen eingesetzt werden.

Fazit: Bei der Gestaltung von Kooperationen ist es nützlich, potentielle Kooperationspartner nicht nur als Stakeholder zu betrachten, sondern auch als Interessensgruppen mit gewachsenen Organisationsstrukturen und strukturell verankerten, wie affektiv besetzten Beziehungsgefügen. Im Kontext des Konzeptes von Interessensgruppen sind Vernetzungen und Kooperationsbildungen als tiefgreifende Veränderungsprozesse von Organisationen und Umwelten zu sehen. Damit verbunden ist das Ansinnen zu sehen, die Rahmenbedingungen

für kooperatives Handeln, wie für Vernetzungen zu regeln – mit dem Anliegen Maßnahmen gegen mögliche negative Folgen zu erfassen und dadurch auch Angst und Widerstand bei den Betroffenen zu reduzieren.

4. WELCHE STRUKTUR FÜR DIE KOOPERATION? ZUSAMMENARBEIT UND VERNETZUNG

Im ursprünglichen Projektplan war von Kooperation und Zusammenarbeit nicht aber von Vernetzung die Rede. Kooperation und Zusammenarbeit wurden im Laufe der Projektarbeit zunehmend durch den Begriff der Vernetzung ersetzt, der im Feld, wie in der Wissenschaft für alle Formen professioneller Kooperation eingesetzt wird (etwa Benz et al 2007). Die Begriffe Vernetzung und Netzwerk lenken die Aufmerksamkeit auf das Verknüpfen und Verknüpft sein von Personen und Einrichtungen, und lenken Fragen nach den Ebenen und Formen der Zusammenarbeit ab. Im Laufe des Projektes nahm der Eindruck zu dass der Begriff Vernetzung auch für den Widerstand steht, sich mit der alltäglichen Zusammenarbeit von Organisationen zu befassen, über sie zu entscheiden und sie zu gestalten.

Die gleiche Funktion dürfte der Vorliebe für Zusammenarbeit auf persönlicher Ebene zukommen, die vorzugsweise auf „Sympathie“ beruht. Ohne Zweifel bereichert Sympathie die Zusammenarbeit: durch emotionale Komponenten, wie wohl auch durch die Freiheit, den beruflichen Alltags auch einmal selbst zu gestalten und sich der Zusammenarbeit aus persönlichen Gründen wieder zu entziehen. Auf Organisationsebene kehren sich diese Vorteile allerdings in Nachteile um: Sympathie ist keine stabile Grundlage für Zusammenarbeit von Organisationen; der persönlich gestaltete beruflichen Alltag mit Partnern aus anderen Organisationen kann von eigenen Aufgaben und Arbeitszielen entfremden; Kunden und Klienten können durch unverlässliche Kooperationen enttäuscht oder des Vertrauens in die betroffenen Organisationen beraubt werden.

Die persönliche Ebene der Zusammenarbeit wird in Wien durch das vielfältige Schulungsangebot diverser Einrichtungen – wie etwa des Institutes für Suchtprävention und des Institutes für Freizeitpädagogik – bestätigt, das sich – geht man von den Stakeholdern von AGORA aus – ausschließlich an Einzelpersonen vorzugsweise aus Polizei und Sozialarbeit

richtet. Die Mitarbeiter der beiden verschiedenen Berufsgruppen treten dabei gemeinsam als Lernende auf, oder als Lehrende für den jeweils anderen. Der Vollständigkeit wegen sei angemerkt, dass auch in AGORA ursprünglich die Ausarbeitung eines gemeinsamen Curriculums für Polizei und Soziale Arbeit geplant gewesen war.

Anhand von Veranstaltungen lässt sich erfassen, wie schwierig die Kooperation trotz vielfacher Vernetzung geblieben ist. So wurde im Rahmen des Seminars „Polizei & Sozialarbeit“, das von der Caritas organisiert wurde und an dem zwei Mitglieder der Steuergruppe von AGORA maßgeblich mitwirkten, ein Workshop der Analyse misslungener Kommunikation zwischen den beiden Berufsgruppen gewidmet. Die Fälle, die von den teilnehmenden Polizisten und Sozialarbeitern eingebracht wurden, machen ersichtlich, dass es nach wie vor an der Kenntnis und Akzeptanz der Ziele und Arbeitsregeln der jeweils anderen Berufsgruppe und an interprofessionellem Vertrauen mangelt. Im Workshop wurden auch intraprofessionelle Differenzen erkennbar, die im interprofessionellen Rahmen aber gut bearbeitet werden konnten (Haberhauer 2014).

Die im Seminars bearbeiteten Themen lassen sich in einem Modell der Kooperationsentwicklung verorten, das vier Entwicklungsschritte unterscheidet: In einem ersten Schritt sollte (1) *wechselseitige (Organisations-) Beobachtung* eingeführt werden, die möglichst auf Dauer gestellt ist. Sie führt zu (2) *wechselseitiger (Organisations-) Transparenz*: Die Praxis des jeweils anderen wird nachvollziehbar, die Regeln, die sie anleiten, die Prioritäten, die gesetzt werden, die „No Goes“. Dies führt dazu, dass die eigenen Aufgabenstellungen und Organisationsziele und -abläufe abgestimmt auf die des anderen weiterentwickelt werden können. Je transparenter die Organisationen füreinander sind, desto eher wird es gelingen, den jeweils anderen zu respektieren und mit ihm zu kooperieren. Daraus entsteht (3) *(Organisations-) Vertrauen*, etwa dass Informationen nicht missbraucht werden oder auch dass Loyalität aufrechterhalten wird. Nun kann sich auch ein gemeinsamer „Spirit“ (eine Ethik) in Bezug auf das Problemfeld, in dem kooperiert wird, entwickeln, der wiederum die (4) *Kohäsion* zwischen den Organisationen stärkt, den subjektiven (gefühlten) wie objektiv (funktionsabhängigen) Zusammenhalt.

Wird das geschilderte Seminar für Polizei und Soziale Arbeit als Indikator für den Stand der Kooperation zwischen den beiden Berufsgruppen eingesetzt und anhand des Modells der

Kooperationsentwicklung beurteilt, ist festzuhalten, dass sich die Zusammenarbeit vor allem auf den ersten beiden Stufen des Kennenlernens bewegt. Die Arbeit an der Reflexion der eigenen Praxis allerdings verweist auf den erfolgreichen Abschluss der Stufe 2, auf den gelungenen Aufbau eines „mental und sozialen Raumes“ (Briggs 1999), in dem das Verständnis der eigenen Praxis mit dem Verständnis der Praxis des jeweils anderen wachsen kann.

Auf Stufe 1 und 2 sind auch die kooperationsbildenden Aktivitäten der Polizei von St. Pölten und Wiener Neustadt anzusiedeln, die auf Initiativen von AGORA zurückgehen (siehe IV2). Doch liegen diesen Aktivitäten Entscheidung der Polizeiorganisation des Bezirks zugrunde und versprechen sie daher zumindest rascheren Erfolg beim Aufbau eines reflexiven Raumes. An einzelne Mitarbeiter gerichtete Schulungsprogramme überfordern in dem sie diesen die Verantwortung für die Kooperation aufbürden und entlasten die Organisation, die sich weder offiziell für die Zusammenarbeit entscheiden muss, und sich im Falle des Misslingens dem Misstrauen und der Konkurrenz der avisierten Partnerorganisation wie auch der Öffentlichkeit und den Medien entziehen kann.

Die Skizze der in der Kooperationsbildung zwischen Polizei und Sozialarbeit erreichten Entwicklungsstufe wäre unvollständig, würde nicht daran erinnern, dass Ziele und Aufgaben der beiden Organisationen in beiden Bundesländern – aber weit intensiver in Wien – in diversen Gremien abgestimmt werden. Auf strategischer, wie auf operativer Ebene (Regionalforen) findet dies allerdings im Rahmen von Vernetzungen statt, die auch noch andere Einrichtungen als Polizei und Soziale Arbeit umfassen – und die daher mehr Schnittstellenarbeit leisten, als Zusammenarbeit zwischen den beiden Berufsgruppen aufbauen. Die jeweils andere Ebene wird in Abstimmung nicht einbezogen, und – glaubt man wiederholten Auskünften – nicht einmal ausreichend über die Abstimmungen informiert. Im Sinne des hier vorgestellten Kooperationsmodells werden also bestenfalls Organisationsteile in Zusammenarbeit eingeübt, die ihrerseits wenig Kontakt haben.

Aber auch fragmentierte Vernetzung hinterlässt Spuren in den beteiligten Organisationen und sie löst – da eben immer nur ein Teilstück und nicht transparent- ein Übermaß an Unsicherheit und Angst und damit von Widerstand aus. Womit sich der Kreis dieses Abschnitts schließt, der mit der Abwehr durch Vernetzung und persönliche Kommunikation

begonnen hat. Auf allen Ebenen abgewehrt werden wohl die Veränderungsprozesse, die stattfinden müssen, wird Zusammenarbeit von Organisationen aufgebaut, die bis dahin in abgedichteten Politikfeldern ihrer Arbeit nachgingen: „Veränderungsprozesse in Organisationen verlangen jeder Mitarbeiterin und jedem Mitarbeiter ab, dass er oder sie sich auf Neues und somit Unbekanntes einlässt. Selbst wenn Gratifikationen und mögliche Verbesserungen für das berufliche Leben in Aussicht gestellt werden, gehen Wandlungen immer auch mit einem gewissen Maß an Verlust von bisher bestehender Sicherheit einher“ (Steinhardt, Datler 2005).

Fazit: Der Aufbau von Kooperation zwischen unterschiedlichen Organisationen wie die der Polizei und der Sozialen Arbeit ist ein langfristiges Unternehmen, das die beidseitige Bereitschaft zu Veränderungsprozessen auf kognitiver, wie affektiver Ebene voraussetzt. Bevor (nachhaltige) Strukturen von Kooperation entwickelt werden können, ist den Widerständen Rechnung zu tragen, die den Veränderungsprozessen entgegengesetzt werden. In welchem Ausmaß und Detail Ziele, Aufgaben und Arbeitsstruktur der beteiligten Organisationen aufeinander abgestimmt werden müssen, um die gewünschte Kooperation im bezeichneten Politikfeld zu entwickeln, kann erst nach erfolgreicher Bearbeitung der Widerstände geklärt werden.

Literatur

- Arbeitsmarktservice Österreich (2014). Grafisches Arbeitsmarkt Informationssystem Bezirksprofile 2014
- Beccaria, Franca (2008) The Italian Alpini annual event, presentation at the Workshop "Intoxication and intoxicated behaviour in contemporary European cultures, International Workshop at the European Centre for Social Welfare Policy and Research, Vienna
- Benz, A., Lütz, S., Schimank, U., Simonis, G. (Hg.) (2007) Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder, Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden
- Briggs, S. (1999) Links between infant observation and reflective social work practice, in: Journal of Social Work Practice, Vol. 15, No. .2
- Brugha, R., Varvasovsky, S. (2000): Stakeholder analysis: a review, in: Health Policy and Planning, 15 (3): 239-246
- Dietscher, Ch. (2006) Was ist Gesundheitsförderung? Definitionen, Umsetzungsmöglichkeiten und Entwicklungen in Österreich, in: Österreichische Pflegezeitschrift nr. 1
- Dreiländerkongress (2011) Neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit, Themenpaper und Call for Papers, Leopold Franzens Universität Innsbruck
- Dür, W. (2014): Change – if you can. Multiprofessionelle Praxis und intersektorale Politik in der Gesundheitsförderung, Occasional Seminar begleitend zum Projekt AGORA, Dezember 2013, Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung, Wien (PPP)
- Edwards, G. et al (1994) Alcohol Policy and the Public Good, Oxford University Press, Oxford
- Eisenbach-Stangl, I., Bernardis, S., Fellöcker, K., Haberhauer-Stidl, J., Schmied, G. (2008): Jugendliche Alkoholszenen. Konsumkontexte, Trinkmotive, Prävention, Occasional Publication Series des Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung, Wien

- Eisenbach-Stangl, I., David, A., Dressel, M. (2009): „Viennese Blend“: Municipal drug services, their development and their governance, in: Drugs: education, prevention and policy, vol. 16 86), pp. 537 - 549
- Eisenbach-Stangl, I., Moskalewicz, J., Thom, B. (2012): Two Worlds of Drug consumption in Eisenbach-Stangl, I., Thom, B. (2009) Intoxication and Intoxicated Behaviour in Contemporary European Cultures: Myths, Realities and the Implications for Policy, (Prevention) Practice and Research, policy brief of the European Centre for Social Welfare Policy and Research.
- Eisenbach-Stangl, I. (2015): Stakeholder and Interest Group, unveröffentlichtes Manuskript für ALICE RAP, Workpackage 2
- Enquete (2011): Enquete Polizei und Jugendarbeit „Von der Kooperation zum Netzwerk“, Dokumentation
- Frommer, H. (2002): Der Nürnberger Sicherheitspakt, Manuskript
- Funk, A. (1995): Die Fragmentierung öffentlicher Sicherheit: Das Verhältnis von staatlicher und privater Sozialkontrolle in der politikwissenschaftlichen Diskussion, in: Sack, F., Voß, M., Frehsee, D., Funk, A., Reinke, H. (Hrsg.) Privatisierung staatlicher Kontrolle: Befunde, Konzepte, Tendenzen, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden- Baden , S. 38-55
- Gaugg, Corina/ Kuri, Bernhard (2011). Sozialraumanalyse und Konzept Hollabrunn, MOJA.
- Gerhard Strohmeier (2014) Öffentlichkeit im Dorf? , Occasional Seminar begleitend zum Projekt AGORA, Oktober 2014, Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung, Wien
- Haberhauer, J. (2015) Protokoll zum Seminar „Polizei und Sozialarbeit“, Manuskript
- Habermas, J. (1962) Strukturwandel der Öffentlichkeit, Luchterhand Verlag, Frankfurt am Main
- Habermas, J. (1990) Vorwort zur Neuauflage, in: Habermas, J. : Strukturwandel der Öffentlichkeit, Suhrkamp, Frankfurt
- Hitzler, R. (2011) Was ist der „gut informierte Bürger heute? Renovierungen einer Sozialfigur, in: Dreiländerkongress, Themenpapier und Call for Papers, Innsbruck, Leopold Franzens Universität
- Jugendreferat NÖ Landesregierung, Pilotprojekt Hollabrunn (Internetquelle)
- Koderhold, Matthias (Hrsg.) (2014). Analyse Einkommen in NÖ 2013. Die Löhne und Gehälter der niederösterreichischen ArbeitnehmerInnen, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich

Late Modern Societies, Ashgate, Farnham

Leichsenring, K. (2014): Intersektorale Politik und ihre Folgen für Individuum und Gesellschaft, Occasional Seminar begleitend zum Projekt AGORA, April 2014, Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung, Wien (PPP)

Lueger, M. (2000): Grundlagen qualitativer Feldforschung, Wiener Universitätsverlag, Wien

Nowak, P. (2014): Health in All Policies. Warum intersektorale Zusammenarbeit entscheidend ist für die Gesundheit der Bevölkerung., Occasional Seminar begleitend zum Projekt AGORA, Dezember 2014, Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung, Wien (PPP)

Obholzer, A. (1997): Das Unbewußte bei der Arbeit, in: Eisenbach-Stangl, I., Ertl, M. (Hg.): Unbewußtes in Organisationen. Zur Psychoanalyse von sozialen Subsystemen, Facultas, Wien

Offe, K. (1975): Berufsbildungspolitik. Eine Fallstudie über Reformpolitik, edition suhrkamp, Frankfurt am Main

Österreichischer Integrationsfonds (2015). Migration & Integration Schwerpunkt: Bundesländer Zahlen. Daten. Fakten. 2014/2015. Wien.

Sadounig, D. (2008): Komatrinken in den Medien. Ein Zerrbild, unveröffentlichtes Manuskript, Wien

Schimank, U. (2007) Elementare Mechanismen, in: Benz, A. et al (Hg.): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder, Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden

Schroers, A. (2013) Der Wiener Weg der Alkoholsuchtprävention. Events als Ort der Risikoreduzierung und Risikokompetenzförderung, in: 5. Internationale Konferenz zu Alcohol and Harm Reduction (2013), Dokumentation, Fachhochschule Frankfurt am Main

Sonneck, G., Kapusta, N., Tomandl, G., Voracek, M. (Hg.) (2012) Krisenintervention und Suizidverhütung, facultas wuv, UTB

Stangl, W. (2003) Innere Sicherheit nach und durch den Wohlfahrtsstaat, in: Stangl, W., Hanank, G. (Hg.) Innere Sicherheiten, Jahrbuch für Rechts- und Kriminalsoziologie, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden- Baden

Stangl, W., Neumann, A. (2013). Wege zur Reduktion der Einweisungen zurechnungsfähiger Rechtsbrecher in den Maßnahmenvollzug, in: Journal für Strafrecht, 1

- Statistik Austria (2014a). Abgestimmte Erwerbsstatistik 2012 mit Stichtag 31.10., Gebietsstand 2014.
- Statistik Austria (2014b). Bildungsstandregister 2012.
- Statistik Austria (2014c). Statistik des Bevölkerungsstandes.
- Steinhardt, K., Datler, W. (2005): Organisation und Psychodynamik, in: Fasching, H. , Lange R. (Hg.): sozial managen. Grundlagen und Positionen des Sozialmanagements zwischen Bewahren und radikalen Verändern, Haupt Verlag Bern
- Stoik, C. (2014) Diversifizierung und Privatisierung des öffentlichen Raums. Wandel der Definitionen, Nutzungen und Kontrollen , Occasional Seminar begleitend zum Projekt AGORA, Jänner 2014, Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung, Wien (PPP)
- Sucht- und Drogenkoordination Wien, PrEVENT, (internetquelle).
- Thom, B. et al. (2015): Stakeholder ownership: a theoretical framework for cross national understanding and analysis of stakeholder involvement in issues of substance use, problem use and addiction, in: Addiction and Lifestyles in Contemporary Europe: Reframing Addictions Project (ALICE RAP), Final Report
- Vobruba, G. (1983): Politik mit dem Wohlfahrtsstaat, edition suhrkamp, Frankfurt am Main
- Weber, M. (1972/1921): Wirtschaft und Gesellschaft, J.C.B. Mohr
- Wolffersdorf-Ehlert, Ch. (1991) Zugangsprobleme bei der Erforschung von Randgruppen, in: Flick, U. et al (Hg.) Handbuch qualitative Sozialforschung,, Psychologie Verlags Union, München

ANHANG I

MATERIALIEN ZUM ENDBERICHT

Inhaltsverzeichnis

I. Glossar der erwähnten sozialen und gesundheitsfördernden Einrichtungen	159
II. Übersicht über Kontakte mit Stakeholdern	173
III. Projektgremien	179
1. Projektteam	179
2. Steuergruppe	179
3. Externe Evaluation	180
4. Lenkungsausschuss	180
5. Projektbeirat	180
6. Studentische MitarbeiterInnen	182
IV. Wissenschaftliche Veranstaltungen im Rahmen des Projektes	184
1. Internationaler Workshop	184
2. Occasional Seminars des Europäischen Zentrums, die AGORA begleiteten	186

I. Glossar der erwähnten sozialen und gesundheitsfördernden Einrichtungen

(Quelle: Webseiten, Jahresberichte und Informationsbroschüren der jeweiligen Einrichtungen)

Name	Beschreibung
Kinder- und Jugendhilfe, Abteilung der Landesregierung NÖ	<p>Zu den Hauptanliegen der Abteilung der niederösterreichischen Landesregierung zählt die Stärkung der Erziehungskraft der Familie um eine Voraussetzung für eine optimale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu schaffen. Die Bezirksverwaltungsbehörden bieten daher Beratung und Hilfe bei verschiedenen Angelegenheiten wie beispielsweise zu Unterhaltszahlung, Vaterschaftsanerkennung, förderliche und gewaltfreie Pflege und Erziehung an. Des weiteren werden soziale Diagnosen und fachliche Stellungnahmen für Behörden und Gerichte durchgeführt</p> <p>⇒ Gruppe „Gesundheit und Soziales“</p>
Soziales, Abteilung der Landesregierung NÖ	<p>Zu den Aufgabenbereichen der Abteilung zählen die Opferfürsorge, die Sozialhilfe und der Sozialhilfebeirat. Die Abteilung regelt außerdem Angelegenheiten im Zusammenhang mit dem NÖ Mindestsicherungsgesetzes und ist für die soziale Verwaltung des Landes zuständig.</p> <p>⇒ Gruppe „Gesundheit und Soziales“</p>
Arbeiter-Samariter Bund	<p>Der Arbeiter-Samariter-Bund ist eine Non-Profit-Organisation, die sich um ältere Menschen, Kranke, Verletzte und in Not geratene Menschen kümmert. Ihr Aufgabengebiet erstreckt sich vom Rettungs- und Krankentransport bis hin zu Gesundheits- und Soziale Dienste (Pflege, Asylwerber- und Obdachlosenbetreuung, Entwicklungszusammenarbeit, Katastrophenhilfsdienst und Jugendarbeit).</p>
Auftrieb	<p>Auftrieb ist die niederösterreichische Jugend-Suchtberatungsstelle des Vereins Jugend und Kultur. Sie bietet Beratung und Begleitung Jugendlicher und junger Erwachsener, sowie deren Angehörigen an. Die Beratungsangebote beziehen sich vor allem auf Suchtberatung, jedoch</p>

	<p>auch auf Mädchen- und Sexualberatung, berufspädagogische Beratung, Einzelberatung und Familiengespräche. Außerdem werden Präventionsworkshops zum Thema Sucht und Sexualität für Jugendliche, Multiplikator/innen und Schulen organisiert.</p> <p>⇒ Jugend und Kultur</p>
Back on Stage (BOS)	<p>Back on Stage ist eine Einrichtung der Mobilien Jugendarbeit Wien. Sie richtet sich an junge Menschen, die einen Großteil ihrer Freizeit im öffentlichen Raum verbringen und arbeitet mit Jugendlichen auf anonymer und freiwilliger Basis. Neben persönlicher Beratung und Krisenintervention werden freizeitpädagogische Maßnahmen angeboten. Back on Stage ist mit eigenen Stützpunkten im 5., 10, 16./17. Gemeindebezirk tätig. Trägerorganisation ist der Verein Wiener Jugendzentren.</p> <p>⇒ Mobile Jugendarbeit Wien, Wiener Jugendzentren</p>
BOS 10	⇒ Back on Stage für den 10. Bezirk
BOS 16/17	⇒ Back on Stage für den 16. Und 17. Bezirk
Büro für Diversität St. Pölten	<p>Das Büro für Diversität der Stadt St. Pölten agiert als städtischer Ansprechpartner und Koordinationsstelle für die Themen Frauen und Gleichbehandlung, Integration von Menschen mit Behinderung und der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund.</p>
Canisibus	<p>Jeden Abend, auch am Wochenende und an Feiertagen, sind der Canisibus und der Francescobus, die beiden Essensbusse der Caritas, in Wien unterwegs. Die Busse halten an acht Stationen in Wien und verteilen heiße Suppe und Brot an die wartenden Menschen. Die Suppen werden von ehrenamtlichen MitarbeiterInnen täglich frisch gekocht und zu den Menschen gebracht.</p> <p>⇒ Caritas</p>
Caritas	<p>Die Caritas hilft Menschen in Not. Die Tätigkeitsbereiche reichen von Pflege, über Menschen mit Behinderungen bis hin zu Hospiz. Des weiteren bietet die Organisation Sozialberatungsstellen und Hilfe für Familien in Not und Flüchtlinge an.</p>
checkit!	<p>checkit! betreibt in Kooperation mit dem Klinischen Institut für Medizinische und Chemische Labordiagnostik des AKH Wien ein wissenschaftliches Projekt zur Erforschung aktueller Konsumtrends mit besonderem Fokus auf sogenannte Freizeitdrogen und neue synthetische</p>

	<p>Substanzen. Seit 1997 bietet checkit! Information und Beratung zu Wirkungen und Gefahren psychoaktiver Substanzen, sowie – vor Ort auf Partys, Clubs und in Diskotheken – eine qualitativ hochwertige, anonyme und kostenlose chemische Analyse psychoaktiver Substanzen an. checkit! vermittelt bildungs- und szenespezifisches Wissen über Gefahren, Inhalte und Wirkungen vermeintlich psychoaktiver Substanzen, die Entstehung von Suchtverhalten und alternative Strategien der Problembewältigung.</p> <p>⇒ Suchthilfe Wien gGmbH</p>
Checkpoint	<p>Checkpoint ist eine Einrichtung des Vereins Jugend und Lebenswelt (NÖ). Ihr Hauptaufgabengebiet ist die Förderung der Rauschkompetenz. Darüber hinaus werden jedoch auch die Themen Sexualität, Partnerschaft, Partykultur, Recht, Schulden, Umgang mit der Polizei, Körperkult und andere angeboten..</p> <p>Die Einrichtung nimmt an Veranstaltungen für Jugendliche teil und bietet dort Infostände, Chillout- und Kreativbereiche an, um niederschwellig den Umgang mit Rausch thematisieren zu können.</p> <p>⇒ Jugend und Lebenswelt</p>
Emmausgemeinschaft St. Pölten	<p>Die Emmausgemeinschaft St. Pölten ist ein gemeinnütziger Verein und in der ambulanten sowie stationären Betreuung von haftentlassenen, wohnungs- bzw. obdachlosen und langzeitarbeitslosen Personen tätig. Zu den Zielgruppen zählen außerdem minderjährige Flüchtlinge und benachteiligte Jugendliche. Der Verein betreibt Beratungsstellen, Notschlafstellen, Übergangswohnheime und Beschäftigungsprojekte.</p>
Fachgebiet Soziales, Bezirkshauptmannschaft St. Pölten	<p>Als Abteilung einer Bezirksverwaltungsbehörde in Niederösterreich ist das Fachgebiet Soziales mit den Agenden betreffend Sozialhilfe, bedarfsorientierte Mindestsicherung, Pflegegeld, Aufnahme in niederösterreichische Landespensionisten- und Landespflegeheime und soziale Dienste im Bezirk St. Pölten Land zuständig.</p>
Fachstelle für Gewaltprävention NÖ	<p>Die Fachstelle für Gewaltprävention NÖ nimmt eine Vermittlerposition zwischen Organisationen, Institutionen, Vereinen und Privaten ein, die mit Kindern und Jugendlichen Beratungen und Präventionsprojekte zum Thema Gewalt durchführen, Hilfestellung geben oder mit Betroffenen arbeiten. Ihre Aufgabe ist daher auch die Vernetzung der verschiedenen Stakeholder.</p>
Fachstelle für Suchtprävention NÖ	<p>Die Fachstelle für Suchtprävention NÖ bietet fachliche und inhaltliche Unterstützung und die Durchführung von suchtvorbeugenden Projekten</p>

	<p>und Workshops in Kindergärten, Schulen, in der außerschulischen Jugendarbeit, Vereinen, Gemeinden und Betrieben. Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt liegt in den Weiterbildungsangeboten für MultiplikatorInnen in den verschiedensten Bereichen und in der Qualitätssicherung suchtpräventiver Angebote. Zusätzlich agiert die Fachstelle als Informationsstelle für ExpertInnen der Suchtvorbeugung mit koordinierender und vernetzender Funktion.</p>
Fair-Play	<p>2010 startete das Kommunikationsprojekt "FAIR-PLAY-TEAM". Derzeit wird es in 16 Bezirken in Wien umgesetzt. Die Fair-Play MitarbeiterInnen sind in den Abend- und Nachtstunden an öffentlichen Plätzen unterwegs und suchen das Gespräch mit den Menschen im Grätzl. Sie interessieren sich für deren Anliegen und Bedürfnisse, unterstützen bei Konfliktbewältigung und vermitteln bei Bedarf. Damit soll das Miteinander im öffentlichen Raum verbessert werden. Die FAIR-PLAY-TEAMS sind gut vernetzt und halten ständigen Kontakt mit den Einrichtungen des jeweiligen Bezirks. Die aufzusuchenden Orte werden flexibel je nach Bedarfslage ausgewählt.</p>
Fonds Gesundes Österreich (FGÖ)	<p>Der Fonds Gesundes Österreich ist die nationale Kompetenz- und Förderstelle für Gesundheitsförderung. Er fördert und entwickelt Projekte und Aktivitäten im Kontext der Gesundheitsförderung. Dabei werden verschiedene Lebensbereiche wie Wohnort, Schule und Arbeitsplatz einbezogen. Finanziert wird der Fonds gemeinsam durch Bund, Länder und Gemeinden.</p>
Francescobus	<p>⇒ Canisibus, Caritas</p>
Fonds Soziales Wien (FSW)	<p>Der Fonds Soziales Wien ist zwar von der Gemeinde ausgelagert, wird jedoch zu 100 Prozent von der Stadt Wien finanziert. Der Fonds wiederum finanziert einen Großteil der Sozialen Arbeit. Das Angebot umfasst Leistungen der Pflege und Betreuung (Gesundheits- und Sozialzentren), Behindertenhilfe, Wohnungslosenhilfe (Wiener Wohnen) sowie Grundversorgung für Flüchtlinge.</p>
Gebietsbetreuung	<p>Die Gebietsbetreuungen Stadterneuerung, kurz GB*, sind als Service-Einrichtung der Stadt Wien mit 9 Teams an aktuell 17 Standorten in den Bezirken tätig. Sie bieten kostenlose Information und Beratung zu Fragen des Wohnens, des Wohnumfeldes, der Infrastruktur, der Stadterneuerung, des Gemeinwesens und des Zusammenlebens in der Stadt. In den GB* Teams engagieren sich ExpertInnen aus den Bereichen Architektur,</p>

	Raum-, Stadt- und Landschaftsplanung, Recht und Mediation für Ihre Anliegen. Die GB* sind der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung zugeordnet. Sie werden im Auftrag der MA 25 - Stadterneuerung und Prüfstelle für Wohnhäuser von privaten AuftragnehmerInnen geführt.
Goostav	Goostav ist eine Einrichtung des Vereins Tender und in der mobilen Jugendarbeit im Bezirk Gänserndorf (NÖ) tätig. Die MitarbeiterInnen stehen den Jugendlichen für alle relevanten Fragen (wie z.B. Schule, Familie, Drogen, Sucht oder Gewalt) zur Verfügung. ⇒ Tender
Gruft, die	Die Gruft ist eine Wiener Einrichtung der Caritas für obdachlose Menschen. Sie bietet diesen Menschen ein Dach über dem Kopf, sowie Betreuung durch SozialarbeiterInnen, PsychiaterInnen und Zivildienstler. ⇒ Caritas
Gruppe „Gesundheit und Soziales“, Landesregierung NÖ	Die Gruppe „Gesundheit und Soziales“ der niederösterreichischen Landesregierung besteht aus folgenden Abteilungen „Gesundheitswesen“, „Umwelthygiene“, „Sanitäts- und Krankenanstaltenrecht“, „Soziales“, „Kinder- und Jugendhilfe“, sowie der Abteilung „Landeskrankenanstalten und Landesheime“. ⇒ Soziales, Kinder- und Jugendhilfe
H2 SchülerInnenzentrum	Das H2 ist ein Treffpunkt für SchülerInnen aller Oberstufen in St. Pölten (NÖ) und bietet einen Ort um die Freizeit zu verbringen. In der Einrichtung finden OberstufenschülerInnen verschiedene Möglichkeiten sich zu beschäftigen. Außerdem wird ein Schwerpunkt auf Beratung bei schulischen oder privaten Problemen gelegt.
help U	Die MitarbeiterInnen von help U sind AnsprechpartnerInnen für alle Personen im öffentlichen Raum in Wien und an ihrer orangenen Dienstkleidung erkennbar. Das Einsatzgebiet der MitarbeiterInnen ist vor allem der Karlsplatz, bei Bedarf auch an anderen U-Bahnstationen. Die MitarbeiterInnen bieten Beratung, Konfliktmanagement aber auch die Vermittlung und Begleitung in soziale und medizinische Einrichtungen an. ⇒ Suchthilfe Wien gGmbH

Institut für Freizeitpädagogik	Das Institut für Freizeitpädagogik ist eine Einrichtung von WienXtra. Es bietet Bildungsprogramme für alle Wiener Kinder- und JugendarbeiterInnen, sowie für pädagogische Fachkräfte an.
Jugend und Kultur, Verein	Der gemeinnützige Verein widmet sich seit 1996 der sozio-kulturellen Arbeit mit Jugendlichen und für Jugendliche in der Stadt Wiener Neustadt und in der gesamten Region NÖ-Süd. Hier gibt es Beratung, Betreuung und Krisenintervention, Workshops für Kreativität und Prävention, mobile Jugendarbeit/Streetwork und ein vielfältiges Veranstaltungsprogramm für Kunst und Kultur. Der Verein setzt sich aus folgenden Einrichtungen zusammen: Auftrieb, Triebwerk und Rumtrieb. Außerdem führt der Verein Präventionsprojekte in Zusammenarbeit mit der schulischen und außerschulischen Jugendarbeit durch. ⇒ Auftrieb, Triebwerk, Rumtrieb
Jugend und Lebenswelt, Verein	Der gemeinnützige Verein Jugend und Lebenswelt (NÖ) leistet jugend- bzw. gemeinwesenorientierte Arbeit in mehreren niederösterreichischen Gemeinden. Die Einrichtungen Nordrand und Südrand sind in der mobilen bzw. aufsuchenden Jugendarbeit der Gemeinden St. Pölten und Traisen tätig. Das mobile Jugendservice Checkpoint ist Informationsstelle bei Jugend-Events, in Diskotheken und Szenelokalen. Ziel ist die Förderung von Rauschkompetenz und die niederschwellige Beratung Jugendlicher zu verschiedensten Themen. ⇒ Nordrand, Südrand, Checkpoint
Jugendarbeit.07	Jugendarbeit.07 ist eine Einrichtung des gemeinnützigen Vereines „menschen.leben“ und betreibt aufsuchende bzw. mobile Jugendarbeit in mehreren Gemeinden der Bezirke Baden, Hollabrunn und der Region Steinfeld. ⇒ menschen.leben
jugendinfo NÖ	Der Verein Jugendinfo NÖ ist eine Informationsservicestelle für Jugendliche.
Jugendkoordinator der Stadt St. Pölten	Der Jugendkoordinator der Stadt St. Pölten ist Ansprechpartner für Jugendliche und somit Schnittstelle zwischen Verwaltung, Politik und BürgerInnen. Er agiert weiters als Geschäftsführer des Jugendfonds und stellt Jugend- bzw. Subkulturen Räumlichkeiten und Infrastruktur zur Verfügung.

Jugendzentrum Steppenwolf	Das Jugendzentrum Steppenwolf (NÖ) ist Anlaufstelle und Freizeitraum für Jugendliche ab 13 Jahren in St. Pölten und leistet offene Jugendarbeit.
JugendZone 16	Jugendzone ist das Jugendzentrum des Vereins Wiener Jugendzentren im 16. Wiener Gemeindebezirk. Das Jugendzentrum hat sowohl einen Kinder- als auch Jugendbetrieb, in geringem Maße wird auch herausreichende Jugendarbeit betrieben.
Kinderfreunde	Die Kinderfreunde Österreich sind eine österreichische Interessenvertretung von Kindern und Familien. Es gibt in allen Bundesländern Suborganisationen, in Wien 16 sind die Kinderfreunde beispielsweise für die Parkbetreuung zuständig, die Angebotspalette ist aber ungeheuer groß und reicht von Kindergärten und Hort über Ferienaktionen hin zu Beratungsangeboten wie mobile Erziehungsberatung, Ehe- und Familienberatung.
Lokale Agenda 21 Plus	Die Lokale Agenda 21 Plus ermutigt Menschen Ideen einzubringen um gemeinsam mit anderen BezirksbewohnerInnen Strategien und Projekte zu entwickeln und diese mit der Bezirkspolitik und der Stadtverwaltung umzusetzen. Derzeit nehmen 7 Wiener Bezirke an diesem Projekt teil. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt dabei vor allem auf nachhaltiger Mobilität und öffentlicher Raum, Stadtteile für Jung und Alt und interkulturellem Dialog.
Louisebus	Der Louisebus der Caritas versorgt wohnungslose Menschen mit medizinischer Hilfe in Wien. An fünf Tagen in der Woche betreuen ÄrztInnen und Freiwillige, Personen, die den Weg in eine Ordination oder Ambulanz aus unterschiedlichen Gründen nicht schaffen. Der Louisebus hat in folgenden Bezirken eine Haltestelle: 6., 8., 9., 12., 18. ⇒ Caritas
MA 11 „Amt für Jugend und Familie“	Das Amt für Jugend und Familie der Stadt Wien bietet Beratung und Information für sozial benachteiligte Kinder und Familien. Das Amt besteht aus regionalen Außenstellen, sowie dem Referat für Adoption und Pflegestellen, den Eltern-Kind-Zentren, dem MAG 11 Servicetelefon, der MAF (Mobile Arbeit mit Familien), sowie den Krisenzentren mit kurzfristigen Unterbringungsmöglichkeiten zur Abklärung ob Kinder oder Jugendliche zurück zur Familie oder in weiterer Folge fremd untergebracht werden.

MA 13 „Bildung und außerschulische Jugendbetreuung“	Die MA 13 der Stadt Wien bietet leistbare Bildungsangebote für jede Altersstufe sowie Freizeitaktivitäten für Kinder und Jugendliche. Die MA13 fördert Vereine der Wiener Jugendarbeit (z.B. Verein Wiener Jugendzentren, Back on Stage, Fair Play), koordiniert und steuert das Angebot der Wiener Jugendarbeit und betreibt selbst Bildungseinrichtungen (z.B. Institut für Freizeitpädagogik). ⇒ Back on Stage, Fair Play, Institut für Freizeitpädagogik, Wiener Jugendzentren
MA 15 „Gesundheitswesen und Soziales“	Die MA 15 der Stadt Wien setzt Angebote im Gesundheitsbereich (Impfschutz, Gesundheitsvorsorge, medizinische Untersuchungen, Beratungen) und ist für die Qualitätssicherung von Gesundheitseinrichtungen verantwortlich. Ein Teil der in Gesundheitseinrichtungen tätigen SozialarbeiterInnen wird von der MA 15 finanziert. Hinzu kommen Raucher- und TBC-Beratungsstellen.
MA 17 „Integration und Diversität“	Die MA 17 der Stadt Wien bietet Integrationsberatung und fördert Projekt, Maßnahmen und Initiativen, die sich mit Integration beschäftigen, und unterstützt verschiedene Dienststellen des Magistrats bei der Weiterentwicklung im Sinne des Diversitätsmanagements.
MA 40 „Soziales, Sozial- und Gesundheitsrecht“	Hauptthemengebiet der MA 40 der Stadt Wien ist die Mindestsicherung und anderer Förderungen im sozialen Bereich. Das Magistrat bietet Beratung und Information und ist für die Auszahlung der Beihilfe an Anspruchsberechtigte zuständig. Regionale Sozialzentren sowie eine Servicestelle bieten eine Anlaufstelle bei sozialen und finanziellen Problemen.
MA 57 „Frauenförderung und Koordinierung von Frauenangelegenheiten“	Die MA 57 der Stadt Wien setzt sich für eine geschlechtergerechte Gesellschaft ein. Zu ihren Einrichtungen zählt beispielsweise der Frauennotruf. Außerdem finanziert die MA 57, gemeinsam mit dem Bund, die Wiener Frauenhäuser.
Männerberatung	Der Verein Männerberatung (Wien) bietet einerseits Familienberatungsstellen, andererseits jedoch auch Therapiegemeinschaften für Männer, Kurse und Tagungen für Jugendliche und Männer, sowie eine Informationsstelle für Männer. Zu den Einrichtungen zählt außerdem ein Institut für forensische Therapie, das sich in zahlreichen Programmen mit unterschiedlichen Formen von Gewalt und sexuellem Missbrauch beschäftigt.

megafon	megafon, ist eine Jugendplattform, die jugendkulturelle Nahversorgung für und mit Wiener Neustadt (NÖ) bietet. Deren Ziel ist es, Freizeitaktivitäten und Beschäftigungsmöglichkeiten für Jugendliche im städtischen Raum zu schaffen, zu etablieren und zu fördern.
menschen.leben, Verein	Der Verein menschen.leben ist bundesweit in den Bereichen Integration/Bildung/Sprache, Asyl, Frauenarbeit, psychologische Betreuung sowie Jugendarbeit tätig. ⇒ Jugendarbeit.07
Mobile Jugendarbeit St. Pölten	Der Geschäftszweig Mobile Jugendarbeit St. Pölten des Vereins „Jugend und Lebenswelt“ (NÖ) bietet Streetwork und eine niederschwellige Anlaufstelle für Jugendliche. ⇒ Jugend und Lebenswelt, Nordrand
Mobile Jugendarbeit Wien	Mobile Jugendarbeit in Wien wird von verschiedensten Trägerorganisationen (z.B. Verein Wiener Jugendzentren) angeboten und in der Regel von der MA 13, Landesjugendreferat und den jeweiligen Bezirken finanziert und ist vorwiegend in Wiener Parkanlagen und öffentlichen Räumen unterwegs.
Moja	Moja (= Mobile Jugendarbeit) ist eine Einrichtung des Verein Tenders und in der mobilen Jugendarbeit im Bezirk Mödling tätig. ⇒ Tender
Möwe, die	Der Verein Möwe bietet Kinderschutzzentren um minderjährigen Opfern sexueller Gewalt zu helfen. Der Verein bietet eine kostenlose Therapie für diese Kinder und konkrete Hilfeleistung für Eltern, Angehörige, LehrerInnen, ÄrztInnen und ErzieherInnen.
Nachbarschaftszentren	Träger der Nachbarschaftszentren ist das Wiener Hilfswerk. Aktuell gibt es in Wien zehn Hilfswerk-Nachbarschaftszentren; Einzelpersonen und Familien sind dort ebenso willkommen wie Selbsthilfegruppen. Menschen aus der Nachbarschaft finden hier Raum, um sich zu treffen und bei Aktivitäten mitzuwirken. Die Zentren sind Orte des Austausches zwischen Menschen aller Generationen und sozialen Schichten. Auch Flüchtlinge sind herzlich willkommen. Begleitet werden die Besucherinnen und Besucher von multiprofessionellen Teams. Diese bestehen aus engagierten Stadtteilarbeiter/innen unterschiedlicher Fachschwerpunkte und freiwilligen Mitarbeiter/innen.

NÖ Hilfswerk	Das niederösterreichische Hilfswerk ist ein Verein, der vor allem in den Bereichen Pflege und Betreuung sowie Familie und Beratung tätig ist. Dazu zählen auch Beratungsstelle für Jugendliche
Nordrand	Nordrand ist eine Einrichtung des Vereins Jugend und Lebenswelt (NÖ). Sie bietet mobile Jugendarbeit in St. Pölten sowie in Böheimkirchen an. ⇒ Jugend und Lebenswelt
Party fit	PartyFit! wendet sich an Jugendliche und junge Erwachsene die gerne feiern und Spaß haben. MitarbeiterInnen sind bei Veranstaltungen direkt vor Ort und informieren Jugendliche rund um das Thema Alkohol. Auftraggeber für PartyFit! ist das Institut für Suchtprävention (ISP) der Sucht- und Drogenkoordination Wien. checkit! (Suchthilfe Wien gGmbH) ist für die operative Ausführung zuständig. ⇒ Suchthilfe Wien gGmbH, checkit!
Rettet das Kind – Landesorganisation Wien, Verein	Der Verein “Rettet das Kind” - Landesorganisation Wien ist ein privater Verein, der für das Wohl von Kindern und Jugendlichen im Einsatz ist. “Rettet das Kind” - Wien finanziert seine Arbeit vor allem aus Subventionen der öffentlichen Hand sowie aus Mitteln der österreichischen Kinderhilfe und der Aktion “Licht ins Dunkel”. Arbeitsgebiet ist die außerschulische Jugendarbeit, der Verein sieht es als seine Aufgabe, benachteiligte Jugendliche zu unterstützen, deren Lebenssituation durch soziale und pädagogische Arbeit zu verbessern und die Jugendlichen zu befähigen, ihr eigenes Potential zu erkennen und umzusetzen. Um diese Ziele zu erreichen, gibt es verschiedene Angebote: Streetwork, Offene Jugendarbeit und Soziokulturelle Animation (Jugendcafé). Derzeit betreibt der Landesverband Wien im Auftrag des Landes Wien ganzjährig vier Streetwork-Einrichtungen in verschiedenen Wiener Gemeindebezirken. Die Teams bestehen aus drei bis sechs MitarbeiterInnen, die stadtteilorientiert arbeiten, also Ansprechpersonen für die Jugendlichen des umliegenden Stadtteils sind. Ein fünftes Team arbeitet überregional in ganz Wien.
Rumbtrieb	Rumbtrieb ist eine Einrichtung der mobilen Jugendarbeit in Wiener Neustadt (NÖ) und richtet sich an Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 12 und 23 Jahren im öffentlichen Raum. Die Einrichtung bietet Unterstützungs- und Beratungsangebote zu verschiedenen Themen

	<p>(Liebe, Sexualität, Sucht, Schule, Familie, etc.), die Begleitung zu Ämtern und Behörden, sowie Unterstützung bei der Umsetzung von Ideen. Der Tätigkeitsbereich der MitarbeiterInnen sind unter anderen Parks, Bahnhöfe, Jugendtreffs und Veranstaltungen in Wiener Neustadt.</p> <p>⇒ Jugend und Kultur</p>
SAM	<p>SAM ist eine Einrichtung der mobilen sozialen Arbeit der Suchthilfe Wien. Ihr Ziel ist die Erhöhung des subjektiven Sicherheitsgefühls der NutzerInnen im öffentlichen Raum, sowie die Verbesserung der gegenseitigen Akzeptanz verschiedener NutzerInnengruppen. Die mobilen SozialarbeiterInnenteams (sam 2, sam hauptbahnhof, sam flex) bieten Beratungsgespräche, sowie Konfliktmanagement, die Vermittlung und Begleitung in soziale und medizinische Einrichtungen an. Außerdem organisiert die Einrichtung Schulungen für NutzerInnen der Einsatzgebiete und relevante Institutionen.</p> <p>⇒ Suchthilfe Wien gGmbH</p>
Sozialmedizinischer Beratungsdienst des Gesundheitsamtes St. Pölten	<p>Als Teil des Gesundheitsamtes der Stadt St. Pölten (NÖ) ist der sozialmedizinische Beratungsdienst primär mit der Führung von Familien- bzw. Alkoholberatungsstellen bzw. mit der Senioren- und Behindertenbetreuung betraut. Die sozialarbeiterische Betreuung marginalisierter, erwachsener Personen zählt ebenso zum Aufgabengebiet des Dienstes.</p>
Städtischer Jugendbeauftragter, Magistrat Wr. Neustadt	<p>Der Jugendbeauftragte der Stadt Wr. Neustadt (NÖ) ist Ansprechpartner für alle jugendrelevanten Themen in der Stadt und unterstützt Vernetzung zwischen Institutionen, Vereinen, Entscheidungsträgern, Fördergebern und Jugendlichen. Weiters zählt Lobbying für Jugendthemen, Szenen und Communities, partizipative Projektentwicklung für und mit Jugendlichen, Unterstützung kommunaler Jugendinitiativen und die Organisation von Events bzw. Jugendevents zu den Aufgaben der Stelle.</p>
Stadtviertelservice Wiener Neustadt	<p>Das Stadtviertelservice der Stadt Wiener Neustadt (NÖ) hat die Aufgabe Kommunikation und Dialog zwischen verschiedenen BewohnerInnengruppen zu fördern. Die Serviceeinrichtung initiiert und begleitet Projekte, führt Veranstaltungen mit BewohnerInnen durch und steht auch zum Konfliktmanagement bereit. Ein weiteres Aufgabengebiet ist die Vernetzung und Zusammenarbeit mit verschiedenen Einrichtungen der Stadt.</p>
streetwork	<p>streetwork, mit Stützpunkt am Karlsplatz, ist eine Einrichtung der</p>

	<p>Suchthilfe Wien. Sie bietet wienweit Straßensozialarbeit an und hilft DrogenkonsumentInnen mit differenzierten, niederschweligen und aufsuchenden Angeboten um:</p> <ul style="list-style-type: none"> deren Überleben zu sichern und die soziale, psychische und physische Lebenssituation zu verbessern suchtkranke Personen in das Sucht- und Drogenhilfsnetzwerk und das allgemeine Sozial- und Gesundheitssystem zu (re-)integrieren <p>⇒ Suchthilfe Wien gGmbH</p>
Sucht- und Drogenkoordination Wien gGmbH (SDW)	<p>Die SDW ist Koordinator der Stadt Wien für Sucht- und Drogenfragen. Der Koordinator ist gemeinsam mit dem Beauftragten für Sucht- und Drogenfragen der Stadt Wien für die Umsetzung der Wiener Sucht- und Drogenstrategie 2013, die strategische Ausrichtung der Sucht- und Drogenpolitik und die Organisation der Sucht- und Drogenhilfe in Wien zuständig. Die Kernbereiche der SDW liegen in der Suchtprävention, der Beratung, Betreuung und Behandlung, in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und sozialer (Re)Integration sowie im öffentlichen Raum und Sicherheit.</p> <p>⇒ Suchthilfe Wien gGmbH</p>
Suchthilfe Wien gGmbH	<p>Die Suchthilfe Wien gGmbH, eine Tochtergesellschaft der Sucht- und Drogenkoordination Wien gGmbH, ist für die operative Umsetzung von Teilen des Wiener Drogenkonzeptes zuständig und betreibt Drogenhilfseinrichtungen und Gemeinwesenprojekte in Wien mit zahlreichen Angeboten: von Präventions-, Weiterbildungs-, Informations- und Aufklärungsmaßnahmen über die Beratung, Behandlung und Betreuung suchtgefährdeter und suchtkranker Personen und die Förderung eines sozial verträglichen Nebeneinanders im öffentlichen Raum bis hin zu Projekten im Bereich der (Re-)Integration suchtkranker Menschen in den Arbeitsmarkt.</p> <p>⇒ Sucht- und Drogenkoordination Wien gGmbH, Streetwork, HelpU, Party fit, Check it, SAM</p>
Südrand	<p>Südrand ist eine Einrichtung des Vereins Jugend und Lebenswelt in NÖ. Sie bietet mobile Jugendarbeit in Traisen an.</p> <p>⇒ Jugend und Lebenswelt</p>
Tender, Verein	<p>Tender ist ein Verein zur Jugendarbeit. Die Schwerpunkte des Vereins liegen in der Beratung, Begleitung und Betreuung von Jugendlichen und</p>

	<p>jungen Erwachsenen in schwierigen Lebenslagen, sowie deren Angehörigen. Weiters sehen sie ihre Aufgaben in der Begleitung von MultiplikatorInnen sowie in der Beratung von und Kooperation mit Gemeinden zur Verbesserung bzw. Schaffung eines jugendfreundlichen Klimas. Der Verein hat verschiedene Einrichtungen in Niederösterreich, unter anderem die Einrichtungen Moja und Goostav.</p> <p>⇒ Moja, Goostav</p>
Triebwerk	⇒ Jugend und Kultur
Tut gut!	<p>Die Initiative „Tut gut!“ stellt die niederösterreichische Gesundheitsvorsorge unter ein gemeinsames Dach. Tut gut spricht dabei verschiedene Lebensbereiche wie die Gemeinde, die Schule, den Kindergarten und auch die Landeskliniken mit Programmen, Projekte und Aktionen an. Beispiele für Projekte sind etwa die Gesunde Gemeinde oder auch die Tut gut Wirte.</p>
Wiener Jugendzentren, Verein	<p>Der Verein Wiener Jugendzentren ist der größte Anbieter von Kinder- und Jugendarbeit in Wien. Insgesamt werden 35 Einrichtungen betrieben, die Arbeitsbereiche umfassen offene Kinder- und Jugendarbeit in Jugendzentren und –treffs, Mobile Jugendarbeit, Gemeinwesenarbeit und Angebote in einem Kurszentrum. Zu den Einrichtungen zählt beispielsweise Back on Stage im 10. und 16. Gemeindebezirk.</p> <p>⇒ Back on Stage</p>
Wiener Parkbetreuung	<p>In rund 180 Parks, Sport- und Indoor -Lokalen bringt die Wiener Parkbetreuung Spiel, Spaß und Sport in den öffentlichen Raum (Brett-, Karten-, Ball- und Bewegungsspiele, kreatives Gestalten und Ausflüge). Die Betreuerinnen und Betreuer gehen zu fixen Zeiten mehrmals pro Woche aktiv auf die Kinder und Jugendlichen (6 bis 13-jährige) zu und animieren sie zu sinnvollen Aktivitäten. In den meisten Bezirken gibt es zusätzlich Programme für Jugendliche. Auch andere Gruppen im Park wie Eltern oder ältere Menschen werden einbezogen. Das gemeinsame Spielen und Miteinander-Reden verbessert das soziale Klima, sorgt für den Abbau von Vorurteilen und mehr Chancengleichheit. Mittlerweile gibt es in allen Wiener Bezirken Parkbetreuung für Kinder und Jugendliche, die von den Bezirken mitfinanziert wird.</p>
Wiener Gesundheitsförderung	<p>Die Wiener Gesundheitsförderung ist eine gemeinnützige Gesellschaft der Stadt Wien und als solche Ansprechpartnerin und Kompetenzstelle</p>

(WiG)	für Gesundheitsförderung der Stadt. Um das Ziel – gesunde Lebensweise, gesunde Lebenswelten und seelische Gesundheit – zu erreichen, führt die WiG eigene Projekte durch und fördert externe Projekte. Ein Beispiel für ein eigenes Projekt ist das „Gesunde Grätzel“.
Wohnpartner	Die Serviceeinrichtung Wohnpartner führt vielfältige Maßnahmen und Projekte durch, um die Nachbarschaft im Wiener Gemeindebau zu stärken. Die drei Säulen der Arbeit bestehen aus Gemeinwesenarbeit, Konfliktarbeit und überregionale Vernetzung.

II. Übersicht über Kontakte mit Stakeholdern

Tabelle 1: Erste Kontakte mit Polizei und Sozialarbeit zur Vorbereitung der Beobachtungen und Interviews in den Bezirken in NÖ

Hollabrunn	St. Pölten	Wiener Neustadt
<p>November 2012 Peter Kirchner (AMS und Koordinator des Regionalteams).</p>	<p>November 2012 Wolfgang Matzl, Jugendkoordinator St. Pölten Magistrat St. Pölten</p> <p>21.11.2012 Stadtpolizeikommandant Franz Bäuchler Polizeidirektion St. Pölten</p>	<p>03.12.2012 Stadtpolizeikommandant Manfred Fries stellvertretender Stadtpolizeikommandant und Referatsleiter für Kriminaldienst Johannes Prennsberger Stadtpolizeikommando Wiener Neustadt</p>
<p>17.12.2012 Chefinspektor Walter Hafner Bezirkspolizeikommando Hollabrunn</p>	<p>November 2012 Fachlicher Leiter Nordrand, Südrand, Westrand Bernhard Zima, Mobile Jugendarbeit Verein "Jugend und Lebenswelt"</p>	<p>18.12.2012 Fachlicher Leiter Max Quendler und sein Team, "Rumtrieb", mobile Jugendarbeit</p>
<p>Dezember 2012 Einrichtungsleiter Mobile Jugendarbeit Mario David Jugendarbeit Hollabrunn, Jugendzentrum Hollabrunn</p>	<p>November 2012 Fachliche Leitung "Checkpoint" Antonia Titscher, Mobile Jugendarbeit Verein "Jugend und Lebenswelt"</p>	
	<p>07.11.2013 Koo-Team-Sitzung Jugendzentrum Steppenwolf</p>	

Tabelle 2: Erste Kontakte mit der Polizei zur Vorbereitung der Beobachtungen und Interviews in den Bezirken in Wien

Innere Stadt	Favoriten	Ottakring
Oktober 2012 Polizeipräsident Gerhard Pürstl, BPD Wien		
Oktober 2012 Landespolizeivizepräsident Mahrer, BPD Wien		
19.11.2012 Stadtpolizeikommandant Wilhelm Steiner, Bezirksinspektion Innere Stadt	20.11.2012 Stadthauptmann Michael Lepuschitz, Hofrat, PI Favoriten	14.12.2012 Stadtpolizeikommandant Oberst Stiedry, PI Maroltingerstraße

Tabelle 3: Kontakte mit Polizei, Sozialarbeit, Bezirkspolitik u.a Einrichtungen im Dienste der Vernetzung von Polizei und Sozialarbeit in NÖ

Hollabrunn	St. Pölten	Wiener Neustadt
23.01.2014 Vizebürgermeister Alfred Babinsky, VertreterInnen der Polizei und Sozialarbeit Gemeinde, Sozialarbeit, Polizei	27.08.2013 Internationale Tagung div. SA-Einrichtungen und Polizei. Liste siehe Protokoll.	03.12.2013 Sozialarbeits-Einrichtungen, 3 VertreterInnen der Polizei (Christian Dungal u.a.), Liste im Protokoll
13.05.2014 Vizebürgermeister Alfred Babinsky, Inspektor Hafner als Vertreter der Polizei und VertreterInnen der Sozialarbeit	November 2012 Bürgermeister Matthias Stadler Magistrat St. Pölten	16.01.2014 Liste siehe Protokoll Sozialarbeit, Polizei
29.09.2014 Vizebürgermeister Alfred Babinsky	13.01.2013 Liste siehe Protokoll Polizei, Sozialarbeits- Einrichtungen, Bürgermeister	07.05.2014 Liste siehe Protokoll Polizei, Sozialarbeit

13.10.2014 Chefinspektor Walter Hafner, Kontrollinspektor Wolfgang Strobl Bezirkspolizeikommando Hollabrunn	30.04.2014 Polizei und Einrichtungen der Sozialarbeit	05.11.2014 Stadträtin für Soziales, Gesundheit und Frauen Margarete Sitz
13.10.2014 AMS-Abteilungsleiter Peter Kirchner	30.10.2014 Bürgermeister Matthias Stadler Magistrat St. Pölten	10.11.2014 Stadtpolizeikommandant Manfred Fries Polizei
08.06.2015 Peter Kirchner (AMS Hollabrunn) Elfriede Pachner (Regionalbetreuerin "Tut gut" Hollabrunn) Alfred Babinsky (Vizebürgermeister HL) Andreas Steininger (Polizei HL)	11.05.2015 Stadtrat für Soziales Dietmar Fenz Jugendkoordinator Wolfgang Matzl	18.05.2015 Stadtrat für Soziales Markus Schnedlitz

Tabelle 4: Kontakte mit Polizei, Sozialarbeit, Bezirkspolitik u.a Einrichtungen im Dienste der Vernetzung von Polizei und Sozialarbeit in Wien

Innere Stadt	Favoriten	Ottakring
28.03.2013 Brigitte Bauer-Sebek, (damals noch in der Funktion als Personalvertreterin, mittlerweile ist sie in leitender Position bei der MA 13, Fachbereich Jugend)		
30.3.2013 Andrea Jäger, Leitung Öffentlicher Raum und Sicherheit, SDW		
	20.11.2013 Regionalforum Favoriten, Vernetzungstreffen für Einrichtungen aus dem	21.10.2013 Forum 16, Vernetzungstreffen für Einrichtungen aus dem

	Sozialbereich Favoriten, Kontakt mit Rudi Erbler, AJF und Ercan, BOS 10	Sozialbereich, Ottakring, via Vermittlung von Liane Hanifl, WIG
15.1.2014 Andrea Jäger, Leitung Öffentlicher Raum und Sicherheit, SDW		
27.5.2014 Walter Schimpf, Polizei Wien Andrea Jäger, Leitung Öffentlicher Raum und Sicherheit, SDW		
30.01.2015 Ursula Stenzel, Bezirksvorsteherin, ÖVP	11.12.2014 Hermine Mospöckner, Bezirksvorsteherin, SPÖ	11.11.2014 Eva Weissmann, Bezirksvorsteherstellv., SPÖ
	26.01.2015 Norbert Pokorny, Bezirksrat, SPÖ	25.11.2014 Wolfgang Kopper, Bezirksrat und Drogenbeauftragter, SPÖ
		02.12.2014 Sonja Kothe, Bezirksrätin für Integration, SPÖ
Frühjahr 2015 Einrichtungsleiter Joe Beer und Alexandra Rajchl, Team Fokus		
Frühjahr 2015 Kirsten Popper-Nelvai, MA13		

Tabelle 5: Kontakte mit Vertretern der Gastronomie zu deren Vernetzung mit Bezirkspolitikern in NÖ

Hollabrunn	St. Pölten	Wiener Neustadt
18.12.2014 Karl Riepl, Hotel- /Restaurantbetreiber	15.12.2014 Leo Graf, Hotel- und Restaurantbetreiber	14.01.2014 Maria Payer, Geschäftsführerin Stadtmarketing& Tourismus GmbH
29.01.2015 Herr Riepl (Gastronom),		29.01.2015 Frau Potzmann als

Herr Gelles (WKO-Bezirksstellenleiter und Einladender), Elfriede Pachner (Regionalbetreuerin "Tut gut").		Vertretung vom Stadtmarketing
08.06.2015 siehe Tabelle 2, Herr Riepl war verhindert		Mai 2015 Stadtrat Schnedlitz

Tabelle 6: Kontakte mit Vertretern der Gastronomie zu deren Vernetzung mit Bezirkspolitikern in Wien

Innere Stadt	Favoriten	Ottakring
		08.04.2015 Gastronomiestätten aus Ottakring, Liane Hanifl von WiG, Hannes Schindler von Suchthilfe Wien und Bezirksrat Kopper von der SPÖ
Frühjahr 2015 Ursula Stenzl Bezirksvorsteherin	Frühjahr 2015 Hermine Mospöckner Bezirksvorsteherin	
Frühjahr 2015 Wirtschaftskammer, Tourismusbereich		

Tabelle 7: Kontakte mit MedienvertreterInnen und ExpertInnen

Wien	NÖ	Überregional
10.06.2015 Bezirkszeitung, Redaktion Innere Stadt	21.05.2015 Vertreterin der Journalistenrunde St. Pölten	Juni 2015 Gespräch mit einer Mediensoziologin

30.06.2015 Büro für Öffentlichkeitsarbeit Polizei Wien	21.05.2015 NÖN	Juli 2015 Gespräch zum Thema Medienethik mit einer Journalistin vom Standard
27.08.2015 Bezirksblatt	02.07.2015 Pressesprecher des Magistrats	30.07.2015 Mitglied des Presserates
	15.07.2015 NÖ Chronikteil des Kuriers	

III. Projektgremien

1. PROJEKTTEAM

Das Projektteam war für die Durchführung des Projektes verantwortlich.

Irmgard Eisenbach-Stangl	Projektkoordinatorin, Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung
Georg Dirnberger	FH St. Pölten
Kurt Fellöcker	FH St. Pölten
Katrin Gasior	Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung
Judith Haberhauer	FH Campus Wien
Karin Jäger	FH St. Pölten

2. STEUERGRUPPE

Die Steuergruppe bestand aus dem Projektteam und jeweils einem Vertreter der Polizei Wien und Niederösterreich. In der Steuergruppe wurde die aktuelle Projektarbeit besprochen und Entscheidungen über nächste Projektschritte getroffen. Die Sitzungen fanden in monatlichen Abständen – insgesamt 36 Mal – statt.

Projektteam	
Friedrich Kovar	Landespolizeikommando für Wien
Thomas Schneeweiss	Landeskriminalamt NÖ, Abteilung Kriminalprävention

3. EXTERNE EVALUATION

Die externe Evaluatorin begleitete die Projektarbeit, sie beobachtete Sitzungen der Steuergruppe und des Projektbeirates, führte Gespräche mit einzelnen Mitgliedern und Stakeholdern des Projektes.

Sylvia Supper	Universität Wien, FH St. Pölten, FH Wien, FH Krems
---------------	--

4. LENKUNGSAUSSCHUSS

Der Lenkungsausschuss bestand aus VertreterInnen der Fördergeber und dem Projektteam, in ihm wurde über wesentliche Anpassungen des Projektplans entschieden. Zwischen September 2012 und Mai 2013 fanden drei Sitzungen statt.

Projektteam	
Dennis Beck	Wiener Gesundheitsförderung
Edith Bulant-Wodak	BgA "Gesundes NÖ" Abt. Gesundheitsvorsorge >Tut Gut<
Christa Peinhaupt	Fonds Gesundes Österreich

5. PROJEKTBEIRAT

Dem Projektbeirat gehörten die Steuergruppe und VertreterInnen der Fördergeber, von relevanten Organisationen und Einrichtungen und der Wissenschaft an. Treffen des Projektbeirates fanden insgesamt 7 Mal statt.

Steuergruppe	
Herbert Aschauer	Verein Tender
Brigitte Bauer-Sebek	MA 13 - Bildung und außerschulische Jugendbetreuung
Karl Ceplak	MA 13 - Fachbereich Jugend/Pädagogik
Wilfried Datler	Institut für Bildungswissenschaft, Universität Wien
Wolfgang Dür	Ludwig Boltzmann Institut Health Promotion Research (LBIHPR)
Christian Dworzak	Streetwork / Rettet das Kind
Eva Flicker	Institut für Soziologie, Universität Wien

Christina Gabriel	LPD Wien, Landeskriminalamt / Kriminalprävention - AB04 Suchtprävention
Liane Hanifl	Wiener Gesundheitsförderung
Henriette Höfner	Fachstelle für Gewaltprävention NÖ
Ursula Hörhan	Fachstelle für Suchtprävention NÖ
Andrea Jäger	Sucht- und Drogenkoordination Wien gGmbH
Kurt Königsberger	Arbeitsgemeinschaft NÖ Jugendzentren und -treffs (JUTZ-NETZ)
Herwig Lenz	Bundeskriminalamt
Anna Lesnik	Verein Jugend und Kultur
Jochen Lindenthal	BgA "Gesundes NÖ" Abt. Gesundheitsvorsorge >Tut Gut<
Ewald Lochner	Sucht- und Drogenkoordination Wien gGmbH
Manuel Müllner	BgA "Gesundes NÖ" Abt. Gesundheitsvorsorge >Tut Gut<
Peter Pantucek	FH St. Pölten
Richard Paulik	Institut für Suchtprävention Pro Mente OOE
Susanne Peter	Betreuungszentrum Gruft, Caritas der Erzdiözese Wien, Hilfe in Not, Obdach & Wohnen
Markus Quendler	Rumtrieb
Alexandros Rambacher	Wirtschaftskammer NÖ
Walter Schimpf	LPD Wien, Landeskriminalamt / Kriminalprävention - AB04 Suchtprävention
Hannes Schindler	Suchthilfe Wien gGmbH
Rainer Schmidbauer	Institut für Suchtprävention Pro Mente OOE
Maria Schreiner	Wirtschaftskammer NÖ
Christoph Stoik	FH Campus Wien
Günter Stummvoll	Austrian Centre for Urban Criminology
Katharina Weiss	.SIAK - Institut für Wissenschaft und Forschung
Markus Weißensteiner	Fachstelle für Suchtprävention NÖ
Heinz Wilfing	FH Campus Wien
Bernhard Zima	Verein Jugend und Lebenswelt

6. STUDENTISCHE MITARBEITERINNEN

Die Studierenden der FH St. Pölten und der FH Campus Wien führten die Beobachtungen und Interviews unter Anleitung von Mitgliedern des Projektteams durch.

Ioanna Evangelia Aicher	Demmelmayr	Eva Hahn
Zeki Akyurt	Lejila Dizdarevic	Ina Haider
Manieja Arjumand-Noori	Hanna Dorfner	Ilse Haslinger
Anita Maria Sophie Auernhammer	Vanessa Dorl	Johanna Haslinger
Jaqueline Auradnik	Martina Dunkl	Nicole Hausmann
Karin Badal	Barbara Eibelhuber	Mirjam Heigl
Stefanie Bauer	Christine Eichinger	Laura Hering
Lisa Berger	Astrid Eigenthaler	Petra Hillebrand-Wiesinger
Johanna Bernroitner	Daniela Endel	Andrea Hirschhofer
Lena Bila	Danijela Feichtinger	Monika Höllwerth
Bianca Bilik	Lydia Fellner	Karoline Huber
David Bily	Christina Fenz	Katja Isele
Carina Bittner	Joana Fiala	Karin Jäger
Silvia Blatnik	Marija Filipovic	Justin Janke
Mirjam Bogenhuber	Bettina Fischer	Ina Janßen
Karin Brantegger	Stefanie Fischer	Marjan Khammar
Juliane Brunner	Claudia Frick	Sara Andrea Klammer
Katharina Burtscher	Rebekka Fuchs	Philine Kluger
Oriana Calzadilla Sarmiento	Sophie Gaidoschik	Milena Kluth
Cecile Corrine	Imola Galvascy	Teresa Kohlberger
Isabella Dallinger	Carina Genner	Rebecca Kopeinig
Marie-Christin Danko	Inge Gerstl	Nicole Kornherr
Sonia Raquel de Sousa Hougardy	Gloria Girlinger	Rainer Kössler
Anna-Maria	Doris Gretzl	Oto Kovarik
	Theresa Gruber	Sarah Kowalska
	Leonie Haaf	Magdalena Kulterer
	Lisa Hackl	

Anna Katharina Kumpf
Daniela Lechner
Anna Lehner
Agnes Lugmayr
Julia Lugmayr
Ben Lustig
Christian Mähr
Maria Maier
Marlene Mairinger
Ralf Mayrhofer
Johanna Milanovich
Sabine Modre
Silke Moritsch
Reinhilde Moser
Cornelia Mosser
Nina Mössler
Nicola Munk
Jil Nehs
Isabella Oberkanins
Lukas Oberkofler
Anna Oberleitner
Marina Packfrieder
Iris Paireder
Marlene Panzenböck
Katharina Parziani
Valerie Pecher
Nina Piffel
Petra Pirker
Stephanie Plunger
Matthias Pohl
Julia Pollak
Gabi Pollok

Sarah Prischl
Miriam Pröll
Miriam Radatz
Magdalena Rankl
Denise Reinhard
Anna Reitbauer
Theresa Richardt
Franziska Riegler
Katrin Riegler
Manuel Riß
Katharina Röggl
Anna Ruesch
Petra Salava
Amal Savasci
Margit Schäfer
Susanne Schemmerl
Sandra Schepper
Romana Schick
Sabrina Schidlo
Erk Schilder
Tobias Schleicher
Bernadette Schmidl
Sina Schmitt
Dominik Schneeweiß
Anna Schneider
Gertrude Schöner
Maren Sojkowski
Katja Stallecker
Annabell Stark
Hendrikje Stegmann
Bettina Steiner
Johanna Steiner

Oliver Steingötte
Judith Steinkogler
Veronika Stocker
Gabriela Stranksy
Eva Stumptner
Tamara Stutz
Olivia Theimer
Matin Tiefenthaler
Marlene Tötzl
Christian Uhrmann
Vahida Ukic
Romana Vlasich
Britta Vogl
Zoran vukomanovic
Julia Wagner
Gregor Wegenstein
Nicole Weigl
Isabel Verena Weimer
Maximilian
Weissensteiner
Elisabeth Winkler
Nicole Winkler
Stephanie Winkler
Marlene Wöhrer
Simone Wührer
Hilal Yildirim
Jelena Zander
Julia Zeugner
Clara Zika

IV. Wissenschaftliche Veranstaltungen im Rahmen des Projektes

1. INTERNATIONALER WORKSHOP

Am 27. August 2013 fand die internationale Tagung „Kooperation von Polizei und Sozialarbeit im öffentlichen Raum als Beitrag zur Gesundheitsförderung“ im NÖ Landhaus statt. Das Programm sah für den Vormittag Vorträge, für den Nachmittag Arbeitsgruppen und eine Plenumsdiskussion vor: Die Veranstaltung war von 108 TeilnehmerInnen besucht.

<p>Vormittag: Kooperationsbeispiele aus dem europäischen Raum</p>	<p><i>„Gemeinsame Dokumentation sicherheits- und gesundheitsorientierter Maßnahmen im Bereich illegaler Substanzen auf internationaler Ebene“</i> Rainer Kasecker, European Monitoring Centre for Drugs and Drug Addiction (EMCDDA), Lissabon</p> <p><i>„Der Nürnberger Sicherheitspakt“- Kriminalitätsreduzierung und positive Beeinflussung des Sicherheitsempfindens durch Kooperation und Vernetzung zwischen städtischen Behörden und Polizei</i> Hermann Guth, PP Mittelfranken, Nürnberg</p> <p><i>„Von der Schnitt- zur Nahtstelle: Zur Zusammenarbeit zwischen Suchthilfe und Polizei in der Schweiz“</i> Astrid Wüthrich, Bundesamt für Gesundheit (BAG), & Christian Schneider, Bundesamt für Polizei (fedpol), Bern</p> <p><i>„Gesundheitsförderung durch quaternäre Mediation und Konfliktbearbeitung vor Ort – Bedeutung und Möglichkeiten der Kooperation von Polizei und Sozialer Arbeit am Beispiel eines europäischen best-practice-Modells“</i> Frank Winter, TOA Bremen (Kriseninterventionsteams Stalking & häusliche Gewalt), Bremen</p>
---	--

<p>Arbeitsgruppen zum Thema: <i>“Wie lassen sich Kooperationen als Beitrag zur Gesundheitsförderung gestalten?”</i></p>	<p>Arbeitsgruppe 1: <i>„Kooperation(en) der Polizei mit anderen Stakeholdern im öffentlichen Raum auf operativer Ebene als Beitrag zur Gesundheitsförderung“</i> Leitung: Christina Gabriel (Polizei Wien) & Thomas Schneeweiss (Polizei NÖ)</p> <p>Arbeitsgruppe 2: <i>„Kooperation(en) von Einrichtungen der Sozialarbeit mit anderen Stakeholdern im öffentlichen Raum auf operativer Ebene als Beitrag zur Gesundheitsförderung“</i> Leitung: Hannes Schindler (Suchthilfe, SAM und Help U, Wien) & Bernhard Zima (Verein Jugend und Lebenswelt, NÖ)</p> <p>Arbeitsgruppe 3: <i>„Strategische Kooperationen zwischen der Polizei, der Sucht- und Drogenkoordination Wien und andere Stakeholdern im öffentlichen Raum“</i> Leitung: Andrea Jäger (Sucht- und Drogenkoordination Wien) & Friedrich Kovar (Polizei Wien)</p> <p>Arbeitsgruppe 4: <i>„Neue Formen der Zusammenarbeit und neue Aufgaben“</i> Leitung: Kurt Fellöcker (FH St. Pölten) & Judith Haberhauer (FH Campus Wien)</p>
<p>Podiumsgespräch: <i>„Verändern sich Gesundheitsförderung und Sicherheitspolitik durch Kooperation?“</i></p>	<p>Leitung: Monika Vyslouzil (Ilse Arlt Institut für soziale Inklusionsforschung, FH St. Pölten)</p> <p>TeilnehmerInnen: Wolfgang Dür (Ludwig Boltzmann Institut Health Promotion Research, Wien) Christian Dworzak (Streetwork Wien) Franz Wendler (Sicherheits- und Verwaltungspolizeilichen Abteilung, LPD NÖ, i.V. von NÖ Landespolizeidirektor Franz Prucher) Elisabeth Raab-Steiner (Studiengangsleiterin FH Campus Wien)</p>

2. OCCASIONAL SEMINARS DES EUROPÄISCHEN ZENTRUMS, DIE AGORA BEGLEITETEN

<p>WOLFGANG DÜR: <i>Change - if you can.</i> <i>Multiprofessionelle Praxis und intersektorale Politik in der Gesundheitsförderung</i> 19. Dezember 2013</p>	<p>Die Gesundheitsförderung hat in ihrer ersten Phase ab 1986 zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen unter dem Vorzeichen der Gesundheit beigetragen, wobei der setting approach eine tragende Rolle gespielt hat. Gesundheitsförderung wurde dabei als Managementaufgabe und als betriebliche Gesundheitsförderung etabliert. Mit der EU-Präsidentschaft Finnlands 2006 wurden die Ziele höher gesteckt und Gesundheit zum zentralen Politikanliegen erklärt. Das Konzept des Health in All Policies (HiAP) berücksichtigt, dass alle gesellschaftlichen Bereiche für Gesundheit relevant sind und verlangt folgerichtig ressortübergreifende Politiken. Das neue Verständnis hat allgemeine Zustimmung gefunden, stößt jedoch auf Ebene der Maßnahmen an strukturpolitische Grenzen: Gesundheitsförderungsprojekte müssen ressort-, organisations- und professionsübergreifend gestaltet werden. Sie müssen einerseits auf etablierte Entscheidungs- und Organisationskulturen verzichten, eröffnen andererseits jedoch die Chance umfassende Perspektiven zu entwickeln, die den Klienten in den Vordergrund stellen.</p>
<p>CHRISTOPH STOIK: <i>Wandel der Definitionen, Nutzungen und Kontrollen.</i> 9. Jänner 2014</p>	<p>In den letzten Jahren ist der öffentliche Raum vermehrt in den Blick geraten. Durch den Einsatz neuer Überwachungsdienste und -geräte, neuer Formen sozialer Arbeit aber auch durch weitgehende Regulierungen (etwa „Erlaubniszonen“ für Sexarbeit) und durch bauliche Maßnahmen („Obdachlosensichere Bankerl“) ist der öffentliche Raum zum Gegenstand politischen Handelns geworden. Der öffentliche Raum wird neu definiert, es wird - wie zum Beispiel bei Bahnhöfen - auch von „halböffentlichen“ Räumen gesprochen. Zur Frage wird generell, was unter „öffentlich“ zu verstehen ist:</p>

	<p>Was wird im öffentlichen Raum öffentlich? Was soll öffentlich werden? Ist - spricht man vom "Öffentlichen" etwa im Zusammenhang mit städtischen und ländlichen Räumen - immer vom Gleichen die Rede? Im Vortrag wird versucht Antworten auf die Frage zu finden, warum der öffentliche Raum in den öffentlichen Diskurs gerückt ist und Thesen über die Veränderungen zu formulieren, die sich dabei für den öffentlichen Raum ergaben.</p>
<p>KAI LEICHSENRING: <i>Intersektorale Politik und ihre Folgen für Individuum und Gesellschaft.</i> 30. April 2014</p>	<p>Hoheitliche Verwaltungsstrukturen und damit meist verbundene top-down Interventionen sind den neuen sozialen Herausforderungen immer weniger gewachsen, da diese meist quer zu den traditionellen Verantwortungsbereichen und hierarchischen Organisationsstrukturen liegen. Trotz neuen Diskursen über 'multi-level governance' und der Umsetzung neuer Steuerungsinstrumente (New Public Government) wird die intersektorale und interprofessionelle Zusammenarbeit in vielen Bereichen nach wie vor durch diese Strukturen behindert. Dazu kommen eine Reihe weiterer Faktoren an den Schnittstellen zwischen System- und Lebenswelt, die 'intersektorale Politik' und damit verbundene Praxis beeinträchtigen. Der Beitrag von Kai Leichsenring setzt sich zum Ziel, einerseits die Rahmenbedingungen und theoretischen Voraussetzungen intersektoraler Politik theoretisch zu skizzieren und andererseits Praxisbeispiele für Entwicklungspfade in Gesundheits- und Sozialpolitik vorzustellen, um mögliche Transfers in den Bereich der Drogenpolitik zu diskutieren.</p>
<p>WILFRIED DATLER: <i>Zusammenarbeit von Organisationen Über Emotionen und deren Bedeutung für die Entwicklung</i></p>	<p>Soll die Zusammenarbeit von zwei oder auch mehr als zwei Organisationen gelingen, bedarf es klarer Zielsetzungen für die Zusammenarbeit, der Bestimmung von Aufgaben, die zu erfüllen sind, soll das Ziel/die Ziele erreicht werden und eindeutiger Vorgaben für den Beitrag, den jede beteiligte Organisation zur Aufgabenbewältigung zu leisten hat. Soll die</p>

<p><i>aufgabenorientierter Kooperation</i></p> <p>10. September 2014</p>	<p>Zusammenarbeit gelingen, sind aber auch die Emotionen zu thematisieren und gegebenenfalls zu bearbeiten, die bei der Entwicklung zielgerichteter Kooperationen unabdingbar entstehen und die das Wahrnehmen von Aufgaben be- und sogar verhindern können. Die Dynamik solcher Prozesse wird in Verbindung mit der These zur Diskussion gestellt, dass es "mental space" und "social space" bedarf, um die Entwicklung von sinnvoll Neuem zu unterstützen und um dysfunktionale Prozesse so weit wie möglich hintanzuhalten.</p>
<p>GERHARD STROHMEIER:</p> <p><i>Öffentlichkeit im Dorf?</i></p> <p>29. Oktober 2014</p>	<p>Trifft das von Richard Sennett postulierte „Absterben der Öffentlichkeit“ auch auf den ländlichen Raum zu? Gibt es eine politische Öffentlichkeit im Dorf? oder: welche Räume einer politischen, gesellschaftlichen Auseinandersetzung gibt es im Dorf? „Polis“ als politische Öffentlichkeit wird traditionell mit der Stadt verbunden, räumlich mit der „Agora“ als Ort für den politischen Diskurs. Doch die politische Auseinandersetzung ist in der Moderne weitgehend aus dem öffentlichen Raum verschwunden und hat ihren Ort in den Medien. Und gerade damit bestimmt die Stadt auch die Öffentlichkeit im ländlichen Raum. Dennoch gibt es einige Spezifika der Öffentlichkeit im ländlichen Raum, die uns beispielsweise in der Residualkategorie „Dorfklatsch“ begegnen. Zur Diskussion angeboten werden sowohl Positionen sozialwissenschaftlicher Klassiker (F. Tönnies, K. Marx, R. Sennett) als auch einige Erfahrungen aus transdisziplinären Forschungsprojekten in peripheren Regionen, unter anderem aus dem Kärntner Lesachtal.</p>
<p>PETER NOWAK:</p> <p><i>Health in All Policies</i></p> <p><i>Warum intersektorale Zusammenarbeit entscheidend ist für die Gesundheit der</i></p>	<p>Die Erhaltung der Gesundheit der Bevölkerung war und ist bislang in der Öffentlichkeit eine Aufgabe der Gesundheitssysteme. Aber spätestens seit der Verabschiedung der „Ottawa Charter für Gesundheitsförderung“ (WHO 1986) ist die gesundheitspolitische Diskussion weit darüber hinausgegangen. Vielmehr sei eine „3. Gesundheitsrevolution“</p>

<p><i>Bevölkerung</i></p> <p>3. Dezember 2014</p>	<p>(Kickbusch 2006) im Gange, die die Förderung der Gesundheit in allen Lebenswelten ins Zentrum rückt, um langfristig die Gesundheit der Bevölkerung zu verbessern. Auch in Österreich wurde dieser Ansatz in einer international viel beachteten Weise strategisch eingeführt: 2012 wurden vom Ministerrat 10 Rahmen-Gesundheitsziele beschlossen, von denen neun Ziele in erster Linie Gesellschaftssektoren außerhalb des Gesundheitswesens ansprechen. Inzwischen wurde an der Maßnahmenplanung für vier Rahmen-Gesundheitsziele intersektoral gearbeitet. Konkret werden Erfahrungen aus den intersektoralen Arbeitsgruppen zur Entwicklung des Rahmen-Gesundheitszieles 3 „Die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung stärken“ zur Diskussion gestellt.</p>
<p>ANNA SCHACHNER & MICHAEL STADLER-VIDA:</p> <p><i>Evaluation in Projekten der Gesundheitsförderung - ein Balanceakt?</i></p> <p>18. Juni 2015</p>	<p>Die Evaluation von Gesundheitsförderungsprojekten bewegt sich im Spannungsfeld zwischen unterschiedlichen Anforderungen der FördergeberInnen und AuftraggeberInnen, zwischen ergebnisorientiertem Vorgehen und unterstützender Prozessbegleitung sowie zwischen Nähe und Distanz. Welche Herausforderungen dadurch entstehen und wie eine Balance und ein möglicher Spannungsbogen gelingen können, zeigt und diskutiert das Forschungsbüro queraum. kultur- und sozialforschung mit Hilfe von Beispielen ausgewählter Evaluationsprojekte im Gesundheitsförderungsbereich.</p> <p>Neben Prinzipien der Transparenz des Evaluationsablaufes, der Zielgruppenorientierung und des partizipativen Vorgehens folgt der im Vortrag dargestellte Ansatz der Vorstellung von Evaluation als eine „aktive und flexible Begleitung“ des Projektprozesses. Evaluation soll gegenseitiges Lernen ermöglichen und durch respektvollen Umgang ein – für alle – produktives Arbeitsklima schaffen.</p>

ANHANG II

ENDBERICHT DER EXTERNEN EVALUATION DES PROJEKTES

**„WIE LÄSST SICH DER ÖFFENTLICHE RAUM FÜR RISIKOFREUDIGE
NUTZERINNEN UND NUTZER GESUNDHEITSFÖRDERND
GESTALTEN?“**

Projektdurchführung:

Europäisches Zentrum Wien (Projektkoordination)
Fachhochschule Campus Wien
Fachhochschule St. Pölten

Externe Evaluation:

Mag. Dr. Sylvia SUPPER

Mai 2012 bis Sommer 2015

Gefördert von:

Fonds Gesundes Österreich (FGÖ)
Wiener Gesundheitsförderung (WIG)
Initiative „Tut Gut“ NÖ Gesundheits- und Sozialfonds

Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG.....	192
I. EVALUATIONSDESIGN.....	194
II. Zur Struktur des GEGENSTANDES UND Feldes und zur notwendigen	
Anpassung der Projektstruktur.....	197
1. Zielgruppen des Projektes und die Fokussierung auf Jugendliche	198
2. Was ist der öffentliche Raum?.....	200
3. Die Bedeutung von Öffentlichkeit bzw. öffentlichem Raum stellt sich bei den untersuchten Berufsgruppen unterschiedlich dar.....	202
4. Was bedeutet Gesundheitsförderung in diesem Zusammenhang?.....	205
5. Unterschiedlichkeit der Zielgruppen und Regionen und deren Bedeutung für Zusammenarbeit	208
III. Ergebnisse der Feldarbeit und Erreichung der Projekziele	216
IV. Praxisforschung: Intervention in ein eigensinniges Forschungsfeld	
und Nachhaltigkeit	219
Literatur.....	222

EINLEITUNG

In der Projektkonzeption von AGORA - „Wie lässt sich die Öffentlichkeit für Jugendliche und Erwachsene gesundheitsfördernd gestalten?“ (ursprünglicher Titel des Projektes) war eine externe Evaluation vorgesehen. Dies erschien aufgrund der Komplexität von Forschungsgegenstand und Forschungsdesign sowie der langen Laufzeit als sinnvoller Weg der Unterstützung des Projektes.

Im Mai 2011 wurde ein erstes Konzept der externen Evaluation in Form einer Prozess-evaluation erstellt. Nach Genehmigung der Finanzierung des Projektes wurde das Konzept in Absprache mit den projektdurchführenden Organisationen und aufgrund der Kürzung der ursprünglich beantragten Fördermittel für die Evaluierung im Juli 2012 geringfügig adaptiert und vom Fördergeber FGÖ akzeptiert. Die Arbeiten an der Evaluation begannen mit einer ersten Beobachtung des vierten Steuergruppentreffens am 16. Juli 2012. Im Herbst 2012 startete eine Diskussion innerhalb des neu etablierten Lenkungsausschusses über die Ziele der Evaluation. In mehreren Adaptionsschritten und unter Einbindung des Projektbeirates wurde die Zielsetzung um eine qualitative Ergebnisevaluation erweitert. Die Akzeptanz der – nun adaptierten - Zielsetzungen der externen Evaluierung durch alle Fördergeber erfolgte im August 2013.

Durch die lange Unklarheit über die Zielsetzung der Evaluation aber auch durch die noch zu schildernden Veränderungen der Projektkonzeption verzögerten sich die Erhebungs- und Analysearbeiten, sodass entgegen der ursprünglichen Konzeption nur zwei Evaluationszwischenberichte erstellt wurden. Diese wurden im Dezember 2013 und im September 2014, dem Projektteam sowie dem Projektbeirat präsentiert und mit diesen diskutiert, sowie an die FördergeberInnen weitergeleitet. Im vorliegenden Endbericht wird daher auch die dritte Phase des Projektes, für die kein gesonderter Zwischenbericht vorliegt, mitbehandelt.

Der Evaluationsbericht gliedert sich folgendermaßen:

Zunächst wird das eingesetzte Forschungsdesign beschrieben und begründet. Danach erfolgt im Kapitel III die Beschreibung und Analyse der spezifischen Struktur des Forschungsgegenstandes sowie des Forschungsfeldes und eine darauf bezogene Betrachtung des Forschungsprozesses. Dieses Kapitel stellt im Sinne einer prozess-begleitenden formativen Evaluation unter rekonstruktiver Forschungsperspektive den Hauptteil der Erkenntnisse dar. Im darauf folgenden IV. Kapitel wird der Versuch einer Beurteilung der Ergebnisse des Forschungsprojektes und der Erreichung der Projekt-ziele im Sinne einer summativen Evaluation unternommen. Im abschließenden Kapitel V wird nochmals Bezug auf das Forschungsdesign und den Forschungsprozess hinsichtlich des Interventionscharakters und der Nachhaltigkeit des Projektes genommen.

I. EVALUATIONSDESIGN

Das Projekt AGORA „Wie lässt sich die Öffentlichkeit für Jugendliche und Erwachsene gesundheitsfördernd gestalten?“ stellte ein äußerst komplexes und vielschichtiges Unterfangen dar. Es ist gekennzeichnet durch eine Vielzahl von Projektzielen, die aufeinander aufbauend schrittweise verfolgt wurden. Insgesamt war es als Praxisprojekt angelegt, das durch Intervention in die definierten Forschungsfelder nicht nur Erkenntnisse generieren, sondern auch Veränderungen anstoßen wollte. In die organisations- und strukturentwickelnde Konzeption war eine Vielzahl von Gruppierungen mit unterschiedlichem professionellen Hintergrund und unterschiedlichen Erfahrungen mit dem Untersuchungsgegenstand eingebunden. Zudem erfolgte die Umsetzung in heterogenen sozio-geographischen Settings und auch damit verbundenen unterschiedlichen Interessenslagen.

Die externe Evaluation versuchte diesen komplexen Gegebenheiten gerecht zu werden durch eine prozessorientierte, zyklische und flexible Vorgangsweise.

Prozessorientierung heißt, dass auf die eigendynamische Entwicklung des Projektes auf organisatorischer und inhaltlicher Ebene fokussiert wurde. Nach dem hier verfolgten Verständnis lassen sich die beiden Ebenen – Forschungsprozess und Forschungs-erkenntnisse – nicht voneinander trennen, da beide prozesshaft organisiert und nur in Bezug aufeinander beobachtbar sind. Zudem rekurren sie auf ein Forschungsfeld, das, wie auch die Forschungsergebnisse deutlich zeigen, ständigen Veränderungsprozessen unterliegt, wobei AGORA selbst sowohl intendiert als auch unintendiert einen der Agenten dieses Wandels darstellt.

Es wurde daher versucht, Veränderungsprozesse, die durch die Forschungsarbeit und dabei entstehende Erkenntnisse auf der Ebene der Steuergruppe, des Projektbeirates sowie der beteiligten Stakeholder aus dem Forschungsfeld in Gang gesetzt wurden, in den Blick zu nehmen. Veränderung wurden hierbei als Reaktion auf den Interventions-charakter des Projektes auf der Basis bestehender Einstellungen, Handlungspraktiken und

(organisational)struktureller Einflussfaktoren verstanden. Der Interventions-charakter der Evaluation selbst durfte hierbei nicht ausgeklammert werden.

Mit der zyklischen Vorgangsweise wurde versucht, auf der Basis von Zwischen-reflexionen die Anpassung der weiteren konkreten Vorgehensweise an die Projektentwicklung anzuregen sowie Hinweise auf neu auftauchende Probleme und Fragen zu geben. Durch eine Rückmeldung der Zwischenergebnisse der Evaluation sowie daran anschließende Diskussion dieser sollte das Forschungsteam bei der Prozessgestaltung und Weiterentwicklung des Projektes unterstützt werden.

Demzufolge waren aber auch die einzelnen geplanten Evaluierungsschritte lediglich als flexible Richtschnur anzusehen, die auf der Basis der Projektziele und des zu Beginn des Projektes gegebenen Wissensstandes der Orientierung dienten und jedenfalls an neu auftauchende Erkenntnisse und Anforderungen angepasst werden mussten. Diese Veränderungen der ursprünglich geplanten Evaluationsschritte waren in Reaktion auf die Anpassung des Projektes an die Erfordernisse des Feldes an vielen Stellen nötig. Einen wesentlichen Punkt dabei stellte die Verringerung der Anzahl der geplanten Interviews zugunsten einer stärkeren Begleitung und Beobachtung des Forschungs-prozesses dar. Zum einen wurden potentielle InterviewpartnerInnen aufgrund der notwendigen Anpassung des Projektdesigns durch das Projektteam selbst bereits interviewt und eine zusätzliche Befragung wäre methodisch nicht sinnvoll gewesen. Zum anderen erwiesen sich bestimmte Untersuchungsfelder für das Projektteam als schwer zugänglich bzw. waren lediglich einige wenige zentrale Schlüsselpersonen für das Projekt zu interessieren. Hier wurde in Abstimmung mit dem Projektteam auf weiter Kontaktierung für die Evaluierung verzichtet, um die inhaltliche Arbeit am Projekt nicht zu stören.

Ziel der Evaluation war es in erster Linie, dem Forschungsteam eine prozessbegleitende Außenperspektive anzubieten. Diese bezog sich sowohl auf den Projektverlauf als auch auf die Forschungsergebnisse unter Berücksichtigung der inhaltlichen Sichtweisen der Projektbeteiligten, also ihrer Bewertung von Zielen, Relevanz und Nutzen, Wirksamkeit etc. des Projektes.

Darüber hinaus wurde im Zuge von Nachverhandlungen des Evaluationsauftrages mit den Auftraggebern des Projektes zusätzlich der Versuch einer Bewertung der Zielerreichung des Projektes durch die Evaluatorin vereinbart. Diese erfolgt in dem Wissen um die Problematik von Bewertungen im Zuge von Evaluationsforschungsprojekten generell bzw. speziell im Falle qualitativer Evaluationsmethoden, die auf keine standardisierten Kriterien und messbare Indikatoren zurückgreifen können (vgl. dazu etwa Lüders 2006). Die Bewertungen der Erreichung der Projektziele erfolgt daher auf der Basis der evaluativen Erarbeitung der Struktur von Forschungsfeld und -gegenstand sowie des sich daraus ergebenden Forschungsprozesses. Es wird versucht, diese argumentativ nachvollziehbar zu machen bzw. teilweise auch unterschiedliche Bewertungsalternativen aufzuzeigen.

Im Zuge der Evaluation wurden folgende Erhebungsmethoden eingesetzt: Beobachtungen von Sitzungen der Steuergruppe und des Projektbeirates sowie der internationalen Tagung und der Occasional Seminars, Gruppendiskussionen mit der Steuergruppe und mit studentischen MitarbeiterInnen, Präsentation und anschließende Diskussion von Evaluationszwischenergebnissen im Projektbeirat, Einzelinterviews mit Mitgliedern der Steuergruppe und des Projektbeirates (VertreterInnen verschiedener Institutionen und Organisationen), Einzelinterviews mit KooperationspartnerInnen aus den Arbeitsgruppen (heterogene Zusammensetzung nach Regionen und Berufsgruppen) und Einzelinterviews mit Besuchern der internationalen Tagung.

Im Rahmen der Beobachtungen wurden Protokolle erstellt, die Gruppendiskussionen und Interviews wurden aufgezeichnet und transkribiert. Die Auswertung des Materials erfolgte mittels rekonstruktiver und inhaltsanalytischer Interpretationsmethoden.

II. ZUR STRUKTUR DES GEGENSTANDES UND FELDES UND ZUR NOTWENDIGEN ANPASSUNG DER PROJEKTSTRUKTUR

Das Projekt AGORA zeichnet sich wie bereits dargestellt durch eine äußerst komplexe Konzeption, durch vielfältige, aufeinander aufbauende Projektziele aus und eine lange Vorbereitungs- und Projektlaufzeit.

Dies zeigt sich einerseits in der Verbindung der drei zentralen Themen Gesundheitsförderung, Gestaltung des öffentlichen Raumes sowie Fokussierung auf zwei Haupt- bzw. zwei Nebengruppen von ProfessionistInnen, also zunächst Polizei und Soziale Arbeit, dann in einer zweiten Phase auch noch Gastronomie/ Handel sowie Medien. Weiters werden diese Thematiken nicht in einem homogenen sozialräumlichen Setting untersucht, sondern es werden in zwei politisch und administrativ unterschiedlich verfassten Bundesländern sechs unterschiedlichen Bezirke beforscht, neben einem ländlichen Bezirk mit einer Kleinstadt als Zentrum zwei mittlere Städte sowie drei unterschiedliche großstädtische Bezirke.

Die aufeinander aufbauenden Projektziele bedeuten, dass kaum parallel an den einzelnen Teilprojekten gearbeitet werden kann, sondern der nächste Schritt jeweils den erfolgreichen - sprich im Zeitplan liegenden und den Erwartungen der Planung entsprechenden - Abschluss des vorangegangenen Teilprojektes erfordert. Dies führte sowohl zu zeitlichen Verzögerungen als auch zu nötigen inhaltlichen Anpassungen.

Dies stellt eine durchaus übliche Erscheinung im Bereich der angewandten qualitativer Forschung dar, da diese einerseits aufgrund limitierter Ressourcen einen engen zeitlichen Rahmen und eine möglichst detaillierte inhaltliche Planung im Vorfeld voraussetzt, andererseits aber den Anspruch einer größtmöglichen Feld- und Gegenstandsnahe vertritt, um zu validen Ergebnissen über den Untersuchungsgegenstand zu kommen.

Hinzu kamen bei AGORA eine lange Projektkonzeptions- und verhandlungsphase sowie die geplante Laufzeit von 3 Jahren, die die Unübersichtlichkeit noch verstärkten.

Dies alles rief auf Seiten von BeobachterInnen und InteraktionspartnerInnen des Projektes zunächst einmal Verständnis- und in weiterer Folge immer wieder Orientierungsschwierigkeiten hervor. Gespräche mit Stakeholdern im Rahmen der Evaluation waren ebenso wie viele Projektbeirats- und Teamsitzungen zunächst einmal vom Versuch oder der Notwendigkeit zur Orientierung über das Projekt bzw. die jeweilige angesprochene Projektphase gekennzeichnet.

Im Folgenden sollen einige zentrale Punkte, wo die geplante Struktur des Projektes auf die mehr oder weniger davon abweichende und ausdifferenzierte Struktur des Forschungsfeldes trifft, dargestellt werden und auf dieser Grundlage die Notwendigkeit der inhaltlichen und zeitlichen Anpassungen betrachtet werden.

1. ZIELGRUPPEN DES PROJEKTES UND DIE FOKUSSIERUNG AUF JUGENDLICHE

Die Zielgruppe des Projektes sind die in der Öffentlichkeit tätige oder mit ihrer Tätigkeit in die Öffentlichkeit intervenierende Organisationen, Personen und Unternehmen, in erster Linie Polizei und Einrichtungen der Sozialen Arbeit, in weiterer Folge dann Gastronomiebetriebe und Medienunternehmen. Die Auswahl der interessierenden Organisationen und Unternehmen hingegen orientierte sich an deren Zielgruppe, nämlich Menschen, deren gesundheitsschädigendes Verhalten zu Konflikten führt oder die illegales Verhalten im öffentlichen Raum zeigen. Das Verhalten dieser „Zielgruppe der Zielgruppe“ scheint wesentlich auffälliger und erklärungsbedürftiger aber auch interessanter zu sein, als das professionelle Tun der untersuchten Organisationen und Einrichtungen, das als selbstverständliche Routine wahrgenommen wird. Es war vor allem am Beginn des Projektes bei allen Beteiligten bzw. bei nur am Rande involvierten Personen auch noch gegen Ende des Projektes notwendig, in Gesprächen darauf zu achten, die eigentliche Zielgruppe des Projektes nicht aus dem Auge zu verlieren. Es ging darum, nicht ausschließlich über das

Problemverhalten bestimmter Bevölkerungsgruppen in der Öffentlichkeit zu diskutieren, sondern über die Rolle, die die beteiligten Professionsgruppen dabei spielen können.

Die Zielgruppe von Polizei und Sozialarbeit ist zunächst grundsätzlich ident und besteht aus allen Personen, die oben genanntes Verhalten zeigen. Im Projektverlauf hat sich aber gezeigt, dass Sozialarbeit häufig bzw. in manchen Regionen ausschließlich auf Jugendliche fokussiert. Hier findet in der sehr ausdifferenzierten Landschaft der Sozialen Arbeit eine Spezialisierung auf bestimmte Zielgruppen statt, während die Polizei prinzipiell einmal generalistisch agiert und keine bestimmte Kategorie von Zielgruppe und Problemverhalten im Auge hat. Allerdings ist auch hier im Zuge der Schaffung der PräventionsbeamtInnen, und dies sind in erster Linie die Kooperationspartnerinnen, die auf Seiten der Polizei für das Projekt gefunden werden konnten, eine Spezialisierung auf die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen im Sinne der Primärprävention entstanden.

Wenn es um die Zusammenarbeit der Polizei mit der Sozialen Arbeit geht, so sind bezüglich der Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen hier am ehesten bereits Erfahrungen und Kooperationsbeziehungen vorhanden bzw. werden sie in diesem Bereich als sinnvoll und notwendig gesehen.

Für die Gastronomie und die Medien stellen Kinder und Jugendliche bzw. deren öffentliches Problemverhalten kaum eine Zielgruppe dar. Allerdings betreffen gesetzliche Regulierungen im Bereich des Konsums diese Bevölkerungsgruppe stärker bzw. könnte die damit verbundene gesellschaftliche Sicht auf diese als besonders schutz- und unterstützungsbedürftig, hier am ehesten eine Motivation zur Kooperation mit anderen Professionsgruppen darstellen.

Die Auseinandersetzung mit der Breite der Zielgruppen der Organisationen und Unternehmen stellte sowohl im Rahmen der Erhebungen und Analysen als auch in der begleitenden Diskussion im Projektbeirat eine Herausforderung dar, um keine thematische Verengung auf die Problematik Jugendlicher vorzunehmen, was nicht im Sinne der Projektkonzeption von AGORA gewesen wäre.

2. WAS IST DER ÖFFENTLICHE RAUM?

Das Projekt AGORA fokussiert auf Gesundheitsförderung im öffentlichen Raum, einem Teilaspekt von Öffentlichkeit. Die Wahrnehmung einer Veränderung der Nutzung dieses öffentlichen Raumes, die Sichtbarkeit dieser Nutzung sowie des darin stattfindenden gesundheitsschädigenden Verhaltens und die darauf bezogenen Interventionen der Hauptzielgruppen Polizei und Sozialarbeit waren hierfür ausschlaggebend.

Im Projektverlauf wurde allerdings deutlich, dass eine *Definition bzw. Abgrenzung des öffentlichen Raumes* in Hinblick auf das interessierende Phänomen der Interventionen und Kooperationen nicht eindeutig erfolgen kann, sondern die Grenzen zum halb-öffentlichen und privaten Raum fließend sind. Zunehmend scheint sich öffentliches Leben in halböffentliche bzw. organisierte öffentliche Räume zu verlagern – Shoppingcenter, Bahnhöfe und kommerzialisierte Außenflächen wie etwa Schanigärten, Zeltfeste oder Freizeiteinrichtungen. Dies stellt für die untersuchten Berufsgruppen v.a. eine Veränderung bezüglich der Verantwortlichkeiten und KooperationspartnerInnen dar. Durch die Kommerzialisierung und Privatisierung vormals öffentlicher Räume tauchen neue Stakeholder für Kooperationen auf, private Betreiber bzw. Verantwortliche, private Security Firmen und kommunale Ordnungsdienste.

Auf diesen Umstand wurde im Zuge der Beobachtungen und Interviews reagiert. Ein darüber hinausgehender Einbezug dieser Stakeholder in die Vernetzungsarbeit wäre nicht nur aus zeitlichen und finanziellen Gründen für das Projekt nicht möglich gewesen. Es hätte die ForscherInnen vor ähnliche Probleme gestellt, wie beim Versuch der Einbeziehung der Gastronomie. Private BetreiberInnen von Lokalitäten ebenso wie private Security-Firmen sind in erster Linie ihrem wirtschaftlichen Erfolg und damit ihren KundInnen verpflichtet. Gemeinwohlorientierung, Gesundheitsförderung und Kooperation sind keine Ziele, solange sie sich nicht direkt in wirtschaftlichem Erfolg niederschlagen oder diesen zumindest fördern. (Weitere Überlegungen dazu siehe weiter unten in den Kapiteln Gesundheitsförderung bzw. Kooperation).

In der Konzeption ging das Projekt davon aus, dass die interessierenden Kooperationsbeziehungen zwischen den Professionsgruppen im öffentlichen Raum im engeren Sinn, also

auf der Straße, auf öffentlichen Plätzen etc., sichtbar werden müssten. Dem lag ein sehr enges Verständnis von Kooperation als gemeinsames Agieren und von öffentlichem Raum als überschaubare und beobachtbare räumliche Einheit zugrunde.

Es war daher eine Verschiebung des Projektes vom öffentlichen Raum Richtung eines umfassenderen Begriffs von Öffentlichkeit notwendig, da Kooperationen zwischen den Hauptzielgruppen Polizei und Sozialarbeit kaum im öffentlichen Raum stattfinden und beobachtbar sind, sondern sich lediglich unter anderem auch auf die Nutzung des öffentlichen Raumes beziehen.

Kooperationen und teilweise auch Kooperationsstrukturen zwischen den einzelnen Zielgruppen sind sehr wohl vorhanden, allerdings finden diese in sehr unterschiedlicher Form und in wechselnden Konstellationen statt und werden nur bedingt öffentlich kommuniziert und sichtbar. Im Projekt wurde diesem Umstand durch die Verlagerung der Erhebungsmethode Beobachtung hin zu Interviews Rechnung getragen.

Hinsichtlich der Bedeutung und Nutzung des öffentlichen Raumes lassen sich *Unterschiede zwischen großstädtischem, kleinstädtischem und ländlichem Raum* erkennen, die von Relevanz für Kooperationen und Interventionen der untersuchten Zielgruppen sind.

Insbesondere im ländlichen und kleinstädtischen Bereich kommt der Nutzung des öffentlichen Raumes im engeren Sinn scheinbar eine geringere Bedeutung zu bzw. ist diese aufgrund der geringeren Bevölkerungsdichte und der weitläufigeren räumlichen Gegebenheiten weniger sichtbar. Im Gegenzug stellt eine solche offensichtliche Nutzung dann aber eine Auffälligkeit dar, die einer starken Beobachtung und sozialen Kontrolle unterliegt, was zu einer Verlagerung gesundheitsschädlichen Verhaltens in den halb-öffentlichen bzw. privaten Raum beiträgt.

Im städtischen und großstädtischen Bereich ist die Nutzung des öffentlichen Raumes hingegen Normalität und unterliegt geringerer sozialer Kontrolle, gesundheits-schädigendes Verhalten kann hier auch mangels alternativer Räume für viele NutzerInnengruppen häufiger auftreten.

Für die beforschten Interventionen und Kooperationen bedeutet dies, dass diese sich dem sozialräumlichen Setting anpassen und in unterschiedlicher Weise geplant und durchgeführt werden müssen.

Sowohl Polizei als auch Soziale Arbeit scheinen auf den ersten Blick im öffentlichen ländlichen Raum kaum präsent zu sein. Sie sind aber durchaus im halböffentlichen oder organisierten öffentlichen Raum, etwa in Schulen oder bei Zeltfeste aktiv und hier finden ansatzweise auch bereits Kooperationsbeziehungen statt. Dies betrifft insbesondere den Schulbereich und dürfte mit der oben geschilderten Präferenz für die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen im Sinne der Primärprävention zusammenhängen. Das Projekt hat diesem Umstand Rechnung getragen, indem auch AkteurInnen und Kooperationen aus dem Schulbereich in den Blick genommen wurden, um auf vorhandene Erfahrungen aufbauen zu können.

Im großstädtischen Bereich finden sich aufgrund der höheren sozialen Dichte Problem-lagen in allen Bereichen von Öffentlichkeit, hier spielt sowohl der öffentliche Raum im engeren Sinn als auch der kommerzialisierte bzw. organisierte öffentliche Raum gleichermaßen eine Rolle. Es finden sich nicht nur im Bereich der sozialen Arbeit ein größeres Angebot und eine stärkere Ausdifferenzierungen, sondern auch schon vorhandene Kooperationsstrukturen sind vielfältiger und sowohl eigeninitiativ auf Ebene der handelnden AkteurInnen angesiedelt als auch von politisch-administrativer Ebene initiiert.

3. DIE BEDEUTUNG VON ÖFFENTLICHKEIT BZW. ÖFFENTLICHEM RAUM STELLT SICH BEI DEN UNTERSUCHTEN BERUFSGRUPPEN UNTERSCHIEDLICH DAR.

Für die *Polizei* stellt die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung ein zentrales Ziel dar, die Präsenz in der Öffentlichkeit ist dabei gewünscht und wird offensiv kommuniziert. Das Agieren in der Öffentlichkeit, aber auch die dabei erfolgende und manchmal als zunehmend wahrgenommene öffentliche Kontrolle und Kritik gehört zum Polizeialltag.

Gleichzeitig muss die Polizei aufgrund Ihres Auftrages bei strafbaren Handlungen einschreiten und Anzeige erstatten. Dies setzt der Kooperation mit der Sozialen Arbeit und v.a. einem gemeinsamen Agieren im öffentlichen Raum bei Vorliegen einer nicht-gesetzeskonformen Tat enge Grenzen. Die Polizei hat als staatliche Einrichtung einen klar definierten öffentlichen Auftrag und steht damit auch unter Legitimationsdruck, die Erfüllung dieses Auftrages muss öffentlich sichtbar werden.

Anders sieht es hingegen im organisatorisch zersplitterten Feld der *Sozialen Arbeit* aus. Sozialarbeit als staatliche Einrichtung, die behördliche Sozialarbeit, agiert kaum in der Öffentlichkeit, nicht direkt im öffentlichen Raum und ist zudem individualistisch ausgerichtet. Hinter jenen Sozialarbeitseinrichtungen, die im öffentlichen Raum agieren und eher gemeinwesenorientiert sind, stehen meist private Trägervereine. Die Finanzierung erfolgt zwar in vielen Einrichtungen großteils über öffentliche Förder-gelder, d.h. auch hier besteht ein öffentlicher Auftrag, der aber wesentlich weniger klar definiert und sichtbar ist. Gerade im Bereich der individualistisch orientierten Einzel-fallhilfe ist die Nicht-Sichtbarkeit des Klientels und der darauf bezogenen sozialen Arbeit in der Öffentlichkeit das Ziel, z.B. in der Obdachlosenhilfe oder in der Arbeit mit psychisch Kranken.

Im Gegensatz zur Polizei besteht für SozialarbeiterInnen im nicht-behördlichen Kontext keine Anzeigepflicht und eine Anzeige wäre in vielen Fällen gegen die Interessen des Klientels und gegen die eigenen sozialarbeiterischen Ziele gerichtet. Öffentliche Auf-merksamkeit bzw. Kommunikation und Zusammenarbeit mit der Polizei kann in solchen Kontexten als das eigene Klientel bzw. die Erfüllung des Ziels gefährdend wahr-genommen werden.

Die *Gastronomie und der Handel* unterscheiden sich bezüglich der Bedeutung von Öffentlichkeit wesentlich von den beiden anderen Zielgruppen des Projektes Polizei und Sozialarbeit. Während letztere ganz klar dem öffentlichen Auftrag der Herstellung/Aufrechterhaltung des Gemeinwohls verpflichtet sind und aus öffentlichen Mitteln finanziert werden, handelt es sich bei ersteren um privatwirtschaftlich organisierte und finanzierte Einrichtungen, die in erster Linie ökonomische Interessen verfolgen (müssen). Zudem stehen diese Einrichtungen in Konkurrenz zueinander im Kampf um KundInnen und Profit.

Bei den Verkaufsflächen von Gastronomie und Handel handelt es sich nur bedingt um öffentlichen Raum. Dieser ist öffentlich, insofern er prinzipiell allen Bevölkerungsgruppen zugänglich ist. Allerdings ist diese Zugänglichkeit von einer Reihe von häufig impliziten Bedingungen abhängig wie finanziellen Ressourcen zur Konsumation aber auch Zugehörigkeit zur angestrebten Zielgruppe der Einrichtung (Alter, Kleidung etc.). Nicht immer werden diese impliziten Regelungen auch explizit sichtbar gemacht (z.B. TürsteherInnen) und nicht erwünschtes Publikum abgewiesen, wodurch sowohl Konflikte in den Lokalen als auch außerhalb dieser auftreten können.

Innerhalb der Gastronomie sind neben dem Versuch, möglichst viele KonsumentInnen zu erreichen auch Bestrebungen wahrnehmbar, die öffentliche Zugänglichkeit der Lokale zu beschränken bzw. zu verschleiern, um ein Image der Privatheit und Vertrautheit zu erzeugen, welches konsumanregend wirken soll.

Ein Interesse am öffentlichen Raum besteht bei der Gastronomie v.a. darin, die Verkaufsflächen auf den öffentlichen Raum auszudehnen (Gastgärten) oder in diesen zu verlagern (z.B. Zeltfeste, Musikveranstaltungen). Nur in diesen Fällen der Nutzung von öffentlichem Raum kann auch eine gesundheitsfördernde Gestaltung dieser mitverhandelt werden. Im Falle der Beschränkung der Tätigkeit auf die eigenen Räumlichkeiten haben GastronomInnen innerhalb der gesetzlichen Regelungen großen Gestaltungsspielraum und können kaum zur Gemeinwohlorientierung verpflichtet werden.

Jedenfalls aber wirken gastronomische Einrichtungen in den öffentlichen Raum rund um die Lokale und gestalten diesen mit. Besonders deutlich wird das am Beispiel des Verkaufs bzw. Ausschanks von Alkohol, wo der Konsum im öffentlichen Raum und/oder in Folge die Benutzung des öffentlichen Raums in berauschten Zustand erfolgt.

Für *Medien*, speziell die im Projekt AGORA im Zentrum des Interesses stehenden Bezirks- und Regionalprintmedien, stellt die Gestaltung des öffentlichen Raumes und Geschehnisse in diesem, einen zentralen Teil der Berichterstattung dar. Medien verfolgen wirtschaftliche Interessen, es geht um das Erreichen der größtmöglichen Aufmerksamkeit des Zielpublikums. D.h. Medien sind in erster Linie an einem belebten öffentlichen Raum interessiert, über den sich berichten lässt und der auf das Interesse der LeserInnen stößt. Überregionale bzw.

internationale Medien widmen einem bestimmten öffentlichen Raum lediglich Aufmerksamkeit, wenn sich darin Skandale und Sensationen abspielen. Dass der öffentliche Raum über den Regional – und Bezirksmedien berichten, den unmittelbare Lebensraum ihrer Leserschaft darstellt, könnte hingegen zu einer detaillierteren und ausgewogeneren Berichterstattung beitragen.

4. WAS BEDEUTET GESUNDHEITSFÖRDERUNG IN DIESEM ZUSAMMENHANG?

Gesundheitsförderung als Ziel in Verbindung mit Gestaltung der Öffentlichkeit und Kooperationsbeziehungen zwischen den untersuchten Berufsgruppen war einer der zentralen Punkte, die am Beginn des Projektes im Projektteam und im Projektbeirat, in der Folge aber auch in Gesprächen mit den Stakeholdern immer wieder erörtert und geklärt werden musste. Die Verbindung dieser Themen ist auf den ersten Blick nicht offensichtlich. Mit Gesundheitsförderung wird oft gesunde Ernährung, Bewegung und medizinische Vorsorge verstanden, auch die Vermeidung gesundheitsschädigenden Verhaltens ist damit verbunden, weniger aber die Relevanz, die gesellschaftliche Strukturen dafür haben. Und auch die Bedeutung, die die untersuchten Kooperationsstrukturen für die gesundheitsfördernde Gestaltung des öffentlichen Raumes haben, musste immer wieder expliziert werden. Am Beginn des Projekts wurde der Bogen sogar so weit gespannt, auch die gesundheitsfördernde Wirkung von kooperativen Arbeitsbedingungen für die beteiligten Berufsgruppen zu thematisieren, dies wurde dann aber zugunsten einer Konzentration auf die Gestaltung der Öffentlichkeit hintangestellt.

Einer der Gründe für die Sperrigkeit der Thematik ist, dass Gesundheitsförderung für keine der im Zentrum des Interesses stehenden Berufsgruppen explizit formulierter Handlungsauftrag ist. Sie hat aber dennoch, wenn auch unterschiedliche, Bedeutung im konkreten Handeln.

Für die *Polizei* ist der zentrale Auftrag die Herstellung und Aufrechterhaltung von Sicherheit und öffentlicher Ordnung. Gesundheitsförderung stellt dabei ein Nebenprodukt dar, das aus dieser zentralen Aufgabe entsteht und die deren Verfolgung auch entgegenkommt, das aber

nicht explizites Ziel sein kann. Gesundheitsförderung stellt für die Polizei lediglich eine übergeordnete gesellschaftliche Zielvorstellung darstellen, die sich aus ihrer Gemeinwohlorientierung als staatliche Einrichtungen ableitet.

Im Feld der *Sozialarbeit* ist dies differenzierter zu betrachten, da die sozialarbeiterische Tätigkeit wesentlich zersplitterter ist als die polizeiliche Tätigkeit. Je nach betrachteter sozialer Einrichtung, spielt Gesundheitsförderung als konkretes Ziel der Tätigkeit eine andere Rolle. Für Einrichtungen, die stark auf individuelle Hilfe konzentriert sind, kann Gesundheitsförderung stark hinter andere verfolgte Ziele zurücktreten, kann aber auch im Zentrum der Tätigkeit stehen. In den stärker gemeinwesenorientierten Bereichen der Sozialen Arbeit ist Gesundheitsförderung als ein Ziel unter anderen jedenfalls präsent.

Für Sozialarbeit generell hat Gesundheitsförderung also auch stark den Charakter einer übergeordneten Orientierung, die aber einen integralen Bestandteil einer angestrebten ganzheitlichen Sicht der Lebenssituation von KlientInnen darstellt.

Die *Gastronomie und der Handel* leben davon Produkte zu verkaufen, die gesundheits-schädigende Wirkung haben können. Im öffentlichen Raum wirkt sich hier v.a. der Verkauf von Alkohol aus. Gesetzliche Reglementierungen greifen hier zwar im Sinne der Gesundheitsförderung teilweise ein, um minderjährige Personen zu schützen und offensichtliche Überkonsumation zu vermeiden. Die Exekution dieser Regelungen steht aber in offensichtlichem Widerspruch zu den wirtschaftlichen Interessen und wird der individuellen Entscheidung des Personals überlassen. Diese geraten über Beteiligungen am Umsatz, Trinkgelder bzw. der vom wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens abhängenden Arbeitsplatzsicherheit in einen Rollenkonflikt zwischen Überwachung von gesetzlichen Vorgaben und der Aufgabe, möglichst viel Umsatz zu machen. Gesundheitsförderung als eigenständige Zielrichtung von Gastronomie- und Handelsbetrieben ist unter diesen von wirtschaftlichen Interessen geprägten Voraussetzungen allenfalls als ökonomische Nische, die ein besonders gesundheitsbewusstes Publikum ansprechen möchte, vorstellbar.

Für die *Medien* stellen Gesundheitsthemen und damit auch Gesundheitsförderung hingegen durchaus ein interessantes Thema dar, insofern damit eine hohe Anzahl an LeserInnen und

Aufmerksamkeit erreicht werden kann. Die Intention zur Zusammenarbeit der Medien mit Polizei, Sozialer Arbeit und Gastronomie im Rahmen des Projektes gingen aber nicht so sehr Richtung Berichterstattung über gesundheitsfördernde Aktivitäten, sondern hatten das Gegenteil, die Nicht-Berichterstattung über gesundheitsgefährdendes Verhalten zum Ziel. Damit kommt diese Zielsetzung aber nicht nur mit den ökonomischen Interessen der Medien in Konflikt, medienpsychologischen Erkenntnissen nach verkaufen sich schlechte Nachrichten besser als gute, sondern kollidieren auch mit dem hoch geschätzten Gut der Pressefreiheit. Regulierungsversuche bzw. Aufforderungen zur freiwilligen Selbstregulierung stoßen hier auf Widerstand, zumal der damit erzielbare Imagegewinn im auch international umkämpften Medienmarkt kaum wirtschaftlich verwertbar erscheint.

Für den Aufbau konkreter Kommunikations- und Kooperationsstrukturen mit dem Ziel der Gesundheitsförderung stellen diese unterschiedlichen Bedeutungen eine komplexe Herausforderung dar. Einerseits muss mit der Polizei ausgehandelt werden, inwieweit Gesundheitsförderung überhaupt eine anzustrebende Zielsetzung sein und in welcher Form sie sich in konkretem Handeln niederschlagen kann. Bei den AkteurInnen aus der Sozialen Arbeit hingegen stellt sich die Frage, in welchem unmittelbaren Zusammenhang die selbstverständlich angestrebte Gesundheitsförderung mit Vernetzungsstrukturen mit der Polizei stehen kann. Und für Medien und Gastronomie erscheinen die Intentionen des Projektes in erster Linie geschäftsstörend und freiheitseinschränkend.

Im Projekt AGORA erfolgte eine Fokussierung auf die Vermeidung von gesundheits-schädigendem Verhalten im öffentlichen Raum als Teil der Gesundheitsförderung und hier speziell auf den Konsum von illegalen Drogen, Alkohol, Tabak sowie auf gewaltförmige Konflikte. Diese Auswahl stellt in unterschiedlicher Weise Interventionsbereiche der beiden Hauptzielgruppen Polizei und Sozialarbeit dar:

Während illegale Drogen und Gewalt für beide Berufsgruppen zentrale Aufgabenbereiche darstellen, ist der (auffällige) öffentliche Alkoholkonsum höchstens für die Sozialarbeit unter bestimmten Rahmenbedingungen ein Einsatzbereich. Für die Polizei stellt hier in erster Linie die Legalität des Substanzkonsums im Vordergrund und eine Intervention nur im Sinne der Gesundheitsförderung ist undenkbar.

Der Tabakkonsum stellt für beide Berufsgruppen keinen zentralen Tätigkeitsbereich dar. Die Polizei kann hier allenfalls bei Konflikten aufgrund von Verstößen gegen das Nichtraucherschutzgesetz tätig werden, dieses bezieht sich aber nicht auf den öffentlichen Raum. Für die Sozialarbeit stellt der Tabakkonsum aus jetziger Sicht kein Interventionsfeld dar.

Die Auswahl der fokussierten Einflussfaktoren für Gesundheitsförderung erfolgt also (größtenteils) anhand der Einsatzbereiche der beiden Haupt-Berufsgruppen und anhand der Problematik der Zielgruppe dieser. Damit wird impliziert, dass in erster Linie nicht die Gesundheitsförderung für die Zielgruppen im Mittelpunkt des Projektes steht, sondern ihr Zutun zur Gesundheitsförderung von Menschen mit Substanzen-konsum und Neigung zu gewaltförmigen Konflikten im öffentlichen Raum.

Der im Projekt vorgeschlagene Weg zur Gesundheitsförderung ist also settingorientiert, führt über die Initiierung oder Verbesserung von Kooperationen zwischen den Berufsgruppen und über die Entwicklung von diesbezüglichen Handlungsleitlinien zu gesundheitsfördernden Rahmenbedingungen für alle Beteiligten.

Die Erläuterung dieses „Umweges“ zur Gesundheitsförderung über die Gestaltung der Rahmenbedingungen erforderte im Rahmen des Projektes viel Kommunikations-aufwand, um die Zielsetzung des Projektes verständlich zu machen.

5. UNTERSCHIEDLICHKEIT DER ZIELGRUPPEN UND REGIONEN UND DEREN BEDEUTUNG FÜR ZUSAMMENARBEIT

Vor allem am Beginn des Projektes, aber auch kontinuierlich im Zuge der Erhebungs-arbeiten im Feld und der Diskussionen in der Projektgruppe sowie im Projektbeirat erfolgte eine Auseinandersetzung mit dem in Projektantrag zentral verwendeten Begriff der „Zusammenarbeit“ oder „Kooperation“. Mit der Verwendung dieser Begrifflichkeiten wurde ein äußerst ehrgeiziges Ziel angepeilt, das sich im Laufe der Projektarbeit als nicht, oder zumindest nicht durchgängig realisierbar herausstellte. Dies zum einen, weil sich aufgrund der unterschiedlichen Rahmenbedingungen in den Stakeholdergruppen und sozialräumlichen

Einheiten ein einheitliches Verständnis von Zusammenarbeit als nicht praktikabel erwies. Zum anderen ließen sich im Forschungsfeld aber auch bereits unterschiedliche Formen des Kontaktes zwischen den untersuchten Berufsgruppen finden, die mitberücksichtigt werden mussten.

Letztlich wurde der Weg gewählt, den Begriff der Zusammenarbeit bzw. Kooperation durch den breiteren Begriff der Vernetzung zu ersetzen oder zumindest zu ergänzen. Bestehende Vernetzung zwischen den Berufsgruppen wurden untersucht und Vernetzung, dort wo sie nicht oder nicht ausreichend existieren wurden initiiert oder zumindest angeregt.

Vernetzung kann sowohl in der aktiven als auch in der passiven Version verwendet und als Herstellung oder als Zustand der Verbindung zwischen einzelnen Elementen verstanden werden. Damit ist der Begriff breit genug, um alle vorfindbaren Formen des Kontaktes bzw. alle initiierten Veränderungen im Forschungsfeld zu umfassen. Ausformungen der Vernetzung können sich entlang eines Kontinuums von gemeinsamer strategischer Planung, über gemeinsames Agieren, mehr oder weniger regelmäßigen Informationsaustausch bis zum Kennenlernen oder nur zur Kenntnis nehmen bewegen.

Die *Vorstellungen* davon, wie *Kooperation* oder auch nur *Vernetzung* mit anderen Berufsgruppen im Sinne der Gesundheitsförderung in öffentlichen Raum aussehen und innerhalb der eigenen Organisation verwirklicht werden könnte, haben sich bei den einbezogenen Berufsgruppen als höchst unterschiedlich erwiesen.

Aufgrund der unterschiedlichen Organisationsformen der Tätigkeit der Berufsgruppen ergeben sich aus einer allfälligen Kommunikation und Zusammenarbeit mit anderen Berufsgruppen mit der Zielsetzung der Gesundheitsförderung Konsequenzen für Personal- und Finanzierungsstrukturen.

Die *Polizei* verfügt nicht nur über einen klar definierten Aufgabenbereich zu dem Gesundheitsförderung nur indirekt gehört, sondern auch über zentral verwaltete und durch politische Entscheidungen zugewiesene personelle und finanzielle Ressourcen. Diese müssen zunächst den zentralen Tätigkeitsbereich abdecken und werden in Zeiten des Spardrucks auf öffentliche Haushalte als angespannt erlebt. Eine zusätzliche Aufgabe in Form einer

weitergehenden Kommunikation- und Kooperation mit anderen Berufs-gruppe, als sie derzeit ohnehin wahrgenommen wird, kann als zusätzliche Belastung und Überforderung gesehen werden. Dies auch vor dem Hintergrund, dass Gesundheits-förderung nicht zum klar definierten Aufgabenbereich der Polizei gehört und daher mit diesem auch keine zusätzlichen Ressourcen argumentierbar sind.

Die *Sozialarbeit* hingegen ist organisatorisch zersplittert in viele unterschiedliche Trägervereine, gekennzeichnet von geringer zentraler Planung bezüglich Finanzen und Personal (mit Ausnahme der behördlichen Sozialarbeit) und auch vom Aufgabengebiet her sehr ausdifferenziert und uneinheitlich. Unsicherheit und ein ständiges Aus- und Neuverhandeln von Aufgaben und dafür zur Verfügung gestellten Ressourcen kenn-zeichnet den Alltag sehr vieler SozialarbeiterInnen nicht nur der obersten Hierarchie-ebenen. Auch in diesem Bereich sind natürlich die wirtschaftliche Lage und die Spar-politik öffentlicher Haushalte deutlich zu spüren. Dennoch kann unter diesem Gegebenheiten das Entstehen eines neuen oder zumindest deutlich kommunizierten Handlungsfeldes Gesundheitsförderung einerseits sowie eine verstärkte öffentliche Wahrnehmung der Tätigkeit von Sozialer Arbeit durch Kooperationsbeziehungen mit der Polizei andererseits durchaus als förderlich zur Stärkung der eigene Position und der verfügbaren Ressourcen angesehen werden.

Auch in *Gastronomie und Medien* stehen aufgrund des hohen Arbeitsdruckes und un-sicherer Beschäftigungsverhältnisse nur bedingt personelle Ressourcen für die nicht zur Kernaufgabe gehörende Gesundheitsförderung zur Verfügung.

Die Initiierung von Kommunikation und Kooperation sowie der Aufbau entsprechender Strukturen benötigt *AnsprechpartnerInnen*.

Im Feld Sozialarbeit stellt die Identifizierung, Ansprache und Motivation dieser aufgrund der schon erwähnten organisatorischen Diversifizierung eine äußerst komplexe Aufgabe dar. Aufgrund der dezentralen Strukturen im Bereich Sozialer Arbeit gibt es keine AnsprechpartnerInnen, die für alle Einrichtungen der sozialen Arbeit sprechen oder Vereinbarungen aushandeln können. Die einzelnen Einrichtungen verfolgen sehr unterschiedliche Ziele, arbeiten mit unterschiedlichen KlientInnen und Methoden und die Entwicklung von Standards der Tätigkeitsausführung erfolgt nicht über einen hierarchischen

Top-down Prozess. Aus diesem Grund war es für das Projekt AGORA essentiell, sich einen Überblick über alle im öffentlichen Raum bzw. in der öffentlichen Wahrnehmung agierenden Organisationen zu verschaffen und vielfältige Ansprech-partnerInnen aus diesen zur Zusammenarbeit mit dem Projekt zu motivieren. Dies geschah im Projekt v.a. über die Öffnung des Projektbeirates für möglichst viele Ein-richtungen, um diese in den Fachdiskurs über die Problematik einzubinden und so Interesse für Beteiligung zu generieren. Über diesen vielfältigen Einbezug konnte auch mit der Problematik, nicht nur die Leitungsebene sozialer Einrichtungen in den Blick zu bekommen, sondern auch die Frontline-SozialarbeiterInnen einzubeziehen, umgegangen werden, da Hierarchien im Sozialarbeitsbereich generell sehr flach sind.

Im Gegensatz dazu ist die Polizei streng hierarchisch organisiert, die Ansprech-partnerInnen für das Projekt sind in den Führungspositionen relativ leicht zu lokalisieren. Mit diesen könnten Vereinbarungen getroffen werden, die als verbindliche Richtlinie auch umgesetzt werden müssen.

Um aber die konkrete Praxis der Kommunikation und Kooperation zu erforschen und in die Entwicklung von Handlungsleitlinien zu implementieren und damit deren erfolgreiche Umsetzung zu ermöglichen, braucht es die Zusammenarbeit mit den im öffentlichen Raum tätigen PolizeibeamtInnen. Zusammenarbeit setzt aber auch Akzeptanz und gegenseitiges Verständnis und Vertrauen voraus, die nur schwer von oben verordenbar sind.

Da die Zusammenarbeit mit anderen Berufsgruppen nicht als expliziter Auftrag polizeilicher Routinearbeit wahrgenommen und die dafür benötigten zeitlichen Ressourcen im polizeilichen Arbeitsalltag kaum vorhanden sind, wird das Thema innerhalb der Polizei in erster Linie durch spezielle PräventionsbeamtInnen abgedeckt. Diese haben aber eine Sonderstellung innerhalb des Polizeiapparates und werden von ihren KollegInnen oftmals als eigentlich gar nicht mehr mit polizeilichen Aufgaben befasst wahrgenommen. Ihre Möglichkeiten der Motivation Ihrer KollegInnen zur Zusammenarbeit mit anderen Berufsgruppen im Sinne der Gesundheitsförderung im polizeilichen Alltag sind daher beschränkt und die Akzeptanz ihrer Arbeit ist von individuellen Faktoren abhängig.

Zur Organisation und Legitimation ihrer Arbeit benötigen PräventionsbeamtInnen angesehene und verlässliche AnsprechpartnerInnen in Organisationen, die Zusammen-arbeit mit ähnlich hierarchischen Organisationen wie Schulen fällt daher leichter. Das unüberschaubare Feld unterschiedlichster sozialer Einrichtungen bietet hingegen wenig Anknüpfungspunkte, hier kommt es eher nur punktuell und zufällig zur Zusammenarbeit.

AnsprechpartnerInnen für Kooperation innerhalb der Gastronomie können nur LokalinhaberInnen bzw. GeschäftsführerInnen sein, da nur diese über entsprechenden Gestaltungsspielraum ihrer Tätigkeit verfügen. Auch wenn diese unter den schwierigen Vorzeichen der ökonomischen Zwänge für Gesundheitsförderung und Kooperation gewonnen werden könnten, stellt sich ähnlich wie bei der Polizei die Frage, ob dies bei den MitarbeiterInnen im alltäglichen Tun ankommt und umsetzbar ist. Gerade im Bereich der Gastronomie bedeutet dies für das Personal ja auch das Eingehen und Aushalten von vermeidbaren Konflikten, die Investition von Zeit und den Verlust von Sympathie bzw. Trinkgeldern, etwa bei der Umsetzung des Ausschankverbot von Alkohol an Jugendliche oder Betrunkene.

AnsprechpartnerInnen für Kooperation in Medienunternehmen müssten ebenfalls auf höheren Hierarchieebenen gefunden werden, wobei wie bereits ausgeführt die Logik der Branche, dass sich schlechte Nachrichten besser verkaufen als gute sowie der zunehmende internationale Wettbewerb auch um regionale Berichterstattung hierbei ein Hindernis darstellen. Für einzelne JournalistInnen, die häufig unter prekären Arbeitsverhältnissen und starkem Konkurrenzdruck leiden, ist Kooperation mit anderen Berufsgruppen im Sinne der Gesundheitsförderung, Berichterstattung in nicht- skandalisierender Form bzw. Nicht-Berichterstattung nur vorstellbar, wenn diese von oben abgeseget, also Blattlinie ist und nicht zu Wettbewerbsnachteilen führt.

Als weiteres Strukturierungsmerkmal des Forschungsfeldes von AGORA, das die Arbeit an Kooperationsstrukturen maßgeblich beeinflusste, stellt sich die *sozialräumliche Unterschiedlichkeit in Wien und in Niederösterreich* einerseits bei der Zielgruppe der Sozialen Arbeit aber andererseits und ganz wesentlich in den schon vorhandenen Kooperationsstrukturen zwischen Polizei und Sozialer Arbeit heraus.

In Wien hält sich zwar Sozialarbeit nicht an die vom Projekt ins Auge gefassten Bezirksgrenzen, ist aber flächendeckend und äußerst ausdifferenziert vorhanden. Im öffentlichen Raum sind einerseits Sozialarbeitseinrichtungen tätig, die direkt von politisch-administrativer Ebene initiiert wurden und häufig auch schon aus einer Kooperation mit der Polizei bzw. aus gemeinsamer Problemanalyse entstanden sind. Andererseits gibt es darüber hinaus auch freie Trägervereine Sozialer Arbeit, die im öffentlichen Raum aktiv sind.

Wien ist gekennzeichnet von Vernetzungsaktivitäten unterschiedlichster Art, wo Einrichtungen der Sozialen Arbeit manchmal mit, manchmal ohne Polizei sowie VertreterInnen aus Politik und Administration auf Bezirksebene aber auch kleinräumiger anhand von Problemzonen zusammenarbeiten. Sich einen Überblick über dieses Netzwerk zu verschaffen stellte ob seiner Unübersichtlichkeit und Uneinheitlichkeit eine Herausforderung der Projektarbeit dar. Gleichzeitig zeigte sich beim Versuch der Kontaktaufnahme und des Anknüpfens an bestehende Gremien, dass die geplanten Arbeitsgruppen des Projektes für die Realität des Forschungsfeldes unpassend und damit nicht durchführbar waren. Wichtiger für das Feld als weitere Vernetzungen und damit Verdoppelungen bestehender Kontakte erschien es, Klarheit einerseits über die vorhandenen Kooperationsstrukturen, v.a. aber über deren Wirksamkeit und Passgenauigkeit zu erhalten. In Abstimmung mit VertreterInnen der zentralsten Stakeholdergruppen wurde daher die Projektkonzeption in Richtung einer Evaluation bestehender Vernetzungsaktivitäten und Problemlagen verändert, um zu weiteren Erkenntnissen zu kommen und die Projektergebnisse für das Forschungsfeld verwertbar zu gestalten, was den Intentionen eines Praxisprojektes entspricht.

Ganz anders die *Situation in Niederösterreich*: Hier ist die Soziale Arbeit im öffentlichen Raum wesentlich weniger präsent, Soziale Arbeit ist generell weniger ausdifferenziert, wobei es hier noch Abstufungen zwischen den mittelstädtischen und kleinstädtischen/ ländlichen Bezirken gibt. Soziale Arbeit ist in Form von eigenständigen Trägervereinen organisiert, die zwar von der öffentlichen Hand finanziert werden, wo aber der gesellschaftliche Auftrag weniger klar festgelegt ist. Hier beschränkt sich Vernetzung auf vereinzelte, individuelle oder anlassbezogene Aktivitäten oder findet in manchen Regionen aufgrund von negativen Erfahrungen oder mangelnder Information gar nicht statt. In diesem Setting erschien die Projektkonzeption von AGORA trotz der schon geschilderten Problematik von Zielsetzung und unterschiedlicher Organisationsform und Voraussetzungen der Zielgruppen passender.

In Niederösterreich ist es daher auch gelungen, Vernetzungsaktivitäten durchzuführen, die unterschiedlich weitgehend waren: vom reinen Kennenlernen und Informations-austausch über die anlassbezogene Zusammenarbeit bis zur Einrichtung von Dienst-posten, die für die Kooperationsaufgabe gewidmet sind und auf eine nachhaltige Ver-änderung hoffen lassen.

Im Zuge der Analysen hat sich mehr und mehr herauskristallisiert, dass eine Fokussierung auf Polizei und Sozialarbeit (bzw. Gastronomie/ Handel und Medien)eine verkürzte Darstellung der Kooperationen im öffentlichen Raum ergibt, da auch viel-fältige Absprachen mit anderen Stakeholdern erfolgen. Wie bereits erwähnt, hätte die Ausweitung auf alle AkteurInnen, die sich durch die veränderte Nutzung des öffent-lichen Raumes v.a. durch die Kommerzialisierung, ergeben, aber den Rahmen des Projektes gesprengt. Eine dieser auftauchenden Akteursgruppen hat sich allerdings für die Weiterführung, den Erfolg und die Nachhaltigkeit des Projektes als unverzichtbar erwiesen:

Regionalpolitische Akteure spielen über die Gestaltung des öffentlichen Raumes und als Auftraggeber bzw. Kooperationspartner von Polizei und Sozialarbeit eine so wesentliche Rolle im Feld, dass sie im weiteren Projektverlauf nicht vernachlässigt werden konnten. Die Verflechtungen der Politik mit Gastronomie/Handel bzw. Medien sind weniger eng, aber auch hier bestehen gemeinsame Interessenlagen und wechselseitige Abhängig-keiten.

Politisch AkteurInnen auf regionaler Ebene, BürgermeisterInnen, Gemeinde- und BezirksrätInnen, wurden in der Folge als wichtige Ressource für die Zielerreichung erkannt und in Niederösterreich als Vermittler von Kontakten mit und zwischen den Zielgruppen eingesetzt bzw. zur Weiterführung der im Projekt initiierten Vernetzungs-aktivitäten in Sinne der Nachhaltigkeit des Projektes motiviert. In Wien, wo aufgrund des Scheiterns aller Versuche der Initiierung von bzw. der Weiterentwicklung von Vernetzungsstrukturen ein anderer Weg gegangen werden musste, stellten Bezirks-politikerInnen eine sinnvolle Instanz der Evaluation bestehender Vernetzung, in die sie nur teilweise eingebunden sind, bzw. des Bedarfs danach auf regionaler Ebene dar.

Die Veränderung der Projektkonzeption durch den Einbezug der regionalpolitischen Ebene war das Resultat eines Lernprozesses im Feld. Aus den oben analysierten Gründen hat keine

andere der Stakeholdergruppen des Projektes die Position und Kompetenz, um Vernetzung nachhaltig sicherstellen zu können.

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass die Projektarbeit von AGORA von einer Reihe von Schwierigkeiten gekennzeichnet war, die sich aus der Struktur des Gegenstands Bereichs, aus der Verfasstheit und Dynamik des Forschungsfeldes sowie aus sehr ehrgeizigen Zielsetzungen des Projektes ergeben haben. Dies erforderte eine kontinuierliche Anpassung der Projektkonzeption, um eine Annäherung an die Forschungsproblematik zu ermöglichen. Dieses Vorgehen entspricht aber durchaus der Logik eines qualitativen Praxisprojektes, das neben den wissenschaftlichen Gütekriterien der Gegenstandsangemessenheit und intersubjektiven Nachvollziehbarkeit auch die Anschlussfähigkeit an die Praxis und damit die Verwertbarkeit der Ergebnisse im Auge haben muss.

III. ERGEBNISSE DER FELDARBEIT UND ERREICHUNG DER PROJEKZIELE

Polizei und Soziale Arbeit stellten die Hauptzielgruppen des Projektes AGORA dar. Der Großteil der Projektarbeit war auf die Erforschung und Veränderung bzw. Initiierung von Kooperations- und Kommunikationsstrukturen zwischen diesen beiden Berufsgruppen gerichtet. Dafür sollten von diesen Berufsgruppen gemeinsam, sowie in einem nachgelagerten Schritt auch von VertreterInnen des Handel und der Gastronomie sowie der Medien, Handlungsleitlinien für das Problemfeld gesundheitlich riskantes Handeln im öffentlichen Raum in Arbeitsgruppen erstellt werden.

Die einbezogenen Professionsgruppen stellen zum einen wie bereits ausgeführt ein äußerst heterogenes Forschungsfeld dar. Sie unterscheiden sich die Fragestellungen des Projekts betreffend v.a. bezüglich Organisationsstruktur, Aufgabengebiet und damit verbundener Sichtweise auf Gesundheitsförderung und Öffentlichkeit sowie hinsichtlich Kooperationsmöglichkeiten, die sich daraus ergeben.

Zum anderen stellten sich die bereits vorgefundenen Vernetzungen, Kooperationsansätze und -erfahrungen als äußerst zahlreich und vielfältig heraus.

Bei Betrachtung des Projekts als eine Abfolge von einzelnen aufeinander bezogenen Schritten an deren Ende die strukturelle Verankerung von Kommunikation und Kooperation zwischen den involvierten Berufsgruppen stehen sollte, muss festgehalten werden, dass dieses Ziel nicht erreicht wurde. Dies kann aber durchaus als erfolgreiches Scheitern gesehen werden, da im Zuge der Projektarbeit Erkenntnisse auftauchten, die nur auf diesem Weg entstehen konnten. Erst im Zuge des Versuchs der Beobachtung von Kooperation, der Initiierung bzw. des Versuchs der Initiierung von Arbeitsgruppen-treffen und des Versuchs, diese Treffen zur Erarbeitung gemeinsamer Richtlinien zu nutzen, konnte in Verbindung mit den als Ersatz durchgeführten Interviews bzw. oft sogar im Kontrast zu diesen, die Komplexität des Forschungsfeldes den Forschungsgegenstand betreffend erarbeitet werden.

Zu den zentralen Erkenntnissen gehört hier zum einen das Aufzeigen der wichtigen Rolle, die die *Regionalpolitik als vernetzende Instanz* dieser beiden Berufsgruppen spielen muss. Alle untersuchten Berufsgruppen verfügen aus unterschiedlichen Gründen nicht über die Kompetenz und Ressourcen, um hier selbständig tätig werden zu können. Auch das gemeinsame, übergeordnete Interesse an Gesundheitsförderung im öffentlichen Raum kann nur über die politische Ebene hergestellt werden.

Und hierin ist auch einer der Gründe für das Scheitern der Bemühungen zur Vernetzung von Gastronomie/ Handel bzw. der Medien im Sinne der Gesundheitsförderung im öffentlichen Raum zu finden. Während die Politik bei Polizei und Sozialer Arbeit aufgrund ihres öffentlichen Auftrags und der Gemeinwohlorientierung Definitions- und Gestaltungsmöglichkeiten hat und im Rahmen des Projektes auch teilweise dazu bewegt werden konnte, hier Verantwortung zu übernehmen und damit das Ziel zu legitimieren, ist das im Bereich der privatwirtschaftlich organisierten und gewinnorientierten Gastronomie und der Medien nicht gelungen.

Weiter wurde deutlich, dass Vernetzung und Kooperation auf die *sozialräumlichen und regionalpolitischen Gegebenheiten* Rücksicht nehmen muss, wie die unterschiedlichen Erfolge des Projektes bei den Arbeitsgruppen von Polizei und Sozialarbeit in Wien und Niederösterreich zeigen. Während in Niederösterreich die Bemühungen, Arbeitsgruppen zu initiieren und Vernetzung anzustoßen zwar regional unterschiedlich, aber doch erfolgreich waren, scheitern diese Versuche in Wien fast zur Gänze. Dies ist nicht nur auf die sozialräumlich unterschiedlichen Gegebenheiten in der Großstadt und am Land zurückzuführen, wie die unterschiedliche Bedeutung und auch Nutzung des öffentlichen Raums und die damit verbundene unterschiedliche Präsenz und Aufgabe der Polizei und Sozialarbeit, sondern v.a. auch auf bereits bestehende Vernetzungsstrukturen. Salopp könnte man sagen „wo nichts ist, lässt sich leichter etwas initiieren“, das würde aber die niederösterreichische Situation zu vereinfacht darstellen, da es auch hier bereits Kooperationserfahrungen vorhanden sind, die aber individueller und anlassbezogener und häufiger von negativen Erfahrungen geprägt sind, als dies in Wien der Fall ist. Der entscheidende Unterschied könnte sein, dass in Wien Vernetzungsstrukturen strategisch verankert und politisch abgesichert sind, während in Nieder-österreich Vernetzung wenn

überhaupt dann als Einzelinitiative auf operationaler Ebene und ohne politische Unterstützung stattfindet.

Dies führt für das Projekt aber dazu, dass die Versuche der Vernetzung in Nieder-österreich interessiert aufgenommen wurden, wenngleich es aber von der wahr-genommenen politischen Unterstützung abhängen könnte, ob sie sich als nachhaltig etablieren können. In Wien hingegen wurden die Projektbestrebungen als Verdoppelung schon vorhandener und oft ohnehin als unüberschaubar erlebten Aktivitäten, zudem ohne politische Legitimation, angesehen. Die Veränderung der Projektkonzeption hinzu einer Evaluierung der vorhandenen Vernetzungsstrukturen, um ev. Verbesserungsmöglichkeiten anzuregen, war insofern folgerichtig.

Nicht zuletzt ermöglichten diese Erfahrungen die Erkenntnis, dass, anders als in der Projektkonzeption angedacht, ein *einheitliches Modell der Vernetzung*, und sei es nur die politischen Gegebenheiten berücksichtigend auf Bundeslandebene, *nicht erfolgreich* sein kann. Die zahlreichen Hinweise aus dem Forschungsfeld auf die jeweilige Individualität der sozialräumlichen Situation und die Ablehnung von verpflichtenden, verbindlichen Regelungen, können nicht nur als Abwehr zusätzlicher Aufgaben und als Verteidigung des Autonomiespielraumes gedeutet werden. Sie weisen auch darauf hin, dass es sich bei Kooperation tatsächlich um eine höchst individuelle Aufgabe handelt, die von einer Vielzahl von Faktoren mitbestimmt und getragen wird und letztendlich auch Beziehungsarbeit zwischen den Beteiligten darstellt. D.h. bei aller Einsicht in die Notwendigkeit einer strukturellen Verankerung von Vernetzung, um sie nicht von Zufälligkeiten und Gelegenheitsstrukturen abhängig zu machen, müssen allfällige Modelle ausreichende Flexibilität, Mitbestimmungs- und Gestaltungsmöglichkeit bieten, um den Beteiligten die Annahme und sinnvolle Nutzung zu ermöglichen.

IV. PRAXISFORSCHUNG: INTERVENTION IN EIN EIGENSINNIGES FORSCHUNGSFELD UND NACHHALTIGKEIT

Forschung stellt in einem gewissen Sinn immer eine Intervention in die von ihr untersuchten Felder dar. Dies gilt in besonderem Maß für die Praxisforschung, die als anwendungsorientierte Forschung den Anspruch der Vermittlung zwischen Theorie und Praxis vertritt und über die Generierung von wissenschaftlichem Wissen die Praxis anleiten bzw. verbessern möchte (vgl. Sommerfeld 2000). Während aber in klassischen Praxisforschungsprojekten die Folgen der Intervention entweder als nicht zu vermeidende aber durch Distanz der WissenschaftlerInnen zum Forschungsfeld möglichst gering zu haltende Nebenerscheinung (eher quantitativ, positivistisch orientierte Forschung) oder als zusätzliche Erkenntnisquelle (eher qualitativ, konstruktivistische Forschung) gesehen werden, wird in einer dritten Spielart der Praxisforschung Intervention ganz gezielt als Weg zur Erkenntnis UND zur Verbesserung der Praxis eingesetzt. Diese Form der Praxisforschung lehnt sich an die Tradition der Handlungsforschung bzw. Aktionsforschung an, ohne aber die Wende zur radikal-partizipativen Forschung, die diese mittlerweile genommen hat, systematisch mitzumachen.

Zur dieser dritten Variante der Praxisforschung gehört das Projekt AGORA. Im Rahmen des Projektes sollten bestehende Vernetzung von Professionen zur Gesundheitsförderung im öffentlichen Raum nicht nur erforscht sondern auch initiiert werden. Die Partizipation der Zielgruppen war vorgesehen, allerdings nur im Rahmen der vorgegebenen Forschungsschritte und im Sinne der Generierung von Daten bzw. zusätzlicher Anregungen. Dafür war eine aufeinander aufbauende Reihe von Interventionen geplant: die Beobachtung und Beschreibung des Status Quo der Kooperation und das Zurückspielen in die Community über eine internationale Tagung, das auf dieser Problem analyse aufbauende Erarbeiten von Handlungsleitlinien in interdisziplinären Gruppen, das Erproben dieser in der Praxis und aus diesen Erfahrungen abgeleitet dann die Implementierung von Kooperations- und Kommunikationsstrukturen auf einer höheren strategischen Ebene bei Polizei und Sozialer

Arbeit bzw. die Entwicklung von Handlungsleitlinien von den VertreterInnen von Gastronomie/ Handel und Medien.

Das Gelingen von Intervention setzt eine sehr genaue Kenntnis des Systems in das interveniert werden soll voraus. Dies betrifft in erster Linie die Relevanz des Themas im Feld, den Interventionsbedarf, die organisatorischen, kulturellen und rechtlichen Rahmenbedingungen, die Bedürfnisse der Zielgruppen sowie die Möglichkeiten zu ihrer Motivation. Dies alles konnte, wie bereits ausführlich erörtert, im Fall des Projektes AGORA aufgrund der komplexen Konzeption und der vielschichtigen Thematik erst sukzessive und in Form von mäandernder Annäherung erarbeitet werden. Dies auch und v.a. durch die größtenteils gescheiterten Versuche der geplanten Interventionen.

Da aber Forschung immer auch unintendierte Intervention darstellt, gilt dies auch oder gerade auch für geplante Interventionsschritte. Dies war im Projekt AGORA an vielen Stellen zu beobachten, die Zielgruppen wurden größtenteils erreicht und es wurde im Forschungsfeld Entwicklungen in Gang gebracht. So ist hier z.B. die Vernetzung von Einzelpersonen zu nennen, die mit der Thematik befasst sind, bislang aber zur Überraschung des Forschungsteams noch nicht in Austausch getreten waren, wie dies etwa in Hollabrunn der Fall war. Auch die Schaffung eigener Positionen auf Seiten der beiden Hauptzielgruppen Polizei und Soziale Arbeit in St. Pölten ist hier als nicht intendierte, aber im Sinne der Ziele des Projektes stehende Entwicklung, zu nennen. Und auch die Reaktion der Regionalpolitik in Wr. Neustadt mit der zumindest vordergründigen Adoption der Ziele von AGORA aber unter Ausschaltung der partizipativen Intention des Projektes, war durchaus überraschend und keinesfalls geplant.

Bleibt als letzte Frage jene nach der Nachhaltigkeit dieser angestoßenen Entwicklungen. Diese hätte in der ursprünglichen Projektkonzeption über die Verankerung der ausgehandelten Handlungsanleitungen und Kooperations- und Kommunikationsstrukturen auf einer übergeordneten strategischen Ebene sichergestellt werden sollen. Dies ist nicht gelungen und hat sich im Projektverlauf auch als nicht praktikable und sinnvolle Konzeption erwiesen. Die Entwicklungen, die erreicht wurden, sind teilweise an Einzelpersonen gebunden bei denen Interesse geweckt werden konnte bzw. die im Sinne der Projektziele aktiv wurden. Dies stellt für die nachhaltige Absicherung immer eine Gefahr dar und hier wird ein nachhaltiger Erfolg

davon abhängen, ob es diesen AkteurInnen gelingt, MitstreiterInnen in ihren Organisationen zu finden, um die Anliegen auf eine breitere Basis zu stellen. Dort wo die Veränderungen nicht nur an einzelnen Personen hängen, sondern auch strukturell verankert sind, etwa über Plan-posten, scheinen die Erfolge abgesicherter zu sein. Dies muss weiterhin das Ziel bleiben. Allerdings stellen sich die Entwicklungen in den einzelnen untersuchten Bezirken höchst unterschiedlich dar und dies gehört zu den zentralen Erkenntnissen von AGORA. Die ursprüngliche Idee eines strategisch verankerten allgemeinen Modells der Kooperations- und Zusammenarbeit muss durch eine regional ausgehandelte und an die sozialräumlichen Bedingungen angepasste Kooperationsstruktur ersetzt werden, um nachhaltig wirksam zu werden.

Literatur

- Lüders, Christian (2006): „Qualitative Evaluationsforschung – was heißt hier Forschung?“, in:
Flick, Uwe (Hrsg.): Qualitative Evaluationsforschung. Konzepte, Methoden,
Umsetzungen, Reinbeck bei Hamburg, S. 33-62
- Sommerfeld, Peter (2000): "Forschung und Entwicklung als Schnittstelle zwischen Disziplin
und Profession", in: Hans-Günther Homfeldt, Jürgen Schulze-Krüdener (Hrsg.): Wissen
und Nichtwissen. Herausforderungen für Soziale Arbeit in der Wissensgesellschaft,
Juventa, Weinheim, S. 221-236.